



Statistisches Bundesamt

Konjunkturforschung heute – Theorie, Messung, Empirie

Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium
am 18./19. November 1999 in Wiesbaden

FORUM

Band 35 der Schriftenreihe
Forum der Bundesstatistik
herausgegeben vom
Statistischen Bundesamt

METZLER
POESCHEL

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei
Der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden



Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt erfragen:

Gruppe I B, Telefon: 06 11 / 75 20 77, Fax: 06 11 / 75 39 50 oder
E-Mail: christian.koenig@statistik-bund.de

Verlag: Metzler-Poeschel, Stuttgart

Verlagsauslieferung: SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: 0 70 71 / 93 53 50
Telefax: 0 70 71 / 93 53 35
Internet: <http://www.s-f-g.com>
E-Mail: staba@s-f-g.com

Erschienen im Oktober 2000

Preis: DM 28,80 / EUR 14,73

Bestellnummer: 1030435-00900

ISBN: 3-8246-0631-3

Recyclingpapier aus 100 % Altpapier.



Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.statistik-bund.de>

oder bei unserem Informationsservice

65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11 / 75 24 05
- Telefax: 06 11 / 75 33 30
- E-Mail: info@statistik-bund.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2000

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Vorwort

Das Statistische Bundesamt und die Deutsche Statistische Gesellschaft, Ausschuss Methodik Statistischer Erhebungen, veranstalten seit 1992 jährlich ein gemeinsames wissenschaftliches Kolloquium in Wiesbaden. Diese Veranstaltungsreihe ist inzwischen zu einer „Institution“ geworden, die von breiter Akzeptanz getragen wird, weil sie die vielfältigen Interessen statistischer Forschung und Nutzung einbindet und so eine „Marktlücke“ geschlossen hat.

Die Referate und Diskussionen der Kolloquien werden regelmäßig in einem Tagungsband zusammengefasst, der in der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ erscheint.

Der vorliegende Band dokumentiert die Ergebnisse des Kolloquiums vom November 1999, das sich mit der Konjunkturforschung, dem Stand ihrer Theorie, ihrer statistischen Messung und ihrer empirischen Konfiguration befasste. Das Kolloquium sollte – wie die früheren – möglichst aktuelle Information und Kooperation zwischen amtlicher Statistik, Wissenschaft und Nutzern der amtlichen Statistik aus Wirtschaft und Politik, Verbänden und Instituten herstellen.

Prof. Dr. Dres. h.c. Norbert Klotten, Universität Tübingen, hatte die Moderation des Kolloquiums übernommen und lenkte die Diskussion souverän mit viel Verständnis zum allseitigen Nutzen. Hierfür gebührt ihm der besondere Dank beider Veranstalter. Ebenso danken wir allen Referenten und Teilnehmern, die zum interessanten Verlauf und dem erfolgreichen Gelingen des Kolloquiums ihr Wissen, ihre Kompetenz und Erfahrung eingebracht haben.

Im Rahmen dieses Kolloquiums wurde erstmals der Gerhard-Fürst-Preis verliehen, ein vom Statistischen Bundesamt geschaffener Förderpreis für herausragende Arbeiten von Nachwuchswissenschaftlern auf dem Gebiet der amtlichen Statistik. Die Laudatio für die Preisträger hielt Professor Wolfgang Brachinger, Fribourg (Schweiz)¹⁾. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, zeichnete dann unter dem Beifall der Kolloquiumsteilnehmer Frau Dr. Heike Wirth²⁾ und Herrn Dr. Yuanhua Feng³⁾ aus.

Wiesbaden, im September 2000

Jürgen Chlumsky

Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung
in der Bundesstatistik

Dr. Rolf Wiegert

Deutsche Statistische Gesellschaft
Ausschuss Methodik
Statistischer Erhebungen

-
- 1) Die Laudationes sind in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, Heft 12/1999, S. 931 – 933 abgedruckt.
 - 2) Eine Kurzfassung ihrer prämierten Dissertation „Bildung, Klassenlage und Partnerwahl“ erscheint in Kürze in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“.
 - 3) Eine Kurzfassung seiner prämierten Dissertation „Kernel and Locally Weighted Regression with Application to Time Series Decomposition“ erscheint in Kürze in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“.

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
<i>Johann Hahlen</i>	
Begrüßung	5
<i>Norbert Kloten</i>	
Einführung in das Thema	8
<i>Michael Hüther</i>	
Konjunkturanalyse und Wirtschaftspolitik – Bezüge in den Jahresgutachten des Sachverständigenrates	12
<i>Adolf Wagner</i>	
Konjunkturtheorie – zum Wandel der Begriffe und Modelle	46
<i>Bernd Schips</i>	
Konjunkturforschung heute – Theorie und Empirie: Einige Probleme der empirischen Wirtschaftsforschung – dargestellt am Beispiel der Konjunkturanalyse und -prognose	62
<i>Norbert Herbel</i>	
Konjunkturindikatoren in der amtlichen Statistik	72
<i>Robert Fecht</i>	
Konjunkturbeobachtung der Deutschen Bundesbank	88
<i>Gernot Nerb</i>	
Konjunkturdiagnose und -prognose mit dem ifo Konjunkturtest	96
<i>Ulrich Heilemann</i>	
Diskriminanzanalyse als Instrument der Konjunkturforschung	117
<i>Gustav A. Horn</i>	
Gespaltene Konjunktur im wiedervereinigten Deutschland	134
<i>Thomas Straubhaar</i>	
Konjunktur in einer globalisierten Welt	145
Teilnehmerverzeichnis	163

Johann Hahlen*)

Begrüßung

Zu unserem mittlerweile bereits achten gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft veranstalteten Kolloquium möchte ich Sie ganz herzlich begrüßen.

Nachdem wir uns im letzten Jahr mit der Rolle der amtlichen Statistik als konstitutivem Element des demokratischen Staates befasst haben, wollen wir heute und morgen über einen sehr wichtigen Schnittpunkt zwischen Ökonomie und Statistik diskutieren. Unser Thema lautet: Konjunkturforschung heute – Theorie, Messung, Empirie.

Bevor ich auf unser aktuelles Thema eingehe, möchte ich Sie auf drei Aktivitäten meines Hauses hinweisen, mit denen wir den Kontakt zur Wissenschaft intensivieren wollen:

1. Wir haben uns entschlossen, einen Preis, den Gerhard-Fürst-Preis, für herausragende Dissertationen und Diplom- bzw. Masterarbeiten auszuloben, um junge Wissenschaftler zu motivieren, sich in ihrer Arbeit mit dem Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik oder empirischen statistischen Themenstellungen zu befassen. Dem Programmheft konnten Sie entnehmen, dass wir heute gegen 17.30 Uhr im Rahmen dieser Veranstaltung zwei Förderpreise verleihen werden. Es handelt sich um eine Premiere.
2. Vor wenigen Wochen fand hier im Saal die erste Sitzung eines neu gegründeten Gesprächskreises von Vertretern der Mitgliedsinstitute der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (ARGE) und des Statistischen Bundesamtes statt. Es geht uns gemeinsam darum, das Zusammenwirken von amtlicher Statistik und empirischer Wirtschaftsforschung zu verbessern, Fachwissen auszutauschen und Verständnis für die Interessen und Probleme der jeweils anderen Seite zu erlangen. Das Gespräch lief gut an und ich bin auch für die Zukunft zuversichtlich.
3. Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Edelgard Bulmahn (MdB), hat eine Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik berufen. Unter der Leitung von Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp und mir werden Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler mit Vertretern der amtlichen Statistik konkrete Empfehlungen ausarbeiten und die Ministerin in einem Abschlussbericht bis zum Ende des Jahres 2000 über die Ergebnisse unterrichten.

Nun zum Thema des Kolloquiums:

Die Konjunkturforschung ist eine der wichtigsten Aufgaben der empirischen Wirtschaftsforschung. Die Folgen einer falschen Konjunkturpolitik während der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre und die aus ihrer Analyse gewonnenen Lehren des britischen Ökonomen John Maynard Keynes prägten in den sechziger Jahren weltweit den Wunsch, Konjunkturverläufe durch eine geeignete staatliche Wirtschaftspolitik zu glätten. Durch ein Abbremsen der Konjunktur im Boom sollten Inflation, durch ihre Ankurbelung im Abschwung Arbeitslosigkeit verhindert werden. Ziel war ein von störenden Konjunkturschwankungen befreites stetiges Wirtschaftswachstum. Die Zauberformel hieß: antizyklische Globalsteuerung durch den Staat.

*) Johann Hahlen, Präsident des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

Kern der antizyklischen Globalsteuerung bildete die Fiskalpolitik:

- Durch eine kontraktive Fiskalpolitik, bei der die Einnahmen die Ausgaben übersteigen, sollte im Boom Nachfrage abgeschöpft und somit einer Überhitzung der Konjunktur mit Inflation vorgebeugt werden. Die dadurch entstehenden Mehreinnahmen – so die Idee – werden bei der Bundesbank geparkt und stehen beim nächsten Konjunkturabschwung zur Verfügung (sog. Konjunkturausgleichsrücklage).
- Eine expansive Fiskalpolitik, bei der die staatlichen Ausgaben die Einnahmen übersteigen, sollte im Abschwung die ausgefallene private Nachfrage ersetzen und so den Konjunkturrückgang dämpfen und die Wirtschaft wieder beleben. Die dazu erforderlichen Mittel sollten entweder aus der Konjunkturausgleichsrücklage kommen oder durch Verschuldung des Staates gewonnen werden. Deficit-spending war seinerzeit das Schlagwort.

Durch staatliche Interventionen auf der Makroebene sollte also das marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem gestärkt und von den Geißeln Inflation und Arbeitslosigkeit befreit werden.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte ist für die Wirksamkeit einer antizyklischen Konjunkturpolitik ein exaktes Timing entscheidend. Um rechtzeitig intervenieren zu können, müssen die entsprechenden Phasen des Konjunkturverlaufs eindeutig identifiziert werden. Ein falsches Timing kann zu prozyklischen Interventionen führen und die konjunkturellen Ausschläge noch verstärken, statt sie zu glätten.

Zur Identifikation der richtigen Zeitpunkte ist man gleichermaßen auf statistische Informationen wie auf profunden ökonomischen Sachverstand angewiesen. Von daher war es auch plausibel, den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hier bei uns im Statistischen Bundesamt anzusiedeln. Statistische Informationen zum Konjunkturverlauf hatten in den späten sechziger Jahren Hochkonjunktur.

Der – wirtschaftspolitische – Optimismus nach Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes schwand allerdings im Zuge der Ölpreiskrisen in den siebziger Jahren. Da Konjunkturzyklen nicht deckungsgleich mit Wahlperioden sind, eine expansive Fiskalpolitik sich im Wahlkampf besser vermarkten lässt als eine kontraktive Politik – zum Beispiel in Form von Steuererhöhungen zur Abschöpfung privater Nachfrage im Boom –, diktierten in der Praxis nicht immer ökonomische Einsichten das Timing der Globalsteuerung. Wahltaktik spielte ebenso eine Rolle. Nur ein einziges Mal ist ein zehnprozentiger Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben worden, um Kaufkraft abzuschöpfen. Deficit-spending dagegen wurde zur Regel. Die Folgen sind bekannt. Die Staatsverschuldung nahm dramatisch zu und engt inzwischen den Spielraum staatlichen Handelns immer mehr ein.

In den nun zu Ende gehenden neunziger Jahren wird die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft so bedrohliche Arbeitslosigkeit als im Wesentlichen strukturell bedingt angesehen. Was die Konjunkturforschung heute unter diesen Bedingungen für die Politik leisten kann, ist Thema dieses Kolloquiums.

Der Termin für diese Veranstaltung ist bestens gewählt. Denn sowohl der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als auch die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben gerade ihre Konjunkturprognosen für das kommende

Jahr vorgelegt. Es wird von einem deutlichen Anstieg des Wirtschaftswachstums ausgegangen, die Institute erwarten ein Wachstum der deutschen Wirtschaft im Jahr 2000 um 2,7%. Triebfeder dieses Aufschwungs – darüber besteht Einigkeit – werden die Exporte sein, die nach Prognosen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie um 7% ansteigen werden. Aber auch die Aussichten für die Binnennachfrage haben sich verbessert. Zwar dämpft die hartnäckig hohe Arbeitslosigkeit noch die Stimmung bei der Konsumnachfrage, aber volle Auftragsbücher führen bereits zu einer Steigerung der Investitionen.

Erfreuliche Aussichten also für die Konjunktur in Deutschland? Ich vermag dies nicht abschließend zu beurteilen und bin ebenso wie die Politik angewiesen auf den Rat der Fachleute. Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, soviel Sachverstand hier versammeln zu können und übergebe nun das Wort an Herrn Professor Dr. Norbert Kloten, der dieses Kolloquium moderieren wird, was für uns eine ganz besondere Ehre ist. Ich wünsche allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zwei interessante Veranstaltungstage mit anregenden und lebhaften Diskussionen.

Einführung in das Thema

1 Eine Aufgabe mit Untiefen

Was mich ein wenig zögern ließ, der Einladung des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Statistischen Gesellschaft zu entsprechen, war die Auflage einer Einführung in die Thematik „Konjunkturforschung heute“. Wem dies obliegt, dem sollte der aktuelle wissenschaftliche Stand von theoretischer Analyse und empirischer Forschung unter Einschluss der gängigen statistisch-ökonomischen Messmethoden geläufig sein. Dieser Bedingung vermag ich nicht zu entsprechen. Als Präsident der Landeszentralbank in Baden-Württemberg und als Mitglied des Zentralbankrates war ich vornehmlich mit Fragen der Geldordnung und der Geldpolitik befasst. Gewiss versuchte ich, über das Ausscheiden aus dem „Führungskader“ der Deutschen Bundesbank (1992) hinaus gleichsam am Ball zu bleiben, nicht allein des monetären Geschehens, sondern auch der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und des politischen Agierens im europäischen und weltweiten Umfeld. Doch mit dem Gegenstand der Tagung habe ich mich seit meinem Ausscheiden aus dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kaum mehr im Detail befasst. Dazu bestand auch wenig Anlass.

Seit dem ersten Ölpreisdiktat im Herbst 1973 war trotz eines weiterhin wechselnden wirtschaftlichen Klimas die für Konjunkturzyklen charakteristische Abfolge guter und schlechter Jahre, also das tradierte spezifische Zyklusmuster, nicht mehr zu beobachten. Die Szene bestimmten exogene Schocks und ihre Folgen, eine trendmäßige Abnahme der Wachstumsdynamik, der schubartige Aufbau einer zuvor nicht für möglich gehaltenen (Dauer-) Arbeitslosigkeit, auch Währungskrisen und aus nationalem Blickwinkel zu Beginn der 90er Jahre die Wiedervereinigung Deutschlands. In einigen Ländern verlief die wirtschaftliche Entwicklung über längere Zeitspannen hinweg stetig, wenngleich divergent verursacht. Das war so in der Bundesrepublik nach der Ablösung der sozialliberalen Koalition im Herbst 1982 durch die Regierung Kohl. Das war vor allem so in den USA, die sich seit nunmehr fast einem Jahrzehnt einer inzwischen nur wenig abgeschwächten konjunkturellen Prosperität erfreuen. Was vornehmlich beunruhigt, das sind regionale Krisen und krisenhafte Entwicklungen an internationalen Finanzmärkten, zumal wenn sie, wie die Asien-Krise, mit gravierenden realwirtschaftlichen Einbußen und dämpfenden Rückwirkungen auf die Weltwirtschaft einhergehen. Die Übertragungsmechanismen wirken sich in einem Umfeld beschleunigter weltwirtschaftlicher Integration aus, bestimmt durch Intensität und Stoßrichtungen der Globalisierung, auch noch durch den Strukturwandel in den früheren Volkswirtschaften und durch die Folgen der Europäischen Währungsunion.

Gleichwohl bin ich der Einladung gefolgt. Sie gibt mir die Gelegenheit, wieder einmal die Räume zu betreten, die mir in fast schon grauer Vorzeit als Mitglied des Sachverständigenrates (1969 – 1976) – manchmal mehr, als mir lieb war – Arbeitsstätte waren. Wohl mehr noch schätze ich die Chance, von dem hier versammelten Sachverständigenrat zu lernen, wie es denn heute mit der Konjunkturforschung steht.

*) Prof. Dr. Dres. h. c. Norbert Kloten, Universität Tübingen.

2 Konjunkturforschung einst und im Dienste gesamtwirtschaftlicher Verstetigung

Als noch sehr junger Assistent (ab Januar 1949) an der Universität Bonn hatte ich mich in Ansehung einer noch nachwirkenden Tradition Arthur Spiethoffs und auch Josef Schumpeters, vermittelt durch Ernst Matthias Kamp, in einer insgesamt knappen Zeitspanne in einen guten Teil der klassischen Konjunkturliteratur eingelesen und das neu erworbene Wissen in Übungen oder Seminaren vertieft. Noch heute schlummert irgendwo in einer Schublade ein Manuskript über das Harvard-Barometer, auch eines über den konjunkturtheoretischen Ansatz Gustav Cassels. Die damals gängige Klassifikation unterschied zwischen monetären Konjunkturtheorien, monetären Überinvestitionstheorien und reinen Überinvestitionstheorien, zudem konsumgesteuerten Konjunkturlehren und der innovationsdeterminierten, auf den dynamischen Unternehmertypus bezogenen Zyklusinterpretation Schumpeters, der neben den „Juglars“ auch „Kitchins“ und „Kondratieffs“ gelten ließ. Gottfried von Haberlers Werk (1931), entstanden im Auftrag des Völkerbundes, hatte das konjunkturtheoretische Wissen seiner Zeit zusammengefasst und beinhaltete derart eine bis in die ersten Nachkriegsjahre hinein nachwirkende Zäsur. Durchzusetzen begann sich ein Denken geprägt von keynesianischen Kategorien und von Kalkülen der Wachstumstheorie, im neuen westdeutschen Staatsgebilde zudem von den neoliberalen Maximen der Freiburger Schule. Selbst Walter Adolf Jöhns umfassender und in der Zusammenschau großartiger Versuch, das Konjunkturphänomen analytisch zu durchdringen (1952), fand in einem sich wandelnden theoretischen Umfeld nur noch wenig Resonanz.

Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre war das Sich-Beschäftigen mit Konjunkturen ein rein akademisches Unterfangen. Die Weltwirtschaft befand sich in einer Phase der Restrukturierung, Lichtjahre weg von den Funktionsbedingungen eines Goldstandards, dem klassischen Konjunkturgleichrichter. Die Bundesrepublik durchlief eine – vor allem von der Koreakrise (1951) gebeutelte – dynamische Aufbauperiode mit alles durchdringenden strukturellen Neformationen. Mit einer seit 1957 de facto konvertiblen D-Mark fügte sich die deutsche Wirtschaft mehr und mehr in das damalige weltwirtschaftliche Beziehungssystem ein. Die ersten wirksamen konjunkturellen Impulse kamen vornehmlich aus den USA. Und schon in den 60er Jahren bestimmte die klassische sinusförmige Folge von Auf- und Abschwungphasen (mehr oder weniger im Verbund) das Bild der Industriestaaten. Die Zyklusdauer lag bei 4 ½ bis 5 Jahren. Die Intensität der Ausschläge war durch eine Abfolge von kontraktiven und expansiven Auslastungsgraden des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials derart gekennzeichnet, dass die jährlichen BIP-Wachstumsraten mit einer zeitlich knapp bemessenen Ausnahme (1967) stets positiv waren: Der Konjunkturzyklus war gleichsam zum Wachstumszyklus mutiert. Nicht wenige Ökonomen sahen in ihm den Prototyp neuzeitlicher Konjunkturschwankungen. Manche Experten glaubten zudem, wieder einen langen Zyklus, einen mit der Wende von den 40er zu den 50er Jahren beginnenden „Kondratieff“ (erwartete Zyklusdauer: 50 – 60 Jahre) ausmachen zu können.

Eigentlich sollte es damals Konjunkturzyklen nicht mehr geben. Schon Ende der 50er, mehr noch im Verlauf der 60er Jahre setzte sich der Anspruch vor allem ökonometrisch arbeitender Fachwissenschaftler durch, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung steuern zu können. Im „Zeitalter der Ökonomen“ (Walter Heller) war es das makroökonomische Ziel, das gesamtwirtschaftliche Wachstum auf hohem Niveau zu verstetigen. Lawrence Klein prophe-

zeite noch 1969, dass der Konjunkturzyklus bald „nur noch ein historisch interessantes Phänomen sein werde“. In der Bundesrepublik wurde damals weithin geglaubt, die Konjunkturschwankungen durch eine „planification globale“ (Karl Schiller) in den Griff zu bekommen. Gekonnt praktiziert werde der Zyklus durch sie zu einem Relikt der Vergangenheit. Gewährleisten sollte dies das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz¹⁾. Indem es den Politikbereichen stabilisierungspolitische Rollen zuwies und deren Inhalte definierte, sollte – nach inzwischen klassischer Formel – „im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum“ verwirklicht werden. (Nach dem Wortlaut des Gesetzes soll das die Politik noch heute.) Der Trend des gesamtwirtschaftlichen Wachstums wurde bewusst nicht problematisiert. Er galt als durch den Wachstumspfad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, damit durch die jeweilige Faktorausstattung, determiniert – vorausgesetzt natürlich, dass der Verstetigungspolitik Erfolg beschieden sei. Doch daran zweifelten damals nur wenige. Mit dem deutschen Modell gesamtwirtschaftlicher Stabilisierungspolitik glaubte man den Königsweg entdeckt zu haben. Schillers griffige Formel einer gelungenen „Synthese von Freiburger Imperativ und Keynesianischer Botschaft“ war schon bald in aller Munde. Fritz Neumark verlieh dem StWG den Rang einer „Magna Charta“ der Konjunkturpolitik.

Mit dem Gesetz setzten sich Positionen durch, die von Karl Schiller und einer kleinen Schar von Fachökonomern schon seit Mitte der 50er Jahre propagiert worden waren.²⁾ Die hochgespannten Erwartungen – das Motiv für eine weitreichende Novellierung des Grundgesetzes, getragen von allen damals im Bundestag vertretenen Parteien – erfüllten sich nach einigen durchaus beeindruckenden Anfängserfolgen nicht. Das konnte auch aus immanenten Gründen nicht sein – der Inkompatibilitäten wegen, die der Konzeption des StWG inhärent waren. Dargelegt habe ich das im Beisein von Karl Schiller und im Kern unwidersprochen auf einer Tagung des Vereins für Socialpolitik.³⁾

Die Verstetigungseuphorie der 60er und auch noch der ersten 70er Jahre hatte das Interesse an der tradierten Konjunkturforschung geradezu einschlafen lassen. Gunther Tichy spricht von einer Phase „ohne relevante konjunkturtheoretische Forschung“, in der Konjunktur-empirie und Konjunkturpolitik zu reinem „Aktivismus“ verkümmerten.⁴⁾ In den Vordergrund rückten mit dem ersten Ölpreisdiktat und seinen Folgen das Interesse an Formen eines Krisenmanagements auf weltweite externe reale Schocks, die Gründe für das Erlahmen der Wachstumsdynamik und die Wege zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, zudem Kontroversen über die schwindende Solidität von Staatsfinanzen und Sozialsystem. Die vor

1) Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums – StWG – vom 8. Juni 1967.

2) Schiller, Karl; Möller, Alex: Entwurf eines „Gesetzes zur Förderung eines stetigen Wachstums der Gesamtwirtschaft“ (1955). Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft: „Instrumente der Konjunkturpolitik und ihre rechtliche Institutionalisierung“, Gutachten vom 3.6. und 8.7. 1956, abgedruckt in: Sammelband der Gutachten von 1948 bis 1972, Göttingen 1973, S. 291 – 326.

3) Kloten, Norbert (1989): Das Stabilisierungsproblem: Konzeption und wirtschaftspolitische Praxis, in: Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft, Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 1988 in Freiburg, Schriften des VfSP, N.F. Bd. 190, Berlin, S. 79 – 111.

4) Tichy, Gunther (1997): Schocks, kumulative Prozesse und Erwartungen. Zum theoretischen Umfeld der empirischen Konjunkturforschung, in: ifo Studien, 43. Jg., S. 146 ff.; siehe auch Oppenländer, Karl Heinrich (1997): Fortschritte in Theorie, Empirie, Politik?, ebendort, S. 132 – 143.

allem vom Sachverständigenrat propagierte Therapie einer „angebotspolitischen“ Orientierung der Stabilisierungspolitik setzte vornehmlich auf wachstumsinduzierende Maßnahmen. Und im Verhältnis zwischen Geld- und Finanzpolitik wies das „neue Assignment“ (1974) der Geldpolitik unter dem „Markenzeichen“ einer mittelfristig ausgerichteten Geldmengenzpolitik wieder die in den 60er Jahren verlorene Führungsrolle zu. Die Finanzpolitik sollte sich – von der antizyklischen Bürde befreit – wieder vornehmlich ihren klassischen Aufgaben, vor allem der Gewährleistung der staatlichen Daseinsvorsorge, widmen. „Konjunkturforschung“ im zuvor praktizierten Sinne war nicht mehr gefragt. Forschungsinstitute, die den Terminus in ihrem Namen führten, ließen ihn fallen – zugunsten der Vokabel „Wirtschaftsforschung“. Zunehmend relativiert sahen sich u.a. auch die auf eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierung hin entwickelten empirischen Messlatten des Sachverständigenrates.

3 Wieder erwachendes Interesse, doch an was?

Das Interesse an einer analytischen Durchdringung von Konjunkturphänomenen erwachte erneut in den 80er Jahren, auch das an deren empirischer Aufbereitung. Die Wirtschaftspolitik sah sich indes weit mehr als durch wirtschaftliche Wechsellagen durch internationale Zahlungs- und Schuldenkrisen sowie durch anhaltende Verwerfungen bei den Wechselkursen und die Anstrengungen, sie künftig zu vermeiden (Plaza-Agreement 1985 und Louvre-Accord 1987), gefordert. Die Transaktionen an den Weltfinanzmärkten, die nicht Reflex eines grenzüberschreitenden Austausches von Waren und Dienstleistungen waren, wuchsen in Dimensionen, die besorgt machten. Wegen der Labilität dieser Märkte, für die es viele Anzeichen gab, und der mehr oder weniger ausgeprägten, doch stets präsenten Volatilität der nicht gebundenen Wechselkurse wurden von jeder regionalen Krise weltweite Rückwirkungen befürchtet. Insbesondere seit der Asienkrise gilt das Hauptaugenmerk von Wissenschaft und Politik den ausgemachten oder auch nur vermuteten Instabilitäten der internationalen Finanzmärkte und ihren potentiellen Folgen.

Doch das sind nicht die Phänomene, die im Mittelpunkt unserer Tagung stehen sollten. Für mich, der mit dem Begriff Konjunktur nach wie vor den Konjunkturzyklus als charakterisierenden Phänotypus verbindet, ist es die zyklische Abfolge wirtschaftlicher Auf- und Abschwünge, dem das Hauptaugenmerk zu gelten hat. Die thematische Fokussierung moderner konjunkturtheoretischer Ansätze auf „shocks“ als Auslöser von „real cycles“ verengt den Blick. Gleiches gilt von einer vordergründigen Auseinandersetzung mit „bubble economies“ und Finanzkrisen. Belehrung und klärende Perspektiven erhoffe ich mir von der im Programm vorgesehenen Folge exzellenter Referate und einer, wie ich zuversichtlich hoffe, im Ganzen wie im Detail lebhaften und konturenreichen Diskussion.

Konjunkturanalyse und Wirtschaftspolitik – Bezüge in den Jahresgutachten des Sachverständigenrates

1 Einführung

Mit dem diesem Vortrag gestellten Thema wird keineswegs nur ein spezieller Blickwinkel auf das Verhältnis von Konjunkturanalyse und Wirtschaftspolitik eröffnet, nämlich aus der Perspektive des Sachverständigenrates. Vielmehr soll in durchaus grundsätzlicher Weise das Verhältnis von Konjunkturanalyse und Wirtschaftspolitik erörtert werden, wobei die im Zeitablauf gewandelten Positionen des Sachverständigenrates die Führung geben. Dies ist auch insofern angemessen, als damit nahezu der Zeitraum erfasst wird, in dem das Statistische Bundesamt die für die Konjunkturanalyse unabdingbaren umfassenden Ergebnisdarstellungen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen veröffentlicht. Damit wird deutlich, dass es hier nicht nur um den Bezug zwischen Konjunkturanalyse und Wirtschaftspolitik geht, sondern zugleich um die dabei im Zeitablauf gewandelten Anforderungen an die Konjunkturstatistik.

Anfangs- und Endzeitpunkt des Beobachtungszeitraumes markieren sehr unterschiedliche Positionen und Wertungen:

- Als der Sachverständigenrat im Jahre 1964 seine Arbeit begann, geschah dies in einem Umfeld, das nach Verbreitung und Akzeptanz des keynesianischen Paradigmas einerseits und der Umstellung der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf das grundsätzlich bis heute gültige differenzierte Kontensystem nach Bartels andererseits die Konjunkturpolitik zum Hoffnungsträger der Wirtschaftspolitik werden ließ und mitunter Euphorie über ihre Bewältigungskompetenz für gesamtwirtschaftliche Koordinierungsstörungen begründete.
- Heute blicken wir dagegen auf Jahrzehnte wirtschaftspolitischer Enttäuschung zurück; von Euphorie ist nichts mehr zu spüren. Angesichts erwiesener Überforderung der wirtschaftspolitischen Akteure im demokratischen Gruppenstaat durch die Rezeptur des Keynesianismus fordert niemand, der ernst genommen werden will, eine Rückkehr dahin.

Selbst im vom Autorenkollektiv Lafontaine, Flassbeck und Noé erstellten Jahreswirtschaftsbericht (JWB) 1999 der Bundesregierung wird zwar von einer Mischung aus Angebotspolitik und Nachfragepolitik gesprochen (JWB 99, Ziffer 48), ein Plädoyer für aktive Konjunkturpolitik sucht man hingegen vergebens – in der Finanzpolitik beschränkt sich dies auf die Forderung, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen, in der Lohnpolitik auf die Forderung, die Lohnsteigerung am trendmäßigen Produktivitätsfortschritt zu orientieren, und in der Geldpolitik auf die Bitte, den bei fehlenden Inflationsgefahren bestehenden Spielraum für konjunkturelle Impulse zu nutzen.

*) Dr. Michael Hüther, DGZ•DekaBank, Frankfurt a.M.

Ohnehin bestand für den proklamierten Paradigmenwechsel im Pragmatismus der Tagespolitik wenig Chance auf Umsetzung.

So befinden wir uns heute mit Blick auf Konjunkturanalyse und Konjunkturstatistik – pointiert und vereinfacht formuliert – in der seltsamen Situation, dass eine Behauptung und ihr Dementi zugleich Anspruch auf Richtigkeit haben: Noch nie – so lautet die Behauptung – in den vergangenen vier Jahrzehnten war beides wirtschaftspolitisch so unbedeutend und deshalb so überflüssig wie heute. Noch nie – so lautet der Widerruf – in den vergangenen vier Jahrzehnten war beides wirtschaftspolitisch so bedeutend und deshalb so wichtig wie heute. Diesen Widerspruch aufzulösen wird Gegenstand der weiteren Überlegungen sein.

Zuvor bleibt zu klären, was unter Konjunkturstatistik als Basis der Konjunkturanalyse verstanden und subsumiert werden soll. Von zentraler Bedeutung sind selbstverständlich die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Sie bieten, basierend auf nahezu der gesamten Wirtschafts-, Finanz- und Bevölkerungsstatistik, umfassend und konsistent, mitunter auch zeitnah Informationen über die Entstehungsstruktur der Wertschöpfung, ihre Verwendung und die Verteilung der entstehenden Einkommen. Dazu wollen wir auch die abgeleiteten Statistiken zählen, wie die über das Bruttoanlagevermögen. Die volkswirtschaftliche Performance kann auf dieser Grundlage mit breiter Fundierung, wenn auch einer eigenen Logik folgend, ermittelt und analysiert werden. Gesamtwirtschaftliche Prognosen lassen sich wegen des möglichen Konsistenztests in diesem systematischen Rahmen transparent und nachvollziehbar erstellen.

Daneben sind für die unterjährige Betrachtung regelmäßig verfügbare Daten zu Einzelaspekten des Wirtschaftslebens von Bedeutung, die jeweils als vorlaufende Indikatoren Informationen zu zentralen gesamtwirtschaftlichen Größen liefern. Dazu zählen aus dem Bereich der amtlichen Statistik insbesondere die Produktionsstatistik, die Auftragseingangstatistik, die Außenhandelsstatistik sowie die Brancheninformationen von den Verbänden. Als zeitnah verfügbare Daten mit tradierter Reputation sind diese vor allem für die laufende Konjunkturbeobachtung und die Adjustierung der gesamtwirtschaftlichen Prognosen bedeutsam.

Dies gilt ebenso für die weniger harten Daten, die wir aus *Unternehmensbefragungen* – sei es durch Institute oder Branchenverbände – erhalten. Einschätzungen der eigenen Produktions- und Absatzbedingungen sowie allgemein der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung füllen Informationslücken der amtlichen Statistik und geben dadurch wertvolle Orientierung. Des Weiteren sind Informationen über die Preisniveau- und Preisstrukturveränderungen, über monetäre Aggregate sowie über Zinsen und Wechselkurse von Bedeutung.

Fast wie selbstverständlich sind wir immer noch geneigt, bei Konjunkturstatistik an den Beobachtungsraum Deutschland zu denken. Diese Perspektive wird zunehmend ergänzt werden um eine – auch in der öffentlichen Wahrnehmung – gleichrangige und qualitativ entsprechende Konjunkturstatistik für den Euro-Währungsraum. Der Übergang zum neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) ist dafür, bei allen Mängeln des Systems und allen Schwierigkeiten bei der Einführung, ein wichtiger Schritt gewesen. Nun kommt es darauf an, die national unterschiedlichen Lieferprogramme, z.B. in der zeitlichen Struktur der Datenveröffentlichung, anzugleichen.

2 Auf den Spuren der „Fünf Weisen“ oder Wandel durch Abwendung

Der Sachverständigenrat wurde, wie angedeutet, in einer Zeit durch Gesetz eingerichtet, als in der ökonomischen Diskussion grundlegende Zweifel an der Richtigkeit der keynesianischen Theorie und der Angemessenheit der darauf beruhenden wirtschaftspolitischen Überlegungen nicht (mehr) bestanden. Zwar hatte man bis dahin in Deutschland tatsächlich eine solche Politik nicht strategisch betrieben, was den besonderen Bedingungen des Wiederaufbaus und einer rein ordnungspolitischen Orientierung der Erhard'schen Wirtschaftspolitik zuzuschreiben war, doch bestand weithin kein Zweifel an der Wirkungskraft aktiver Konjunkturpolitik unter entsprechenden Bedingungen. Die Aussicht, Beziehungsstörungen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene durch zielgenaue Politik künftig verhindern zu können, besaß für viele eine unglaubliche Faszination. Der Dekadenwechsel des Jahres 1960 markiert zugleich den Übergang von der Phase des „spontaneous growth“ zur Phase des „managed growth“, in der eine aktive Konjunkturpolitik eine zunehmend prominente Rolle zu spielen begann.

2.1 Bestandsaufnahme zu Beginn der sechziger Jahre

Verdeutlichen wir uns schlaglichtartig die Ausgangslage im Jahre 1964, als der Sachverständigenrat seine Arbeit aufnahm: Nach den exzeptionell hohen Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren unmittelbar nach der Währungsreform vollzog sich in den fünfziger Jahren ein rasanter, im Trend sich freilich abschwächender Prozess gesamtwirtschaftlicher Expansion. Selbst im Abschwungjahr 1958 lag die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts noch bei über 4 %. Seinen Endpunkt fand der Aufbauprozess im Boomjahr 1960, danach normalisierten sich die Zuwachsraten.

Der Sachverständigenrat hat in seinem ersten Jahresgutachten Gelegenheit genommen, längerfristige Entwicklungslinien nachzuzeichnen und zu analysieren (Jahresgutachten 1964, Ziffern 82 ff.). Vier Aspekte markierten aus der Sicht des Rates den Weg zur Normalisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland (siehe Abbildung 1, S. 16):

- a) Das Überangebot am Arbeitsmarkt infolge zuströmender Vertriebener und Flüchtlinge war nach 1955/56 demographisch und wanderungsbedingt in eine spürbare Knappheit an Arbeitskräften umgeschlagen. Seitdem konnte der Effekt der im Jahre 1956 einsetzenden Arbeitszeitverkürzung auf das Arbeitsvolumen kaum noch durch einen Anstieg der Erwerbstätigenzahl kompensiert werden. Infolgedessen wurde mit der Anwerbung von Gastarbeitern begonnen; die Spitze erreichte diese Zuwanderung im Jahre 1961 mit knapp 200 000 Personen.
- b) Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts war nach Mitte der fünfziger Jahre durch den Anstieg der Arbeitsproduktivität restringiert, die vor allem durch die zunehmende Kapitalintensität bestimmt war.
- c) Der Übergang von extensivem Wachstum (durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze) zu kapitalintensivem Wachstum (durch die Steigerung des Kapitaleinsatzes je Arbeitsplatz) ging mit einer Verlangsamung des Wachstumstempos einher.

- d) In diesem Prozess gelang es bei zunehmender Integration in die Weltwirtschaft, in steigendem Maße die Nachfrage durch Importe zu decken.

Diese Hinweise machen die Eigenart der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik deutlich. Es war ein Prozess, der von der Angebotsseite her getrieben und auch restringiert war. Neben der Verfügbarkeit des Faktors Arbeit wurde die Investitionstätigkeit zunehmend zur maßgeblichen Determinante. Dabei war der marginale Kapitalkoeffizient in den ersten Jahren auch deshalb so niedrig, weil die Beseitigung von Kriegsschäden oft nur relativ geringe Investitionen erforderte. Anschließend war die Kapitalintensivierung eine zwingende Folge des schrumpfenden Arbeitsvolumens; die Arbeitsproduktivität entwickelte sich positiv – vor allem infolge steigender Kapitalintensität, weniger infolge des Strukturwandels und technischen Fortschritts –; die Kapitalproduktivität war schon seit dem Jahre 1960 trendmäßig rückläufig.

Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bewegte sich in den fünfziger Jahren im Schlepptau der Auslandsnachfrage (siehe Abbildung 2, S. 17, Tabelle 1, S. 18). War es zunächst der durch den Koreakrieg ausgelöste Nachfragesog (Boom der Jahre 1951/52), so waren es nachfolgend (in den Boomjahren 1955 und 1960) die grundsätzlichen Möglichkeiten einer dynamischen Weltwirtschaft, die den Anstrengungen der deutschen Unternehmen Raum für eindrucksvolle Erfolge boten.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen war in ihrem Zyklus wesentlich durch die Auslandsnachfrage bestimmt. So gelang es nicht, durch aktive Konjunkturpolitik die Zyklen der Unternehmensinvestition zu dämpfen und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu versteinern (Jahresgutachten 1964, Ziffer 48). Die öffentlichen Ausgaben wurden nicht strategisch zum antizyklischen Lückenbüßer gemacht.

Die Finanzpolitik hat bis in die frühen sechziger Jahre keine antizyklische Strategie verfolgt (siehe Abbildung 3, S. 19); dies gilt übrigens auch für spätere Zeiten (siehe Abbildung 4, S. 20). Der Parallelentwicklung der staatlichen Einnahmen stand eine ebenso wenig antizyklische Entwicklung der staatlichen Investitionen gegenüber, letztere war dabei mitunter derart dominierend, dass im Boom des Jahres 1955 erstmals ein gesamtstaatliches Finanzierungsdefizit auftrat. Grundsätzlich resultierte die günstige Entwicklung der Staatsfinanzen aus einer systematischen Unterschätzung des Wirtschaftswachstums und damit der Steuereinnahmen. Ein Streit darüber zwischen dem Ifo-Institut, das angesichts der zu erwartenden Konjunktorentwicklung einen größeren Spielraum für Steuersenkungen sah und forderte, und Bundesfinanzminister Schäffer, der dies ablehnte, führte im Jahre 1955 zur Einrichtung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“.

Abbildung 1

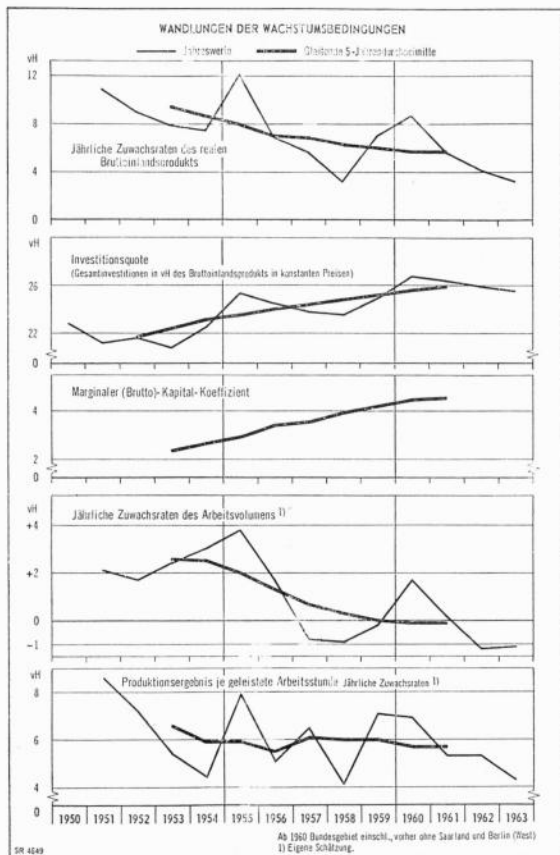


Abbildung 2

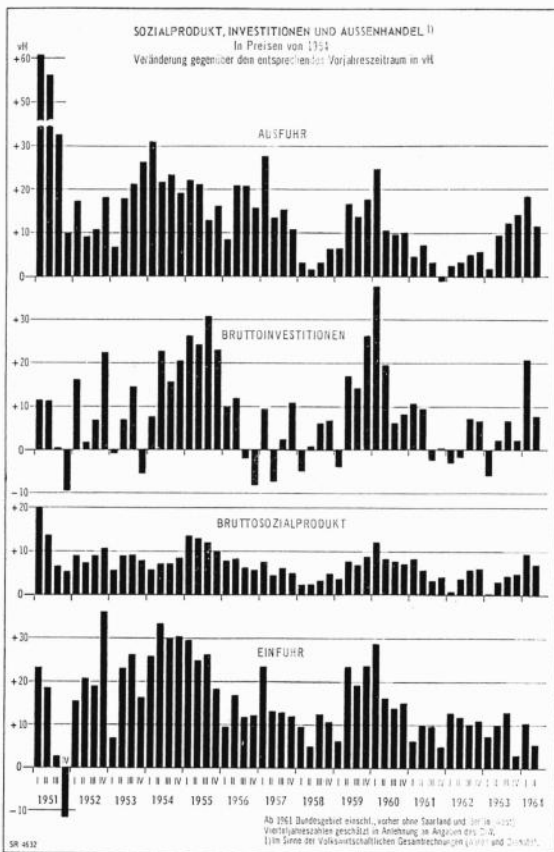


Tabelle 1

Entwicklung der letzten Verwendung von Waren und
Dienstleistungen 1951 bis 1964

Jahr	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	Anteil am Zuwachs der letzten Verwendung in vH		
		Ausfuhr	Investitionen	Privater Verbrauch
1951	23,1	29,1	16,6	40,6
1952	14,3	17,5	23,9	41,7
1953	7,5	27,8	2,7	66,3
1954	9,8	33,0	28,0	33,8
1955	16,0	19,9	36,3	37,7
1956	10,9	32,4	11,2	49,8
1957	10,0	35,3	12,5	43,9
1958	6,5	10,0	13,6	56,8
1959	9,5	24,5	30,8	33,5
1960	12,8	23,7	33,3	32,1
1961	9,3	8,9	22,6	51,2
1962 ¹⁾	9,0	9,1	20,8	49,8
1963 ¹⁾	6,4	22,6	15,6	41,4
1964 ¹⁾ 2) 1. Hj.	10,4	24,4	35,5	37,8

Ab 1961 Bundesgebiet einschl., vorher ohne Saarland und Berlin (West).

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

²⁾ Quelle: Deutsche Bundesbank.

Abbildung 3

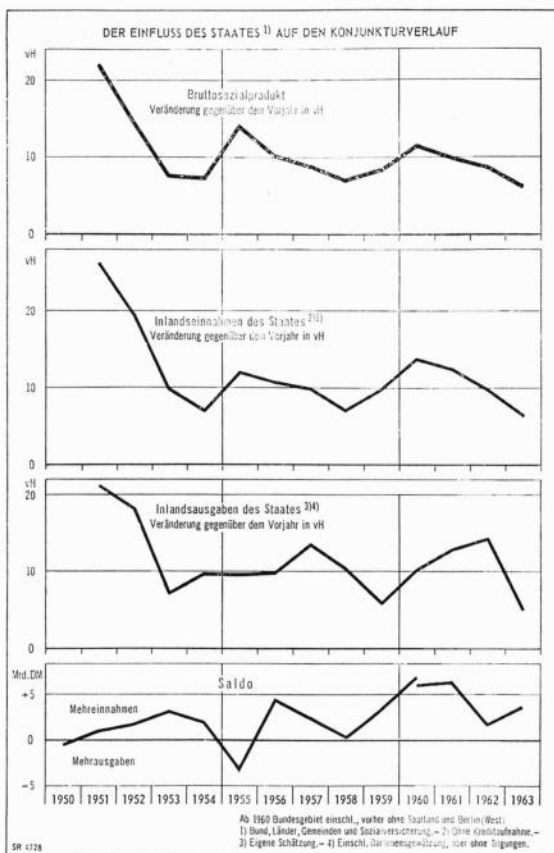
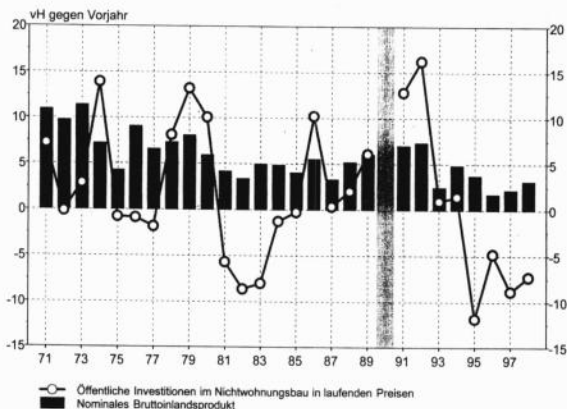


Abbildung 4

Bruttoinlandsprodukt und öffentliche Investitionen



Quelle: FERI

2.2 Phase der bedingten Faszination

Schon mit dem gesetzlich formulierten Auftrag an den Sachverständigenrat, „die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung“ darzustellen und zu untersuchen, „wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können“ (§2 SR-Gesetz), war diesem die konjunkturpolitische Perspektive eröffnet. Die vier magischen Ziele, die später mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vom 8. Juni 1967 zu offiziellen Orientierungsgrößen der Wirtschaftspolitik wurden (§1 SWG), definierten bei Abweichung der Realität von der Norm Handlungsbedarf, und der konnte nur in einem Einsatz konjunkturpolitischer Instrumente liegen. An der Reihung der Ziele wird deutlich, wo Anfang der sechziger Jahre die größten Gefahren gesehen wurden, nämlich an der Preisfront. Ludwig Erhard befürchtete insbesondere, dass die Lohnpolitik zur treibenden binnenwirtschaftlichen Inflationkraft würde, und er erhoffte sich deshalb vom Sachverständigenrat vor allem Beistand durch einen moderierenden Beitrag im Verteilungskampf der Tarifvertragsparteien. Der Gesetz-

geber hat sich mit dem Auftrag an den Rat – trotz aller Reserviertheit Erhards in diesem Punkt – zur Sinnhaftigkeit gesamtwirtschaftlicher Prognosen und zu der Möglichkeit bekannt, erkennbare Fehlentwicklungen makropolitisch vermeiden oder beseitigen zu können.

Der Sachverständigenrat hat bei aller Zustimmung doch bereits im ersten Jahresgutachten – genauer in seinem Vorwort (Jahresgutachten 1964, Ziffern 6 und 7) – die Grenzen eines solchen Ansatzes beschrieben: So könne man zwar mittels Konjunkturanalyse ein einigermaßen zutreffendes Gegenwartsbild entwerfen, doch alle darauf fußenden Prognosen könnten nur hypothetischen Charakter haben, weil die künftige wirtschaftliche Entwicklung immer auch Gegenstand menschlicher Gestaltung sei. Gleichwohl: Für den Zweck, um den es ginge, nämlich eine rationalere Wirtschaftspolitik zu ermöglichen, genüge es, wenn Prognosen die wichtigsten Tendenzen hervorheben.

Man könnte nun fragen, warum es dann einer die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfassenden Prognoserechnung bedarf, für Tendenzen wäre viel weniger ausreichend. Im Jahresgutachten 1969 hat der Rat dazu Stellung genommen: „Wir kleiden unsere Vorstellungen nur deshalb in – scheinbar – exakte Zahlenangaben, weil wir das Bündel unserer Erwartungen dem Konsistenztest einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unterwerfen.“ (Jahresgutachten 1969, Ziffer 165).

Die Deutsche Volkswirtschaft befand sich in den Jahren 1963 bis 1965 in einer vom Export angeführten und von den Investitionen binnenwirtschaftlich unterlegten Aufschwungphase mit fühlbarer Übernachfrage auf dem Arbeitsmarkt; am stärksten gefährdet war die Geldwertstabilität. „Die breiten Schichten“ – so hieß es in Ziffer 181 im zweiten Jahresgutachten – „spüren die Beschleunigungstendenz, auch wenn sie keine Statistiken lesen.“ Neben der bei fixierten Wechselkursen offenen außenwirtschaftlichen Flanke sah der Rat beim Staat und bei den organisierten Gruppen – gemeint sind die Tarifvertragsparteien – die Hauptverantwortung. Die öffentlichen Haushaltsplanungen hatten den Preissteigerungsprozess als Grundlage der Steuerschätzung und der Ausgabenansätze; die Gewerkschaften sahen sich bei diesem wenig vorbildlichen Verhalten des Staates natürlich nicht veranlasst, die Preissteigerungserwartung außer Betracht zu lassen. Um der Gefahr des anhaltenden Geldwertschwundes entgegen zu wirken, schlug der Rat eine konzertierte Stabilisierungsaktion vor (Jahresgutachten 1965, Ziffer 190), wonach

- die Steigerung der Staatsausgaben auf eine Zuwachsrate zu begrenzen ist, die den Anstieg des realen Sozialprodukts maximal um zwei Prozentpunkte übersteigt;
- die Bundesbank im Zusammenwirken mit den Geschäftsbanken das Kreditwachstum auf dieselbe Rate begrenzt;
- die Sozialpartner den Anstieg der tariflichen Stundenverdienste auf den Produktivitätszuwachs zuzüglich maximal zwei Prozentpunkte fixieren.

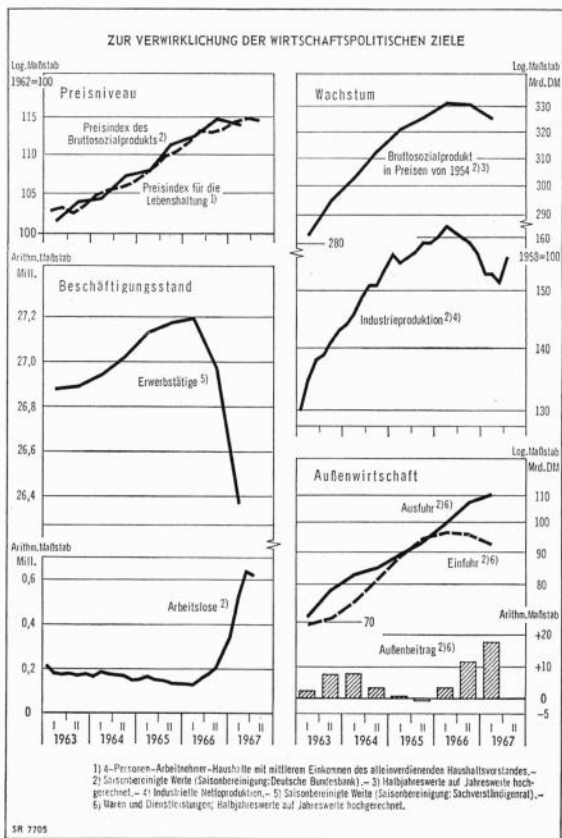
Ergänzt wurde diese Auflistung um den allgemeinen Hinweis, dass diese Stabilisierungspolitik außenwirtschaftlich abgesichert wird. Die im ersten Sondergutachten am 20.06.1964 sowie im ersten Jahresgutachten vorgetragene Argumentation für flexible Wechselkurse, die auf massive Kritik der Bundesregierung gestoßen war, wurde mit dem Hinweis, dass dieser Ansatz „im politischen Raum vorerst nicht durchsetzbar ist“, nicht mehr zugrunde gelegt (Jahresgutachten 1965, Ziffer 195).

So stand am Beginn der konjunkturpolitischen Überlegungen des Sachverständigenrates die Notwendigkeit, ein Instrumentarium zur organisierten laufenden Disinflation zu entwerfen – das Ergebnis war die mit der konzertierten Stabilisierungsaktion angeregte „Konzertierte Aktion“, die mit einem ersten Gespräch am 14. Dezember 1965 vorbereitet (vgl. Stellungnahme der Bundesregierung zum Jahresgutachten 1965/66) und schließlich in §3 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes verankert wurde als „das gleichzeitig aufeinander abgestimmte Verhalten der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände“.

Es ist interessant, festzustellen, dass der Sachverständigenrat in seinen ersten Jahresgutachten bei aller konjunkturanalytischen und konjunkturpolitischen Orientierung sehr schnell auch Themen breit behandelt hat, die weit darüber hinausgehen. So findet sich im Jahresgutachten 1965/66 ein großes Kapitel über „Wachstum und Strukturwandel“, das ebenso – aktualisiert natürlich – jedes Jahresgutachten der neunziger Jahre schmücken würde. Im Jahresgutachten 1967/68 wurden Fragen der Unternehmensfinanzierung und, damit zusammenhängend, der privaten Ersparnisbildung sowie der Finanzpolitik aufgegriffen.

Im März 1967 sah sich der Rat durch eine ungünstige konjunkturelle Entwicklung zu einem Sondergutachten veranlasst. Erstmals war nicht mehr das Ziel der Preisniveaustabilität am stärksten gefährdet, sondern das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes und das eines angemessenen Wirtschaftswachstums (siehe Abbildung 5, S. 23). Arbeitslosigkeit war seit Mitte der fünfziger Jahre kein Thema der Wirtschaftspolitik mehr gewesen, nun musste man plötzlich zur Kenntnis nehmen, dass darauf nicht dauerhaft gesetzt werden kann. Neben den von der Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt bereits beschlossenen expansiven Maßnahmen (zusätzlicher Investitionshaushalt von 2,5 Mrd. DM, Sonderabschreibungen, Lockerung der Kreditpolitik) sah der Rat nur dann weitere Maßnahmen als vertretbar an, wenn es zugleich gelänge, die Tarifpartner und die Vertreter der wichtigsten Wirtschaftsgruppen zu einer lohn- und preispolitischen Absicherung der Expansionspolitik zu bewegen, um eine künftige Gefährdung des Geldwertes zu verhindern.

Abbildung 5



Der Befund des Rates lautete (Jahresgutachten 1967, Ziffer 1 ff.): Die Rezession zwischen Herbst 1966 und Frühjahr 1967 war durch den Rückgang der privaten und öffentlichen Investitionsnachfrage eingeleitet worden, sie wurde verschärft durch eine zunehmend restriktive Geld- und Kreditpolitik, während der Anstieg der Gesamtausfuhr nicht wesentlich durch nachlassende Auftriebskräfte bei wichtigen Handelspartnern beeinträchtigt wurde. Die wirtschaftspolitischen Instanzen – Staat und Bundesbank – sind zu spät und zu zögernd der Fehlentwicklung entgegengetreten, bis Jahresende 1966 waren sie auf Restriktionskurs; erst im Februar 1967 wurden zusätzliche Staatsausgaben (2,5 Mrd. DM) beschlossen und erst im Januar 1967 begann die Bundesbank, den Diskontsatz zu ermäßigen. Doch insgesamt blieben diese Maßnahmen zu schwach, um die Binnennachfrage auf dem Vorjahresniveau zu halten. So führte die Rezession zu einer Produktionslücke von 30 Mrd. DM (rund 8 % des Produktionspotentials) (Jahresgutachten 1967, Ziffer 83).

Zentral für die Erklärung der Rezession war die Analyse der Investitionstätigkeit, deren Zuwächse sich seit dem 1. Quartal 1965 abgeschwächt hatten und die seit dem 3. Quartal 1966 rückläufig war (Jahresgutachten 1967, Ziffer 52 ff.) Hier war es zu einer Bündelung von negativen Impulsen gekommen, die den Abschwung in eine Rezession überführten. Dazu gehörten: Prozyklik der öffentlichen Investitionsausgaben, zu große Fertigwarenbestände, Überkapazitäten in einzelnen Branchen infolge fehlerhafter Einschätzung der durch den Arbeitsmarkt gegebenen Wachstumsmöglichkeiten, Strukturwandel zu Lasten der Bauwirtschaft wegen rückläufiger Ausgaben für den Wohnungsbau, Strukturanpassung im Kohlenbergbau.

Wie dem auch sei, schon im Herbst 1967 war anhand des Verhältnisses von Auftragseingang und Produktionskapazität die Überwindung der Rezession zu erkennen (siehe Abbildung 6, S. 25, und 7, S. 26). Vor diesem Hintergrund wird auch die Warnung des Sachverständigenrates plausibel, bei einer expansiven Finanz- und Geldpolitik die auftretenden Inflationsrisiken im Blick zu behalten.

Abbildung 6



Der Konjunktumschwung vollzog sich in der Tat im Sommer 1967, als die Inlandsnachfrage und die Tiefbaunachfrage des Staates die rezessiven Tendenzen überwinden konnten (Jahresgutachten 1968, Ziffer 11). Infolge einer „Lohnpause“, die ebenfalls zur Jahresmitte 1967 wirksam wurde, blieb der Preisanstieg zunächst moderat. Für den Rat stellte sich die Frage, ob mit dieser Entwicklung ein neuer Konjunkturzyklus begonnen hatte oder ob eine stetige Expansion parallel zum Wachstum des Produktionspotentials möglich sei (siehe Abbildung 8, S. 27). Der Rat argumentierte dabei ganz im Sinne der konjunkturanalytischen Ergebnisse zu Zykluslängen und Verlaufsmustern (Jahresgutachten 1968, Ziffern 30 ff.); die entscheidende Orientierungsstütze war für ihn bereits damals die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten.

Abbildung 7

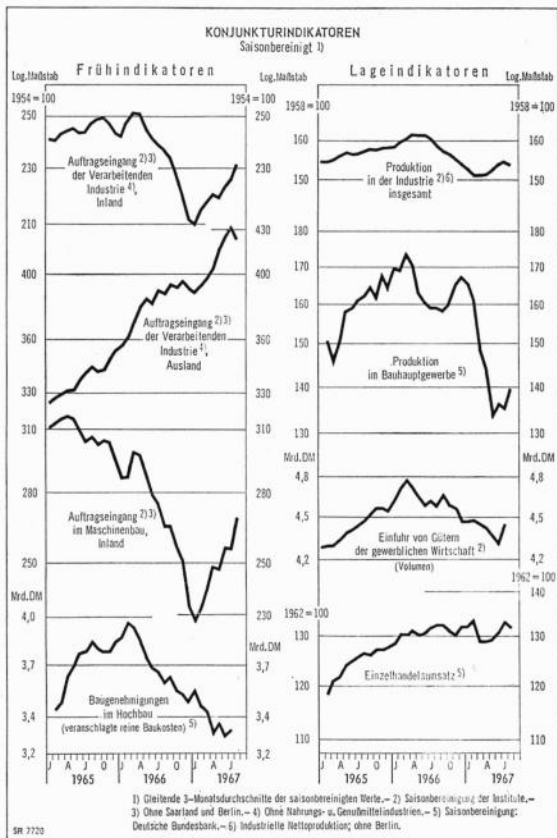
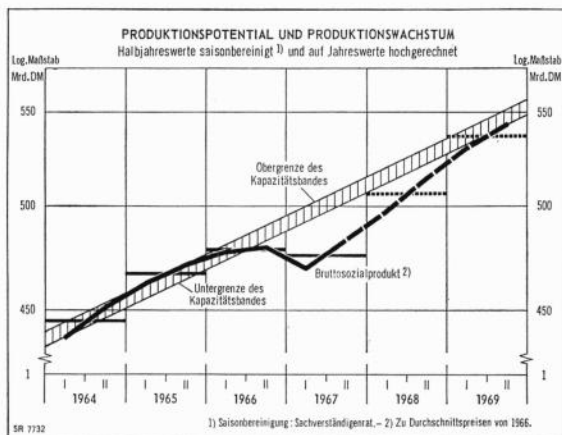


Abbildung 8



2.3 Phase der zunehmenden Distanzierung

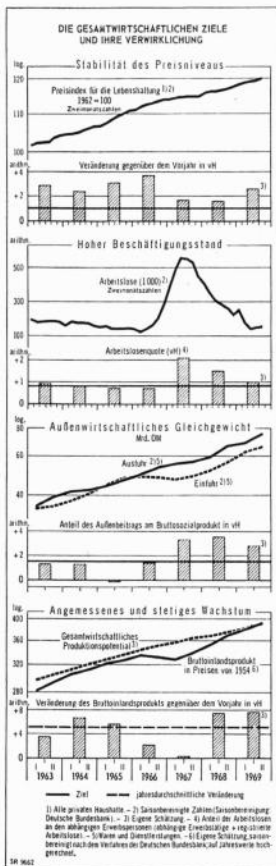
Mit der Überwindung der Rezession nach der Jahresmitte 1967 verschoben sich wieder die Schwerpunkte der konjunkturpolitischen Argumentation, und zwar von der Frage des angemessenen Wachstums mit hoher Beschäftigung hin zum Problem des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts und der Stabilität des Preisniveaus. Der Sachverständigenrat hatte bereits im Jahresgutachten 1967/68 (Ziffern 312 ff.) mit dem „Rahmenpakt für Expansion und Stabilität“ für eine Feinsteuerung des Konjunkturaufschwungs geworben, die eine kräftige Anfangsexpansion zulässt und rechtzeitig, d.h. bei drohender Überauslastung der Kapazitäten, zu einer Verlangsamung führt. Diese Strategie war von der Bundesregierung abgelehnt worden, man hielt „die Risiken eines 'Senkrechtstarts' im Jahre 1968 für gewichtiger als das Stabilisierungsproblem im Jahre 1969, vielleicht auch, weil die unmittelbare Zukunft stets das Hauptaugenmerk beansprucht“ (Jahresgutachten 1968, Ziffer 179).

Tatsächlich war es im vierten Quartal 1967 zu einem „Senkrechtstart“ der Konjunktur gekommen, ursächlich war zum einen ein wieder erstarkender Lageraufbau, zum anderen eine starke Zunahme der Exporte. Dadurch kam es im Jahre 1968 zu einer erheblichen Störung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, der positive Außenbeitrag erreichte über 3 % des Bruttosozialprodukts. Damit stellte sich die Frage, ob und in welchem Maße die DM aufgewertet werden sollte. Der Streit um fixe oder flexible Wechselkurse, der hier nicht das Thema ist, näherte sich im Rat – zwischen der Mehrheit um Giersch auf der einen Seite und Stützel auf der anderen Seite – sowie in der Öffentlichkeit und der Politik seinem Höhepunkt.

Bedeutsam für den Zusammenhang von Konjunkturanalyse und Wirtschaftspolitik sind die Ausführungen des Sachverständigenrates im Jahresgutachten 1969/70 zu „Konjunkturpolitischen Lehren der letzten sechs Jahre“ (Ziffern 231 ff.), die den Prozess der zunehmenden Distanzierung einläuten. Der Rat sah angesichts des unbefriedigenden Gesamtbefundes über die Erreichung der vier gesamtwirtschaftlichen Ziele (siehe Abbildung 9, S. 29) einerseits und der ungetrübten konjunkturpolitischen Euphorie andererseits den Zeitpunkt gekommen, einige grundsätzliche Anmerkungen zu machen. Als Gründe für die unbefriedigende konjunkturpolitische Performance sah der Rat:

- die Verzögerungen im konjunkturpolitischen Entscheidungsprozess,
- die resultierende zeitliche Fehlwirkung konjunkturpolitischer Maßnahmen,
- die mangelhafte Koordinierung des Verhaltens der autonomen Gruppen im Hinblick auf die Zielvorstellung der staatlichen Instanzen,
- die mangelnde planvolle Koordinierung von Geldpolitik und Finanzpolitik.

Abbildung 9



In den entsprechenden Textziffern sind dazu im Einzelnen alle heute selbstverständlichen Schwierigkeiten aufgeführt, die einer zielgenauen Globalsteuerung entgegenstehen, insbesondere auch die Tatsache, dass „die Unzulänglichkeit und Lückenhaftigkeit der konjunkturrelevanten Informationen ... die verantwortlichen Instanzen daran (hinderte), Fehlentwicklungen so schnell zu erkennen und zu ermitteln, wie es für eine wirksame Gegensteuerung notwendig gewesen wäre“ (Jahresgutachten 1969, Ziffer 237). Dies ist bzw. kann auch heute nicht anders sein. Aus diesen Befunden hat der Rat „Neue Wege in der Konjunkturpolitik“ abgeleitet, die im Wesentlichen auf eine größere Zeitkonsistenz konjunkturpolitischer Maßnahmen abzielen. Unter anderem wurde gefordert (Jahresgutachten 1969, Ziffern 263 ff.):

- Verbesserung des Informationssystems durch vermehrten Einsatz von Stichproben und einer Beschleunigung der Aufbereitung konjunkturrelevanter Daten.
- Erweiterung des statistischen Systems: „So bedarf es einer Erwerbs-, Investitions-, Lager-, Lohn- und Produktivitätsstatistik, die nach Sektoren und Branchen gegliedert ist; auch werden Statistiken benötigt, die über die Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen und über die Bestellungen und Auftragsvergaben im öffentlichen Sektor Auskunft geben. Außerdem sollte das Konjunkturtestverfahren ausgebaut werden, vor allem hinsichtlich der Einkommenserwartungen und Kaufabsichten der Verbraucher und der Ausgabenpläne der Gemeinden. Nachhaltig erweitern ließen sich vermutlich Möglichkeiten der Konjunkturprognose auch, wenn man die ökonometrische Konjunkturforschung intensiviert.“ (Jahresgutachten 1969, Ziffer 265).
- Für die staatliche Konjunkturpolitik sollte regelgebundenes Verhalten an die Stelle diskretionären Handelns treten, indem sich die Finanzpolitiker und Geldpolitiker am mittelfristigen Wachstum des Produktionspotentials orientieren. Diese Überlegung impliziert ein Abrücken von der Idee der Globalsteuerung und ihrer Verheißung, zugleich weist dieser Ansatz zeitlich weit in die Zukunft – was die Möglichkeit der beiden Politikbereiche betrifft, ebenso was ihre Orientierung betrifft.

Es sollte nicht vergessen werden, dass der Sachverständigenrat seit Anbeginn die Konjunkturanalyse und die Konjunkturstatistik durch die Entwicklung eigener Analyseinstrumente und Konzeptionen sowie durch die Einforderung besserer statistischer Grundlagen gefördert hat. Bei den konzeptionellen Ansätzen sind zu nennen:

- Konzeption eines gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials zur Abschätzung des Angebotsspielraums der deutschen Volkswirtschaft und zur Definition des Konjunkturzyklus (Jahresgutachten 1967, Anhang VII, Jahresgutachten 1968, Anhang IV, Jahresgutachten 1969, Anhang VIII);
- Konzeption des Konjunkturneutralen Haushalts zur Messung der konjunkturellen Impulse der Finanzpolitik (Jahresgutachten 1968, Ziffern 128 ff., Jahresgutachten 1969, Ziffer 113, Jahresgutachten 1970, Ziffern 322 ff.);
- Entwicklung eines Gesamtindikators zur Konjunkturdiagnose zur Verbesserung der Prognosequalität (Jahresgutachten 1970, Anhang VIII, Jahresgutachten 1970, Ziffern 142 ff.).

2.4 Phase der gepflegten Neutralität

Die in der ersten Hälfte der siebziger Jahre wachsende Einsicht, dass die Finanzpolitik durch die ihr von der Globalsteuerung zugewiesene Verantwortung überfordert wird, und die nach dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods möglich gewordene primär binnenwirtschaftliche Verpflichtung der Geldpolitik haben zunächst zur „stabilitätspolitischen Konzeption“ des Sachverständigenrates geführt (Jahresgutachten 1974, Ziffern 364 ff.). Kern dieser Konzeption war die Klärung der Verantwortungsbereiche, wie sie unter dem Regime flexibler Wechselkurse den verschiedenen Institutionen der Wirtschaftspolitik zugewiesen werden können.

- Die Geldpolitik kann durch Steuerung der Zentralbankgeldmenge ganz auf das Ziel der Preisniveaustabilität ausgerichtet werden. „Wir schlagen vor, Geldpolitik im Hinblick auf ihre Verantwortung für die Versorgung der Wirtschaft mit Geld, namentlich die Verantwortung für die Expansion der Geldbasis zu definieren.“ (Jahresgutachten 1974, Ziffer 399).
- Angesichts dieser Objektivierung der Geldversorgung ließ sich auch die Rolle der Finanzpolitik prinzipiell neu beschreiben. Die allokatonspolitische Aufgabe wurde in den Vordergrund gerückt, die stabilitätspolitische Aufgabe wurde dadurch zugleich beschränkt und gehärtet; die Finanzpolitik sollte stärker als zuvor mittelfristig verstetigt werden. „Wir schlagen vor, Finanzpolitik im Hinblick auf ihre Verantwortung für das Volumen und die Struktur der öffentlichen Ausgaben sowie die öffentlichen Einnahmenregelungen zu definieren.“ (Jahresgutachten 1974, Ziffer 399).
- Eine Flankensicherung zur Erreichung der binnenwirtschaftlichen Stabilität sollen die Einkommenspolitik und die Wettbewerbspolitik übernehmen, vor allem dadurch, dass sowohl auf den Gütermärkten wie auf den Faktormärkten (dauerhafte) Machtpositionen soweit wie möglich verhindert oder zumindest eingeschränkt werden. Ein scharfer Wettbewerb auf den Gütermärkten nimmt dem Verteilungskampf seine Voraussetzung. Dadurch kann eine effektive Wettbewerbspolitik die Neigung mindern, Verhandlungsmacht in der Einkommenspolitik zu nutzen. Ergänzend wirkt eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, weil sie eine dauerhafte Veränderung der Einkommensverteilung möglich macht, ohne stabilitätswidrig oder beschäftigungsgefährdend zu sein (Jahresgutachten 1974, Ziffern 439 f).

Die offenkundigen Schwierigkeiten der deutschen Volkswirtschaft, nach der Rezession von 1975 wieder auf einen Pfad angemessenen Wachstums zu gelangen und einen hohen Beschäftigungsstand zu realisieren, verlagerten aus der Sicht des Sachverständigenrates die Therapiemöglichkeiten immer stärker weg von der Globalsteuerung hin zu einer Wirtschaftspolitik, die mikroökonomisch orientiert die Investitionsbedingungen verbessert und dadurch einen beschäftigungsneutralen Wandel der Produktionsstruktur erleichtert (Jahresgutachten 1976, Ziffer 284). Denn die Ursachen des Beschäftigungsproblems wurden nicht mehr vorwiegend in rein konjunkturellen Zusammenhängen gesehen, sondern im Wesentlichen darin, dass der im Prinzip beschäftigungsneutrale Strukturwandel einer Volkswirtschaft mit Hemmnissen zu kämpfen hat, die dem Erschließen neuer Wachstumsbereiche entgegenstehen.

Ist es das Anliegen der Konjunkturpolitik, die Schwankungen in der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials durch die Steuerung der Nachfrage zu verringern, so zielt die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik darauf, durch geeignete Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, dass Produktionskapazitäten entstehen, die in ihrem Volumen und ihrer Struktur den Beschäftigungs- und Produktionswünschen derer angemessen sind, die das Potential der Beschäftigten bilden. Damit ist das zentrale gesamtwirtschaftliche Koordinationsproblem angesprochen, das sich als Aufgabe der Wirtschaftspolitik stellt. Es geht um die Frage ausreichend hoher Investitionen zur Erschließung neuer Wachstumsbereiche, d.h. um die Bereitschaft, sich für künftige Produktion und damit künftige Beschäftigung zu entscheiden (Jahresgutachten 1984, Ziffer 291). Im Kern ist das Koordinationsproblem in der Unsicherheit allen Wirtschaftens begründet: Dabei geht es zunächst um die Unsicherheit auf einzelwirtschaftlicher Ebene, und zwar hinsichtlich der künftigen Absatzbedingungen und hinsichtlich der Entwicklung des realen Kostenniveaus. Ebenso wirkt die Unsicherheit auf gesamtwirtschaftlicher Ebene, und zwar darüber,

- ob die Gesellschaft in Zukunft fähig sein wird, die reklamierten Ansprüche mit dem gesamtwirtschaftlichen Ergebnis in Einklang zu bringen oder ob sie dazu neigt, die Lösung dieses Verteilungsstreits zu vertagen;
- ob es gelingen wird, die innovativen Potentiale der Volkswirtschaft – damit die Basis für ein stabiles Wachstumstempo – lebendig zu halten oder gar zu stärken oder ob die vorhandenen innovativen Potentiale durch die Politik vermindert werden;
- ob in der Weltwirtschaft insgesamt an den Grundsätzen des freien Austauschs und der Arbeitsteilung festgehalten wird oder ob auf den Weltmärkten die Wahrscheinlichkeit für Verwerfungen zunehmen wird;
- ob die Wirtschaftspolitik in führenden Nationen bereit ist, den Bedingungen zu entsprechen, die durch den freien Kapitalverkehr und seine Sanktionskraft für wirtschaftspolitisches Fehlverhalten gesetzt werden.

Unsicherheit des Wirtschaftens als zentrales Problem wirtschaftspolitischer Orientierung zu werten, ist der Nachfragepolitik und der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik gemeinsam. Die Nachfragepolitik versucht, dieser Unsicherheit – und ihren Konsequenzen für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage – durch ein generelles Rentabilitätsversprechen für den Kapitalstock zu begegnen; die Auslastung soll durch kompensatorisches Handeln der Finanzpolitik stabilisiert werden. Glaubwürdig ist dieses Versprechen freilich nur, wenn es nicht zu einem dauerhaften Gebrauch nachfragepolitischer Instrumente führt, wozu es allerdings verleitet, zumal unter den Bedingungen des demokratischen Gruppenstaates (Jahresgutachten 1995, Ziffer 301). Dann besteht die Gefahr, dass diese Politik nicht Unsicherheit mindert, sondern neue schafft, nämlich darüber, wie der Staat in Zukunft seine Ansprüche an das Produktionsergebnis gestalten muss. „In einer Welt unsicherer Erwartungen ist der Globalsteuerung vor allem aufgetragen, Mißtrauen über die mittelfristige Entwicklung der finanz- und geldpolitischen Steuergrößen gar nicht erst aufkommen zu lassen, genauer: deren Trend durch in die Zukunft reichende Festlegungen für den privaten Sektor besser vorhersehbar zu machen. Das ist eine Vorbedingung für eine erfolgreiche Angebotssteuerung“ (Jahresgutachten 1976, Ziffer 308).

Konjunkturpolitik im traditionell keynesianischen Verständnis bleibt aus der Sicht des Sachverständigenrates die angemessene Therapie, wenn die abrupte Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch die Flexibilität der Angebotsseite, die zumutbar erscheint, nicht hinreichend schnell aufgefangen werden kann. In diesem Fall überbrückt eine kompensierende Budgetpolitik den Nachfrageausfall bei anderen Aggregaten. An die Stelle fehlender Zuversicht der Privaten tritt, um diese wieder zu beleben, die höhere Zuversicht des Staates. Funktionieren kann dies freilich nur, wenn der Staat in die Vertrauensstörung weder ursächlich durch vorangegangenes Fehlverhalten noch funktionell durch die Schwächung seiner künftigen Handlungsfähigkeit einbezogen ist.

Freilich muss ein Nachfrageausfall nicht zyklisch bedingt sein, sondern kann auch darauf beruhen, dass eine Verschlechterung der Angebotsbedingungen – beispielsweise durch einen Anstieg der realen Arbeitskosten, der deutlich über den auf organisatorisch-technischem Fortschritt beruhenden Produktivitätsfortschritt hinausgeht – die Unternehmen veranlasst, ihre Kapazitäten weniger stark als zuvor auszunutzen und ihre Investitionsbudgets spürbar einzuschränken. Der resultierende Verlust an Beschäftigung reduziert seinerseits den Expansionspielraum für die aufgrund von Markteinkommen mögliche Entwicklung der privaten Nachfrage. Mit kompensierender Nachfragepolitik, die nur vorübergehend wirken kann, wäre in diesem Fall überhöhter Ansprüche des Faktors Arbeit nicht viel gewonnen.

Es wird darauf hingewiesen, dass es wegen träger Anpassungsvorgänge bei Preisen und Löhnen in Bezug auf exogene Störungen zu Transaktionen bei nicht-markträumenden Preisen kommen kann und damit eine Nachfragebeschränkung auf einem Markt sich auf andere Märkte auswirken kann. Marktgleichgewichte seien deshalb stets labil, zumal das dahinter stehende Verhalten der Akteure durchaus rational sein kann. Der angemessene wirtschaftspolitische Ansatz, um aus derartigen Unterbeschäftigungssituationen herauszukommen, bestünde in einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik. Dahinter steht die Vorstellung, dass monopolistische Marktstrukturen, wie sie zur Erklärung von Preisrigiditäten auf Gütermärkten herangezogen werden, zum realistischen Bild der Marktwirtschaft gehören, weil immer wieder Unternehmen Wettbewerbsvorsprünge realisieren, die es erlauben, Renten abzuschöpfen. Man wird einwenden müssen, dass eine expansive Geldpolitik nur wirksam ist, wenn einerseits damit die Marktakteure überrascht werden, was allerdings auf Dauer nicht gelingen kann, und wenn andererseits nicht die Befürchtung besteht, dass die Zentralbank mit Blick auf die Preisniveaustabilität alsbald wird gegensteuern müssen. Einzuwenden ist auch, dass die Finanzpolitik als Antwort auf eine grundsätzliche Neigung der Märkte zum „false trading“ kaum geeignet ist, weil sie dauerhaft expansiv sein müsste und damit nach aller Erfahrung ihre eigenen Möglichkeiten einschränken würde. Wenn es an den Marktstrukturen liegt und daran, dass die Innovationskraft zu gering ist, dann dürfte eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die den Wettbewerb scharf hält und die Flexibilität der Privaten fördert, angemessener auf die beschriebenen Probleme antworten, zumal dann der Bedarf an expansiver Finanzpolitik gemindert und diese dadurch nicht überfordert wird.

Die Betonung der Angebotsseite beruht auf der Einschätzung, dass die Nachfrage keine Größe ist, die – zumal auf mittlere Sicht – unabhängig vom Angebot entsteht. Vielmehr hat das Angebotshandeln die Führungsrolle für die wirtschaftliche Dynamik, indem es künftige Produktion vorbereitet, und zwar nicht nur dann, wenn die Erwartungen über die Nach-

frageentwicklung mit großer Verlässlichkeit dazu raten, sondern gerade auch dann, wenn eine Nachfrage noch nicht in Sicht ist, wohl aber die generelle Zuversicht herrscht, dass die Offenheit der Märkte Chancen bietet, die die Risiken aufwiegen. Damit verbindet sich auch die Absage an einen dauerhaften Nachfragepessimismus, wie er mitunter mit Verweis auf die im längerfristigen Vergleich schwächer gewordene Expansion des Privaten Verbrauchs artikuliert wird; folgte man dieser Position, so unterstellte man, dass der Strom technischer Neuerungen langsam versiegen und die privaten Haushalte in ihrer Nachfrage unverändert über die Zeit einem bestimmten Muster folgen würden (Jahresgutachten 1977, Ziffern 249 ff., Jahresgutachten 1983, Ziffern 278 ff.).

Es ist offenkundig, dass mit einer solchen wirtschaftspolitischen Orientierung die Bedeutung der Konjunkturanalyse spürbar zurückging, zugespitzt galt für den Rat seitdem, wie es Olaf Sievert (1985), der langjährige Vorsitzende nach seinem Ausscheiden formulierte: „Wir sind bescheidener geworden in der Vorstellung, die wirtschaftliche Zukunft, oder doch einen kleinen Teil davon, einigermaßen verlässlich im Vorhinein beschreiben zu können, und zugleich entschiedener in der Überzeugung, daß man gute Wirtschaftspolitik (auch) treiben kann, ohne gute Prognosen zu haben.“ Die Konjunkturanalyse hat damit ihre instrumentelle Bedeutung für die Wirtschaftspolitik verloren, das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz seinen Sinn. Die ernüchternden Erfahrungen mit der Nachfragepolitik waren eine Ursache, die Problemanalyse ungünstiger Angebotsbedingungen war eine weitere, hinzu kam der wiedererwachte Glaube an die Selbststärkungskraft des marktwirtschaftlichen Systems. „Das Konzept des Rates beruht nicht auf der Annahme, dass ausreichende wirtschaftliche Dynamik sich in einem Marktssystem von selbst versteht; es kann anhaltende Angebotsstörungen geben. ... Mit übermäßigem Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte des Marktsystems hat das alles recht wenig zu tun, jedenfalls nicht des Marktsystems, wie es sich derzeit darstellt. ... Wir raten freilich, sich von einer Kräftigung der Antriebsmechanismen mehr zu versprechen als davon, diese Antriebsmechanismen mehr und mehr durch ein anderes zu ersetzen.“ (Jahresgutachten 1981, Ziffern 313 ff.)

Vor diesem Hintergrund muss es auch nicht verwundern, dass die Bedeutung der vom Sachverständigenrat selbst erarbeiteten Analyseinstrumente im Zeitablauf sehr zurückgegangen ist, am deutlichsten gilt dies für den Konjunkturalneutralen Haushalt, der schließlich durch das Strukturelle Defizit verdrängt wurde (Jahresgutachten 1994, Ziffern 178 ff.). Am wichtigsten ist die Konzeption des Produktionspotentials, nun allerdings weniger als Hilfe zur Bestimmung der konjunkturellen Lage als vielmehr als Indikator für die angebotspolitische Performance der deutschen Volkswirtschaft. Dass diese Konzeption im Jahresgutachten 1999/2000 (vorübergehend) aufgegeben wurde, liegt allein in der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem ESVG 95 begründet.

3 Konjunkturanalyse, Finanzmärkte und Wirtschaftspolitik

Würde man nach den bisherigen Überlegungen schließen, dann wäre der Befund mager: Aus Sicht des Sachverständigenrates bedarf es für eine rationale Wirtschaftspolitik nach Abkehr von der Nachfragepolitik nicht zwingend einer konzisen Konjunkturanalyse. Es müsste ohne gehen, vielleicht sogar besser, weil dies einer Verstetigung der Wirtschaftspolitik dient. Natürlich ist diese Sicht etwas vereinfacht, doch grundsätzlich gilt, dass der

wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel die instrumentelle Bedeutung der Konjunkturanalyse vermindert hat. Daraus nun den Schluss zu ziehen, dass diese – und damit auch die Konjunkturstatistik – obsolet geworden sei, geht indes entschieden zu weit. Die Überlegungen zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik haben zu einer Interessenverlagerung – zumindest des Sachverständigenrates – geführt, Informationen über strukturelle Entwicklungen in der Volkswirtschaft und über die Angebotsbedingungen haben sehr an Bedeutung gewonnen.

Konjunkturstatistische Informationen üben heute aber über einen ganz anderen, eher indirekten Zusammenhang eine ungleich größere Wirkung auf die Wirtschaftspolitik aus. Gemeint ist die Bedeutung entsprechender Daten, genauer ihrer Veröffentlichung, für die Entwicklung der Finanzmarktpreise. Eigentlich würde man erwarten, dass Konjunkturdaten über die damit sich verbindende Perspektive für den unternehmerischen Erfolg in einer Volkswirtschaft, also den Informationsgehalt über die künftige Ertragsentwicklung, auf die Aktienkurse einwirken. Diese Vorstellung lebt aber von der – wie wir wissen keineswegs realistischen – Annahme, dass es Störungen der Finanzmarktentwicklung von Seiten der Wirtschaftspolitik nicht gibt.

Zur Verdeutlichung des Zusammenspiels von Konjunkturdaten und Aktienkursentwicklung lassen sich aus den letzten Monaten zwei Tagesverläufe des DAX heranziehen, und zwar vom 21. September sowie vom 28. Oktober dieses Jahres.

- Beginnend am 10. September bewegte sich der Dax von seinem Zwischenhoch bei einem Indexstand von 5483 in einem Umfeld zunehmender Inflationsängste und Zinssteigerungsphantasien bis Anfang Oktober noch einmal sehr nahe an die 5000er Marke heran (siehe Abbildung 10, S. 36). Diese Bewegung wurde am 21. September durch zwei Datenveröffentlichungen beschleunigt, so dass im Tagesverlauf ein Wertverlust von rund 2 % zu verzeichnen war. Zunächst erschreckte die Märkte der positive Wert des Ifo-Geschäftsklimas für den Monat August, später am Tag die Nachricht eines Rekorddefizits im Handel zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union. Insbesondere ersteres ist eigentlich nicht plausibel nachvollziehbar, denn das Ifo-Geschäftsklima besitzt gute Prognoseeigenschaften für die Absatz- und Ertragsentwicklung in der Wirtschaft. Gewinnerwartung und Relation von Aktienrendite zu Kapitalmarktzins sind zentrale Bestimmungsgrößen für den Aktienmarkt. So deutet die positive Entwicklung des Geschäftsklimas eigentlich auf ein deutliches Erholungspotential für den deutschen Aktienmarkt hin. Der Markt hat aber etwas anderes wahrgenommen: Dominierend war nicht die durchaus damit angelegte Revision der Gewinnerwartungen, sondern die Befürchtung eines verfrühten Zinsschrittes der Europäischen Zentralbank (EZB). Die damit angesprochene lange Wirkungskette wurde gedanklich stark verkürzt. Erklärbar ist dies nur vor dem Hintergrund, dass die EZB die Märkte bis dahin im Unklaren über die für ihre Entscheidung maßgeblichen Indikatoren gelassen hatte, schlimmer noch, sie hatte in die durchaus verständliche Offenheit ihrer strategischen Überlegungen (mit dem Zwei-Säulen-Ansatz über Geldmenge und breite Inflationsprognose) durch beliebige Äußerungen noch weitere Irritationen eingefügt.

Abbildung 10



- Der Daxverlauf am 28. Oktober signalisiert die umgekehrte Erfahrung (siehe Abbildung 11, S. 37). Nachdem der Aktienindex seit Anfang Oktober, verunsichert über die Stärke der Konjunkturerholung, die damit verbundenen Inflationsgefahren und das Handeln der Zentralbanken, zwischen 5150 und 5400 hin und her gewandert war, löste sich nach positiven Inflationszahlen aus den USA der Knoten, und erstmals seit Jahresmitte überschritt der Dax die Marke von 5500. Zusammen mit den am Tag zuvor veröffentlichten M3-Zahlen im Euro-Raum für den Monat September, die ein kräftiges Wachstum ausweisen, war damit die Verunsicherung über die Geldpolitik in den USA und im Euro-Währungsraum gewichen - drüben wegen der Entwarnung an der Preisfront, hüten wegen der danach als sicher geltenden Zinsanhebung der EZB am 4. November. Deren Vollzug bestätigte die damit aufgebauten Erwartungen und führte, weil nun auf absehbare Zeit keine Befürchtungen über weitere Zinsschritte der EZB begründet waren, zu einem günstigen Stimmungsumfeld an den europäischen Börsen; die positive konjunkturelle Grundtendenz konnte sich als bestimmender Faktor etablieren.

Abbildung 11



Diese Beispiele verdeutlichen einen ganz anderen, nämlich nicht normativ, sondern eher zufällig definierten Wirkungszusammenhang von Konjunkturanalyse und Wirtschaftspolitik, der sich freilich jenseits der eher mittelfristig orientierten Analysen des Sachverständigenrates Geltung verschafft. Die strategische Unbestimmtheit der Geldpolitik – insbesondere in den Vereinigten Staaten, aber seit Jahresanfang auch in Europa – gibt Raum für vielfältiges Razonieren über die möglichen Determinanten zinspolitischer Entscheidungen. Die Konjunkturanalyse bereitet nicht mehr direkt den Grund für konjunkturpolitische Entscheidungen, sondern beeinflusst die Erwartungsbildung über geldpolitisches Handeln.

Dabei ist von entscheidender Bedeutung, wie es zur Erwartungsbildung der Marktakteure kommt, unter welchen Bedingungen sich diese vollzieht. Denn es wäre einigermaßen neutralisierend, wenn die individuellen Meinungsbilder zu bestimmten Konjunkturindikatoren stark diversifiziert wären. Ein Datum würde dann nicht zu eindeutigen und merkbaren Reaktionen der Finanzmarktpreise führen können – das Beispiel des Ifo-Geschäftsklimas für den Monat August macht deutlich, dass grundsätzlich zwei Deutungen für dessen Informationsgehalt möglich waren. Tatsächlich beobachten wir aber, dass es solche Neutralisierungsvorgänge nur sehr selten und auch nur sehr unbestimmt gibt, so dass im Ergebnis die Erwartungsbildung der Marktteilnehmer zu einer sehr volatilen Entwicklung an den Finanzmärkten führt.

Diese Volatilität der Finanzmärkte ist angesichts der Tatsache, dass die Marktakteure infolge der IT-Revolution heute zeitnah Informationen aus und über die Märkte in allen Tei-

len der Welt verfügbar haben, fast zwingend. Denn infolge der weltweit zeitnahen Verfügbarkeit von Marktinformationen weist die Erwartungsbildung der Akteure – und damit auch das Risiko der Enttäuschung – eine deutlich höhere Korrelation auf, als dies früher der Fall war. Dies birgt die Gefahr, dass in einzelnen Märkten bei tatsächlicher Enttäuschung der Erwartungen eine Trendwende kaum zu vermeiden ist, weil die Formulierung eben dieser Erwartungen kein diversifizierter Prozess mehr ist. Die Vereinheitlichung und Verbesserung der Informationslage reduziert den Spielraum für individuelle Meinungsbilder, zumal dann, wenn der ermittelte Consensus-Forecast als Benchmark gilt. In einem solchen Umfeld drohen im Falle von Enttäuschungen weitgreifende Bewertungskorrekturen mit der Folge umfassender Beziehungsstörungen auf den Finanzmärkten, die wir als Krisen titulieren. Wegen der hohen Mobilität des internationalen Kapitals lassen sich derartige Beziehungsstörungen nicht auf Teilregionen der Weltwirtschaft beschränken, sondern werden über die Finanzintermediation in andere Segmente übertragen.

Hieraus erwächst die besondere Bedeutung einer konsistenten Konjunkturanalyse und damit auch der Konjunkturstatistik. Der Zwang für die Geldpolitik, zu einer konsistenten Strategie zu finden, nimmt über den Wirkungszusammenhang von Konjunkturanalyse und Finanzmarktentwicklung zu. Der Druck, fehlerhafte oder wenig plausible Entscheidungen zu korrigieren, nimmt zu; genau das ist ja auch die Erfahrung mit der EZB zwischen den Zinsentscheidungen vom 8. April und vom 4. November 1999. Die Reaktion der Märkte auf Konjunkturzahlen beschränkt den Handlungsspielraum der Geldpolitik.

Die Finanzmärkte stellen aber in einer Zeit weitgehend liberalisierten Kapitalverkehrs und hoher Mobilität des Kapitals noch in anderer Hinsicht ein Scharnier zwischen gesamtwirtschaftlicher Analyse und Wirtschaftspolitik her, und zwar insbesondere zur Finanzpolitik. Zumindest auf mittlere Sicht wird die Entwicklung der Finanzmarktpreise von den Gewinnerwartungen dominiert, wie sie sich aus gesamtwirtschaftlichen Eckdaten ableiten lassen. Diese Gewinnerwartungen reagieren sehr sensitiv auf die dafür bedeutsamen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, wie sie vor allem durch die Steuerpolitik, die Defizitpolitik, aber auch durch die Infrastrukturpolitik (einschließlich Privatisierung und Deregulierung) gesetzt werden. Die hohe Reaktionsgeschwindigkeit der Finanzmärkte transformiert die Implikationen der Wirtschaftspolitik auf die gesamtwirtschaftliche Performance sehr direkt und sehr schnell. Eine Stabilisierung der Erwartungen, wie sie der Sachverständigenrat als zentrales Wirkungselement der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik versteht, setzt die wirtschaftspolitischen Akteure unter den Zwang, die gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen ihres Tuns sehr genau zu bedenken. Die schwache Konjunktur-entwicklung Deutschlands in diesem Jahr und die damit einhergehende Erfahrung, nicht mehr die dominante Volkswirtschaft in Europa zu sein, spiegelt sich sehr deutlich in den Kapitalströmen und der vergleichsweise schwachen Börsenentwicklung.

4 Lebt der Konjunkturzyklus noch?

Die bisherigen Überlegungen eröffnen die Perspektive der Wirtschaftspolitik auf die Konjunkturanalyse. Für die Frage nach der heute angemessenen Bedeutung der Konjunkturanalyse ist damit freilich nur die halbe Arbeit vollbracht, denn es bleibt zu erörtern, ob der Konjunkturzyklus selbst und damit die tradierte Form der Konjunkturanalyse noch eine Zukunft haben. Stimmt – so könnte man es auch formulieren – die These, dass die Konjunktur tot sei, zumindest schon in den Vereinigten Staaten und künftig auch bei uns? Grundsätzlich ist bei derartigen Formulierungen Vorsicht geboten, die Todesnachricht wurde schon in zu vielen Fällen von der Genesungsbotschaft überrollt. Doch kann man auch nicht verkennen, dass sich grundlegend etwas verändert hat: Die Realwirtschaft zeigt sich heute in ihrer Entwicklung weitaus weniger volatil als früher, und die Selbstverständlichkeit einer konjunkturzyklischen Argumentation schwindet angesichts der Bedeutung struktureller Bedingungen. So hat sich beispielsweise die Volatilität des vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukts für die Vereinigten Staaten – gemessen als Standardabweichung – in den vergangenen gut hundert Jahren um rund 75 % vermindert.

Wir schauen seit geraumer Zeit einigermaßen staunend auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten, wo ganz offenkundig rundum gute Angebotsbedingungen einen nun schon länger währenden Prozess kräftiger Produktionszuwächse auf breitem binnenwirtschaftlichem Fundament, bei steigender Beschäftigung und rückläufigen Inflationsraten sowie niedrigen Zinsen ermöglichen. Bei einem Trendwachstum von 3 bis 3½ % und einer maximalen Schwankungsbreite von rund 1 Prozentpunkt verengen sich die zyklischen Vorstellungen von der traditionellen Sicht mit Rezession und Boom auf die Begriffe „starkes Wachstum“ und „soft landing“. Freilich: Es lassen sich diverse Einschränkungen anbringen, die das Bild etwas trüben. Da ist auf die geringe Sparneigung der privaten Haushalte und die Gefahr ihrer erneuten Überschuldung, auf das hohe Leistungsbilanzdefizit, die deutliche Überbewertung des Aktienmarktes, aber ebenso auf die Tatsache zu verweisen, dass der Arbeitsmarkt auch durch einen beachtlichen Anstieg der in Gefängnissen verwahrten Personen entlastet wird. Indes: In jedem Fall lassen sich wiederum Relativierungen anbringen, die das Besondere der amerikanischen Entwicklung unverändert deutlich werden lassen.

Grundsätzlich macht der Befund einer weniger volatilen Konjunktur, insbesondere in den arrivierten Volkswirtschaften, angesichts der zunehmend globalisierten Welt, hochmobiler Kapitalströme und extrem schwankender Finanzmarktpreise schon staunend. Entsprechend liegt die beachtliche Erfahrung der vergangenen fünf Jahre, in denen wir zwei Finanzkrisen – zunächst als Krise des Staates in Mexiko im Jahre 1994, dann als Krise der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Rahmenordnung in Ostasien seit dem Jahre 1997 – erlebten, in den vergleichsweise geringen Effekten auf die Realwirtschaft in den anderen Regionen der Welt oder bildlich formuliert, dass es auf der Mainstreet ruhig blieb, während es auf der Wallstreet turbulent zugeht. So stellt sich die Frage, warum die realwirtschaftliche Entwicklung heute weitaus stabiler ist, als dies früher der Fall war, noch schärfer, noch drängender. Eine Reihe von Erklärungen lässt sich anbringen:

- Die wirtschaftliche Aktivität hat sich in den führenden Volkswirtschaften zunehmend ausdifferenziert, und zwar so, dass sich im Ergebnis das gesamtwirtschaftliche Wertschöpfungsportfolio aus mehr und mehr in ihrer Entwicklung unkorrelierten Branchen und Zweigen zusammensetzt. Betrug im Jahre 1950 die Wertschöpfung des Bergbaus, der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sowie der Investitionsgüterindustrien – also eng verzahnter Branchen – an der inländischen Produktion in Deutschland noch rund 70 %, so existieren heute keine vergleichbar dominierenden Industrien. Eine merkliche Korrelation zwischen den Branchen besteht nicht mehr. Dazu hat einerseits der technische Fortschritt und seine Verbreitung beigetragen, andererseits die Tertiärisierung unserer entwickelten Volkswirtschaften. Die Aussage, wenn es einer „Schlüsselindustrie schlecht gehe, gehe es der ganzen Volkswirtschaft schlecht“, hat ihre Bedeutung verloren.
- Die Tertiärisierung, der Weg hin zur Dienstleistungsgesellschaft hat einen stabilisierenden Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Denn die Bildung von ungeplanten Lägern bei überschießender Produktion oder wegbrechender Nachfrage sind – zumeist unterstützt von der Geldpolitik – eine wesentliche Ursache der konjunkturellen Destabilisierung von industriebasierten Volkswirtschaften. Mit der Ausweitung der Dienstleistungswirtschaft schrumpft die Bedeutung derartiger Lagerbildung – Dienstleistungen ist es eigen, dass sie selbst nicht lagerfähig sind und somit keinen destabilisierenden Effekt auslösen können. Zugleich gilt auch für die Industrie, dass angesichts der Möglichkeit, Informationen über Entwicklungen auf den für sie relevanten Faktor- und Gütermärkten zeitnah und umfassend zu erhalten, der Bedarf für eine Lagerhaltung deutlich zurückgegangen ist. Dabei hilft, dass die computergestützte Produktion sehr viel leichter und damit schneller an veränderte Marktbedingungen angepasst werden kann. All dies dämpft die konjunkturellen Schwankungen und die zyklische Anfälligkeit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.
- Eine bedeutsame Konsequenz der Tertiärisierung liegt in der stabilisierenden Wirkung auf den Einkommensstrom im Zeitablauf. In einer Ökonomie, die überwiegend von den Sektoren Landwirtschaft und Industrie getrieben wird, ist der Einkommensfluss naturgemäß un stetig – Ernte- und Konjunkturzyklen bestimmen das zeitliche Muster. In der Dienstleistungswirtschaft entstehende Einkommen fließen hingegen deutlich stetiger, weil sich die Nachfrage nach den entsprechenden Leistungen schon aus Gründen mangelnder Lagerfähigkeit sehr viel kontinuierlicher entwickelt.

Fließt das Einkommen im Zeitablauf stetiger, dann gilt dies tendenziell auch für die privaten Konsumausgaben, sie entwickeln sich weniger zyklisch. Der Konsum erreicht rund 55 % des Bruttoinlandsprodukts und stabilisiert damit auch die gesamtwirtschaftliche Aktivität im Zeitablauf. Unterstützt wird diese Entwicklung dadurch, dass die Konsumausgaben nicht mehr vom laufenden verfügbaren Einkommen abhängen, sondern zunehmend ebenso vom Vermögensbestand, der in langer Friedenszeit aufgebaut wurde und nun vererbt wird.
- Der technische Fortschritt insbesondere im IT-Bereich wirkt sich heute mit entsprechender Verzögerung in Form höherer Produktivitätsgewinne aus, das steigert das Wachstumspotential einer Volkswirtschaft und mindert die Gefahr inflationärer Verspannungen. Weit mehr als die Hälfte des Volkseinkommens entwickelter Industrie-

gesellschaften wird derzeit für Aktivitäten im Bereich Information und Kommunikation bei der Organisation der Arbeitsteilung innerhalb und zwischen Unternehmen sowie Haushalten eingesetzt. Die Produktivitätsgewinne, das zeigt die Entwicklung in den Vereinigten Staaten, stellen sich freilich nicht sofort ein. Sogar das Gegenteil ist richtig, die Einführung neuer Technologien – wie es in den USA in den achtziger Jahren im IT-Bereich massiv der Fall war – führt wegen erheblicher Lernkosten zunächst zu einem Produktivitätsrückgang, erst mit erheblicher Verzögerung schlägt dies in einen positiven Effekt um, der dann aber dauerhaft auf einen höheren Wachstumspfad führt. Der stabile, inflationsfreie und beschäftigungsintensive Aufschwung der Vereinigten Staaten in den vergangenen acht Jahren hat seine Ursache in der Flexibilität der Märkte und in dem Potential für Produktivitätssteigerungen. Das Solow-Paradoxon, dass man überall in der Volkswirtschaft Computer sehe, nur nicht in der Produktivitätsstatistik, findet damit ansatzweise eine Auflösung.

Alan Greenspan, Chairman der Fed, hat in einer Rede vom 28. Oktober 1999 auf die beachtlichen Auswirkungen der IT-Revolution hingewiesen. In einer über die Angebotsseite – will sagen den Produktivitätstrend – getriebenen Volkswirtschaft sei die Gefahr einer Überhitzung bei einer Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit einer Destabilisierung der Konjunktur gering, zumal davon auszugehen sei, dass entsprechende Produktivitätsgewinne auch künftig zu erwarten sind. Entscheidend sei die Tatsache, dass die neuen Informationstechnologien die Produktivität dadurch steigerten, dass Tätigkeiten zur Absicherung von Produktionsprozessen gegen unbekannte und unerwartete Einwirkungen dramatisch verringert werden könnten; die zeitgenaue Information über die Nachfrage, die Möglichkeit der schnellen und effizienten Anpassung, die Beschleunigung der Innovation, die Verkürzung der Vorlaufzeiten von Investitionen – all dies trage dazu bei. Überdies bewirke der Wettbewerb in Zeiten des Internet eine deutliche Verringerung der volkswirtschaftlichen Distributionskosten. „To be sure, there is also a virtuous cycle at play here“.

- Die IT-Revolution beschleunigt den Prozess der Tertiärisierung. Wir benötigen immer mehr Dienstleistungen, um die Produktivitätsgewinne durch die neuen Kommunikationstechnologien nicht durch das Erlernen des Umgangs mit den Kommunikationshilfen aufzubrechen und damit zugleich die Zeit zum Kommunizieren zu verlieren, die zu gewinnen der Fortschritt verhieß. Das Durchlaufen der Lernkurven, das Durchwirken der IT-Investitionen auf den Produktivitätstrend führt unweigerlich zu einem Kranz neuer und expandierender Dienstleistungsaktivitäten. Schließlich bedingt die Kommunikationsgesellschaft durch den ungeheuren Informations- und Transparenzgewinn eine immer weiter gehende Ausdifferenzierung zu einem Pluralismus der Lebensformen, was ebenfalls in die Dienstleistungswirtschaft führt.
- Die fortschreitende Professionalisierung der Finanzintermediation oder, in anderen Worten, die fortschreitende Entpolitisierung der Kreditvergabe führen zu einer Stabilisierung des internationalen Kapitalverkehrs. Die Erfahrung der Finanzkrisen in Lateinamerika und Ostasien war gerade, dass der hohe staatliche Einfluss auf die inländische Kapitalallokation nicht nur zu einer ineffizienten Kapitalverwendung führt, und dadurch volkswirtschaftliche Kosten verursacht, sondern ebenso falsche Signale für die Orientierung der internationalen Kapitalströme begründet. Wird die störende Wirkung

des staatlichen Eingriffs evident, dann sind spontane Reaktionen der Finanzmärkte unvermeidbar. Die Konsequenz der beiden Krisen hat zu einem Prozess der Entpolitisierung der Finanzintermediation in diesen Ländern geführt. All dies stabilisiert die weltwirtschaftliche Entwicklung, es hält sie zumindest frei vom Risiko der fundamentalen Beziehungsstörungen in den Finanzmärkten.

- Im internationalen Austausch wirken die höhere Rechtssicherheit und der heute weithin akzeptierte Grundsatz der Nichtdiskriminierung dahin, dass der weltweite Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr von Irritationen über die Verpflichtung zum Freihandel frei ist. Anders als in früheren Jahrzehnten hat sich weltweit grundsätzlich die Einsicht durchgesetzt, dass auf Dauer alle nur vom freien, unbehinderten Austausch profitieren können. Ein Weiteres kommt hinzu: Nach den Erfahrungen früherer Jahrzehnte kennzeichnet heute nahezu alle etablierten Volkswirtschaften eine ernsthaftere Stabilitätsorientierung; der Irrglaube, durch Inflation und damit durch die Vertagung von Verteilungskonflikten Probleme lösen zu können, findet nicht mehr viel Zuspruch. Eine Konsequenz liegt darin, dass gravierende Inflationsängste nicht mehr in dem Maße wie früher das Wirtschaftsgeschehen stören – das stabilisiert direkt die Konjunktur und vermindert zudem die Gefahr von Stabilisierungsrezessionen, die auszulösen der Notenbank bei überbordender Inflation unvermeidlich erscheinen muss. Zunehmend wirkt dabei auch, dass sich infolge der Deregulierung in zentralen Infrastrukturbereichen – Energie, Telekommunikation, Verkehr – der Wettbewerbsdruck merklich erhöht hat, damit der Zwang zur Produktivitätssteigerung, was wiederum Spielraum für deutliche Preissenkungen eröffnet hat.
- Letztlich kann darauf verwiesen werden, dass der reduzierte Anspruch an die Wirtschaftspolitik als antizyklische Konjunkturpolitik ebenfalls zur Stabilisierung der realwirtschaftlichen Entwicklung beigetragen hat. Denn die Erfahrung hat ja – wie vom Sachverständigenrat bereits im Jahresgutachten 1969/70 dargelegt – gezeigt, wie schwierig das richtige Timing einer aktiven Konjunkturpolitik ist; in den meisten Fällen war die Wirkung prozyklisch. Dies gilt selbst für die Rezession des Jahres 1966/67 in Deutschland, die gemeinhin als Musterbeispiel für eine geglückte Globalsteuerung gilt, während tatsächlich die nachfolgende Konjunkturerholung angeheizt wurde. Freilich, es gibt immer wieder Beispiele für eine wirtschaftspolitisch ausgelöste Konjunkturschwankung, wie in Japan durch den drastischen Schwenk zur Konsolidierung im Jahre 1997, doch generell gilt, dass die Wirtschaftspolitik heute weitaus weniger als früher gezielt zur Konjunkturstabilisierung beiträgt.

Alles in allem: Es ist nicht zu übersehen, dass sich die realwirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen merklich verändert haben, und zwar so, dass die konjunkturzyklische Betrachtung und Vorstellung ihre Selbstverständlichkeit verloren haben. Die Bedeutung struktureller Aspekte – oder nennen wir es Angebotsbedingungen – hat zugenommen, und wir beobachten, dass daraus eine Minderung der zyklischen Bewegung folgt. Die Frage, ob dies von Dauer sein kann, ob wir wirklich in einer „New Economy“ des E-Commerce leben oder ob es sich nur um ein transitorisches Phänomen handelt, kann abschließend nicht beantwortet werden. Aber es kann die Aussicht begründet werden, dass auch für Europa – wo Deregulierung und Privatisierung, aber auch die Nutzung des Internet erst jetzt sich entfalten bzw. ihre Wirkungen erkennbar werden – eine spannungsfreie und stabile Aufwärts-

entwicklung bevorsteht, mit der Einschränkung freilich, dass es dabei dauerhaft eine höhere Arbeitslosigkeit gibt als in den Vereinigten Staaten. In jedem Fall: Die Bedeutung der traditionellen Konjunkturanalyse verliert an Bedeutung.

5 Ausblick: Konjunkturanalyse unter veränderten Bedingungen

Die Konjunkturanalyse steht, das haben die Ausführungen gezeigt, aus unterschiedlichen Gründen unter veränderten Bedingungen, resümierend sind zu nennen:

- die desillusionierenden Erfahrungen mit der Nachfragesteuerung und die Zerstörung der Globalsteuerungseuphorie;
- der wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel hin zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik;
- die Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Wirtschaftspolitisches Handeln kann unter dem Regime der Angebotspolitik nicht kurzfristig auf dauerhaften Erfolg hoffen, von den Ankündigungseffekten entsprechender Maßnahmen einmal abgesehen. Doch dieser verzögerte Wirkungszusammenhang bedeutet nicht, dass auch erst auf mittlere Sicht Handlungsbedarf besteht. Zwar geht es nicht um den auf einen bestimmten Punkt im Zyklus zeitlich exakt bezogenen Einsatz spezifischer stabilisierungspolitischer Instrumente, doch duldet die als notwendig erachtete Verbesserung der Wachstumsbedingungen der Volkswirtschaft wegen ihres längeren zeitlichen Vorlaufs meist keinen Aufschub. So ist die anfängliche These von der Bedeutungslosigkeit der Konjunkturanalyse doch etwas übereilt. Zudem: In jedem Fall muss es ein Anliegen der Finanzpolitik sein, nicht prozyklisch zu wirken. Hier liegt – wie die Erfahrung lehrt – das größte Risiko einer nicht verstandenen Politik.

Um den entsprechenden Handlungsbedarf ermitteln zu können, muss die aktuelle und die absehbare gesamtwirtschaftliche Entwicklung ebenso detailliert beschrieben und analysiert werden, wie dies für die Wirtschaftspolitik als Konjunkturpolitik erforderlich ist. Freilich verändern sich die Anforderungen. Die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumspotentials und seiner Determinanten erlangt eine größere Bedeutung, zugleich verändert sich die zeitliche Perspektive der Vorhersage, stärker als bei der Konjunkturanalyse werden nun mittelfristige Wirkungszusammenhänge bedeutsamer. Von daher mag man auch die Vorlage mittelfristiger Szenarien für angemessen halten, wobei der Vorbehalt anzumelden ist, dass es sich dabei lediglich um die mechanistische Fortschreibung der absehbaren Entwicklung handeln kann. Doch auch dies mag seinen besonderen Wert haben, verdeutlicht es doch, in welche Richtung die weitere Entwicklung verlief, wenn nichts geschähe, wenn die als notwendig erachteten Fundamentalkorrekturen unterblieben. Dies kann vor allem aus didaktischen Gründen für die Wirtschaftspolitik bedeutsam sein. In jedem Fall aber verlieren gesamtwirtschaftliche Analysen nicht ihre grundsätzliche Funktion, den wirtschaftspolitischen Status quo einer Selbstvergewisserung zu unterziehen. Beispielhaft belegt das Sondergutachten des Sachverständigenrates vom 27. April 1996 die Bedeutung der Prognose: Die Analyse der Wachstumsschwäche der deutschen Volkswirtschaft bildet die entscheidende Basis für die Formulierung des wirtschaftspolitischen Handlungsbedarfs.

Was sehr an Bedeutung gewonnen hat für die wirtschaftspolitische Konzeption, das sind strukturelle Untersuchungen. Dabei stehen Fragen nach der Dynamik und des Verlaufsmusters des Strukturwandels, nach dem Entwicklungspotential der Branchen, nach der Ertragskraft der Unternehmen, nach der Struktur der privaten Konsumausgaben und der unternehmerischen Investitionen im Zeitablauf, nach den Facetten der Globalisierung und anderes mehr im Mittelpunkt des Interesses. Die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem ESG 95 hat dafür manchen Fortschritt gebracht, z.B. für die Analyse der Investitionstätigkeit, doch vieles ist heute ebenso unergründet wie Ende der sechziger Jahre, als der Sachverständigenrat seine Wunschliste an die amtliche Statistik schrieb (Jahresgutachten 1969, Ziffer 265).

Mit Blick auf die Finanzmärkte ist man geneigt, in besonderem Maße für die amtliche Statistik Transparenz, Robustheit und Revisionsminimierung zu fordern. Doch bei genauerem Hinsehen kann man erkennen, dass die Marktakteure stets nur die Zeit für einen ersten Blick haben. Datenrevisionen, schon gar nicht, wenn sie ganze Rechenwerke erfassen und die Systematik einschließen, werden in der Regel nicht zur Kenntnis genommen, sie werden meistens gar nicht verstanden. Die Daten der ersten Stunde erhalten deshalb mit Blick auf die Märkte eine ganz besondere Bedeutung. Für die amtliche Statistik ergibt sich daraus ein besonderes Vermittlungsproblem bei der Veröffentlichung vorläufiger, wie auch revidierter Zahlen. Dies gilt um so stärker im Euro-Währungsraum, wo wegen unzureichender Datenlieferungen einzelner Länder sehr viel stärker auf Schätzungen gesetzt werden muss.

Literaturhinweise

Bundesregierung (1999): Neue Wege zu mehr Beschäftigung. Jahreswirtschaftsbericht 1999, Bonn.

Giersch, Herbert (1961): Allgemeine Wirtschaftspolitik, Wiesbaden.

Giersch, Herbert; Paqué, Karl-Heinz; Schmieding, Holger (1994): The Fading Miracle. Four decades of market economy in Germany.

Hanswillelme, Monika; Rahmann, Bernd (1997): Zwischen Reformen und Verantwortung für Vollbeschäftigung. Die Finanz- und Haushaltspolitik der sozial-liberalen Koalition von 1969 bis 1982, Frankfurt a.M. u.a.

Hax, Herbert (1998): Anforderungen an die Statistik zur Konjunkturbeobachtung und Konjunkturprognose durch den Sachverständigenrat, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 82, S. 15 – 24.

Hentschel, Volker (1997): Ludwig Ehrhard, München.

Hüther, Michael (1996): Die „Sieben Weisen“ und der Auftrag des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 45, S. 171 – 179.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten. Diverse.

Scherf, Harald (1986): Enttäuschte Hoffnungen – vergebene Chancen. Die Wirtschaftspolitik der sozialliberalen Koalition 1969 – 1982, Göttingen.

Schneider, Hans Karl (1977): Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 1, S. 478 – 499.

Schneider, Hans Karl (1987): Anforderungen an das Bundesstatistikgesetz im Hinblick auf die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik aus der Sicht der Politikberatung. Vortrag anlässlich der 34. Tagung des Statistischen Beirats, Wiesbaden, 2.6.1987.

Sievert, Olaf (1985): Wirtschaftswissenschaft, Wirtschaftspolitik und Öffentlichkeit. Vortrag anlässlich der Verleihung des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik 1985.

Stobbe, Alfred (1981): Volkswirtschaftliches Rechnungswesen, 5. Aufl., Berlin.

Vosgerau, Hans-Jürgen (1978): Konjunkturtheorie, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 4, S. 478 – 507.

Konjunkturtheorie – zum Wandel der Begriffe und Modelle

1 Zum Thema und zur Vorgehensweise

Wäre das Thema aus der Rückschau im Vorlesungszyklus eines Semesters zu behandeln, so würde man den Wandel der Begriffe und Modelle gleichsam komparativ-statisch aus „Zeitreihen“ zusammenfassender Publikationen ableiten, wie etwa dieser Reihe: Preiser 1933, Jöhr 1959, Vosgerau 1978, Zarnowitz 1985, Gabisch/Lorenz 1989 und Dotsey/King 1991. Einzu-beziehen wären neben den analytischen Modellen die makroökonomischen Modelle, die aufgrund ihrer jeweiligen Datenbasis eine Theorie gesamtwirtschaftlicher Entwicklung mit numerisch spezifizierten Parametern, Anfangswerten und exogenen Größen für bestimmte Länder und Zeitabschnitte präsentieren (siehe z. B. Challen/Hagger 1983, Wolters/Kuhbier/Buscher 1990, Heilemann/Wolters 1998). Über den aktuellen Stand relevanter Denkansätze vermitteln zwei komplementäre Sammelbände einen guten Überblick: Glasner 1997 und Openländer 1995. Der Sammelband von Glasner enthält als zeitnahe Randpunkt des bisherigen Wandels alles, was man vortragen könnte, und was sich 1998 ausschnittshaft im wirtschaftswissenschaftlichen Seminar Ottobeuren unter dem alten Thema „Trend und Zyklus“⁽¹⁾ sammelte (siehe Franz/Hesse u. a. 1999).

Der unvollkommene Stand eines Wissenschaftszweiges – als höchst unvollkommen muss man die Theorien zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wohl sehen – gebietet zum einen Respekt für das Erreichte, zum anderen aber Aufmerksamkeit für Kritikpunkte. Für die respektvolle Kommentierung des Erreichten lässt der eng gezogene Rahmen meines Referats jedoch wenig Spielraum. Regelrechte Theorien im methodologischen Sinne sind unerreichbar, möglich erscheinen nur sogenannte Quasi-Theorien (mit raum-zeitlich eingeschränktem Geltungsbereich). Insofern wird Konjunkturtheorie prinzipiell unvollkommen bleiben und jeder Generation von Ökonomen noch viel Arbeit bescheren.

Der zukünftige Wandel – auch er gehört zum Thema – ist nicht vorhersehbar, vielleicht aber schon in aktuellen Diskussionspunkten angelegt. Beides – der Wandel aus der Rückschau und mögliche Wandlungen der theoretisch verankerten Konjunkturforschung aus der Vorschau – ist zu bedenken und selektiv anzusprechen. Zur reichlich vorhandenen Schwankungsmathematik, zu den hoch entwickelten Möglichkeiten der mathematischen Modellierung bis hin zur nichtlinearen dynamischen Makroökonomik⁽²⁾ (siehe insbes. Lorenz 1993, S. 225), brauche

- *) Prof. Dr. Adolf Wagner, Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Leipzig.
Der Vortrag ist Professor Dr. Alfred E. Ott gewidmet, der am 29. 10. 1999 seinen 70. Geburtstag gefeiert hätte.
- 1) Der Band mit dem Untertitel „Zyklisches Wachstum aus der Sicht moderner Konjunktur- und Wachstumstheorie“ im Umfang von 306 Seiten weist 9 Referate mit je 2 Korreferaten aus, die in den zugehörigen Literaturverzeichnissen mit insgesamt 500 Titeln fundiert werden. Der hohe Prozentsatz neuerer zitierter Titel (65,4 % stammen aus den Jahren 1990 und später) verspricht dem Leser einen bemerkenswert hohen Neuerungsgehalt, der jedoch vom Inhalt her leider nicht voll gedeckt ist, wenn man die Fülle alter einschlägiger und nun „anonym wiederentdeckter“ Publikationen bedenkt.
 - 2) = ... nonlinear dynamical systems allow for an entirely new theoretical attitude toward an understanding of cyclical motion which must not necessarily be irregular or chaotic. By an appropriate choice of nonlinearities it is almost always possible to model a particular dynamical phenomenon which is believed to prevail in reality“ (Lorenz 1993, S. 244).

ich nichts zu sagen. Aus Zeitgründen, aber auch aus Überzeugung (siehe die Perspektiven der Abschnitte 4 und 5) verliere ich kein weiteres Wort über die gerade vorherrschenden „Real-Business-Cycle-Modelle“. Ich beschränke mich auf einige wenige Aspekte: Zwei Abschnitte zum Phänomen der Konjunktur i. w. S. (Abschnitt 2: Die empirische Einheit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung oder der Konjunktur i. w. S., Abschnitt 3: Wachstumszyklen oder „step cycles“), zwei Abschnitte zu Grundsätzlichem (Abschnitt 4: Die Mikrofundierung der Makroökonomik, Abschnitt 5: Gleichgewicht und spontane Ordnung), zwei Abschnitte zu drängenden Aufgabenfeldern (Abschnitt 6: Erklärungen des internationalen Konjunkturzusammenhangs, Abschnitt 7: Erklärungen einer schwankenden Arbeitslosenquote). Mit einigen abschließenden Bemerkungen wird mein Vortrag enden (Abschnitt 8).

2 Die empirische Einheit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung oder der Konjunktur i. w. S.

Die Entwicklung der Konjunkturtheorie reicht in eine Zeit zurück, in der das Wort Konjunktur stets auch Wachstumsphänomene mit einschloss (vgl. Preiser 1967, S. 117).³⁾ Die Konjunktur als „Wachstumszyklus“ war 1973 in einem Sammelband von Alfred E. Ott (vgl. Ott 1973) und 1989 nochmals von Helmstädter (vgl. Helmstädter 1989) thematisiert worden. So überrascht es nicht, neuerdings aus dem wirtschaftswissenschaftlichen Seminar Ottobeuren zu hören: „Daß Trend und Zyklus letztlich nur simultan erklärt werden können, ist ernsthaft nie in Zweifel gezogen worden“ (Ramser in Franz/Hesse/Ramser/Stadler 1999, S. 165). Da diese angebliche Selbstverständlichkeit immer wieder und auch künftig Diskussionen auslöst, will ich sie ein wenig untermauern. Ganz unabhängig von den bekannten mechanistischen Verfahren der Statistiker zur Trennung von Trend und zyklischer Komponente (vgl. z. B. Rinne 1997, S. 172 – 191), die mit Filteranwendungen stets den Slutsky-Yule-Effekt als potentielle Zyklusverfälschung mit sich bringen (vgl. dazu Harvey in Glasner 1997, S. 227, sowie Klein in Glasner 1997, S. 470, und Wagner 1982, Formeln S. 243), gibt es einige gute wirtschaftstheoretische Gründe, Konjunktur i. e. S. und Wachstum nicht vorab zu separieren, sondern als eine empirische Einheit zu belassen, die als Konjunktur im weiteren Sinne oder als gesamtwirtschaftliche Entwicklung verstanden und makroökonomisch erklärt wird. Zum Ersten bestimmen Investitionen sowohl die Wachstumspfade als auch die Schwankungen der meisten Modelle, ohne dass man die Investitionen von den entscheidenden unternehmerischen Einheiten her empirisch in einen nur schwankungs- sowie einen nur wachstumsmotivierten Teil aufspalten könnte. Mit dem zweiten Grund will ich dem exzellenten deutsch-amerikanischen Konjunkturforscher Adolph Löwe⁴⁾ die Ehre geben: Er sah den technischen Fortschritt, der dem permanenten Innovationswettbewerb in Marktwirtschaften entspringt, als zentrale Triebkraft sowohl der Zyklen als auch des langfristigen Wachstums an (vgl. Hagemann in Glasner 1997, S. 407, ausführlicher Caspari 1994, S. 44 – 51).⁵⁾ Beim technischen Fortschritt – das lehren die empirischen Arbeiten der sechziger und siebziger Jahre zur

3) Schumpeter meinte, „Konjunkturzyklen können nicht, wie beispielsweise die Rachenmandeln, abgetrennt und gesondert behandelt werden ...“ (Schumpeter 1961, S. 5). Siehe ferner Wagner 1982, insbes. S. 237 – 244.

4) 1918 in Tübingen promoviert und ab 1926 bis zu seiner Vertreibung im Jahre 1933 Professor in Kiel (später in Manchester und New York).

5) Niemand kann Harrods (Gegen-)These von der monotonen Veränderung der „fundamental conditions“ belegen.

Fortschrittsmessung – wären Versuche zur Trennung von Zyklus und Trend noch weit aussichtsloser als bei den Investitionen.

Neben den beiden volkswirtschaftlichen Begründungen für die untrennbare Einheit von Zyklus und Trend gibt es einen dritten, methodischen Grund. Diesen will ich anhand einer Konjunkturdefinition von Wilhelm Krelle aus dem Jahre 1959 vorbringen: „Unter Konjunkturbewegungen verstehen wir die mehr oder minder regelmäßigen Abweichungen der wirtschaftlichen Aktivität von der Gleichgewichts-Wachstumsrate, die man normalerweise statistisch mit dem Trend identifiziert“ (Krelle 1959, S. 477).⁶⁾ Existiert die (feste) Gleichgewichtswachstumsrate im Sinne einer gängigen Wachstumstheorie überhaupt als Denkmöglichkeit?⁷⁾ Vielleicht gibt es nur Wachstumsschübe⁸⁾ in gleichgewichtlosen Welten, wie Schumpeter und Preiser meinten, und wie es z. B. Modelle von Goodwin zeigen! Vielleicht ist – schlimmer noch – alle makroökonomische Prozesstheorie, die das Sozialprodukt und die übrigen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu erzeugen vermag, nicht von allgemeiner Gleichgewichtstheorie her zu formieren, sondern auf eine Theorie spontaner Ordnung auszurichten, wie sie Ulrich Witt 1997 als „Hayek II“ skizzierte (vgl. Witt 1997, insbes. S. 51 – 56) und in seinem Max-Planck-Institut in Jena erforschen lässt!? Darauf wird nochmals einzugehen sein (vgl. Abschnitt 5).

Kurzum: Die fehlende Zerlegbarkeit besteht einerseits aufgrund fehlender Zerlegbarkeit von Dateninputs und andererseits aufgrund fehlender Verlässlichkeit eines denkbaren stetigen Gleichgewichtswachstums. Von hier aus sind die Erklärungsziele einer Konjunkturtheorie i. w. S. zu überdenken.

3 Wachstumszyklen oder „step cycles“

Bereits bei den Erklärungszielen zeigen sich im Ablauf der Theoriegeschichte und von Autor zu Autor bis heute bemerkenswerte Unterschiede. Von allen annehmbar – weil hinreichend unbestimmt – sind Formulierungen zum Konjunkturphänomen, die sich an das im Jahre 1937 veröffentlichte Völkerbundgutachten von Gottfried Haberler anlehnen: eine mehrjährige „wellenartige Bewegung“ der gesamten Volkswirtschaft (ausführlicher Wagner 1972, S. 14).⁹⁾ Worauf wollte und will man schauen, um eine wellenartige Bewegung der Volkswirtschaft sehen zu können? Zum einen hält man sich an Zeitreihen makroökonomischer Einzelindikatoren oder daraus gebildete Bündelungen bis hin zu Gesamt- oder Generalindices. Die Auswahl geschieht oft nach der tatsächlichen Verfügbarkeit von Daten und ohne eine streng volkswirtschaftstheoretische Orientierung (vgl. den alten „Musterzyklus“ des Sachverständi-

6) Vgl. dazu auch diese ganz ähnliche Perspektive: „... considering business cycles – defined as the stochastic components of macroeconomic time series – as stationary stochastic processes“ (Dotsey/King 1991, S. 303).

7) Vgl. den neuen Harmonieskeptizismus: „It seems as if the harmonic attitude towards life typical in the linear and mechanistic worldview can finally be rejected on the grounds of the current findings in many different scientific disciplines“ (Lorenz 1993, S. 217).

8) Dabei stünde „die Polarität von Aufschwung und Krise“ im Mittelpunkt (vgl. Preiser 1933, S. 8). Siehe auch die abschließende Erwägung bei Dotsey/King 1991, S. 309: „... the fact that economies grow tells us that temporary shocks to the economy’s production possibilities will have permanent effects on the level of output.“

9) Ungehört bleiben dabei die Stimmen einiger Skeptiker (siehe etwa L. P. Ayres oder W. C. Mitchell bei Wagner 1972, S. 417 bzw. 428), wonach stets nur geschichtlich einmalige Bewegungen der Volkswirtschaft ohne vergleichbare Wiederholungen im Zeitablauf vorkämen.

genrates bei Willke 1978, S. 121).¹⁰⁾ Zum anderen benutzt man mit fortschreitender Entwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und immer rascherer Ergebnisveröffentlichung die amtsstatistische Bündelung von Informationen nach internationalen makroökonomischen Konventionen: das Bruttosozialprodukt in konstanten Preisen eines Basisjahres oder neuerdings vorzugsweise das reale Bruttoinlandsprodukt.¹¹⁾ Dagegen wären mehrere verschiedene Indikatoren zur Definition des Erklärungsziels in zwei Fällen unausweichlich: Erstens bei der Vorgabe konkurrierender wirtschaftspolitischer Ziele für ein bestimmtes Land (vgl. Vorgaben zu wirtschaftspolitischen „Vielecken“),¹²⁾ zweitens beim Vorliegen bestimmter wirtschaftstheoretischer Erkenntnisse für ein Land (etwa einer Wirtschaftsentwicklung mit stets gegenläufigen wellenartigen Bewegungen von Änderungen der Arbeitslosenquoten und der Wachstumsraten des Sozialprodukts wie z. B. bei einem Goodwin-Modell¹³⁾). Bleiben wir bei einem einzigen Gesamtindikator.

Nach der einmal getroffenen Wahl des Indikators, etwa des Bruttoinlandsprodukts zu konstanten Preisen, muss das konjunkturtheoretisch zu Erklärende noch näher konkretisiert werden. Man will ja eine „Konjunkturkurve“ bestimmen und damit die unterschiedlichen Phasen datieren, also Hoch- und Tiefstände oder Aufwärts- und Abwärtsbewegungen einer zunächst noch abstrakten Volkswirtschaft mit Zeitangaben versehen.¹⁴⁾ Die Zeitreihe des per Entscheidung ausgewählten Konjunkturindikators – des Bruttoinlandsprodukts – kann aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden: entweder (1.) schrittweise nach zunehmenden oder abnehmenden absoluten oder relativen Differenzen (Wachstumsraten) der aufeinander folgenden Periodenwerte („Die Konjunktur als Wachstumszyklus“¹⁵⁾) oder (2.) periodenweise nach größeren oder kleineren Abständen von einem Trend (Trendabweichungen, „Konjunktur als Auslastungsschwankungen“¹⁶⁾).¹⁷⁾ Grundsätzlich hat man nach der Terminologie von Ilse S. Mintz dabei entweder (1.) „step cycles“ oder (2.) „deviation cycles“

10) Besonders gilt dies für die historische Konjunktur- und Wachstumsforschung sowie für eine kurzfristig informierende Statistik der Verbände und der Unternehmungen abseits der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

11) Der Übergang vom Bruttosozialprodukt zum Bruttoinlandsprodukt hat mit statistischen Arbeiterschwernissen und Fehlerrisiken in weltoffenen Volkswirtschaften mit freien Güter-, Geld-, Kapitalbewegungen sowie teilweise bereits möglichen Wanderungsbewegungen zu tun. – Bei der Fokussierung des Blicks auf eine Variante des Sozialprodukts sind stillschweigend zweierlei zentrale Stellungen dieser Variablen mit bedacht: die im deskriptiven System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die in allen explikativen makroökonomischen Modellen.

12) Vgl. Wagner 1972, S. 30, sowie die Literatur zu den „magischen Vielecken“, etwa bei Ott 1996, S. 249 – 266, oder Eichhorn 1990.

13) Vgl. dazu die Hinweise bei Wagner 1998, S. 314 – 316.

14) Im einfachsten Fall unterscheidet man vier Phasen: den Aufschwung, der im oberen Kehrpunkt (Boom) endet, gefolgt vom Abschwung, der in den unteren Kehrpunkt (Rezession) mündet (vgl. Oppenländer 1995, S. 4). Noch ehe man an die Arbeit der empirischen Konjunkturanalyse gehen und dabei am Ende auch klären kann, welcher der zahlreichen Denkansätze der sogenannten reinen Theorie für ein bestimmtes Land und eine bestimmte Zeit relevant oder empirisch gültig ist, muss man vorab bereits auf der Ebene stilisierter Fakten per Entscheidung Klarheit schaffen, ob und wie das Konjunkturphänomen aus dem statistischen Bild der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (etwa des Bruttoinlandsprodukts) herausgeschält wird.

15) Vgl. Helmstädter 1989, S. 1, sowie Buchtitel Ott 1973.

16) Vgl. Oppenländer 1995, S. 9.

17) Die wünschenswerten Periodisierung richtet sich auf Quartalswerte, obwohl dafür meist Filter der Saisonbereinigung und der Glättung einzusetzen sind, die auf die Reihe der Ursprungsdaten einwirken.

unterschiedlicher Prägungen vor Augen (siehe Mintz 1969, S. 16). Man unterscheidet demnach:

(1.) „step cycles“:

schrittweise Betrachtung des BIP nach periodenweise zunehmenden und abnehmenden

(1.1) absoluten Differenzen oder

(1.2) relativen Differenzen (Wachstumsraten),

d. s. „Konjunktoren als Wachstumszyklen“;

(2.) „deviation cycles“:

nach periodenweise größeren oder kleineren Abständen von einem Trend,

(2.1) Trendabweichungen der Absolutwerte,

d. s. „Konjunktoren als Auslastungsschwankungen“,

(2.2) Trendabweichungen der Wachstumsraten.

Obwohl die Denkfigur der „step cycles“ für statistische Analysen nicht selten übersehen wird,¹⁸⁾ entspricht allein diese Herangehensweise an das Phänomen der zuvor begründeten untrennbaren Einheit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.¹⁹⁾ Die Darstellung der „step cycles“ oder Wachstumszyklen eignet sich für eine Koppelung mit Modellen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und eine Fundierung durch makroökonomische Modelle. „The business cycle is here assessed in terms of GDP growth rates and not the output gap“ (Keere-man 1999, S. 31, Fn. 9). Die Darstellung der „deviation cycles“ oder Auslastungsschwankungen bleibt bei einer Klimabeschreibung der konjunkturellen Großwetterlage stehen. Wenden

18) Die „step cycles“ vergaß Philip A. Klein leider bei der Würdigung des wissenschaftlichen Werkes von Ilse Mintz zu erwähnen (vgl. Glasner 1997, S. 439 – 440).

19) Illustrieren lässt sich dieser Aspekt mit sogenannter älterer und neuerer Konjunkturtheorie. Folgt man Hans J. Ramser mit einem einleitenden Gedanken seines Buches „Beschäftigung und Konjunktur“ von 1987, so unterscheidet man ältere Konjunkturtheorien mit einem vorrangigen Interesse an der Erkenntnis stabiler Zeitmuster und Schwankungsphänomene von neueren Konjunkturtheorien mit dem vorrangigen Interesse an der Strukturform dynamischer Modelle (vgl. Ramser 1987, S. 1). Das neuere Erkenntnisziel findet man bereits ausdrücklich bei Erich Preiser im Jahre 1933 formuliert (vgl. Preiser 1933, S. 10), wohingegen die „M-Form des Wachstumszyklus“ von Ernst Helmstädter aus dem Jahre 1989 (vgl. Helmstädter 1989) auf den ersten Blick eher zur älteren phänomenologischen Richtung passt. Alt und neu, erstrangig und zweitrangig lassen sich in der Theorieentwicklung nicht am Datum der Publikation ablesen. Nützlich erscheint mir die Zweiteilung dennoch. Sie hält erstens fest, dass alle makrotheoretischen Prozessklärungen mit Strukturformen dynamischer Modelle zu fundieren sind, und sie besagt zweitens, dass man nichts vom bloßen Phänomen her trennen kann – nicht die verschiedenen Konjunkturzyklen, die Schumpeter 1939 vorschwebten und die einleitend immer noch in den besten Lehrbüchern erwähnt werden (vgl. Gabisch/Lorenz 1989, S. 8 – 10), nicht Wachstum und Konjunktur i. e. S.. Schon Preiser stellt „die Beachtung der Interdependenz aller ökonomischen Größen“ heraus, die nicht nur bedeute, „daß alle wirtschaftlichen Größen voneinander abhängig sind, sondern auch, daß sie zusammen ein geschlossenes System bilden“ (Preiser 1933, S. 10). Beiläufig hat Preiser seinerzeit bereits den Aspekt der empirischen Gültigkeit erwähnt. Anwendbarkeit und Relevanz der Theorien hängen „einzig und allein vom Grad der Übereinstimmung zwischen den Daten des Gedankenbildes und denen der Wirklichkeit ab“ (Preiser 1933, S. 9, Fn. 1). So wird mit Blick auf ein Rose-Modell von 1967 (durch Krelle 1981) vermerkt, dass es sich dabei um die ökonomisch vereinfachte Version eines Preiser-Modells von 1933 handelt (vgl. Gabisch/Lorenz 1989, S. 136). Die Untrennbarkeit von Trend und Zyklus wurde ebenso oft und beharrlich festgestellt (u. a. bereits 1935 von Adolph Löwe, vgl. Caspari 1994, S. 44) wie sie ignoriert wird (u. a. in Oppenländer 1995, S. 4 – 9).

wir uns nun dem ersten der beiden als grundlegend für die makroökonomische Theorie ausgewählten Diskussionspunkte zu.

4 Die Mikrofundierung der Makroökonomik

So selbstverständlich makroökonomisches Argumentieren vor einigen Jahrzehnten noch war, so sehr wird gegenwärtig Rechtfertigung für makroökonomische Modellierung – und damit auch für konjunkturtheoretische Modelle – verlangt. Lapidar hieß es noch vor zwei Jahrzehnten, die Makrotheorie bediene sich Begriffen, „die Durchschnittsgrößen darstellen, wobei die Einzelgrößen, über die ein Durchschnitt gebildet wird, sehr heterogen sein können“ (Krelle 1978, S. 1). Oder: „Many of our theories such as business cycle theories or international trade theories are usually conceived as macro theories from the beginning; these are the only tools we have to deal with issues of business cycles and international trade, and the problem arises how these theories may be related to the 'true' but unknown microeconomic processes the macro surface of which they are intended to describe“ (Schlicht 1990, S. 287). Gelegentlich sind Aggregate statistisch beobachtbar, weil institutionalisierte Kreislaufsysteme in der Realität Aggregation bewirken (z. B. im öffentlichen Sektor). „Ein wirkliches Dilemma der Makroökonomik ... besteht darin, daß sie Aggregationsprobleme durch Homogenitätsannahmen (z. B. ein Gut, ein Konsumententyp) umgeht, viele der unterstellten Makrofunktionen aber erst bei Annahme von Heterogenität auf der Mikroebene Sinn machen“ (Homburg 1996, S. 48). Geradezu grotesk wirkte und wirkt die Denkfigur der repräsentativen Mikrofundierung, die wohl auf Adolphe Quetelet und seinen 1835 in die Welt gesetzten „homme moyen“ oder „average man“²⁰⁾ zurückgeht, für den Unternehmenssektor von Marktwirtschaften. Nach Regeln der dynamischen Optimierung ließ und lässt man den Ein-Unternehmungs-Sektor „mittels geeigneter Investitions- und Beschäftigungsstrategien“ den Gegenwartswert des Cash Flow maximieren (siehe z. B. Herz/Röger 1995, S. 134).²¹⁾ Ungleichheit der Unternehmungen gehört mit zu den Funktionsbedingungen einer Wettbewerbswirtschaft in einer stets ergebnisoffenen Entwicklung. Wo bleiben die „animal spirits“ der unternehmerischen Entscheidung?

Die einstmals beabsichtigte Verbesserung der Makrotheorie mit jeweils einer einheitlichen optimierenden Unternehmung oder einem einheitlichen optimierenden Haushalt, repräsentativ für den Unternehmens- oder den Haushaltssektor, hat sich als Irrweg erwiesen. Allerdings bereitet auch eine realitätsnahe inhomogene Mikrofundierung der Makroökonomik, u. a. mit Mischungen aus Optimierern und Suffizierern, unüberwindliche Schwierigkeiten in der Analyse. Nach einer immer noch lesenswerten Schrift von Fritz Pokropp (vgl. Pokropp 1972) sind die Aggregationsprobleme bei Inhomogenitäten lebensnahen Ausmaßes rechentechnisch nicht beherrschbar. Zur Inhomogenität nach quantitativen und qualitativen (insbes. verhaltensmäßigen) Kriterien rechnen auch die potentiell unterschiedlichen Arten individueller Rationalität (Optimierer, Suffizierer, je mit unbeschränkten oder beschränkten perceptuellen, kognitiven und intellektuellen Verarbeitungs- und Speicherkapazitäten der Menschen und der Organisationen). Die Verhaltensannahme der simultanen Maximierung einer Zielfunktion wird oft durch das Suchen und Auswählen einer befriedigenden Alternative ersetzt. Was bleibt? Es bleibt das, was ich die Annahme der aggregativen Stabilität

20) Zu interpretieren im Sinne des Erwartungswertes eines Zufallsprozesses, auf den die Natur „zielt“.

21) Siehe auch das EU-Modell QUEST II im Abschnitt über den internationalen Konjunkturzusammenhang.

nenne (vgl. Wagner 1998, S. 47): Während des mit einem Makromodell betrachteten Zeitraums bleibe die inhomogene und im einzelnen unbekannte Mischung der Individuen und ihrer Pläne konstant.

5 Gleichgewicht und spontane Ordnung

Makromarktgleichgewichte des Güter-, Geld- und Arbeitsmarktes bauen sich – im denk- und wünschbaren Idealfall – aus Mikro-Marktgleichgewichten auf (Plänekompatibilität der Anbieter und Nachfrager), wobei der Aspekt des Kreislaufgleichgewichts (Strömesynchronität) auf die Bedingung exakt erfüllter Budgetgleichungen²²⁾ reduziert ist und im übrigen alle Beteiligten ihr Dispositionsgleichgewicht erfahren. Dies ist der Fall einer konsistenten Mikrofundierung des Makromodells (mit der Möglichkeit der Totalanalyse auf mikroökonomischer Basis) (vgl. Wagner 1997, S. 20) für die stationäre Welt, der streng genommen auch mit allen Bezugnahmen auf Gleichgewichtspfade gemeint ist.²³⁾ Die Ausdehnung der Vorstellung auf die veränderliche, evtl. in „Wellenbewegungen“ wachsende Volkswirtschaft, ist nicht selbstverständlich.²⁴⁾ Führt Gleichgewicht, das die am Wirtschaftsgeschehen Beteiligten ex post als erwartungsgemäße Saldenlosigkeit bei Angebots- und Nachfragemengen erfahren (und beim Geldvermögen), zur Beibehaltung und Wiederholung der Planungen für die jeweils folgenden Perioden? Nicht unbedingt, wenn man die Zielebildung von Individuen berücksichtigt (siehe z. B. Holub 1978), oder wenn man die Makromodellwelt im Sinne von Wolfgang Stützel nach Partialsatz, Größenmechanik (der Aggregation und Desaggregation) und Globalsatz zusammensetzt. Partialsätze und Globalsätze stehen häufig sogar in einem wohl begründeten Gegensatz, der uns da und dort von einem Paradoxon sprechen lässt.

An dieser Stelle wären bei größerem Zeitbudget Ausführungen über die Theorie realer Konjunkturzyklen angebracht (vgl. dazu Dotsey/King 1991 oder auch Holstein 1998). Dabei müsste ein Wirtschaftstheoretiker mit Anwendungsnähe die zunehmend sorglosere Entwicklung von immunisierten Theorien kritisieren, die durch die Verwendung unbeobachtbarer Größen oder gar die Optimierung mit nicht existenten Daten charakterisiert ist. Auf die Konzeptionen der relevanten Modelle und die gegebenen reichhaltigen schwankungsmathematischen Möglichkeiten gehe ich nicht ein, wie zu Anfang schon gesagt. Für bemerkenswert – gerade von der Warte der empirischen Konjunkturforschung aus – halte ich eine Entwicklung hin zur Verbindung unterschiedlicher Denkrichtungen. „Synthese“ ist das Stichwort für neuere Bemühungen in der dynamischen Makroökonomik, wie z. B. die Untertitel eines Buches von Hans Jürgen Ramser aus dem Jahre 1987 (Ramser 1987) und eines Aufsatzes von Werner Roeger aus dem Jahre 1999 (Roeger 1999) zeigen. Die Synthese von Denkansätzen ist eine neue Thematik der Makroökonomik, die an vielversprechende ältere Arbeitsrichtungen anknüpfen kann und zum Teil als deren Fortsetzung zu sehen ist. Als Beispiel erwähne ich das Werk des schwedisch-deutschen Konjunkturforschers Gustav Cassel von 1918, dessen 5. Ausgabe 1932 übersetzt wurde und in New York erschien. Statt von einem Harrod-

22) Wolfgang Stützel sieht hierin den „seltsamerweise von vielen Theoretikern bevorzugten Fall eines Einnahme-Ausgabe-Saldenlosen Budgets“ (Stützel 1978a, S. 262), so dass das Kreislaufgleichgewicht die Konstanz der Geldvermögensbestände impliziert (vgl. Wagner 1997, S. 20).

23) Siehe die alte Vorstellung des „moving equilibrium“ nach H. L. Moore von 1929: Ein Gleichgewichtspfad, gedacht als auf eine Schnur aufgezogene Perlen, jede einzelne Perle als temporäres Gleichgewicht zu verstehen (Wagner 1998, S. 222).

24) Siehe dazu Wagner 1998, S. 224.

Domar-Modell müsste man nach Hans Brems eigentlich von einem Cassel-Harrod-Modell sprechen (Brems 1986, S. 262). Das makrodynamische Cassel-Modell von 1918 war modern konzipiert (vgl. Brems in Glasner 1997, S. 83 – 85, insbes. S. 85). Es berücksichtigte die Strukturierung der Produktion in Konsum- und Investitionsgüter sowie die Aufteilung des Volkseinkommens auf Konsum und Ersparnis, ferner das Akzelerationsprinzip sowie Preise und bemerkenswerterweise die Arbeitslosigkeit als Variablen. Damit war das Cassel-Modell von 1918/1932 nach dem Urteil von Hans Brems den vergleichbaren Abhandlungen von Hayek 1931 und von Keynes 1936 überlegen. Im übrigen versuchte Cassel seinen Entwurf wo immer möglich mit statistischen Daten zu vergleichen, was Keynes selten und Hayek nie machte. Gustav Cassel und Adolph Löwe sind – neben anderen – gute Beispiele dafür, dass Modernität von Arbeitsrichtungen und wissenschaftliche Überlegenheit der Arbeitsergebnisse nicht an den jeweils neueren Veröffentlichungsjahren festzumachen sind.

Ob all die in konventionellen Modellen der Makroökonomik unterstellten Bedingungen für individuelle und kollektive Dispositions-, Markt- und Kreislaufgleichgewichte bei konkreten Volkswirtschaften je erfüllt sind, vermag niemand zu klären. Die empirische Erforschung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geschieht bei Verwendung der statistischen Aggregate so, wie nach Krelle und Schlicht zitiert, mit der Annahme zeitweiliger aggregativer Stabilität und unter Hinnahme allfälliger Markt-, Kreislauf- und Dispositions-Ungleichgewichte.²⁵⁾ Die Idee einer ständigen Gleichgewichtsferne unbestimmbarer Art drängt sich auf. Da man die Wirklichkeit nicht nach dem Wunschbild der Wirtschaftstheorie formen kann, kommt man auf einen anderen Zugang zur Makroökonomik und zur Konjunkturtheorie: die Konzeption einer permanenten spontanen Ordnung im Sinne von Hayek, und zwar „Hayek II“ (vgl. Witt 1997, insbes. S. 51 – 56).

Welches imaginäre Kollektiv von Wirtschaftseinheiten verbindet sich damit nach dem „population thinking“? Offenbar handelt es sich um eine Mischung und ein Geflecht von Wirtschaftseinheiten unterschiedlicher Größen sowie unterschiedlicher Befindlichkeit hinsichtlich Plänekompatibilität und Strömesynchronität, die sich ständig verändert. Was die evolutiv-ökonomische Ökonomik unter „population thinking“ versteht und zur Interpretation von wandelbaren Makrogrößen beiträgt, kann man so veranschaulichen, wie es Tycho Seitz 1989 formulierte: „Eine sicherlich grundlegende Ursache für den ständigen Wandel im Wirtschaftsprozess ist in den natürlichen Alterungs- und Umschichtungsvorgängen der beteiligten Personen zu sehen. Selbst bei stationärer Bevölkerung, im Sinne einer nach Altersaufbau und Geschlechtsproportion zeitinvarianten Pyramide, sind es doch immer wieder andere Menschen, die Entscheidungen treffen, Erfahrungen sammeln, Erkenntnisse gewinnen. Gleichzeitig gehen Erfahrungen unter, Wissen verloren und es verkümmern Fähigkeiten. Die Folge ist, daß sich die Vorstellungen vom Leben und von der Welt ebenso wie die Einstellungen zu Sachen und Mitmenschen ständig ändern. Mit ganz wenigen Ausnahmen unterliegen so alle Lebensäußerungen des Individuums wie auch des Kollektivs einem ständigen Wandel“ (Seitz 1989, S. 35).

25) Durch Übertreibungen setzt sich die Volkswirtschaftstheorie immer wieder ohne Not Kritiken wie der folgenden aus: „Contrary to the hopes of its practitioners, the apparent precision of mathematics has generated vagueness. Mathematical operations are performed upon entities that cannot be defined; calculations are made in terms of units that cannot be measured; accounting identities are mistaken for functional relationships; correlations are confused with causal laws; differences are identified with changes; and one-way movements in time are treated like movements to and fro in space. The complexity of models is elaborated merely for display, far and away beyond the possibility of application to reality“ (Robinson 1980, S. XI).

Zur Deutung der konjunkturellen Schwankungen oder Wellenbewegungen bietet sich ein Analogmodell vom Stop-and-go-Verkehr an (vgl. Witt 1997, S. 54). Wegen der teilweise stets unerfüllten Budgetgleichungen kommen Bestandsänderungen und Bestände ins Spiel. Neben den Märkten als funktionellen Transaktoren werden die institutionellen Transaktoren wichtig. Für das Modell gibt es keine Schließmechanismen nach einem simplifizierten Walras-Gesetz. Eine Vorgehensweise der gedanklichen Mikrofundierung, die vor einiger Zeit noch als „Adhocracy“ kritisiert wurde, erscheint als annehmbar und schlüssig. Die Denkmöglichkeit gleichgewichtiger Trends entfällt völlig. Schwankungen sind zwar plausibel, wegen komplexer und unfassbarer Verursachung jedoch weder vorhersehbar noch gestaltbar. Der Wandel der Makrotheorie ging und geht hin zu Konzeptionen, die prozesspolitische Eingriffe unmöglich machen. Wir befinden uns insofern in einer Zeit bedrückender makroökonomischer Bescheidenheit.

6 Erklärungen des internationalen Konjunkturzusammenhangs

Als Oskar Morgenstern im Jahre 1927 methodische Schwierigkeiten der vergleichenden Konjunkturforschung untersuchte, fasste er den damaligen Erkenntnisstand zum internationalen Konjunkturvergleich so zusammen: „Das Objekt der Konjunkturforschung kennt keine nationalen Grenzen, es handelt sich vielmehr wesentlich um ein international-weltwirtschaftliches Problem. Die theoretische Analyse der Wirtschaftsschwankungen, wie ihre deskriptive Darstellung, ihre statistische Erfassung und ihre rein historische Wiedergabe, haben diesem Tatbestande Rechnung zu tragen. Daß dies bisher in ziemlich geringem Maße der Fall gewesen ist, beruht auf dem Umstande, daß sich das Interesse der Wirtschaftswissenschaft diesem Zweig der Forschung erst relativ spät zugewandt hat, was gleichermaßen den unvollendeten Zustand der Konjunkturtheorie erklärt und entschuldbar erscheinen läßt“ (Morgenstern 1927, S. 261). Eine Zwischenbilanz der Erforschung des internationalen Konjunkturzusammenhangs im Jahre 1974 für den Bundeswirtschaftsminister ergab keinen höheren positiven Saldo als im Jahre 1927 (siehe Majer/Wagner 1974, S. 6)²⁶⁾. Auch im Jahre 1999 ist der Stand der Forschung noch ähnlich unbefriedigend und – in Unkenntnis alter Arbeiten – auf das Phänomenologische beschränkt.

Fragt man nach den Gründen, so hört man von einem Spannungsverhältnis zwischen der zu ambitionierten Herangehensweise der Theoretiker einerseits und dem zu geringen Erkenntnisinteresse der Schwankungsmathematiker andererseits. Einerseits wollte man nur raum- und zeitlos gültige regelrechte Theorien des internationalen Konjunkturzusammenhangs (wie im übrigen auch der Konjunkturen generell) aufdecken und gelten lassen (vgl. Majer/Wagner 1974, S. 8). Andererseits wollte und will man nicht recht einsehen, welche zusätzlichen Erkenntnisse über die dynamischen Eigenschaften volkswirtschaftlicher Modelle durch die Behandlung eines regelrechten Verbundes offener Volkswirtschaften anfallen könnten (vgl. den historischen Rückblick bei Fippel 1999, S. 7). An die Offenlegung prozesspolitischer Ansatzpunkte für staatliches Handeln oder wenigstens für das Verstehen individueller Bewegungen denke ohnehin niemand. Im übrigen ist die Modellierung recht schwierig, denn parametrische Lösungen und analytische Betrachtungen sind oft schon bei geringer Komplexität unmöglich

26) In einer einschlägigen Heidelberger Dissertation heißt es dazu: „Aber erst mit Majer/Wagner (1974) erschien ein oft zitiertes Standardwerk über den internationalen Konjunkturzusammenhang“ (Fippel 1999, S. 9).

(vgl. Fippel 1999, S. 2). Numerische Gleichgewichtsmodelle bilden häufig die alleinigen Möglichkeiten des Fortkommens, wenn man jenseits oberflächlicher internationaler Verlaufsvergleiche der Wachstumszyklen zum Kern der Problematik vordringen will, dem Zusammenhang der Konjunkturen. Damit bahnt sich ein interessanter und für reine Theoretiker unbehaglicher Übergang an: der von analytisch unlösbaren komplexen dynamischen Gleichungssystemen zu numerisch-simulativen und ökonometrischen Konzeptionen.

Bereits Oskar Morgenstern hat das Problem eines Zusammenhangs der internationalen Konjunkturen so präzisiert: „Man geht aus vom Wissen um den Zusammenhang der Weltwirtschaft und will durch die Vergleiche eine spezielle Erkenntnis erlangen betreffs der Verbundenheit der Zyklen in den verschiedenen Ländern der Erde, man will die zeitlichen Vorkommnisse der einzelnen Phasen der Zyklen feststellen, die relativen Längen der aufeinanderfolgenden Phasen finden und die Frage lösen, inwieweit ein Zyklus in einem Lande einen solchen in einem anderen verursachen oder in der zeitlichen Dauer beeinflussen kann, was wiederum nur die – natürlich statistisch-induktiv unterbaute – theoretische Analyse leisten kann“ (Morgenstern 1927, S. 270). Wichtig erscheint mir der letzte Teil des Zitats: der Hinweis auf die Frage nach dem systematischen Verbund der nationalen Konjunkturen. Dieser Verbund vollzieht sich grundsätzlich über vier verschiedene Mechanismen:²⁷⁾

1. Waren- und Dienstleistungshandel,
2. Zahlungsverkehr und Kreditgewährung sowie Vermögenstransfer,
3. Bevölkerungswanderungen,
4. Informationsströme (als sozialpsychologische und entscheidungstheoretische Bindungen).

Die Mechanismen Nr. 3 und Nr. 4 werden nirgendwo als Modellbausteine „der Theorie“ thematisiert. Beim Waren- und Dienstleistungshandel unterstellt man in der Regel vollständige Konkurrenz (Marktform des Polypols auf vollkommenem Markt). Monopolistische oder oligopolistische Konkurrenz fehlen bei den postulierten Export- und Importverflechtungen der Länder (d. s. spezielle, aber höchst wichtige Aspekte der Mikrofundierung).

Zu erwähnen ist ein erweitertes und dynamisiertes Mundell-Fleming-Modell (Fippel 1999, S.18), das exemplarische Bedeutung für das Vorgehen entlang der Linie numerischer Gleichgewichtsmodelle und die Überleitung zu den ökonometrischen Makromodellen erhält. Man hat das „Arbeitspferd der Außenwirtschaftstheorie“ neu aufgezümt und nicht wie üblich bis zur analytischen Lösbarkeit abgemagert, sondern ohne Abstriche mit einem numerischen Ansatz bearbeitet. Man hat dabei für 10 Parameter numerische Intervalle für zulässige und interpretierbare Pfade der endogenen Variablen festgelegt („Parameterquader“), den Parameterquader sodann normiert und daraus „im Rahmen einer Monte-Carlo-Simulation gleichverteilte Zufallsrealisationen gezogen“ (siehe Fippel 1999, S. 20). Die Verwendung von Parameterbereichen statt festgelegter Parameterwerte weist verschiedene Vorteile auf. So entfällt u. a. eine Sensitivitätsanalyse, da die Ergebnisse nicht nur für Parameterpunkte, sondern für Parameterbereiche statistische Gültigkeit haben. Zusammenfassend wird festgestellt, „daß die komparativ-statische Analyse des erweiterten dynamischen Mundell-Fleming-Modells die Ergebnisse des komparativ-statischen Grundmodells bestätigt ...“ (vgl. Fippel

27) Siehe dazu Majer/Wagner 1974, S. 10, sowie Wagner 1997, S. 185 – 186.

1999, S. 32). Eine Querverbindung zu Zwei- oder Mehr-Länder-Modellen des Wirtschaftswachstums wäre reizvoll.²⁸⁾ Zu erörtern sind einige Charakteristika ökonomischer Mehr-Länder-Modelle (z. B. Modell der Deutschen Bundesbank oder Modell QUEST II²⁹⁾ der EU). Doch die Ökonometrie der Mehr-Länder-Modelle sehe ich in anderen Referaten des Kolloquiums gut vertreten.

7 Erklärungen einer schwankenden Arbeitslosenquote

Mit dem Phänomen einer über alle konjunkturellen Schwankungen hinweg und trotz jahrzehntelangen Wachstums anhaltenden Arbeitslosigkeit hat sich die Wirtschaftstheorie – insbesondere die Drei-Märkte-Makroökonomik – nur widerwillig beschäftigt (vgl. den Aufsatz „Arbeitslose, gibt's die?“ von Kurt Rothschild in der Zeitschrift *Kyklos* von 1978)³⁰⁾ und bis heute nicht wirklich anfreunden können. Kurz, kontrovers und ergebnisoffen wie bei ganz wenigen Stichworten nur, klingen die Ausführungen zum Schlagwort „Unemployment“ in dem eingangs zitierten Glasner-Sammelband von 1997 (siehe Dehez in Glasner 1997, S. 703 – 705). Mit Blick auf das Thema des Vortrags interessieren „Konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit im Modell“ und „Wachstumsbedingte Arbeitslosigkeit im Modell“³¹⁾ ganz besonders. Doch es gibt viele Modelle³²⁾ und entsprechend viele unterschiedliche und damit unerhebliche Aussagen dazu; diese würden sich um Aspekte keynesianischer, klassischer, strukturalistischer, natürlicher oder gleichgewichtiger sowie technologie-, präferenz- oder bevölkerungsbedingter Arbeitslosigkeit anreichern. Zu letzterer nur füge ich eine Notiz an.

In einem Lexikonartikel über „Bevölkerung“ schrieb Gustav Feichtinger 1977, was damals gemeinsame Überzeugung unter Bevölkerungsökonomern und Bevölkerungsstatistikern zu sein schien sowie nach und nach zur Gründung von Arbeitskreisen und Zeitschriften führte: „Aufgabe der Demöökonomie ist die Untersuchung der Interdependenzen zwischen Demographie und Ökonomie“ (Feichtinger 1977, S. 621). Die jedem Statistiker bekannte Definitionsgleichung („Fortschreibungsformel“) für Bestandsänderungen der Bevölkerung sollte ökonomische Wachstums- und Konjunkturmodelle zur Demographie hin öffnen und ergänzen. Die Geringschätzung der nach Wolfgang Stützel so benannten saldenmechanischen Zusammenhänge bei Veränderungen der Bevölkerungszahl, der Erwerbspersonenzahl und der Arbeitslosenzahl trägt wohl mit dazu bei, dass Erklärungsversuche der Arbeitslosigkeit nicht vorankommen. Das Kollektiv der Arbeitslosen ist einer bevölkerungsstatistischen Analyse mit individuellen Befunden zugänglich. Umfangreiche Forschungsprojekte mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) wurden durchgeführt (vgl. z. B. die Veröf-

28) Siehe z. B. Zwei-Länder-Modell des Wachstums nach Hans Brems (vgl. Wagner 1998, S. 255 – 264).

29) Siehe dazu Wagner 1998, S. 320 – 322, sowie Roeger/in't Veld 1997.

30) „Weil nicht sein kann, was nicht sein darf“, hat man das Problem einer „wellenartig“ ansteigenden Arbeitslosenquote zunächst beschwichtigend als etwas Vorübergehendes verdrängt, solange die empirischen Befunde noch eine gewisse Hoffnung auf die Rückkehr zu früheren Arbeitslosenquoten von etwa 1 % und einer Festlegung des Vollbeschäftigungsziels mit 0,7 bis 1,1 % wie 1971 zuließen (vgl. Wagner 1972, S. 30, und Wagner 1998, S. 30 – 31).

31) Siehe dazu Wagner 1998, S. 326 – 327.

32) Die besonderen Defizite der „Real-Business-Cycle-Modelle“ bei der Erklärung von Arbeitslosigkeit, gar einer schwankenden Arbeitslosenquote, sind erkannt (siehe Franz, Möller und Referat Burda/Weder in Franz/Hesse u. a. 1999, S. 193 – 224). Ursprünglich sollte ja Arbeitslosigkeit nach der RBC als das Resultat der freiwilligen intertemporalen Substitution von Arbeit und Freizeit aufgefasst werden.

fentlichung Oppenländer/Wagner 1985). Ein damals angestoßener Wandel der Makroökonomik ist auf die Linie der alten „mainstream economics“ zurückgefallen und zum Stillstand gekommen. So, wie man die multinationale oder multiregionale Nachfrageverteilung für weltoffene Volkswirtschaften nicht mehr modellieren möchte, entfällt wohl auch der Anreiz, über Auswirkungen von Zuwächsen der Bevölkerung und des Arbeitskräftepotentials (aus Geborenenüberschüssen oder Wanderungssalden) auf die Arbeitslosenquoten zu diskutieren. Dies ist nicht nur ein Anzeichen für die bereits erwähnte neue Bescheidenheit der Makroökonomien, sondern meines Erachtens auch ein Indiz für die Politikferne von Ökonomen im Kernland der Sozialen Marktwirtschaft. Man darf nicht glauben, dass in marktwirtschaftlichen Demokratien auch Beschäftigung sowie Einkommens- und Vermögensverteilung gänzlich dem Selbstlauf der (Welt-)Märkte überlassen bleiben können. Ein umfassendes Laissez-faire ginge gegen die reale Existenz des Staates und gegen bereits empirisch abgeklärte volkswirtschaftliche Erkenntnisse.

Richtig ist es, bei der wissenschaftlichen Betrachtung und Behandlung schwankender Arbeitslosenquoten wenigstens auf die Ordnungspolitik zu setzen. Man wird sich in etwa mit dem begnügen, was ein noch druckfrisches Themenheft „Lohnstrukturen, Qualifikation und Mobilität“ der Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik an Wichtigem zusammenfasst (vgl. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 1999). Es dominiert die faktorpreistheoretische Perspektive, die in späterer Zeit wohl erst wieder mit der älteren Makroperspektive „Akkumulation, Einkommens- und Vermögensverteilung“ ergänzt werden wird. Eine befriedigende wirtschaftstheoretische Durchdringung des Problems der veränderlichen Arbeitslosigkeit sehe ich derzeit nicht.

8 Abschließende Bemerkungen

Das mir aufgegebenes Thema habe ich stichwortartig und punktuell zu behandeln versucht. Meine persönliche Faszination aus mehr als 30 Jahren erlebter Makroökonomik ist da und dort mit eingeflossen. Wichtiger als eine Wiederholung meiner zusammenfassenden Aussagen erscheint mir für den Verlauf der Tagung ein Gedanke zur Datengewinnung, zum rechten Gebrauch der makrostatistischen Daten und zur empirischen Wirtschaftsforschung insgesamt. Man mag unterschiedlich über die ehemals für Wirtschaftstheoretiker geltende Regel denken, möglichst nur empirisch überprüfbar, d. h. in der sozialwissenschaftlich milderen Form falsifizierbare Theorien zu formulieren und keinesfalls von vornherein immunisierte Konzeptionen vorzulegen. Nach einer Zeit hohen methodologischen Bildungsstandes unter Ökonomen überrascht der frische Mut, mit dem nun zunehmend Modelle mit empirisch-statistisch völlig unfassbaren Größen immunisiert auf den Weltmarkt der Wissenschaft kommen und das Thema einer irgendwie näherungsweise Falsifizierbarkeit keine Rolle mehr spielt. Mit Hans Werner Holub und Gottfried Tappeiner (siehe Holub/Tappeiner 1995) bin ich der Meinung, dass in der empirischen Wirtschaftsforschung verstärkt auf die Qualität der Makrodaten geachtet werden sollte (u. a. Erzeugung von Daten mit Modellen, „Modeling on the basis of the results of modeling“). Wie steht es mit der angesprochenen „Charta für die Erstellung und den korrekten Umgang mit ökonomischen Daten“ (Holub/Tappeiner 1995, S. 673)? Je mehr ich an empirischen Studien lese, um so mehr leuchtet mir ein, dass man sich „um ernsthaftes Gefährdungen eines seriösen empirischen Arbeitens“ sorgt, und dass man sich „eine Neubewertung der empirischen Wirtschaftsforschung“ wünscht, „die mit einer starken Aufwertung der handwerklichen Komponente einhergeht“ (Holub/Tappeiner 1995, S. 673).

Dazu wäre noch vieles zu sagen, was auch auf Arbeiten von Heinrich Strecker und Rolf Wiegert verweist (siehe z. B. Strecker/Wiegert 1994).

Literaturhinweise

Belke, A.; Kösters, W. (1998): Empirische Evidenz zum Politischen Konjunkturzyklus. Ein Überblick, in: U. Heilemann, D. Kath, N. Kloten (Hrsg.): Entgrenzung als Erkenntnis- und Gestaltungsaufgabe, Berlin, S. 139 – 162.

Brems, H. (1986): Pioneering Economic Theory, 1630 – 1980. A Mathematical Restatement, Baltimore, London.

Caspari, V. (1994): Konjunktur, Wachstum und Traverse: Adolph Lowes Beitrag zur Wirtschaftstheorie, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 213, S. 40 – 52.

Challen, D. W.; Hagger, A. J. (1983): Macroeconomic Systems. Construction, Validation and Applications, London u. a. O.

Christ, C. F. (1956): Aggregate Econometric Models. A Review Article, in: The American Economic Review, Vol. 46, S. 385 – 408.

Deutsche Bundesbank (1996): Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, Frankfurt a. M.

Döhrn, R.; Schira, J. (1998): Internationale Perspektive: Zur Leistungsfähigkeit von Mehrländer-Modellen, in: U. Heilemann, J. Wolters (Hrsg.): Gesamtwirtschaftliche Modelle in der Bundesrepublik Deutschland: Erfahrungen und Perspektiven, Berlin, S. 255 – 274.

Dotsey, M.; King, R. G. (1991): Business Cycles, in: J. Eatwell, M. Milgate, P. Newman (Hrsg.): The New Palgrave, Bd. 1, London u. a. O., S. 302 – 310.

Eichhorn, W. (1990): Das magische Neuneck. Umwelt und Sicherheit in einer Volkswirtschaft, Frankfurt a. M.

Feichtinger, G. (1977): Bevölkerung, in: HdWW, 1. Bd., Stuttgart u. a. O., S. 610 – 631.

Fippel, B. (1999): Ein Beitrag zur Konjunkturtheorie offener Volkswirtschaften, Frankfurt a. M. u. a. O.

Franz, W.; Hesse, H.; Ramser, H. J.; Stadler, M. (Hrsg., 1999): Trend und Zyklus. Zyklisches Wachstum aus der Sicht moderner Konjunktur- und Wachstumstheorie, Tübingen.

Gabisch, G.; Lorenz, H.-W. (1989): Business Cycle Theory. A Survey of Methods and Concepts, 2. Aufl., Berlin, Heidelberg u. a. O.

Glasner, D. (Hrsg., 1997): Business Cycles and Depressions. An Encyclopedia, New York, London.

Heilemann, U.; Wolters, J. (Hrsg., 1998): Gesamtwirtschaftliche Modelle in der Bundesrepublik Deutschland: Erfahrungen und Perspektiven, Berlin.

- Helmstädter, E. (1989):* Die M-Form des Wachstumszyklus, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 206, S. 383 – 394.
- Herz, B.; Röger, W. (1995):* Economic Growth and Convergence in Germany, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Jg. 1995, S. 132 – 143.
- Holub, H. W. (1978):* Der Konfliktansatz als Alternative zur makroökonomischen Gleichgewichtstheorie, Göttingen.
- Holub, H. W.; Tappeiner, G. (1995):* Ex post, ex ante und dazwischen. Überlegungen zu einem zu wenig beachteten Problem der Empirischen Wirtschaftsforschung, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 214, S. 663 – 674.
- Holstein, M. (1998):* Moderne Konjunkturtheorie: Reale Schocks, multiple Gleichgewichte und die Rolle der Geldpolitik, Marburg.
- Homburg, S. (1996):* Makroökonomik, in: J. v. Hagen, A. Börsch-Supan, P. J. J. Welfens (Hrsg.): *Springers Handbuch der Volkswirtschaftslehre 1. Grundlagen*, Berlin u. a. O., S. 43 – 76.
- Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik (1999):* Themenheft „Lohnstrukturen, Qualifikation und Mobilität“, Bd. 219, Heft 1+2.
- Jöhr, W. A. (1959):* Konjunktur, (I) Theorie, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, 6. Bd., Tübingen, Göttingen, S. 97 – 114.
- Keereman, F. (1999):* The track record of the Commission Forecasts, EC-Economic Papers, Nr. 137, October 1999.
- Krelle, W. (1959):* Grundlagen einer stochastischen Konjunkturtheorie, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, Bd. 115, S. 474 – 494.
- Krelle, W. (1978):* Die kapitaltheoretische Kontroverse. Test zum Reswitching-Problem, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 98. Jg., S. 1 – 31.
- Krelle, W. (1981):* Erich Preisers Wachstums- und Konjunkturtheorie als einheitliche Theorie, in: W. J. Mückl, A. E. Ott (Hrsg.): *Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Gedenkschrift für Erich Preiser*, Passau, S. 235 – 253.
- Kröger, J. (1998):* Gesamtwirtschaftliche Modelle aus der Sicht der Konsumenten: die internationale Perspektive, in: U. Heilemann, J. Wolters (Hrsg.): *Gesamtwirtschaftliche Modelle in der Bundesrepublik Deutschland: Erfahrungen und Perspektiven*, Berlin, S. 177 – 180.
- Lorenz, H.-W. (1993):* *Nonlinear Dynamical Economics and Chaotic Motion*, 2. verb. Aufl., Berlin, Heidelberg u. a. O.
- Majer, H.; Wagner, A. (1974):* Der internationale Konjunkturzusammenhang. Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, Tübingen.
- Mintz, I. (1969):* *Dating Postwar Business Cycles: Methods and Their Application to Western Germany, 1950 – 67*, New York.

- Morgenstern, O. (1927):* International vergleichende Konjunkturforschung, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 83. Bd., S. 261 – 290.
- Oppenländer, K. H. (Hrsg., 1995):* Konjunkturindikatoren. Fakten, Analysen, Verwendung, München, Wien.
- Oppenländer, K. H.; Wagner, A. (Hrsg., 1985):* Ökonomische Verhaltensweisen und Wirtschaftspolitik bei schrumpfender Bevölkerung, München.
- Ott, A. E. (Hrsg., 1973):* Wachstumszyklen. Über die neue Form der Konjunkturschwankungen. Theoretische und empirische Beiträge, Berlin.
- Ott, A. E. (1989):* Wirtschaftstheorie. Eine erste Einführung, Göttingen.
- Ott, A. E. (1996):* Preisbildung, technischer Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum. Ausgewählte Schriften, Göttingen.
- Pokropp, F. (1972):* Aggregation von Produktionsfunktionen. Klein-Nataf-Aggregation ohne Annahmen über Differenzierbarkeit und Stetigkeit, Berlin u. a. O.
- Preiser, E. (1933):* Grundzüge der Konjunkturtheorie, Tübingen.
- Preiser, E. (1967):* Wirtschaftspolitik heute. Grundprobleme der Marktwirtschaft, München.
- Ramser, H. J. (1987):* Beschäftigung und Konjunktur. Versuch einer Integration verschiedener Erklärungsansätze, Berlin u. a. O.
- Rinne, H. (1997):* Taschenbuch der Statistik, 2. Aufl., Thun, Frankfurt a. M.
- Robinson, J. (1980):* Introduction, in: V. Walsh, H. Gram: Classical and Neoclassical Theories of General Equilibrium, New York, Oxford, S. XI – XVI.
- Roeger, W.; in't Veld, J. (1997):* QUEST II – A Multi Country Business Cycle and Growth Model, EC-Economic Papers, Nr. 123, October 1997.
- Roeger, W. (1999):* Output, Prices and Interest Rates over the Business Cycle. How well does a Keynesian-Neoclassical Synthesis Model perform?, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 119. Bd., S. 57 – 97.
- Rothschild, K. (1978):* Arbeitslose, gibt's die?, in: Kyklos, Bd. 31, S. 21 – 35.
- Scheuerle, A. J. (1999):* Politisch erzeugte Konjunkturzyklen, Tübingen.
- Schlicht, E. (1990):* Local Aggregation in a Dynamic Setting, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 51, S. 287 – 305.
- Schumpeter, J. A. (1961):* Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses. Erster Band, Göttingen.
- Seitz, T. (1989):* Innovation, Marktdynamik und Preisbildung, in: T. Seitz: Wirtschaftliche Dynamik und technischer Wandel, Stuttgart, New York, S. 35 – 52.
- Strecker, H.; Wiegert, R. (1994):* Stichproben, Erhebungsfehler, Datenqualität, Göttingen.

- Stützel, W. (1978): Volkswirtschaftliche Saldenmechanik. Ein Beitrag zur Geldtheorie, 2. Aufl., Tübingen.
- Stützel, W. (1978a): „Einfache Preise“ und „Bestandshaltepreise“, in: W. Stützel: Volkswirtschaftliche Saldenmechanik. Ein Beitrag zur Geldtheorie, 2. Aufl., Tübingen, Anhang I aus Anlaß des Neudrucks, S. 259 – 265.
- Vosgerau, H.-J. (1978): Konjunkturtheorie, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, 4. Bd., Stuttgart, New York, Tübingen u. a. O., S. 478 – 507.
- Wagner, A. (1972): Die Wachstumszyklen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine komparativ-dynamische Komponentenanalyse für die Jahre 1951 – 1970, Tübingen.
- Wagner, A. (1976): Fehlerhafte Daten und ökonomische Hypothesen in komparativ-dynamischen Wachstumsanalysen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 190, S. 253 – 266.
- Wagner, A. (1982): Volkswirtschaftliche Beispiele zur Bedeutung der Statistischen Adäquation: Wachstumszyklen und Realkapital, in: W. Piesch, W. Förster (Hrsg.): Angewandte Statistik und Wirtschaftsforschung heute. Ausgewählte Beiträge, Göttingen, S. 235 – 253.
- Wagner, A. (1993): Gleichgewichts-Akzelerator und Wicksell-Effekt, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 212, S. 193 – 203.
- Wagner, A. (1995): Evolutorische Makroökonomik. Einige Anmerkungen zum Begriff, in: A. Wagner, H.-W. Lorenz (Hrsg.): Studien zur Evolutorischen Ökonomik III. Evolutorische Mikro- und Makroökonomik, Berlin, S. 207 – 213.
- Wagner, A. (1997): Mikroökonomik. Volkswirtschaftliche Strukturen I, 4. Aufl., Stuttgart.
- Wagner, A. (1998): Makroökonomik. Volkswirtschaftliche Strukturen II, 2. Aufl., Stuttgart.
- Wagner, A. (1998a): Das Europa der Regionen – Zukunftssicherung durch Bewahrung der Identitäten?, in: R. Biskup (Hrsg.): Dimensionen Europas, Bern, Stuttgart, Wien, S. 305 – 328.
- Willke, G. (1978): Globalsteuerung und gespaltene Konjunktur. Stabilisierungspolitik bei sektoral differenziertem Zyklus, Stuttgart u. a. O.
- Witt, U. (1997): The Hayekian Puzzle: Spontaneous Order and The Business Cycle, in: Scottish Journal of Political Economy, Vol. 44, S. 44 – 58.
- Wolters, J.; Kuhbier, P.; Buscher, H. S. (1990): Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik. Ergebnisse von Schätzungen alternativer aggregierter Konjunkturmodelle, Frankfurt, New York.
- Zarnowitz, V. (1985): Recent Work on Business Cycles in Historical Perspective: A Review of Theories and Evidence, in: Journal of Economic Literature, Vol. XXIII, S. 523 – 580.

Konjunkturforschung heute – Theorie und Empirie: Einige Probleme der empirischen Wirtschaftsforschung – dargestellt am Beispiel der Konjunkturanalyse und -prognose

Im Frühjahr und im Herbst eines jeden Jahres hat die Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (KOF/ETH) auftragsgemäß eine Analyse der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Lage und eine detaillierte Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für die jeweils nächsten zwei Jahre zu erarbeiten. Eine derartige Aufgabe haben regelmäßig auch andere vergleichbare Institutionen zu bewältigen, so dass die nachfolgenden Überlegungen und Ansätze zur Bewältigung der dabei auftretenden Schwierigkeiten und die Diskussion der eher grundsätzlichen Probleme in einem gewissen Ausmaß vielleicht doch auf ein etwas allgemeineres Interesse stoßen könnten.

Die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger und natürlich auch die Öffentlichkeit erwarten von uns eine möglichst objektive und umfassende Darlegung des aktuellen Ist-Zustandes, eine Prognose der wahrscheinlichsten Entwicklung – u.U. ergänzt durch Sensitivitätsanalysen aufgrund sich bereits abzeichnender Risiken bezüglich der für die Prognosen getroffenen Annahmen oder noch ausstehender, auch kürzerfristig relevanter, wirtschafts- bzw. sozialpolitischer Entscheide – und sie erhoffen sich von den mit empirischer Wirtschaftsforschung betrauten Institutionen vor allem eine vorurteilsfreie und frühzeitige Identifikation gesamtwirtschaftlicher Probleme sowie die Ausarbeitung von Vorschlägen zu deren Lösung. Stillschweigend wird dabei meist noch davon ausgegangen, dass diese Vorschläge auf die gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten bzw. Restriktionen gehörend Rücksicht nehmen.

Es handelt sich also zweifellos um eine faszinierende Aufgabe, die an sich von jedem Wirtschaftswissenschaftler als die Erfüllung seiner „Träume“ bezüglich des disziplinären Schaffens angesehen werden müsste. Aber inwieweit kann die empirische Wirtschaftsforschung – und damit, um es schon an dieser Stelle ganz klar auszudrücken, streng genommen die ganze Disziplin „Wirtschaftswissenschaft“ – dieser Erwartungshaltung entsprechen bzw. diesen Ansprüchen überhaupt gerecht werden? Auf diese ganz zentrale Frage soll hier etwas näher eingegangen werden, wobei vorweg gesagt sei, dass dabei weniger datentechnische und statistisch-methodische Probleme oder neuere Ansätze in der Konjunkturtheorie, sondern eher grundsätzliche Aspekte angesprochen werden sollen.

Die Ausgangslage scheint auf einen ersten Blick relativ komfortabel zu sein. Die ökonomische Theorie offeriert heutzutage eine Fülle von Modellen zur Erfassung der unterschiedlichsten Phänomene des Wirtschaftsgeschehens, die Methoden der empirischen Forschung werden immer raffinierter, von Seiten der Hard- und Software ergeben sich kaum mehr Restriktionen und die Wirtschaftsstatistik bietet heute praktisch für alle industrialisierten Volkswirtschaften ausreichend Daten für nahezu alle relevanten Fragestellungen, obwohl diesbezüglich natürlich immer wieder und oft mit guten Argumenten neue Bedürfnisse geltend gemacht werden.

*) Prof. Dr. Bernd Schips, Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich.

Genau besehen ist aber die tatsächliche Situation der empirischen Wirtschaftsforschung in Anbetracht der eingangs genannten Anforderungen aber wesentlich ungünstiger zu beurteilen. Das Spannungsfeld zwischen der Entwicklung der ökonomischen Theorie, den Erwartungen bzw. den Vorstellungen der Politik über die Leistungsfähigkeit der Disziplin und den realistischen Möglichkeiten der empirischen Wirtschaftsforschung wirft nach wie vor eine ganze Reihe gravierender Probleme auf, die diskutiert und möglichst einer Lösung zugeführt werden müssen. Diese Problematik berührt aber nicht nur den Bereich der hier besonders angesprochenen Konjunkturtheorie, sondern betrifft ganz generell die gegenwärtige Entwicklung der ökonomischen Theorie.

Die in der ökonomischen Theorie eingesetzten Modellierungstechniken sind so weit fortgeschritten, dass bei Wahl eines geeigneten Annahmensets faktisch jedes „gewünschte“ Ergebnis produziert werden kann. Zugegebenermaßen ist dies eine recht drastische Formulierung zur Beschreibung der aktuellen Entwicklung in der ökonomischen Theorie, aber diese Feststellung trifft doch ziemlich gut die eigentliche Herausforderung, zu der die empirische Wirtschaftsforschung praktisch ständig Position beziehen muss, wenn sie der ihr zukommenden Rolle im Rahmen der Disziplin „Wirtschaftswissenschaft“ gerecht werden will.

Um eventuelle Missverständnisse zu vermeiden, sei hier noch einmal betont, dass mit dem Begriff „Empirische Wirtschaftsforschung“ primär die kontinuierliche Beobachtung und Aufarbeitung des ökonomischen Geschehens angesprochen werden soll und weniger punktuelle Aktivitäten, wie das gelegentliche Versenden und Auswerten von Fragebogen oder die Schätzung von Regressionsbeziehungen usw. Empirische Wirtschaftsforschung ist so verstanden in erster Linie eine systematische Aufbereitung und Nutzung wirtschaftshistorischer Erfahrungen. Es geht dabei nicht nur um Fragen der Allokation und Verteilung von knappen Gütern zu einem bestimmten Zeitpunkt, wie es in den Modellen der gegenwärtigen „mainstream economics“ in der Regel der Fall ist. Der Zustand eines dynamischen Systems, wie der einer Volkswirtschaft, ist nicht nur von den aktuellen Werten der als relevant erkannten Einflussgrößen abhängig, sondern immer auch von den Werten früherer Perioden. Ökonomische Phänomene haben stets eine Art „Langzeitgedächtnis“, das es bei Analysen und Prognosen angemessen zu berücksichtigen gilt. Empirische Evidenz, wirtschaftspolitische Umsetzbarkeit und eine, wenn auch eventuell zeitlich beschränkte, Prognosefähigkeit sind daher die entscheidenden Kriterien für die Leistungsfähigkeit eines ökonomischen Modells.

Empirische Wirtschaftsforschung muss sich also ständig mit dem Realitätsbezug der um einen Erklärungsanspruch konkurrierenden alternativen ökonomischen Modelle auseinandersetzen, es genügt nicht zu versuchen, eine bestimmte Modellkonzeption aufgrund einer vorgefassten Meinung bzw. einer gerade dominierenden Lehrmeinung irgendwie empirisch zu „untermauern“. Empirische Wirtschaftsforschung ist deshalb auch in einem gewissen Sinne ein evolutiver Prozess mit dem Ziel, immer mehr über das reale ökonomische Geschehen zu wissen und es besser zu verstehen. Diese Feststellung ist zugegebenermaßen an sich eine Selbstverständlichkeit. Die Entwicklung der Disziplin „Wirtschaftswissenschaft“ lebt von dem Wechselspiel zwischen Theorie und Empirie im Erkenntnisprozess. Aber wird die empirische Wirtschaftsforschung der ihr dabei zukommenden Rolle heute wirklich gerecht? Kann sie die von ihr erarbeiteten Ergebnisse tatsächlich noch im notwen-

digen Umfang in diesen Prozess einbringen? Warum ist die empirische Wirtschaftsforschung heute so stark von bestimmten speziellen Modellvorstellungen dominiert? Und „last but not least“ versteht sie die ihr zufallende Aufgabenstellung und definiert sie ihre Rolle noch richtig oder liefert sie nur noch „Handlangerdienste“ für intellektuell faszinierende Diskussionen auf der Basis von Modellen?

Die Politik will in der Regel einfache Antworten auf meist recht komplexe Fragestellungen. Die in der Regel notwendigerweise differenzierteren Analysen und Befunde der empirischen Wirtschaftsforschung vereinfachen die notwendigen Entscheidungsprozesse jedoch nicht und verlieren so zwangsläufig an politischer Akzeptanz und Bedeutung. Die ökonomische Theorie dagegen scheint oft einfache Lösungen anzubieten, vor allem dann, wenn bei der Formulierung ökonomischer Hypothesen relativ großzügig mit den tatsächlichen empirischen Befunden umgegangen wird.

Ein einfaches, aber nicht ganz unaktuelles Beispiel soll die angesprochene und quasi permanente Herausforderung für den empirischen Wirtschaftsforscher illustrieren: Im Kontext mit den Forderungen nach einer ökologisch motivierten Steuerreform wird häufig damit argumentiert, dass eine Lenkungsabgabe, mit dem Ziel einer Internalisierung der bei der Produktion, Distribution und Konsumption der Güter anfallenden externen Kosten, nicht nur zu einer Reduktion der Umweltbelastungen führen wird, sondern bei geeigneter Rückerstattung des Aufkommens aus dieser Steuer sich auch positive Beschäftigungswirkungen ergeben werden. Ungeachtet der nach wie vor umstrittenen Frage nach den Wirkungen eines nationalen Alleingangs im Falle globaler Umweltprobleme – oder plakativer formuliert, losgelöst von der Frage nach der Sicherheit des Eintreffens der sogenannten „ersten Dividende“ einer Umweltabgabe bei einem Alleingang – sollte man von Seiten der empirischen Wirtschaftsforschung die behaupteten Beschäftigungswirkungen doch genauer hinterfragen. Es entspricht zwar durchaus einem ökonomischen Grundverständnis, dass ein durch die Erhebung einer Umweltabgabe relativ teurer gewordener Produktionsfaktor – z.B. der Produktionsfaktor „Energie“ durch die Belastung mit einer Energieabgabe – durch einen auf dem Wege einer aufkommensneutralen Rückerstattung der Einnahmen aus dieser Umweltsteuer relativ billiger werdenden Produktionsfaktor – z.B. der Produktionsfaktor „Arbeit“ durch eine entsprechende Reduktion der Lohnnebenkosten – substituiert wird. Aber ist eine sich aufgrund des sich ändernden Faktorpreisverhältnisses aufdrängende Substitution auch technisch möglich? Welche technischen Innovationen und welche Investitionsausgaben erfordert eine solche – meist nur ex ante und nicht ex post mögliche – Faktorsubstitution? Welcher Zeitbedarf ist für diese Anpassung der Produktionstechniken notwendig? Welche Probleme resultieren aus den erforderlichen Anpassungsprozessen und wie können diese gelöst oder abgefedert werden? Hinzu kommt, dass erfahrungsgemäss jeder technische Fortschritt – und eine energiesparende Verbesserung der Produktionstechniken dürfte dabei keine Ausnahme machen – zu einer Erhöhung der Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften zu Lasten der geringer qualifizierten Arbeitssuchenden führt. Qualifizierte Arbeitskräfte sind jedoch in der Regel immer gesucht, fordern und erhalten meist auch Knappheitsrenten, so dass der mit der Umweltsteuer und deren Rückerstattung anvisierte Effekt einer generellen Senkung der Arbeitskosten alles andere als sicher ist.

Die Beantwortung dieser beispielhaft genannten Fragen wäre an sich eine Aufgabe für die empirische Wirtschaftsforschung im eingangs genannten Sinne und könnte die empirische

Wirtschaftsforschung auch diese Fragen weitgehend beantworten bzw. die entstehenden Schwierigkeiten klar aufzeigen. Aber die von ihr zu dieser Thematik bereits geleisteten bzw. möglichen Beiträge finden in der einschlägigen Diskussion nur wenig Beachtung bzw. werden von der Politik, aber auch von den sich an dieser Debatte beteiligenden Wirtschaftswissenschaftlern häufig gar nicht mehr verlangt.

Überwiegend wird in dieser Diskussion mit den Ergebnissen von sogenannten – dem gegenwärtigen „mainstream“ in der ökonomischen Theorie folgenden – berechenbaren Gleichgewichtsmodellen argumentiert. Mit diesem Modelltyp lässt sich das vielfach gewünschte Ergebnis einer ersten und zweiten Dividende durch die Einführung einer Umweltabgabe relativ problemlos erstellen. Zwar entsprechen die dazu notwendigen Annahmen – ständig geräumte Märkte, nutzen- bzw. gewinnmaximierende Wirtschaftssubjekte, die bei ihren Entscheidungen die vorhandenen Informationen stets vollständig ausschöpfen, bestimmte Elastizitätsvorstellungen usw. – keinesfalls den tatsächlichen ökonomischen Gegebenheiten, aber über diese Details wird meist großzügig hinweg gesehen. Die Parameter dieser Modelle werden in der Regel nicht geschätzt, sondern nur so kalibriert, dass die Verläufe einiger als wichtig betrachteter Modellvariablen einigermaßen mit den sich aus den Beobachtungsdaten ergebenden „stylized facts“ übereinstimmen. Schwierig zu ermittelnde Schlüsselgrößen, wie die Substitutionselastizitäten bei Änderungen der Faktor- und Güterpreise werden außerdem meist nur aufgrund von Plausibilitätsüberlegungen festgelegt.

Aus Sicht der empirischen Wirtschaftsforschung wäre diese Vorgehensweise allenfalls noch vertretbar, wenn es sich nur um Material für eine intellektuelle Auseinandersetzung in akademischen Debatten handeln würde. Unverständlich wird diese Praxis aber dann, wenn es um die Ausarbeitung wirtschaftspolitischer Empfehlungen geht.

Die empirische Wirtschaftsforschung hat wesentlich dazu beigetragen, dass unser Wissen um die Schwierigkeiten bei der Schätzung von Elastizitäten, unsere Kenntnisse über Reaktionen der Anbieter auf Nachfrageveränderungen und über die Bildung von Erwartungen usw. an sich ausreichen, um derartig komplexe Fragestellungen adäquater zu behandeln. Insbesondere die Ergebnisse von regelmäßigen Unternehmens- und Konsumentenbefragungen haben nicht nur die Überprüfung zentraler Hypothesen der ökonomischen Theorie ermöglicht, sondern die einschlägigen mikroökonomischen Untersuchungen gestatten es, auch fundierte Überlegungen zu Reaktionen der Wirtschaftssubjekte aufgrund sich ändernder Rahmenbedingungen anzustellen.

Warum werden aber die vorhandenen bzw. möglichen Beiträge der empirischen Wirtschaftsforschung nicht oder nur am Rande für die Entscheidungsfindung benutzt bzw. gar nicht mehr verlangt? Die empirische Wirtschaftsforschung hat es offensichtlich überwiegend nicht verstanden, ihre Position innerhalb der Wirtschaftswissenschaften wirklich zu festigen. Die Disziplin hat gerade in den letzten Jahrzehnten eine Entwicklung erfahren, die den aus der empirischen Wirtschaftsforschung resultierenden Erkenntnisgewinn zunehmend an Bedeutung verlieren ließ. Diese Feststellung steht dabei nicht im Widerspruch mit der großen Zahl von Publikationen in wissenschaftlichen Zeitschriften, die mit der Etikette „Ergebnisse einer empirischen Analyse“ versehen sind, sondern belegt nur, dass sich die Rolle der empirischen Forschung innerhalb der Disziplin „Wirtschaftswissenschaft“ offensichtlich verändert hat.

Die eben gemachte Behauptung soll nun am Beispiel der Konjunkturanalyse und Konjunkturprognose noch etwas untermauert werden. In der Ausgabe vom 2. Dezember 1996 erschien im „The New Yorker“ ein auf Stellungnahmen einer ganzen Reihe höchst namhafter US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, wie Lucas, Summers, Blinder u.a., basierender Artikel mit dem bezeichnenden Titel „The Decline of Economics“.¹⁾ Dieser Beitrag sollte insbesondere die Zunft der Ökonomen in Europa – in den USA wissen die Wirtschaftswissenschaftler in der Regel besser zwischen Rhetorik der Disziplin und der notwendigen Pragmatik bei der Vorbereitung wirtschaftspolitischer Entscheidungen zu unterscheiden – zum Nachdenken über ihre Rolle in der Wirtschaftspolitik und ihre Fähigkeit zur Analyse des realen Geschehens anregen. Vickrey hat es kurz vor seinem Tode, drei Tage nach Erhalt der Mitteilung über die Zuerkennung des Nobelpreises drastisch so formuliert: „A good deal of modern economic theory, even the kind that wins Nobel Prizes, simply doesn't matter much“.²⁾

Viele der in renommierten wissenschaftlichen Zeitschriften publizierten, von namhaften und weniger namhaften Autoren verfassten Artikel sind zwar höchst interessant, leisten aber genau besehen doch keinen wirklich nennenswerten Beitrag zur Lösung der zentralen Aufgabe der Ökonomie, nämlich rechtzeitig auf gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen hinzuweisen und Ratschläge zur Verhinderung solcher Fehlentwicklungen bzw. zur Beseitigung der Folgen gesamtwirtschaftlicher Störungen zu geben und zwar bevor die Politik sich den damit zusammenhängenden Fragen mit den ihr eigenen Vorgehensweisen zuwendet. Besonders eklatant ist dies in dem hier thematisierten Kontext der Konjunkturanalyse und -prognose.

Dogmengeschichtlich ist die Entwicklung der ökonomischen Theorie, und insbesondere auch die Ausgestaltung von Modellen zur Erklärung von Wachstumsfluktuationen, niemals losgelöst vom jeweiligen wirtschafts- und sozialhistorischen Kontext zu verstehen. Dabei gilt es vor allem die zeitliche Abfolge von empirischen Befunden, Theorieentwicklung, dem Entstehen wirtschaftspolitischer Konzepte und immer wieder neuen Erfahrungen mit der Umsetzung von auf ökonomischen Modellen basierenden Politikempfehlungen zu berücksichtigen.

Die besonderen Erfahrungen mit der Weltwirtschaftskrise in den zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts schlugen sich in heute als keynesianisch bezeichneten Modellen und darauf basierenden wirtschaftspolitischen Konzepten zur Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nieder. Im Rahmen einer perfektionierten Globalsteuerung versuchte man dann aber nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen Volkswirtschaften, Wachstumsfluktuationen, ohne deren Ursachen genauer zu analysieren, mit einem Nachfragemanagement möglichst vollständig auszuschalten. Die wirtschaftliche Entwicklung in den fünfziger und sechziger Jahren entsprach aber nicht der gesamtwirtschaftlichen Konstellation in und nach der großen Weltwirtschaftskrise, aus denen keynesianisch inspirierte Wirtschaftspolitik entstand. Schon aus heutiger Sicht geringe Wachstumsabschwächungen gaben bereits Anlass zur Nachfragestimulierung und anstelle von allgemeinen Deflations-

1) Vgl. Cassidy, J.: The Decline of Economics, in: The New Yorker, Ausgabe vom 2. Dezember 1996, S. 50 – 60.

2) Zitiert nach Cassidy, J.: The Decline of Economics, a.a.O., S. 50.

erscheinungen prägten steigende Preise die Phasen temporär rückläufiger Nachfrage. Trotz einigen nachweisbaren Erfolgen – die aber teilweise bereits wieder in Vergessenheit geraten sind – konnten nachteilige Erfahrungen deshalb nicht ausbleiben und blieben auch nicht aus. Gescheitert war aber genau besehen nicht die auf Keynes u.a. zurückgehende Theorie oder eine darauf basierende Stabilisierungspolitik, gescheitert sind lediglich die Versuche zur Durchsetzung einer rein nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik, obwohl die Voraussetzungen für eine solche Politik nicht gegeben waren. Die sich in der Folge einstellenden und nicht mehr zu überschendenden empirischen Befunde – steigende Defizite in den öffentlichen Haushalten, anhaltende Inflationstendenzen, zunehmende Neigung zur gesamtwirtschaftlichen Stagnation und in vielen Volkswirtschaften eine anhaltende Arbeitslosigkeit – wurden aber dann, wie schon oft in der Theoriegeschichte, nicht mehr so genau hinterfragt, wie es aus Sicht der empirischen Wirtschaftsforschung und der Weiterentwicklung der ökonomischen Theorie an sich nötig gewesen wäre, zumindest wurde nicht überall und nicht von allen Kritikern keynesianischen Gedankenguts versucht, die eigentlichen Ursachen des Scheiterns einer derartigen wirtschaftspolitischen Konzeption wirklich zu identifizieren.

Für die weitere Entwicklung und den heutigen Stellenwert der empirischen Wirtschaftsforschung war aber dann vor allem entscheidend, dass man die Versuche zur statistischen Modellierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit Hilfe struktureller ökonometrischer Modelle mehr oder weniger aufgab und das Geschehen auf den einzelnen Märkten in den Vordergrund des Interesses und auch der empirischen Arbeiten rückte. Makroökonomische Modelle bekamen das Stigma eines keynesianischen Gedankenguts und führten in manchen Volkswirtschaften nur noch ein Schattendasein.

Es entstanden neue ökonomische Theorien auf der Basis einer Weiterentwicklung klassischer Modellvorstellungen. Mit guten Gründen – und dies muss und soll hier, um nicht missverstanden zu werden, gesagt sein – besann man sich in der ökonomischen Theorie wieder auf die Bestimmungsfaktoren des Entscheidungsverhaltens der Wirtschaftsakteure, die Funktionen der Marktprozesse oder die Rolle der Geldmengenentwicklung für das Entstehen inflationärer Prozesse. Unterstützt wurde das Vordringen der entsprechenden Modellkonzeptionen aber auch durch Fortschritte bzw. Entwicklungen in den statistischen Methoden, die zur Stützung der jeweils aktuellen theoretischen Vorstellungen nicht unerheblich beitrugen. Der Beitrag von Granger und Newbold über „spurious regression“³⁾ z.B. wurde dankbar aufgegriffen, um mit Hilfe von in ersten Differenzen spezifizierten Schätzgleichungen den aus monetaristischer Sicht erwünschten Nachweis der nicht nur lang-, sondern auch kurzfristigen Neutralität von Geldmengenänderungen zu führen. Die realen Effekte von Geldmengenänderungen mussten aber bei solchen Spezifikationsansätzen zwangsläufig ausbleiben, weil ein derartiger Filter die niedrigen Frequenzen, d.h. im Komponentenmodell gedacht, die Trend- und Konjunkturkomponente eliminiert und die kürzerfristigen Bewegungskomponenten, insbesondere die Noise-Komponente, in den für die Schätzungen verwendeten transformierten Zeitreihen verstärkt.

3) Vgl. Granger, C.W.J.; Newbold, P.: Spurious Regressions in Econometrics, in: *Journal of Econometrics* 2, 1974, S. 111 – 120; bzw. Granger, C.W.J.; Newbold, P.: *The Time Series Approach to Economic Model Building*, in: *Federal Reserve Bank of Minneapolis (Hrsg.): New Methods in Business Cycle Research*, Minneapolis 1977, S. 7 – 21.

Von Seiten der empirischen Wirtschaftsforschung wurde nur selten auf diese Problematik methodenspezifischer Befunde hingewiesen und teilweise wurden diese Überlegungen sogar noch ziemlich begeistert aufgenommen, weil man dadurch neue und breit akzeptierte Betätigungsfelder erhielt.

Ähnliches gilt für die Behandlung des Muth'schen Konzeptes rationaler Erwartungen⁴⁾ in makroökonomischen Modellen. Es wird dabei unterstellt, dass die Wirtschaftssubjekte alle verfügbaren Informationen für die Erwartungsbildung nutzen, einschließlich der unterstellten Kenntnis über die Struktur des relevanten ökonomischen Modells. Ein Ansatz, der nicht nur die Rolle und vor allem den „Trial and error“-Prozess der Modellbildung in den Wirtschaftswissenschaften verkennt, sondern auch alle empirischen Erfahrungen über die Nutzung von vorhandenen Informationen durch die Wirtschaftssubjekte bei ihren Entscheidungen negiert. Alle Untersuchungen zur Erwartungsbildung auf der Basis von Individualdaten aus Unternehmens- und Konsumentenbefragungen widerlegen ja diese spezielle Hypothese, in der ökonomischen Theorie weicht man jedoch nur ungern von diesem eleganten und heute auch formal gut zu handhabenden Ansatz ab.

Ausgehend von der bekannten Kritik an makroökonomischen Modellen, die im wesentlichen beinhaltet, dass mit solchen strukturellen Modellen die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Entscheide nicht adäquat analysiert werden können, weil die Wirtschaftssubjekte die entsprechenden Konsequenzen bereits antizipieren und sich entsprechend verhalten, wurde dann versucht, mit Zeitreihenmodellen diesen und anderen Einwänden, insbesondere der Identifikationsproblematik bei der Spezifikation struktureller Modelle, Rechnung zu tragen. Die empirische Wirtschaftsforschung hat auch diesen Ansatz vielfach aufgenommen und ins Zentrum der Aktivitäten gestellt. Die genannten Identifikationsprobleme treten jedoch auch bei Verwendung von VAR-Modellen (vector autoregression) auf und die Spezifikationsphase erfordert auch hier einen „Trial and error“-Prozess, der sich streng genommen nicht von dem bei strukturellen Modellen unterscheidet.

Jedes statistische Modell ist in seiner Aussagekraft immer durch den in den zugrundegelegten Beobachtungsdaten steckenden Erfahrungsbereich beschränkt. Trotzdem haben sich die hier beispielhaft genannten Kombinationen von ökonomischen Theorien und statistischen Methoden immer wieder – zumindest temporär – in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur durchgesetzt und teilweise auch einen erheblichen Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheide genommen. In der sich spätestens seit den achtziger Jahren immer deutlicher abzeichnenden Staatsverdrossenheit der Bürger fanden nämlich die, die gegenwärtigen „mainstream economics“ beherrschenden, Theorieelemente einen Nährboden für ihre steigende Akzeptanz in der wirtschaftspolitischen Praxis und in der öffentlichen Diskussion. Es ist dabei jedoch zu beachten, dass erstaunlicherweise diese vor allem an nordamerikanischen Universitäten entstandenen makroökonomischen Theorien weitaus mehr Resonanz in der Wirtschaftspolitik westeuropäischer Volkswirtschaften gefunden haben als in den USA selbst. Die Wirtschaftspolitik in den USA wurde und wird offensichtlich weitaus pragmatischer und weniger dogmatisch gehandhabt. Der mikroökonomisch orientierte Dogmatismus wird dort heute gewissermaßen durch einen makroökonomischen Pragma-

4) Vgl. Muth, J.F.: Rational Expectations and the Theory of Price Movements, in: *Econometrica* 29, 1961, S. 315 – 335.

tismus ergänzt. Dies ist auch der eigentliche Grund für den Erfolg des sogenannten angelsächsischen Modells. Kein ernsthafter US-Ökonom in wirtschaftspolitischer Verantwortung würde z.B. die Probleme des europäischen Arbeitsmarktes allein auf dem Arbeitsmarkt suchen usw.

Bei der Abstützung der Wirtschaftspolitik durch die ökonomische Theorie wurde und wird häufig übersehen, dass die den Modellen zugrunde liegenden Annahmen meist sehr wenig mit dem realen ökonomischen Geschehen zu tun haben. Man vergisst allzu häufig, dass auch die „besten“ Modelle immer nur mehr oder weniger gute Approximationen des realen Geschehens sind, mit denen versucht wird, bestimmte gerade interessierende Charakteristika abzubilden. Es gibt kein „wahres Modell“, eine Binsenweisheit, die trotzdem gelegentlich in Vergessenheit gerät. Sollen nun, gestützt auf bestimmte Modellüberlegungen, wirtschaftspolitische Ratschläge erteilt werden, müsste an sich die Tragweite der spezifischen Annahmen und die Zielsetzung bei der jeweiligen Modellierung sehr genau hinterfragt werden. Aber genau dies geschieht viel zu selten. Nur eine unvoreingenommene und sorgfältige empirische Analyse der jeweils aktuellen Situation kann zu einer Behebung bestehender Schwierigkeiten und zur Lösung wirtschaftspolitischer Probleme führen. Eine Verabsolutierung theoretischer Positionen ohne detaillierte Untersuchung der Ursachen der verschiedenen Problemfelder führt die Disziplin nur ins Abseits. Es ist noch gar nicht so lange her, da wurde in vielen Analysen und Stellungnahmen Preisstabilität nicht nur als notwendige, sondern sogar als hinreichende Bedingung für eine „befriedigende“ gesamtwirtschaftliche Entwicklung angesehen. Ausgeglichene Staatshaushalte werden als unverzichtbar angesehen, die Struktur der Staatseinnahmen und -ausgaben bzw. der Weg zu einer nachhaltig tragbaren Finanzpolitik, der immer auch eine Frage der Qualität der eingeschlagenen Maßnahmen und des Tempos ist, in dem solche Maßnahmen umgesetzt werden, wird dagegen kaum thematisiert. Die gegenwärtig dominierende mikroökonomisch orientierte Betrachtungsweise innerhalb der heute gängigen Makromodelle verstellt darüber hinaus häufig den Blick auf weitere fundamentale und gesamtwirtschaftlich relevante saldenmechanische Zusammenhänge.

Deshalb werden z.B. auch die Möglichkeiten einer Politik zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Fluktuationen heutzutage überwiegend negiert. Die Ineffektivität bzw. Kontraproduktivität von Stabilisierungsbemühungen der Wirtschaftspolitik in rezessiven Phasen ist jedoch niemals schlüssig nachgewiesen worden, trotz der vielen einschlägigen Bemühungen. Die dazu benutzten Modelle gehen alle von sehr speziellen Annahmen aus, die realiter nicht gegeben sind bzw. gar nicht gegeben sein können. Auch wenn die Theorieentwicklung der letzten Jahre im allgemeinen von anderen Voraussetzungen ausgeht, gibt es Situationen, in denen eine Stabilisierungspolitik notwendig und möglich ist. Wenn die entsprechende gesamtwirtschaftliche Lage vorliegt, kann z.B. auch eine nachfrageorientierte Stabilisierungspolitik erfolgreich sein, wenn die bei der Umsetzung einer solchen Politik in der Regel auftretenden prinzipiellen Schwierigkeiten angemessen berücksichtigt werden. Die empirische Wirtschaftsforschung tut sich aber schwer bei der Vermittlung und Umsetzung ihres einschlägigen spezifischen Wissens. Eine nicht adäquate Auseinandersetzung mit den tatsächlichen gesamtwirtschaftlichen Verhältnissen schafft aber zusätzliche und an sich vermeidbare Probleme.

Angebotsseitige Maßnahmen, zu denen auch die langfristige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und die Sicherung der Sozialwerke zählen, sind beispielsweise ohne jeden Zweifel wichtig und ganz entscheidend für das langfristige Wachstum einer Volkswirtschaft. Das heißt aber nicht, dass eine Verabsolutierung bestimmter Elemente der ökonomischen Theorie unter Verkennung der empirischen Verhältnisse ein Beitrag zur Lösung aller aktuellen Probleme ist. In der Makroökonomie ist daher auch wieder eine differenzierte Auseinandersetzung über die wirtschaftliche Bedeutung des Staates dringend erforderlich, heute mehr denn je. In Beiträgen im Rahmen der sogenannten neuen Wachstumstheorie ist dies ansatzweise bereits der Fall und es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis sich dies auch in Modellen zur Erklärung von Wachstumsfluktuationen wieder niederschlagen wird.

„Economics is a science of thinking in terms of models, joined to the art of choosing models which are relevant to the contemporary world“ schrieb Keynes bereits 1937.⁵⁾ Und Samuelson wird das Zitat zugeschrieben: „Der liebe Gott hat den Ökonomen zwei Augen gegeben, eines für das Angebot und eines für die Nachfrage“. Die empirische Wirtschaftsforschung sollte sich an diesen Aussagen orientieren.

Nach aller Erfahrung sind makroökonomische Modelle, in Gestalt umfangreicher struktureller Modelle, immer noch das „beste“ verfügbare Instrumentarium für die Erfassung gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen mit dem Ziel, die aktuelle Wirtschaftslage sorgfältig und im Einklang mit dem realen Geschehen zu analysieren, Prognosen zu erstellen und Politiksimulationen zu erarbeiten. Insbesondere seit Anstrengungen unternommen wurden, bei der Spezifikation dieser Modelle, einigen berechtigten Kritikpunkten von Lucas u.a.⁶⁾ Rechnung zu tragen, hat die Leistungsfähigkeit dieses Instruments beträchtlich zugenommen. Die früher häufig festzustellende Vernachlässigung der Angebotsseite in strukturellen ökonomischen Modellen ist in der Regel nicht mehr ein Problem. Das Entstehen von Ungleichgewichtssituationen durch unterschiedliche Entwicklungen auf der Angebots- und Nachfrageseite, sowie die dadurch ausgelösten Anpassungsprozesse können ebenso erfasst werden, wie der im Zeitablauf variierende „mismatch“ auf den einzelnen Teilmärkten. Nicht nur der aggregierte Arbeitsmarkt zerfällt in Teilmärkte, die durch unterschiedliche Angebots-Nachfrage-Verhältnisse gekennzeichnet sind. Generelle Rezepte greifen daher in der Regel nicht. Ergebnisse aus Unternehmensbefragungen der Wirtschaftsforschungsinstitute können dabei zur Erfassung der verschiedenen Anspannungssituationen genutzt werden. Diese qualitativen Daten ermöglichen auch relativ zuverlässige Schätzungen der aktuellen Werte quantitativer Größen, die meist erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung bekannt werden. Die Schwierigkeiten bei der Quantifizierung qualitativer Daten sollen hier nicht unterschätzt bzw. verschwiegen werden, aber die empirische Wirtschaftsforschung hat dabei noch längst nicht alle statistisch-methodischen Möglichkeiten ausgeschöpft.

Strukturelle makroökonomische Modelle sind genau besehen die einzige Möglichkeit zur Überprüfung der bei der Spezifikation von Modellen unterstellten theoretischen Überlegungen. Durch eine Wiederholung der Prognosen mit definitiven Werten für die exogenen Modellvariablen lassen sich die Ursachen der Prognosefehler identifizieren und die

5) Zitiert nach Cassidy, J.: *The Decline of Economics*, a.a.O., S. 60.

6) Vgl. Lucas, R.E.: *Econometric Policy Evaluation: A Critique*, in: *Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy*, 1, 1976, S. 19 – 46.

Modellspezifikationen und damit das ökonomische Wissen über die Funktionsweise einer Volkswirtschaft verbessern. Strukturelle ökonometrische Modelle beinhalten dann den gesicherten Stand des theoretischen Wissens und reflektieren die relevanten wirtschaftshistorischen Erfahrungen. Gerade von Seiten der Institutionen, die mit der Erarbeitung von Konjunkturanalysen und -prognosen betraut sind, sollte dieses Arbeitsfeld wieder intensiviert und konsequent verfolgt werden. Will man aber erreichen, dass die wirtschaftspolitische Bedeutung der empirischen Wirtschaftsforschung im eingangs genannten Sinne wieder zunimmt, setzt dies auch die Schaffung von Transparenz über die jeweils verwendeten Modelle und deren Eigenschaften voraus.

Die empirische Wirtschaftsforschung sollte unbeirrt diesen Weg der kontinuierlichen Analyse und Überprüfung der angestellten Überlegungen gehen. Das heißt nicht, dass die Weiterentwicklung der ökonomischen Theorie außer Acht gelassen werden soll, aber das erarbeitete Wissen über die tatsächlichen Verhältnisse sollte konsequenter und selbstbewusster im Fachdiskurs vertreten werden.

Konjunkturindikatoren in der amtlichen Statistik

1 Einführung

Die Diagnose der konjunkturellen Entwicklung stützt sich auf verschiedene Instrumente, die einerseits die qualitativen, sogenannten „weichen“ Daten aus subjektiven Beurteilungen und Erwartungen und andererseits die quantitativen, objektiv messbaren „harten“ Daten umfassen. Während einige Institutionen (vorwiegend das Ifo-Institut, aber auch der DIHT) schwerpunktmäßig die Befragung der wirtschaftlichen Entscheidungsträger nach ihrer Einschätzung der Situation bevorzugen und die skalierten Antworten in Klima-Indikatoren zur Erzeugung konjunktureller Stimmungsbilder darstellen, beschränkt sich das Statistische Bundesamt auf die konventionelle Art der Ermittlung des wirtschaftlichen Ist-Zustands, nämlich die Erhebung konjunkturell bedeutsamer Fakten in physisch messbaren Kategorien und/oder als Wertangaben. Neben der Deutschen Bundesbank, welche die monetären Indikatoren bearbeitet, befassen sich die Statistischen Ämter in den Ländern und im Bund mit dem gesamten Bereich der übrigen quantitativen Konjunkturdaten. Durch die monatlichen Informationen der Bundesanstalt für Arbeit über die detaillierte Arbeitsmarktentwicklung wird das konjunkturelle Beobachtungsfeld vervollständigt.

2 Konjunkturindikatoren des Statistischen Bundesamtes

Die wichtigsten Ergebnisse der statistischen Arbeit des Bundesamtes werden in den kurzfristigen Publikationen dargestellt, angefangen vom Statistischen Wochendienst über die einzelnen Fachserien bis hin zu dem zusammenfassenden Querschnittsbericht „Konjunktur aktuell“. Von der Erstellung eines statistischen Ergebnisses bis zur Verfügbarkeit als gedruckte Zahl beim Konsumenten vergeht jedoch eine geraume Zeit, was gerade für die letztgenannte Veröffentlichung sehr nachteilig war. Aus diesem Grund wurde dieses Print-Medium durch ein kostenloses Angebot im Internet auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes ersetzt, das laufend auf einem aktuellen Stand gehalten wird. Zusätzlich gibt es für weitere Reihen im Online-Statistik-Shop kostenpflichtig abrufbare Dokumente. Schon länger erfolgreich beschreitet das Bundesamt den Verbreitungsweg des elektronischen Zeitreihenservices, bei dem Zeitreihen aus dem Statistischen Informationssystem STATIS-Bund als individuell zusammengestellte Datenauszüge gegen Entgelt an den über einen Nutzervertrag angeschlossenen Konsumentenkreis versandt werden.

Die zentrale Funktion des Statistischen Bundesamtes als Datenlieferant ist auch ersichtlich bei der Versorgung der Europäischen Zentralbank sowie des Internationalen Währungsfonds mit aktuellen Konjunkturstatistiken. Natürlich werden Eurostat, OECD und UN ebenfalls laufend mit diesen Daten beliefert.

*) Dr. Norbert Herbel, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Die Internet-Homepage des Statistischen Bundesamtes führt über die Links „Zahlen und Fakten“ und „Indikatoren“ auf das Datenangebot von „Konjunktur aktuell“ mit den wichtigsten zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage relevanten kurzfristigen Indikatoren.

Abbildung 1
Internet-Homepage des Statistischen Bundesamtes

 Statistisches Bundesamt Deutschland			
<h2>Konjunktur aktuell</h2>			Info zum Euro
Kalender- und saisonbereinigte Reihen			
- <u>Produktionsindex</u>	<u>Kommentar</u>	- <u>Preise</u>	<u>Kommentar</u>
- <u>Auftragseingangsinde</u>	<u>Kommentar</u>	- <u>Außenhandel</u>	<u>Kommentar</u>
- <u>Umsatz</u>	<u>Kommentar</u>	- <u>Insolvenzen</u>	<u>Kommentar</u>
- <u>Geleistete Arbeitsstunden im Hoch- u. Tiefbau</u>		- <u>Arbeitsmarkt</u>	<u>Kommentar</u>
<h2>Wirtschaftsindikatoren im Überblick</h2>			
- <u>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</u>	Produzierendes Gewerbe - <u>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe</u> - <u>Baugewerbe</u>		
- <u>Preise (Lebenshaltung u.a.)</u> - <u>Baupreise</u>	- <u>Bautätigkeit und Wohnungen</u>		
- <u>Außenhandel</u>	- <u>Arbeitsmarkt</u>		
- <u>Handel und Gastgewerbe</u>	- <u>Indikatoren der Deutschen Bundesbank</u>		

Konjunkturindikatoren leben von der Aktualität; deshalb ist es von besonderem Interesse, zu welchem Zeitpunkt dem Analysten die Indikatoren zur Verfügung stehen. Am schnellsten liegen die Preisindizes vor; bereits am 10. des auf den Berichtsmonat folgenden Monats gibt es vorläufige Informationen über die Entwicklung von Verbraucherpreisen, am Monatsende liegen die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte vor. Gleich zu Beginn des zweiten auf den Berichtsmonat folgenden Monats werden die aktuellen Auftragseingangs- und Umsatzindizes angeboten, unmittelbar gefolgt von den Produktionsindizes sowie dem Außenhandel einschließlich der zugehörigen Preisindizes. Absolute Daten aus dem Einzelhandel und Umsatz- und Beschäftigtenangaben aus dem Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe runden das konjunkturelle Indikatorenangebot ab.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass das Statistische Bundesamt innerhalb von rund sechs Wochen nach einem Berichtsmonat ein vergleichsweise vollständiges Informationsangebot zur Begutachtung des Konjunkturverlaufs vorlegen kann. Im europäischen Vergleich kann sich dies sehen lassen, insbesondere wenn die gesamte Breite der verfügbaren Informationen in Betracht gezogen wird. Nicht nur in hochaggrierter Datengliederung, sondern bis hinunter auf die detaillierte Wirtschaftszweig- und Güterebene ist die Analyse möglich, was für die Vielzahl der an Branchenentwicklungen interessierten Wirtschaftsverbände besonders wichtig ist.

3 Indizes im Produzierenden Gewerbe im Blickpunkt der Konjunkturdiagnose

Eine bedeutende Rolle bei der Beurteilung der konjunkturellen Lage spielen die Produktions-, Auftragseingangs- und Umsatzindizes. Der Produktionsindex wird üblicherweise als Referenzgröße für den konjunkturellen Ist-Zustand angesehen, während der Auftragseingang als Frühindikator mit prognostischem Touch einzustufen ist. Die Umsatzentwicklung schließlich weist leicht nachlaufende Tendenzen auf.

Abbildung 2
Internet-Angebot der Produktionsindizes



Statistisches Bundesamt Deutschland

Tabellenübersicht

Produktionsindex
mit Kalender- und Saisonbereinigung

- <u>Produzierendes Gewerbe</u>	- <u>Gebrauchsgüterproduzenten</u>
- <u>Verarbeitendes Gewerbe</u>	- <u>Verbrauchsgüterproduzenten</u>
- <u>Vorleistungsgüterproduzenten</u>	- <u>Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung</u>
- <u>Investitionsgüterproduzenten</u>	- <u>Baugewerbe (Vorber. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)</u>

In den Tabellen sind die Monate, in denen die Zeitreihe Extreme aufweist, die bereinigt wurden, mit * gekennzeichnet.

Den Zugriff auf unsere Datenbank mit detailliertem Zahlenmaterial erhalten Sie über den  **Zeitreihenservice**

Erläuterungen zum Verfahren der **Zeitreihenanalyse**

Die Produktions- und Auftragseingangsindizes sind die Schlüsselindikatoren für die monatliche Konjunkturdiagnose; deshalb behält sich das Bundesministerium für Finanzen (in dessen Zuständigkeitsbereich nach der Neuorganisation der Ressorts die Konjunkturbeurteilung vom Bundesministerium für Wirtschaft übernommen wurde) das Recht vor, die aktuelle Konjunkturlage anhand dieser Daten als erste Instanz zu bewerten. Der Termin der Pressemitteilung des Ministeriums mit der Kommentierung der Indexentwicklung ist gleichzeitig die Pressefreigabe zur Weitergabe der Daten an alle übrigen Interessenten. Jetzt stehen nicht nur hochaggregierte Daten zur Verfügung, sondern Auftragseingänge und Produktionsentwicklung in mehr als 200 Wirtschaftszweigen können abgerufen werden. Die Ergebnisse werden in der Abgrenzung der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ dargestellt und sind somit – weil deckungsgleich mit der von Eurostat vorgeschriebenen Klassifikation NACE Rev. 1 – im Rahmen des Wirtschaftsraums der Europäischen Union direkt mit statistischen Informationen der anderen Mitgliedstaaten vergleichbar. Für die Meldungen an die OECD und die Vereinten Nationen werden die Daten nach der „ISIC Rev. 3“ aufbereitet, welche aus der WZ respektive NACE durch Verdichtung einiger Wirtschaftszweige direkt ableitbar ist.

Abbildung 3
Internet-Angebot der Auftragseingangsindizes

Statistisches Bundesamt Deutschland

Tabellenübersicht

Auftragseingangsindex
mit Kalender- und Saisonbereinigung

Verarbeitendes Gewerbe - <u>Insgesamt</u> - <u>Inland</u> - <u>Ausland</u>	- <u>Gebrauchsgüterproduzenten</u>
- <u>Vorleistungsgüterproduzenten</u>	- <u>Verbrauchsgüterproduzenten</u>
Investitionsgüterproduzenten - <u>Insgesamt</u> - <u>Inland</u> - <u>Ausland</u>	Baugewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) - <u>Insgesamt</u> - <u>Inland</u> - <u>Ausland</u>

In den Tabellen sind die Monate, in denen die Zeitreihe Extreme aufweist, die bereinigt wurden, mit * gekennzeichnet.

Den Zugriff auf unsere Datenbank mit detailliertem Zahlenmaterial erhalten Sie über den  **Zeitreihenservice**

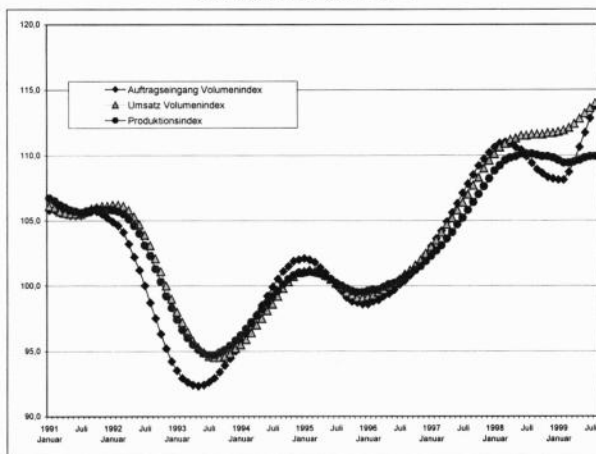
Erläuterungen zum Verfahren der **Zeitreihenanalyse**

Dieses Datenangebot veranschaulicht auch gleich die inhaltlichen Zwänge, die der deutschen amtlichen Statistik auferlegt sind. Während in früheren Zeiten Güter- und Wirtschaftszweigklassifikationen in nationaler Verantwortung und in Zusammenarbeit mit den Industrieverbänden aufgebaut und weiterentwickelt wurden, werden jetzt die Vorgaben weitgehend auf der europäischen Ebene gemacht. Nationale Wünsche und Anregungen sind daher nur über den jeweils zugestandenen Einfluss sowohl der statistischen Institution als auch der Interessenverbände eines Mitgliedstaates durchsetzbar. Allerdings ist es im Statistischen Bundesamt immer möglich, die empirisch ermittelten Grunddaten (Produktionsmengen und -werte, Auftragseingänge und Umsätze) unter Wahrung der statistischen Geheimhaltungsvorschriften – allerdings auch gegen Kostenerstattung – so aufzubereiten, dass damit individuelle Anforderungen (wie etwa eine verbandsadäquate Gestaltung der Wirtschaftsbereiche) erfüllt werden können. Einige Wirtschaftsverbände machen von diesem Angebot schon lange Gebrauch und pflegen auf diese Weise auch den intensiven fachlichen Dialog mit dem Statistischen Bundesamt.

3.1 Leads und Lags der Indizes

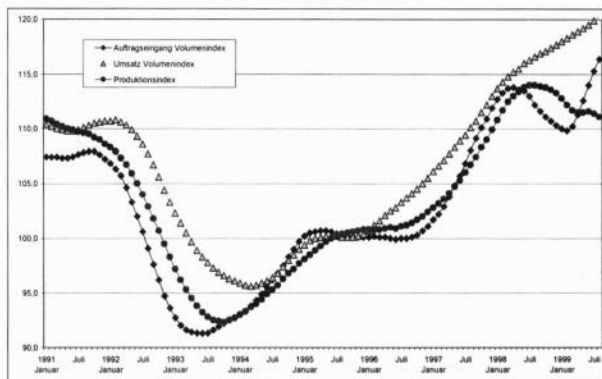
Zur Kommentierung der wirtschaftlichen Lage wird – neben den Originalindizes des Statistischen Bundesamtes – vom Ministerium traditionell das saisonbereinigte Ergebnis nach der in der Deutschen Bundesbank angewendeten Methode herangezogen; allerdings liefert auch das vom Statistischen Bundesamt praktizierte „Berliner Verfahren zur Zeitreihenanalyse, Version 4 (BV 4)“ durchaus brauchbare Resultate. Den Kommentaren, Tabellen und Grafiken in „Konjunktur aktuell“ liegen die Ergebnisse der Saisonbereinigung nach BV 4 zugrunde.

Abbildung 4
 Verarbeitendes Gewerbe
 Deutschland, 1995 = 100
 Glatte Komponente nach BV 4



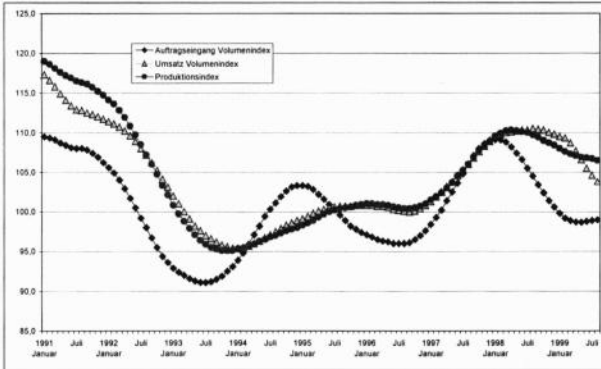
Die Trend-Konjunktur-Komponente von BV 4 kann analysieren, ob der Auftragseingang tatsächlich den vermuteten Vorlaufcharakter hat. Zu diesem Zweck wurden die Indikatoren über die Auftrags-, Produktions- und Umsatzentwicklung zusammengeführt. Auf der Ebene des Verarbeitenden Gewerbes scheint der Verlauf noch weitgehend deckungsgleich zu sein (es ist zu bemerken, dass in den Auftragseingangs- und Umsatzindizes nicht alle Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes enthalten sind, so wird u. a. der große Bereich Ernährungsgewerbe nicht berücksichtigt).

Abbildung 5
 Investitionsgüterproduzenten
 Deutschland, 1995 = 100
 Glatte Komponente nach BV 4



Auf der Ebene der Investitionsgüterproduzenten wird schon deutlicher sichtbar, wie die Lead-lag-Beziehung der drei Indikatoren aussieht. In dem traditionell bestellintensiven Bereich Maschinenbau wird das Bild noch klarer; der Auftragsingang – z. T. durch Großaufträge beeinflusst – vollzieht die Konjunkturbewegung ausgeprägter und auch früher als die beiden anderen Indizes.

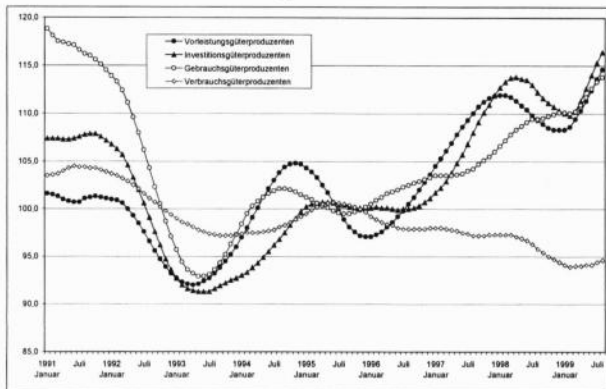
Abbildung 6
 Maschinenbau
 Deutschland, 1995 = 100
 Glatte Komponente nach BV 4



3.2 Differenzierte Verläufe

Wie im vorangehenden Abschnitt schon angeschnitten, gibt es Bereiche innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes, die die konjunkturellen Verläufe in verschiedener Intensität nachvollziehen. Das Verarbeitende Gewerbe gibt das Gesamtbild wieder, das sich aus den Beiträgen der unterschiedlichsten Wirtschaftsbereiche zusammensetzt. Dabei kann man von der Annahme ausgehen, dass die Erteilung eines Auftrags eine ganze Kette von wirtschaftlichen Aktionen nach sich zieht, die sich über die verschiedenen vorgelagerten Fertigungsstufen im Produktionsablauf eines Erzeugnisses erstreckt. Am Ende der Auftragskette steht die Bestellung der erforderlichen Ausgangs- und Vorprodukte, die ihrerseits, unter Umständen mit einem gewissen zeitlichen *lag*, den Beginn der Fertigungsprozesse darstellt.

Abbildung 7
Auftragseingang-Volumenindex
Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes
Deutschland, 1995 = 100
Glatte Komponente nach BV 4

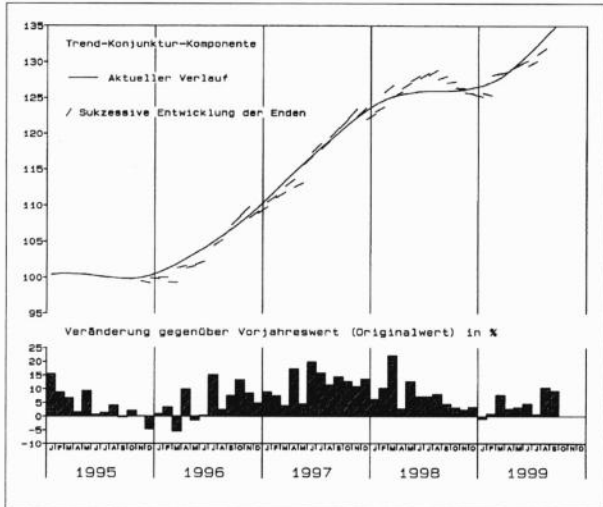


Deshalb ist in aller Regel zu erwarten, dass der Bereich der Vorleistungsgüterproduzenten die allgemeine Konjunktorentwicklung als erstes vollziehen wird, gefolgt von den Investitionsgüterproduzenten und schließlich den Gebrauchsgüterproduzenten (einem Sektor, in dem die dauerhaften Konsumgüter – überwiegend Kraftfahrzeuge und Möbel – erzeugt werden). Nahezu unabhängig von den Konjunkturbewegungen läuft die Reihe der Verbrauchsgüterproduzenten, die wesentlich durch die Erzeugung des Bekleidungsgebietes und des Bereichs der chemischen Konsumgüter beschrieben wird.

3.3 Grafiken in „Konjunktur aktuell“

Die grafische Präsentation der Saisonbereinigungsergebnisse spielt in der Publikation „Konjunktur aktuell“ eine wichtige Rolle. Im Mittelpunkt steht die mit dem Saisonbereinungsverfahren BV 4 ermittelte Trend-Konjunktur-Komponente, welche die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung herausarbeiten soll. Das Schätzergebnis für diesen, auch als „glatte Komponente“ bezeichneten Indikator wird über einen längeren Zeitraum in den Grafiken dargestellt.

Abbildung 8
Auftragseingang-Volumenindex
Ausland
Deutschland, 1995 = 100
Sukzessiver Verlauf der glatten Komponente nach BV 4



Das Bild der aktuellen glatten Komponente wird um eine sogenannte „Borsten-Grafik“ ergänzt. Diese „Borsten“ zeigen die Endpunkte der jeweils aktuellen Trend-Konjunktur-Komponente, wie sie sich in der Vergangenheit ergeben hatten. Damit wird illustriert, wie sich die Einschätzung der Konjunktur, gemessen am Erscheinungsbild der Trend-Konjunktur-Komponente, im Zeitablauf verändert hat. Gleichzeitig wird auf grafischem Wege sehr gut veranschaulicht, wie zuverlässig die jeweils aktuelle Schätzung gewesen ist; ein wichtiges Indiz für den Analysten, der dann bei seiner Interpretation des konjunkturellen Ist-Zustands unter Umständen etwas vorsichtiger ist.

4 Weiterentwicklung der Systeme

Im Produzierenden Gewerbe steht für die Konjunkturdiagnose ein breites Angebot von Indizes und absoluten Daten zur Verfügung. Es ist aber eine stetige Aufgabe des Statistischen Bundesamtes, unter Wahrung der Kontinuität (also der Vergleichbarkeit der Daten über längere Zeiträume hinweg) auch nach weiteren Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen. Neben der immens wichtigen Aufgabe, den konjunkturell immer bedeutsameren Bereich der Dienstleistungen statistisch zu erfassen und adäquat abzubilden, bietet das bestehende Gebäude der Industriestatistik noch durchaus Ansätze für neue Vorhaben im Bereich von Datenerhebung und -präsentation.

4.1 Qualitätsverbesserung und Entlastung

Im Rahmen des derzeit verfügbaren Indikatorsystems können noch konzeptionelle Weiterentwicklungen stattfinden, die eine Entlastung der berichtspflichtigen Firmen bei gleichzeitiger Sicherung der Datenqualität bringen. Dies hat sich bei der Neufassung des Systems der monatlichen und vierteljährlichen Produktionserhebungen gezeigt. Hier konnte durch eine abgestimmte Aufteilung des Berichtskreises in Monats- und Vierteljahresmelder ab 1999 eine spürbare Entlastung erzielt werden; statt 28 000 müssen nur noch rund 15 000 Firmen eine Monatsmeldung abgeben und diese sind gleichzeitig von einer entsprechenden Quartalsmeldung befreit.

Der monatliche Produktionsindex baut auf dem Datenmaterial dieses Auswahlberichtsgebietes auf. Die Repräsentation der zur Fortschreibung verwendeten Erzeugnisse verteilt sich nun gleichmäßig über alle Wirtschaftszweige und umfasst jeweils über 80 % des Produktionswerts. Eine Justierung der Monatsindizes – die den Produktionsverlauf der wichtigsten Betriebe beschreiben – erfolgt über eine Angleichung an die Ergebnisse des Vierteljährlichen Produktionsindex. Dieser verwertet die gesamte Palette der Produktionserhebung für den vollständigen Berichtskreis aller Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten für die Fortschreibung.

Die Qualitätsverbesserung des Monatsindex zeigte sich z. B. im Bereich der Investitionsgüterproduzenten; hier lagen die Indizes nach bisheriger Konzeption im Jahr 1998 im Schnitt 1,5 % zu hoch, während jetzt in den ersten beiden Quartalen 1999 ein Anpassungsbedarf von lediglich knapp 0,5 % zu konstatieren war. Besonders notleidend war der Produktionsindex der Chemischen Industrie; dort war die früher zur Fortschreibung verwendete Produktliste so wenig repräsentativ, dass zwischen monatlichem und (vollständigem) Vierteljährlichem Index im letzten Jahr eine Diskrepanz von über 5 % festzustellen war.

Generell sind der Genauigkeit der Indikatoren dann Grenzen gesetzt, wenn die (vermeintliche oder tatsächliche) Belastung der berichtspflichtigen Firmen reduziert werden muss. Die Aktualität der Konjunkturdaten wird u. U. entwertet durch die Datenunsicherheit auf Grund eines zu stark ausgedünnten Berichtskreises.

Im Bereich des Monatsberichts – der Datengrundlage für die Auftrageingangs- und Umsatzindizes im Verarbeitenden Gewerbe – wurden ebenfalls schon Untersuchungen zur Entlastung des Firmenkreises angestellt. Eine gleichmäßige Anhebung der Abschneidegrenze wurde bereits untersucht; selbst bei einer Beschränkung auf eine Berichtspflicht erst

ab 50 Beschäftigten ergeben sich für fast alle zweistelligen Wirtschaftszweige noch aussagekräftige Auftragseingangs- und Umsatzindizes auf Bundesebene. Erste Tests von Stichproben zur Entlastung des monatlichen Meldekreises sind gleichfalls schon durchgeführt worden. Insgesamt sind die möglichen Entlastungskonzepte jedoch noch dahingehend zu überprüfen, ob sie den berechtigten Erfordernissen der Statistischen Landesämter hinsichtlich der Gliederungstiefe von Wirtschaftszweigen und Regionen genügen. Im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg haben Proberechnungen zur Übertragung des neuen Konzepts der Produktionserhebungen auf den Meldekreis des Monatsberichts bereits erfolgsversprechende Ergebnisse erbracht. Allerdings müssen bei solchen Vorhaben zur Einschränkung der Anzahl der Berichtspflichtigen natürlich Datenreduktionen in Kauf genommen werden; vollständige absolute Zahlen kann es – wenn überhaupt – lediglich als (mit entsprechender Ungenauigkeit verbundene) Aufschätzungen geben. Die Beobachtung des Konjunkturverlaufs ist dann nur noch auf der Grundlage von Messzahlenvergleichen und in begrenzter Gliederungstiefe möglich.

4.2 Zentrales Datenpanel

Natürlich wäre ein hochaggregiertes zentrales Datenmaterial, übermittelt von den wichtigsten Unternehmen, ein Schritt zu einer früheren Verfügbarkeit aktueller Konjunkturdaten. Im Statistischen Bundesamt gab es bei den Überlegungen zur Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe Anfang der 70er Jahre schon solche Ansätze („Um die sich aus der Konjunkturpolitik ergebenden Anforderungen zu erfüllen, vor allem aber die Ergebnisse rasch bereitzustellen, sollte man bei den Monatsstatistiken zu einer Stichprobe übergehen und die Angaben zentral erheben und zentral aufbereiten. Angesichts der Heterogenität der einzubeziehenden Unternehmen wäre hierfür ein monatliches Unternehmenspanel von schätzungsweise 8 000 bis 10 000 Unternehmen ... erforderlich“¹⁾). Übrigens beginnt sogar die Volksrepublik China demnächst ein zentrales Panel mit den 5 000 wichtigsten Unternehmen.

Mit dem Projekt TELER (Telematics for Enterprise Reporting) ist die Lieferung statistischer Informationen direkt und online zu den Statistischen Ämtern erprobt worden. Vielleicht könnten jetzt im Rahmen des Einsatzes moderner Kommunikationstechniken Projekte wie das Unternehmenspanel wieder neu angedacht werden; es ist durchaus vorstellbar, dass für die wichtigsten Firmen hochaktuelle und vergleichsweise leicht zu ermittelnde Größen – wie etwa Auftragseingang, Umsatz, Beschäftigte – simultan im Bundesamt und in den Landesämtern verfügbar sind. Auf Bundesebene wären so sehr frühzeitig erste Tendenzausagen zur Konjunkturentwicklung möglich, wenn die Plausibilitätskontrollen und Rückfragen bis zu einem bestimmten Termin durch das Bundesamt selbst vorgenommen werden können.

1) Siehe Sobotschinski, A.: Zur Reform der Industriestatistik, in: G. Fürst (Hrsg.): Zur Reform der amtlichen Industriestatistik, Sonderheft 2 zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Göttingen 1971, S. 71.

4.3 Prognosen

Das Ziel der Konjunkturstatistik ist, immer näher an den aktuellen Zeitraum mit den „harten“ statistischen Daten heranzukommen. Dabei wird der zum aktuellen Monat noch fehlende Zeitraum als Prognosehorizont für ein sogenanntes „nowcasting“ – Prognose für die Gegenwart – bezeichnet, in Ergänzung zu dem echten „forecasting“, das die zukünftige Datenentwicklung prognostizieren soll. Insbesondere die jeweiligen konjunkturellen Wendepunkte sollen so noch früher erkannt werden. Eurostat versucht, mit seinem Projekt „EOIX (Expected Output Index)“²⁾ eine Verbindung von Umfragen zur konjunkturellen Erwartung, der Schere zwischen lang- und kurzfristigen Zinssätzen und den Produktions- und Auftragseingangsindizes herzustellen. Ergebnisse dieses so berechneten „Gesamtindikators“ sind jeden Monat im „Panorama der Industrie“ zu finden; für Deutschland allerdings liegen die konjunkturellen Wendepunkte des reinen Produktionsindex zeitlich früher als die des „Expected Output Index“.

Die Zusammenführung qualitativer und quantitativer Indikatoren ist dann nicht sehr erfolgreich, wenn zwischen der „Lage“ und der „Stimmung“ keine eindeutige, im Zeitablauf möglichst stabile Lead-lag-Beziehung besteht. In einer Untersuchung wurde festgestellt, dass ein Klima-Indikator über die Geschäftserwartungen nur bedingt als Prognoseinstrument für die tatsächlich eintretende wirtschaftliche Entwicklung herangezogen werden kann³⁾. Vielmehr determiniert die aktuelle Konjunktursituation die Einschätzung der künftigen Geschäftsverläufe sehr stark (die „Lage“ ist charakteristisch für die „Stimmung“), d.h. die Zukunft wird nur deshalb positiv eingeschätzt, weil die gegenwärtige Konjunktur ebenfalls positiv diagnostiziert wird.

Deshalb wäre es einen Versuch wert, sich nur auf die „harten“ statistischen Daten – und da natürlich vorrangig auf die Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes – zu beschränken und deren Lead-lag-Strukturen zu analysieren. Sicher gibt es Indikatoren, die der Konjunktur vorausseilen – gemessen an der Referenzgröße „Produktionsindex“ – und auch stärker ausgeprägte konjunkturelle Amplituden aufweisen. Ob und wie sich die entsprechenden Datenkategorien dann zu einem einzigen Indikator verbinden lassen und ob dieser dann mit einer hinreichenden Genauigkeit prognostizierbar ist, wäre sicher eine interessante wissenschaftliche Aufgabe.

Für kurzfristige Prognosen jedenfalls besteht ein dringender Bedarf – dies geht aus vielen an das Statistische Bundesamt gerichtete Datenanfragen hervor. Meist wird nach den Konjunkturerwartungen für das kommende Jahr gefragt, zumindest für den obengenannten „nowcasting“-Zeitraum. Im Kalendermonat November liegen erst statistische Daten für den Monat September vor; aber es ist wichtig, wie sich die Konjunktur aktuell darstellt und nicht, wie es vor zwei Monaten ausgesehen hat und auch, welches jährliche Wachstum sich wohl ergeben wird. Eine Verbindung des jeweils aktuellen empirisch ermittelten Konjunkturergebnisses ergänzt um einen Prognoseteil bis hin zum aktuellen Kalendermonat wäre daher eine interessante Ergänzung des Datenangebots. Das Statistische Bundesamt wird auf

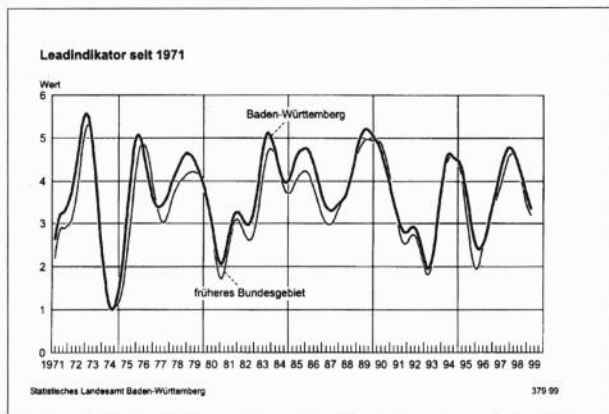
2) Zur Methode siehe Sonderausgabe 5/97 der Eurostat-Publikation „Monatliches Panorama der Europäischen Industrie“.

3) Schöler, K., Schlemper, M., Ehlgens, J.: Konjunkturindikatoren auf der Grundlage von Survey Daten – Teil I; in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, September 1993, S. 248 – 256.

diesem Gebiet Tests durchführen; allerdings muss dann bei einer eventuellen Publikation solcher Daten mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, dass von Prognosen zwangsläufig nicht die gewohnte Genauigkeit der üblichen Indizes zu erwarten ist.

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg berechnet und veröffentlicht bereits seit geraumer Zeit einen Gesamt- und einen Leadindikator zur Charakterisierung des Konjunkturverlaufs. Auch hier werden skalierte „harte“ und „weiche“ Daten verbunden, in Anlehnung an frühere Berechnungsmethoden des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Gesamtindikator verdichtet die Daten über Produktion, Auftragseingang, Fertigwarenlagerhaltung und Arbeitsmarkt; er wird als konjunkturelle Referenzgröße angesehen.

Abbildung 9
Leadindikator des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg



Der Leadindikator verwendet nur die Daten mit vorauslaufenden Eigenschaften, wie Auftragseingang, Fertigwarenlagerhaltung, Aktienentwicklung und Baugenehmigungen. Durch beide Indikatoren soll der Konjunkturverlauf prägnanter herausgearbeitet werden, der Leadindikator versucht, die Wendepunkte so früh wie möglich zu erkennen. Der Vergleich der Indikatoren mit den vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg auf gleicher Weise auch für das frühere Bundesgebiet gebildeten Indikatoren zeigt, wie eng der Konjunkturverlauf in einem einzelnen großen Bundesland mit der Gesamtentwicklung korreliert.

4.4 Ergänzung des Indikatorensystems

Die Konjunkturindikatoren des Statistischen Bundesamtes außerhalb des Bereichs des Produzierenden Gewerbes müssen in der Zukunft noch weiter ausgebaut werden, denn – wie bereits erwähnt – der immer mehr an Bedeutung gewinnende Bereich der Dienstleistungen wird nur unzureichend abgebildet. Für die Einschätzung des Konjunkturverlaufs entscheidend ist jedoch nach wie vor der industrielle Sektor als zentraler Motor der Wirtschaftsentwicklung. Hier ist das Indikatorenangebot vergleichsweise vollständig, aber Erweiterungen der quantitativen statistischen Informationen sind auch hier vorstellbar.

Wünschenswert wäre beispielsweise eine Ergänzung des Auftragseingangsindex um Informationen über die Entwicklung der Auftragsbestände. Die Ansätze, die sich ursprünglich in einer ersten Fassung des Eurostat-Konjunktur-Handbuchs befanden, wurden jedoch nicht weiterverfolgt. In Deutschland wurde von den verantwortlichen Stellen die flächendeckende Einführung eines derartigen Indikators – den es in der amtlichen Statistik als freiwillige Erhebung bei 9 000 Unternehmen schon einmal gegeben hat – mit dem Argument der Vermeidung zusätzlicher Belastungen abgelehnt. Dabei sind solche Informationen in den Firmen durchaus verfügbar und als Teil des firmeninternen Berichtswesens sowohl die Ergänzung zu den Auftragseingangsdaten als auch eine wichtige Voraussetzung für die betriebliche Arbeitsplanung. Vollständig ist ein Indikatorensystem über die Auftragsentwicklung aber erst, wenn auch Informationen über das Ausmaß von Stornierungen, insbesondere über die Perioden, auf die sie sich beziehen, als statistische Reihe verfügbar wären. Auf diese Weise könnten Reihen über die echten „produktionswirksamen“ Auftragseingänge und -bestände erzeugt werden.

Ausblick

Die amtliche Statistik bietet heute ein breites Angebot konjunktureller Diagnoseinstrumente. Datenqualität und -aktualität können sich sehen lassen und sind im internationalen Vergleich z. T. vorbildlich. Dennoch sind die statistischen Instrumente bedarfsorientiert weiterzuentwickeln, um durch rationelle Methoden und Übermittlungsverfahren die Belastung der zu den Statistiken auskunftspflichtigen Firmen möglichst zu verringern, ohne dass die Qualität der Daten über die Maßen beeinträchtigt wird. Die Neugestaltung der Produktionserhebungen im Verarbeitenden Gewerbe hat gezeigt, dass es durchaus noch Ansätze geben kann. Allerdings sind Reformvorhaben „nur im Einklang mit der Gesamtkonzeption der Wirtschaftsstatistiken – insbesondere der des Produzierenden Gewerbes – umzusetzen. Der Systemgedanke, der trotz aller Umstellungen Vergleiche über Jahrzehnte hinweg erlaubte, droht in jüngster Zeit etwas in den Hintergrund zu geraten.“⁴⁾ Deshalb darf bei einer Fortentwicklung der Systeme der Bestand nicht in seiner Substanz angegriffen werden; das „Omnibusprinzip“, nach dem eine Ausweitung von Statistiken nur durch Verzicht auf bestehende Statistiken erreicht werden kann, darf bei den Konjunkturindikatoren keine Anwendung finden, denn dies hieße im Vergleichsbild des Omnibusprinzips, auf den Fahrer zu verzichten – mit den entsprechenden Folgen.

4) Steiger, H.-H.: 50 Jahre Industrieberichterstattung – Dokumentation, Ergebnisse, Aussichten, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/99, S. 440.

Die konjunkturell bedeutsamen Indizes des Statistischen Bundesamtes – und dies beschränkt sich nicht nur auf die Auftragseingangs- und Produktionsindizes – bieten für wissenschaftliche Interessen noch ein reiches Betätigungsfeld. Die Deutsche Statistische Gesellschaft kann hier ein Forum bieten, um die Interessen der amtlich-praktischen Arbeit einerseits und der wissenschaftlichen Arbeit andererseits zusammenzuführen, und zwar kontinuierlich und nicht nur punktuell bei Kolloquien und Tagungen.

Konjunkturbeobachtung der Deutschen Bundesbank

Es lässt sich lange darüber philosophieren, was eigentlich Konjunktur ist. Ich will mich in dieser Sache kurz fassen: Obwohl mindestens dreißig Jahre alt, trifft auch heute noch die Definition des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu. Danach sind Konjunkturschwankungen Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials, verstanden als das potentielle Bruttoinlandsprodukt, das sich bei gegebenem, jeweils aktuellen Stand des technischen Wissens erstellen lässt, wenn die beiden Faktoren Arbeit und Kapital in ihrer Kombination normal ausgelastet sind. Freilich haben sich in diesen rund dreißig Jahren (seit den ersten Potentialrechnungen) die gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse grundlegend gewandelt. Früher waren die Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials mehr oder weniger regelmäßig und symmetrisch; es handelte sich also um zyklische Schwankungen im klassischen Sinne. Und das Produktionspotential wuchs – weitgehend konjunkturunabhängig – mit einer stetigen, kräftigen und deshalb auch von allen in der Gesellschaft akzeptierten Rate. Das wirtschaftspolitische Problem dieser Zeit bestand sehr weitgehend darin, dass mit den Schwankungen im Auslastungsgrad einander gegenläufige, zumeist temporäre Gefährdungen der Ziele Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung einhergingen: Mit steigendem Auslastungsgrad nahmen die Gefahren für den Geldwert zu, die Unterbeschäftigung ab; Umgekehrtes galt für die Phase rückläufigen Auslastungsgrades. Über einen Zyklus hinweg betrachtet, waren die beiden Ziele Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung recht weitgehend erreicht.

Mit dem Wandel der gesamtwirtschaftlichen Bedingungen in den letzten drei Jahrzehnten sind zwar die Schwankungen der Potentialauslastung nicht entschwunden. Konjunktur im Sinne der Sachverständigenratsdefinition gibt es also nach wie vor. Die Schwankungen sind aber keineswegs mehr annähernd so regelmäßig und symmetrisch wie damals, ebenso wenig sind Preisniveaustabilität und insbesondere nicht Vollbeschäftigung mittelfristig gesichert. Im Zusammenhang damit ist zu sehen, dass das Produktionspotential heute nicht mehr wie in der Vergangenheit kräftig und stetig mit einer allseits akzeptierten Rate wächst, sondern das Wachstum des Produktionspotentials hat sich dramatisch abgeschwächt und ist zum wirtschaftspolitischen Problem geworden. Für die Wirtschaftsanalyse bedeutet dies, dass sie heute – anders als vor dreißig Jahren – sehr viel mehr auch das Produktionspotential, insbesondere die Determinanten seines Wachstums, also das gesamtwirtschaftliche Angebot, in den Blick zu nehmen hat.

Nach meinem Urteil war es dieser Wandel der gesamtwirtschaftlichen Bedingungen, der einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik diktierte, nämlich ein Abrücken von der globalen Nachfragesteuerung, die zu den regelmäßigen, symmetrischen Schwankungen im Auslastungsgrad eines kräftig wachsenden Potentials gepasst hatte, und die Hinwendung zu einer angebotsorientierten Politik. Dieser Paradigmenwechsel war also meines Erachtens nicht – wie von vielen argwöhnisch kritisiert – lediglich ein Rückschlag des Pendels in der Dogmengeschichte der Nationalökonomie.

*) Dr. Robert Fecht, Deutsche Bundesbank, Frankfurt a. M.

Dem gesamtwirtschaftlichen Angebot mehr Aufmerksamkeit in der Konjunkturanalyse zu widmen heißt keineswegs, kreislauftheoretischen Zusammenhängen eine Absage zu erteilen, sondern nur Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsseite des Bruttoinlandsprodukts in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit voneinander zu betrachten. Dabei ist auch zu bedenken, dass in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auch auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts im Grunde nicht *laufende* Nachfrage – wie etwa in der Auftragseingangsstatistik –, sondern *gedeckte* Nachfrage gemessen wird, die mit dem (über die Märkte abgesetzten und damit) zum Zuge gekommenen Angebot identisch ist.

Die Art und Weise der Konjunkturbeobachtung in der Bundesbank stimmt wohl recht weitgehend mit der der Konjunkturanalyse anderer Institutionen, etwa der Konjunkturforschungsinstitute, der Ministerien oder des Sachverständigenrats, überein. Ein grundlegender Unterschied resultierte auch nicht aus der geldpolitischen Kompetenz der Bundesbank; freilich erforderte diese Kompetenz – zumal in Anbetracht der bekanntermaßen langen Wirkungslags geldpolitischer Maßnahmen – einen möglichst kleinen „recognition lag“. Das bedeutet unter anderem, dass ein Bild der gesamtwirtschaftlichen Lage, wie es am weitestgehenden die Ergebnisse der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermöglichen, zumindest in Umrissen früher vorzuliegen hatte und hat, als die amtliche Statistik ihre jeweiligen Ergebnisse veröffentlicht. Darin ist der entscheidende Grund dafür zu sehen, dass auch in der Bundesbank – mit weit weniger Aufwand als im Statistischen Bundesamt – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung betrieben wird, ohne dass dahinter ein Konkurrenzdenken steht und ohne dass dem Statistischen Bundesamt die Verantwortung für die Gesamtrechnung dadurch in irgendeiner Weise streitig gemacht werden soll.

Durch den Übergang der geldpolitischen Kompetenz auf die Europäische Zentralbank hat sich an all dem im Grunde nichts geändert. Die Beobachtung der deutschen Konjunktur bleibt eine Aufgabe der Bundesbank, unter anderem weil ihr Präsident als Mitglied des Europäischen Zentralbankrats sein Urteil über die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland in die Beratungen dieses Gremiums einzubringen hat und es nunmehr gilt, die Wirkungen der gemeinsamen Geldpolitik auf die deutsche Wirtschaft zu analysieren. Diese Mitwirkung an der gemeinsamen Geldpolitik erfordert freilich auch, dass nunmehr dem internationalen Umfeld, insbesondere, aber nicht nur, der Konjunktur in den Mitgliedstaaten der Währungsunion, noch sehr viel mehr Aufmerksamkeit als in der Vergangenheit gewidmet werden muss. Freilich will ich mich im Folgenden darauf beschränken, über die Beobachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland zu sprechen, deren Ergebnis ihren Niederschlag nicht nur in internen Papieren zur Information des Zentralbankrats, sondern auch – wenn auch zumeist nicht in voller Breite – viermal jährlich im Monatsbericht der Bundesbank findet.

Den Rahmen für die Konjunkturanalyse stellt heute in der Bundesbank wie wohl anderswo die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in dem Sinne dar, dass jeder einzelne (Teil-) Indikator für ein Aggregat auf der Entstehungs-, Verwendungs- oder Verteilungsseite des Bruttoinlandsprodukts gedanklich in diesen Rahmen eingeordnet wird und damit zugleich auch in seiner Bedeutung gewichtet wird. Diese Einordnung der Indikatoren in den VGR-Rahmen ist durch den Übergang zum ESVG 95 (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen) nicht gerade erleichtert worden: Bekanntlich sind die Sektoren private Haushalte und Unternehmen neu abgegrenzt worden. Der neue Unternehmensbereich

umfasst nunmehr lediglich Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften; Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit werden dem Sektor private Haushalte zugerechnet. Diese Neugliederung entspricht nicht nur in keiner Weise der Struktur der deutschen Wirtschaft, in der Einzelkaufleuten eine große Bedeutung zukommt, sie ist auch aus analytischer Sicht sehr unbefriedigend. Denn – anders als in der Vergangenheit mit einer klaren Sektorengliederung nach funktionalen Merkmalen – ist nunmehr jeweils darüber zu entscheiden, inwieweit ein bestimmter Indikator beispielsweise Investitionstätigkeit im Sektor der privaten Haushalte und inwieweit im Unternehmensbereich anzeigt. Überdies ist aus konjunkturanalytischer Sicht zu beklagen, dass die „neue“ VGR weniger als die „alte“ auf primärstatistischen Basisdaten und stärker auf Schätzungen beruht, wodurch die VGR-Ergebnisse unter anderem für den Benutzer weniger nachvollziehbar werden und sich naturgemäß der Fehlerspielraum vergrößert.

Die von uns verwendeten Konjunkturindikatoren entstammen zum großen Teil der amtlichen Statistik, z. T. aber auch anderen Quellen wie beispielsweise der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, dem ifo Institut oder auch unserer eigenen Datenproduktion etwa im Bereich der Geld- und Banken- sowie der Zahlungsbilanzstatistik.

Sobald ein Konjunkturindikator in unserem Hause angekommen ist, wird er zunächst einer Saisonbereinigung und gegebenenfalls einer Kalenderbereinigung unterzogen. Wir sehen darin ein konjunkturanalytisches Erfordernis, weil saisonale Einflüsse, die Jahr für Jahr unter normalen Umständen zur gleichen Zeit wiederkehren, ebenso wie Kalendereinflüsse den Blick für die konjunkturelle Entwicklungstendenz einer Zeitreihe verstellen. Saisonbereinigung ermöglicht es, die Werte einer Zeitreihe – unabhängig von ihrer zeitlichen Lage im Jahresverlauf – direkt miteinander zu vergleichen, wie es die Konjunkturanalyse erfordert. Dies vermag auch der Vergleich eines aktuellen Ergebnisses mit seinem zeitlich entsprechenden Vorjahrswert nicht zu leisten. Obwohl auf diese Weise Saisoneinflüsse implizit ausgeschlossen werden, ist der Vorjahrsvergleich doch mit dem Makel behaftet, dass sich darin auch die konjunkturelle Tendenz in den jeweils vergangenen zwölf Monaten niederschlägt.

Bekanntlich benutzt die Bundesbank bereits seit nahezu drei Jahrzehnten zur Saisonbereinigung das vom US Bureau of the Census entwickelte Census X 11-Verfahren, das auf der Welt das am weitesten verbreitete ist. Wie gerade in einem Monatsberichtsartikel beschrieben, werden wir in nächster Zeit dazu übergehen, das aus Census X 11 fortentwickelte „Nachfolgemodell“ Census X 12-ARIMA zu verwenden, das unter anderem auch die Europäische Zentralbank zur Saisonbereinigung ihrer monetären Reihen nutzt. Ich will hier nicht weiter auf die technischen Aspekte der Saisonbereinigung eingehen, nur soviel hinzufügen:

- In unserer Konjunkturanalyse stellen wir bewusst auf den saisonbereinigten Wert ab und nicht auf eine andere Komponente der dazugehörigen Zeitreihe, wie sie im Zuge der Saisonbereinigung und der damit verbundenen Komponentenzersetzung anfällt, etwa die Trend-Konjunktur-Komponente, die gegenüber dem saisonbereinigten Wert mit dem Nachteil größerer Schätzunsicherheit am Reihende behaftet ist.
- Ziel unserer Art der Saisonbereinigung ist es, lediglich die im längerfristigen Durchschnitt „normalen“ Saisoneinflüsse auszuschalten, nicht aber extreme Einflüsse wie

etwa besonders kalte oder milde Witterung in den Wintermonaten. Dahinter steht die Einsicht, dass sich die Auswirkungen etwa extremer Witterungseinflüsse gar nicht zuverlässig quantifizieren lassen. Verfahren, mit denen dies versucht wird, werden diesem Anspruch nicht gerecht, so dass im Ergebnis unklar bleibt, was dadurch eigentlich aus den Reihen herausgerechnet wurde.

Konjunkturanalyse – wohlverstanden – ist nicht nur möglichst genaue Beschreibung der jeweils aktuellen gesamtwirtschaftlichen Lage und ihrer jüngsten Entwicklung, sondern dazu gehört auch die Erforschung der vermuteten Ursachen. Als *das* Mittel der Ursachenforschung gilt in den Wirtschaftswissenschaften – durchaus weitgehend zu Recht – die Ökonometrie, sei es in der Form eines Totalmodells für die gesamte Wirtschaft, sei es in Form von Einzelgleichungen für bestimmte Aggregate, beides von uns in der Konjunkturanalyse genutzte Hilfsmittel. Allerdings spiegeln sowohl ein Totalmodell als auch eine Einzelgleichung für ein Aggregat die Stärke des Einflusses einer Determinante in mittelfristiger Sicht wider. Es bleibt aber Aufgabe dessen, der aktuelle Konjunkturanalyse zu betreiben hat, sich über das davon unter Umständen stark abweichende Gewicht der unterschiedlichen Einflussfaktoren im jeweiligen (kurzfristigen) Beobachtungszeitraum Klarheit zu verschaffen. Gleichwohl ist es ein für die kurzfristige Konjunkturanalyse nutzbarer Vorteil der Ökonometrie, dass man aus ihren Ergebnissen den Kreis der möglichen Einflussfaktoren und ihre potentiellen Auswirkungen kennt. Überdies ist die Ökonometrie für eine Institution wie die Bundesbank, die – wie gesagt – möglichst rasch einen Überblick über die gesamtwirtschaftliche Lage und Entwicklung braucht, dafür hilfreich, aufgrund weniger nicht das ganze jeweilige Quartal umfassender Angaben (beispielsweise der Industrieproduktion für nur zwei Monate) VGR-Ergebnisse (etwa das reale Bruttoinlandsprodukt für ein Vierteljahr) im Vorhinein abzuschätzen.

Nach diesen grundlegenden Bemerkungen möchte ich im Folgenden an einem konkreten Beispiel unsere Überlegungen in der Konjunkturanalyse etwas näher bebildern, und zwar anhand des Privaten Verbrauchs, der wichtigsten Komponente auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts.

Der bedeutendste verfügbare Indikator für den Privaten Verbrauch ist ohne Zweifel der Einzelhandelsumsatz. Jedoch muss sich der Konjunkturanalytiker darüber im Klaren sein, dass der Anteil der Güter, die über den Einzelhandel zum privaten Verbraucher gelangen, im Rahmen des gesamten Privaten Verbrauchs deutlich zurückgeht, und infolgedessen der Einzelhandelsumsatz nicht im Verhältnis 1 : 1 als Indikator für die Entwicklung des gesamten Privaten Verbrauchs genommen werden kann. Ich halte es für ein (vielfach auch vom Statistischen Bundesamt beklagtes) „Elend der amtlichen Statistik“ in Deutschland, dass wir generell nur sehr wenig über den privaten Dienstleistungsbereich, den wichtigsten Bereich unserer Wirtschaft, wissen und für die kurzfristige Analyse nur wenig bis nichts über *den* stark expandierenden Teil des tertiären Sektors, der Dienstleistungen für private Haushalte erbringt und damit gleichsam das wachsende Gegenstück zum Einzelhandelsumsatz darstellt. Ein Gesetz zur Einführung einer Dienstleistungsstatistik, wie es jetzt als Entwurf offenbar auf den Weg gebracht worden ist, ist lange überfällig; eine jährliche Dienstleistungsstatistik könnte als Basis für unterjährige Indikatoren wesentlich dazu beitragen, eine große Lücke in der kurzfristigen Konjunkturanalyse zu füllen, und zwar nicht nur

auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts, sondern auch – wie am zitierten Beispiel gezeigt – auf der Verwendungsseite.

Aus der Datenproduktion der Deutschen Bundesbank – genauer aus dem Bereich der Zahlungsbilanzstatistik – stammt die Komponente des Privaten Verbrauchs, die die Ausgaben deutscher privater Haushalte für Urlaubsreisen in das Ausland und umgekehrt die Ausgaben von Ausländern für Urlaubsreisen in Deutschland umfasst. Derzeit werden die Einnahmen und Ausgaben im Reiseverkehr für Zwecke der Zahlungsbilanz und auch als Komponente für den Privaten Verbrauch anhand von Schätzungen ermittelt. Diese stützen sich im Wesentlichen auf Angaben über die Umsätze an Reisezahlungsmitteln, vor allem über die Käufe und Verkäufe von Sorten durch Banken, mit denen ein zwar rückläufiger, aber immer noch erheblicher Teil (etwa die Hälfte) der Reiseverkehrsausgaben und -einnahmen bestritten wird. Wir müssen uns heute schon im Klaren darüber sein, dass mit der Einführung der Euronoten und -münzen im Jahre 2002 diese Informationsquelle für den Reiseverkehr mit den Ländern der Währungsunion, darunter Hauptreisezielländer wie Spanien, Italien, Österreich, entfallen wird. Aber auch die Schätzung des Reiseverkehrs mit dritten Ländern wird wesentlich schwieriger, weil zwar die Käufe und Verkäufe von Sorten in Deutschland noch dem entsprechenden Drittland zugeordnet werden können, aber z. B. bei Verkäufen von Euronoten und -münzen an Nichtbanken in jenen Ländern nicht zu erkennen ist, in welchem Land der Währungsunion diese Eurobeträge für den Reiseverkehr genutzt werden sollen. All das bedeutet, dass wir uns für die Zahlungsbilanz und abgeleitet davon für den Privaten Verbrauch dringend und möglichst schnell eine auf primärstatistischen Erhebungen basierende Schätzmethode einfallen lassen müssen, um hier nicht demnächst mit leeren Händen dazustehen.

Lassen Sie mich auf den Wert der Ökonometrie für die Konjunkturanalyse und deren Gebrauch in der Konjunkturanalyse zurückkommen und dies am hier behandelten Beispiel Privater Verbrauch demonstrieren. Aus ökonomischen Untersuchungen wissen wir, dass in Deutschland das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte die bei weitem wichtigste Determinante des privaten Konsums ist, neben der andere Einflussfaktoren wie Zinsen und Wertänderungen des Vermögens („Vermögenseffekte“) gar keine oder nur eine untergeordnete Nebenrolle spielen. Damit ist freilich noch nicht die Frage beantwortet, ob das laufende verfügbare Einkommen der privaten Haushalte oder eine Art „permanent income“ die bestimmende Größe für deren Verbrauchsausgaben auf kurze Frist, also etwa in einem Vierteljahr, ist. Nach unseren Erkenntnissen aus ökonomischen Untersuchungen wird eine Vergrößerung des Einkommensspielraums nicht sofort und vollständig in einen entsprechend höheren Verbrauch umgesetzt, und umgekehrt versuchen die Haushalte im Fall eines Einkommensrückgangs zunächst einmal, ihr gewohntes Konsumniveau weitgehend unverändert zu halten. Im Durchschnitt der letzten anderthalb bis zwei Jahrzehnte haben sich Einkommensänderungen in einem Quartal (in Westdeutschland) lediglich zu etwa drei Vierteln in einer Veränderung des Privaten Verbrauchs im gleichen Vierteljahr niedergeschlagen. Für den Konjunkturanalytiker, der den Privaten Verbrauch für das gerade zu betrachtende Quartal aus den einzelnen Indikatoren abzuleiten, genauer: zu schätzen hat, steht hinter dieser mittelfristigen Durchschnittsbetrachtung die spannende Frage, ein wie großer Teil des veränderten Einkommensspielraums sich in diesem Vierteljahr in einer entsprechenden Veränderung des Privaten Verbrauchs niederschlägt. Die Hilfestellung der Ökonometrie lautet: Alles wird es aller Wahrscheinlichkeit nach nicht sein, nichts

ist noch weniger wahrscheinlich. Hilfreich für die Einschätzung in der jeweiligen Situation sind Kenntnisse darüber, in welchem Teil der Einkommensperiode der Einkommenszuwachs konzentriert ist.

Eine Zentralbank ist natürlich besonders daran interessiert zu wissen, welchen Einfluss Zinsen (welche auch immer) auf die einzelnen Aggregate der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts ausüben. Ein zentraler Baustein der „klassischen Theorie“ war bekanntlich die These, mit steigendem Zinsniveau nehme die Ersparnis, weil damit lohnender geworden, zu, der Konsum also ab. Bereits vor einiger Zeit ist in der Volkswirtschaftlichen Forschungsgruppe der Bundesbank der Zusammenhang zwischen Zinsen und Konsum untersucht worden. Dabei wurden drei Wirkungskanäle unterschieden, auf denen Zinsen den Privaten Verbrauch beeinflussen:

- Die von der „klassischen Theorie“ beschriebene intertemporale Substitution.
- Der (ebenfalls negative) Zusammenhang zwischen Konsum und Zinsen via kreditfinanzierter Verbrauchsausgaben.
- Der (positive) Einfluss der Zinseinnahmen privater Haushalte auf den privaten Konsum.

Das Ergebnis der Untersuchung war, dass kurzfristig etwa von Zinserhöhungen (genauer: einem Anstieg der langfristigen Marktzinsen bei unveränderten Inflationserwartungen) dämpfende Wirkungen auf den privaten Konsum ausgehen, die jedoch fast schon vernachlässigbar gering sind. Auch der Einfluss über die Kreditfinanzierung hält sich in sehr engen Grenzen, und zwar schon deshalb, weil in Deutschland – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, etwa zu den USA – nur ein recht kleiner Teil der Konsumausgaben kreditfinanziert wird. Diesen kurzfristig vergleichsweise geringen dämpfenden Wirkungen steht ein längerfristig positiver Effekt höherer Zinseinkünfte gegenüber (die heute rund ein Zehntel des gesamten verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte ausmachen). Dieser positive Einfluss überkompensiert auf etwas längere Sicht die zuvor beschriebenen dämpfenden Wirkungen. Für den Geldpolitiker bedeutet dies, dass er in Deutschland nennenswerte Wirkungen von Zinsänderungen auf den Privaten Verbrauch nicht zu erwarten hat, wobei sich für ihn auch noch die Frage stellt, inwieweit sich administrative Zinsanpassungen in den hier relevanten Marktzinsen niederschlagen. Die Schlussfolgerung für den Konjunkturanalysten lautet, dass er im Hinblick auf den Privaten Verbrauch Zinsänderungen nicht in seine Betrachtung einzubeziehen hat, wenn man berücksichtigt, dass sich in jeder Periode ohnehin vergleichsweise geringe kurz- und längerfristige Effekte überlagern.

Aus Zeitgründen will ich es bei diesem einen Beispiel dafür belassen, welche Überlegungen hinter der Konjunkturanalyse der Bundesbank auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts stehen, und mich der Beobachtung der Preisentwicklung zuwenden, die naturgemäß für eine der Preisniveaustabilität verpflichtete Zentralbank – wie die Bundesbank – von besonderem Interesse ist. Eine solche Institution kann sich nicht etwa darauf beschränken, lediglich die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe zu beobachten und zu analysieren, weil diese im Zentrum der öffentlichen Diskussion steht. Wir können vielmehr nicht darauf verzichten, die Preisbewegungen über alle Stufen zu verfolgen, angefangen von den Rohstoffpreisen auf den Weltmärkten, wie sie vom HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg erhoben werden, über die Importpreise bis hin zu den Erzeuger-

und schließlich den Verbraucherpreisen, um auf diese Weise frühzeitig Preistendenzen auf den vorgelagerten Stufen zu erkennen, die sich über kurz oder lang auf der Konsumentenebene niederschlagen. Ich möchte hier betonen, dass nach meiner Einschätzung die (amtliche) Preisstatistik in Deutschland von hoher Qualität ist und aus konjunkturanalytischer Sicht nicht allzu viele Wünsche offen lässt. Es wäre auch ein ziemliches Missverständnis, unsere Untersuchungen zum sogenannten „measurement bias“ als Kritik an der deutschen Verbraucherpreisstatistik zu verstehen. Aufgabe des Statistischen Bundesamtes ist es, möglichst schnell und zuverlässig einen Verbraucherpreisindex mit monatlicher Frequenz bereitzustellen. Das kann unter den gegebenen Umständen nur ein Laspeyres-Index und es kann nicht ein „cost of living“-Index sein, bei dem ein Teil des „measurement bias“ gar nicht erst entsteht. Freilich schließt dies nicht aus, dass im Rahmen des derzeitigen Verbraucherpreisindex Verbesserungen hinsichtlich der Behandlung von Qualitätsänderungen möglich sind.

Der amtlichen Preisstatistik in Deutschland ein Lob auszusprechen, heißt nicht, in dieser Sache wunschlos glücklich zu sein. Die Wünsche eines für die Bedürfnisse der Geldpolitik tätigen Konjunkturanalytikers liegen insbesondere auf dem Feld der „asset prices“. Mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland ist die Verfügbarkeit von Preisen für Vermögensgegenstände nicht deshalb nötig, weil sie einen Hinweis auf mögliche Vermögens-effekte zu geben vermögen, die – wie anderswo – die Konsumausgaben der privaten Haushalte beeinflussen. Nach aller Erfahrung spielen Vermögenseffekte – wie bereits angedeutet – in Deutschland im realwirtschaftlichen Bereich keine allzu große Rolle. Die Kenntnis von „asset prices“ ist vielmehr deshalb von Bedeutung, weil sich möglicherweise in ihnen aufkommende Inflationstendenzen niederschlagen und von dort auf andere Märkte übergreifen und weil in den „asset prices“ unter Umständen die Reaktion der Bevölkerung auf einen Inflationsprozess am deutlichsten sichtbar wird.

Nun lässt die Statistik den Konjunkturanalytiker hinsichtlich der „asset prices“ nicht völlig im Stich. Verfügbar sind Aktienkurse und im Rahmen der Erzeugerpreisstatistik Daten über die Preisentwicklung von neuen Ausrüstungsgütern. Aus der Baupreisstatistik kennen wir die Preise für Bauleistungen an den verschiedensten Arten von Neubauten, ebenso verfügen wir über Angaben zu den Preisen von Transaktionen für baureifes Land. Das aber sind nicht die als „asset prices“ eigentlich interessierenden Gesamtkaufpreise etwa für (neue) Wohngebäude *einschließlich* Grundstück. Ebenso fehlen uns Daten über die Preisentwicklung auf dem gegenüber dem Markt für Neubauten vermutlich sehr viel bedeutsameren Markt für „gebrauchte“ Immobilien. Ob Preissammlungen auf privater Basis die Lücke wirklich mit zuverlässigen Angaben füllen können, erscheint mir nicht sicher. Klar ist mir aber auch, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen die amtliche Statistik nicht in der Lage ist, diese Lücke zu füllen, so wünschenswert dies auch wäre.

Abschließen möchte ich meine Ausführungen mit einigen Bemerkungen zum Produktionspotential und damit zum Beginn meines Vortrags zurückkehren. Die Deutsche Bundesbank hat fast so früh wie der Sachverständigenrat Berechnungen zum Produktionspotential angestellt. Der erste Monatsberichts-Aufsatz dazu erschien im Jahre 1971, also schon deutlich vor der Zeit, als mit der Politik der potentialorientierten Geldmengensteuerung begonnen wurde. Das mag als Beleg dafür ausreichen, dass in der Bundesbank die Potentialberech-

nung nicht nur aus geldpolitischen Gründen betrieben wurde, sondern auch als Instrument der Konjunkturanalyse genutzt wurde.

Das Produktionspotential ermöglicht überhaupt erst in Verbindung mit dem Bruttoinlandsprodukt Konjunkturschwankungen als solche zu erkennen und daraus Gefährdungen der gesamtwirtschaftlichen Ziele abzuleiten. Anhand der Potentialauslastung lassen sich etwa die Stärke eines Booms oder die Schärfe einer Rezession in der Gesamtwirtschaft zutreffend messen. Ohne die gesamtwirtschaftliche Meßplatte Produktionspotential vermittelt in diesem Punkte weder die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts noch die der Auslastung einzelner Teile der Wirtschaft ein zuverlässiges Bild. So halte ich die in den USA gängige Definition, eine Rezession liege dann vor, wenn das reale Bruttoinlandsprodukt, saisonbereinigt betrachtet, zwei Quartale lang zurückgeht, für zumindest nicht sehr glücklich. Denn ein solcher Rückgang kann, von einer Überauslastung des Potentials ausgehend, unter Umständen lediglich eine aus stabilitätspolitischer Sicht wünschenswerte Normalisierung, nicht aber in jedem Falle schon eine unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten natürlich unerwünschte Rezession bedeuten, die nach meinem Urteil eine stärkere Unterauslastung voraussetzt.

Das Produktionspotential ist heute nicht mehr die von der Konjunktorentwicklung mehr oder minder unabhängige Meßplatte, wie dies möglicherweise am Beginn der Potentialrechnungen bei wesentlich höherem Potentialwachstum galt. So variieren heute die Nettozugänge zum Kapitalstock in Abhängigkeit von den vergleichsweise kräftigen Schwankungen der Investitionstätigkeit in den letzten Jahren viel mehr als früher. Daraus sollte aber für die Konjunkturanalyse nicht abgeleitet werden, dass man den jeweils aktuellen Potentialwert durch einen Wert ersetzt, der einem mittelfristigen Wachstumstrend entspricht. Denn das könnte beispielsweise zur Folge haben, dass das jeweils tatsächliche Ausmaß konjunktureller Spannungen oder die Größe einer „output gap“ falsch eingeschätzt würde.

Konjunkturdiagnose und -prognose mit dem ifo Konjunkturtest

ifo Konjunkturumfragen: Mehr als Statistikersatz

Die Konjunkturumfragen bilden ein Herzstück des ifo Instituts – sowohl was die aktuelle Berichterstattung als auch die Forschungsarbeiten anbelangt. Der große Erfolg einer umfragegestützten Wirtschaftsforschung war in der Anfangsphase der ifo Konjunkturumfragen, die im Herbst 1949 einsetzte und Ende der 50er Jahre mit der Arrondierung der Konjunktur- und Investitionstesterhebungen in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen einen vorläufigen Abschluss gefunden hatte, nicht absehbar (vgl. Strigel 1989, S. 6ff.). Schließlich erfolgte die Einführung dieser Erhebungen sehr pragmatisch mit dem Ziel, die gerade in der frühen Nachkriegszeit noch beträchtlichen Lücken der amtlichen Statistik zu schließen und darüber hinaus eine Schnellinformation für solche Reihen zu liefern, die von der amtlichen Statistik zwar erhoben, allerdings erst mit erheblichen Verzögerungen veröffentlicht und zudem nachträglich noch häufig revidiert werden. Spätestens ab den frühen 70er Jahren erkannten mehr und mehr sowohl die Wissenschaft, die Prognostikerzunft wie auch die Nutzer von Wirtschaftsinformationen in Politik und Unternehmen den besonderen Stellenwert der Unternehmensumfrageergebnisse, der weit über einen reinen Statistikersatz hinausgeht. Der ursprüngliche Glaube, wie er in den 60er und noch frühen 70er Jahren vorherrschte, man könne dank moderner EDV die ökonometrischen Modelle so verfeinern, dass sie kurz- und mittelfristig treffsichere Prognosen ermöglichen, hatte sich nämlich nicht erfüllt. Hierfür waren gar nicht einmal in erster Linie die sogenannten externen Schocks und Währungskrisen verantwortlich, auf die sich Modellbauer gerne berufen, wenn ihre Prognosen fehlschlagen. Noch wichtiger war die wachsende Erkenntnis, dass ökonomische Verhaltensweisen der Unternehmer und Verbraucher im Zeitablauf nicht stabil sind und dass deshalb besonders bei kurzfristigen Prognosen erhebliche Probleme auftreten können, wenn man sich schematisch auf Verhaltensgleichungen verlässt, die aus Vergangenheitsdaten abgeleitet wurden.

Ökonomische Theorie legt die empirische Erfassung von Urteilen und Erwartungen nahe

Unternehmerische Pläne, Erwartungen und Urteile gewannen in der neueren Wirtschaftstheorie eine zentrale Bedeutung, und die ifo Konjunktur- und Investitionstestdaten erwiesen sich als eine Fundgrube für die empirische Wirtschaftsforschung. Zunehmend wurde anerkannt, dass eine ökonomische Verhaltensforschung ohne eine empirische mikroökonomische Fundierung zweifelhaft erscheint. Es setzte sich die Erkenntnis durch, dass der einzige erfolgversprechende Weg, unternehmerische Pläne, Erwartungen und Urteile in der wirtschaftlichen Analyse und Prognose angemessen zu berücksichtigen, darin besteht, auf

*) Dr. Gernot Nerb, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München.
Unter Mitarbeit von Erich Langmantel und Wolfgang Nierhaus.

authentische Umfragedaten zurückzugreifen. Dieser Schluss gilt auch – oder erst recht – nach der sogenannten Theorie der rationalen Erwartungen. Diese Denkschule, die in den 70er und frühen 80er Jahren die wirtschaftstheoretische und -politische Diskussion stark prägte, unterstellt, dass die unternehmerischen Pläne und Erwartungen in der Regel zielgenau sind und keine systematischen Verzerrungen aufweisen, da in ihnen alle wichtigen Informationen von den Managern in der „richtigen Weise“ berücksichtigt wären. Falls es trotzdem zu Überraschungen kommen sollte, schlage sich dies unverzüglich in den Preisen nieder. Die Preise seien daher auch der ganz entscheidende Indikator für Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage.

Falls diese Erkenntnis richtig wäre, würde es für die empirische Wirtschaftsforschung genügen, einige sogenannte „finale Fragen“, d.h. z.B. Investitions- und Produktionspläne, zu stellen und ansonsten ein verstärktes Augenmerk auf die Preisdaten zu werfen, um Planänderungen rasch zu erkennen. Für die im ifo Konjunkturtest erhobenen Urteilsdaten etwa zur Geschäftslage, zu den Auftrags- und Lagerbeständen gäbe es dann – ebenso wie für die Einstellungen der Verbraucher im Rahmen der Konsumentenbefragungen – keine rechte Begründung mehr.

Eine kaum noch überschaubare Zahl von Untersuchungen hat allerdings ergeben, dass die Pläne der Unternehmer und Konsumenten in der Regel nicht streng rational im Sinne der Theorie sind (vgl. Nerb 1989, S. 72 ff.). Es gibt eine Reihe von Erklärungen für die nur teilweise Übereinstimmung von Plänen und Realisierungen. Anders als in der Theorie der rationalen Erwartungen unterstellt, sind nämlich zum einen die Kosten für die Beschaffung und Verwertung von Informationen sowie die Kosten und Risiken bei der Durchsetzung der als richtig erkannten Anpassung zum Teil recht hoch. Aus Kosten- und Nutzenerwägungen bleiben daher Informationen zum Teil ungenutzt oder es werden Anpassungsvorgänge nicht oder nur verzögert vorgenommen. Aber selbst wenn die Wirtschaftssubjekte bereit wären, diese Kosten auf sich zu nehmen, käme es immer noch zu Abweichungen von Ex-post- und Ex-ante-Werten – unabhängig von Preisänderungen –, da das implizite „Prognosemodell“ der Unternehmen und Konsumenten, in das die Informationen eingespeist werden müssten, nicht unabänderlich ist, sondern sich im Zeitablauf ändert.

Antworten auf Urteilsfragen oft ergiebiger als konkrete Planangaben

Insgesamt sprechen die empirischen Ergebnisse aller einschlägigen Untersuchungen für eine „schwache“ Version der Theorie der rationalen Erwartungen. In der Literatur ist in diesem Zusammenhang die Rede von „semi-rationalen“ Erwartungen (vgl. Häberle 1982, S. 199 ff.).

Für die Umfrageforschung ergibt sich hieraus die Konsequenz, dass gerade die sogenannten „rezeptiv-kritischen“ Fragen, wie etwa die Beurteilung der augenblicklichen und der künftigen Geschäftslage sowie auch der Auftrags- und Lagersituation von besonderer Bedeutung für die Konjunkturanalyse und -prognose sind¹⁾. Hieraus lassen sich nämlich frühzeitig Erkenntnisse über die im Konjunkturverlauf sich ändernde Risikoeinschätzung der Unternehmen gewinnen, woraus sich wiederum entsprechende Rückschlüsse auf das wirtschaft-

1) Zur Unterscheidung von „rezeptiv-kritischen“ und „finalen“ Äußerungen siehe Poser (1969, S. 64 ff.).

liche Verhalten, etwa Investitions-, Produktions- und Beschäftigungsentscheidungen, ziehen lassen.

Solche Erkenntnisse gelten analog auch für die Verbraucherforschung. George Katona, der Altmeister der Konsumforschung, hat sich immer für „weiche“ Fragestellungen in Verbraucherumfragen („attitudes“ anstelle von „plans“) eingesetzt, da solche Umfrageergebnisse in aggregierter Form in besonderer Weise Änderungen im Konsumverhalten, etwa einen Rückgang der Sparquote im Zuge einer wachsenden wirtschaftlichen Zuversicht, erkennen lassen (vgl. Katona 1951, insbesondere Kapitel 3). In diesem Zusammenhang ist auch auf das sogenannte „Time Series/Cross Section Paradoxon“ hinzuweisen, wonach aggregierte Antworten zu Stimmungsfragen – wie etwa das aus fünf Makroreihen konstruierte Konsumklima – in Zeitreihenanalysen bessere Ergebnisse bei der Konsumprognose lieferten als exakte Kaufpläne, obgleich auf der Mikroebene die Pläne zur Prognose individueller Kaufentscheidungen besser geeignet erschienen als allgemeine Einstellungsvariablen.²⁾ Die Erklärung liegt u.a. darin, dass die sogenannten „intenders“, d.h. also Konsumenten mit konkreten Kaufplänen zwar tatsächlich später mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Kauf tätigen. Das Problem dabei war aber, dass rund die Hälfte der späteren Käufe von sogenannten „non-intenders“ getätigt wurden, d.h. Haushalten, die vorher keine konkreten Kaufabsichten geäußert hatten, also spontan kauften. Im Falle von Pkw lag dieser Anteil bei rd. 50%, bei anderen langlebigen Konsumgütern war der Anteil der Spontankäufer sogar noch deutlich höher. Aus diesem Grund sind Einstellungsfragen (etwa: „Wie schätzen Sie Ihre derzeitigen finanziellen Verhältnisse im Vergleich zur Situation vor einem Jahr ein?“) für den Konjunkturforscher ergiebiger als konkrete Kaufpläne, da erstere Anhaltspunkte für eine sich ändernde Kaufneigung unter den zahlenmäßig meist dominierenden Unentschlossenen geben. Schließlich kommt es für den Konjunkturforscher in erster Linie darauf an, Aggregatsgrößen richtig zu prognostizieren und nicht die Entscheidungen einzelner Individuen. Diese Überlegungen haben dazu geführt, dass in Verbraucherumfragen meist nur noch Einstellungsfragen gestellt werden und auf die Erfassung konkreter Kaufpläne verzichtet wird. Eine weitere Konsequenz ist, dass das Schwergewicht der Untersuchungen zur prognostischen Tauglichkeit von Daten aus Verbraucherumfragen auf der Makroebene und nicht auf der Mikroebene liegen sollte.

Im Falle von Unternehmensentscheidungen, z.B. Investitionen, kann zwar stärker als bei Konsumenten-Kaufentscheidungen von einem geplanten und nicht einem spontanen Verhalten ausgegangen werden. Dies erklärt auch die relativ gute Prognosetauglichkeit der ifo Investitionsplandaten. Trotzdem zeigen empirische Untersuchungen, dass gerade bei Klein- und Mittelunternehmen Investitionsentscheidungen oft sehr kurzfristig getroffen und ursprüngliche Investitionsabsichten zuweilen rasch geändert werden. Aus diesem Grunde hat sich z.B. das ifo Geschäftsklima als ein sehr geeigneter Indikator für die monatliche Fortschreibung der großangelegten ifo Investitionserhebungen erwiesen, die nur zweimal im Jahr – im Frühjahr und im Herbst – erhoben werden. Generell hat es sich als zweckmäßig erwiesen, Planangaben der Unternehmen wie der Konsumenten – etwa Investitions-, Produktions-, Beschäftigungs- und Kaufpläne – als eine Variante von Einstellungsfragen zu interpretieren und nicht etwa im Sinne streng rationaler Erwartungen als feste Absichtserklärung mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit. Dies erklärt auch, weshalb erst durch die

2) Zum „Time Series/Cross Section Paradoxon“ siehe z.B. Nerb (1975, S. 69 ff.).

laufenden, möglichst monatlichen Einstellungsmessungen und die Zusammenschau verschiedener Indikatoren gute Prognoseerfolge erzielt werden.

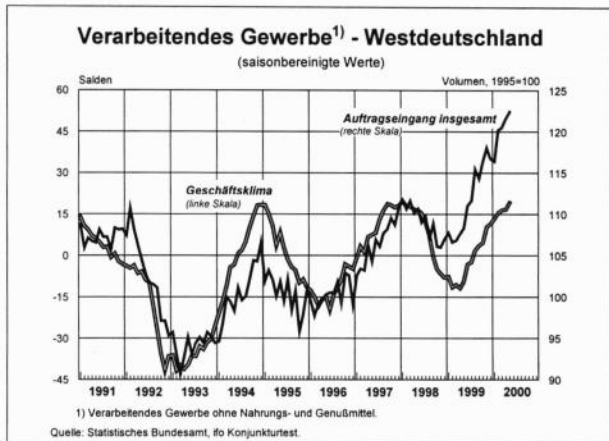
Frühindikatoren im Vergleich: Auftragseingang und Geschäftsklima

Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe gilt in der Regel als der beste Frühindikator aus der amtlichen Statistik. Im Vergleich mit dem „ifo Geschäftsklimaindex“ und dessen Teilkomponente „ifo Geschäftserwartungen“ weist dieser Indikator in der Tat gerade an unteren konjunkturellen Wendepunkten einen gleich großen, zuweilen sogar längeren Vorlauf auf (siehe Abbildung 1, S. 100).³⁾ Allerdings hängt die Güte eines Frühindikators neben der Länge seines Vorlaufs entscheidend auch davon ab, wie prägnant Wendepunkte angezeigt werden und wie stabil die Vorläufe sind. Einen Anhaltspunkt für die Prägnanz eines Indikators bei der Wendepunktanzeige gibt das sogenannte MCD-Maß⁴⁾, das aufzeigt, wie lange im Durchschnitt gewartet werden muss, bevor man im statistischen Sinne sicher sein kann, dass eine Änderung dieses Indikators nicht nur zufällig ist, sondern eine Trendänderung signalisiert. Bei einem solchen Vergleich schneidet der Auftragseingang wesentlich schlechter ab als das ifo Geschäftsklima und auch die ifo Geschäftserwartungen. Wegen des unruhigen Verlaufs der Auftragseingangsreihe muss man im Durchschnitt drei bis vier Monate warten, bevor man bei diesem Indikator mit einiger Sicherheit von einer konjunkturellen Wende sprechen kann, während diese Unsicherheitsspanne bei den angesprochenen beiden ifo Reihen wesentlich kürzer ist (ein bis zwei Monate). Dazu kommt noch, dass der Auftragseingang aus der amtlichen Statistik ca. zwei bis drei Wochen später vorliegt als die ifo Reihen und dass obendrein die Auftragseingangszahlen – anders als die ifo Reihen – nachträglich oft erheblich revidiert werden. Aus diesem Grunde gibt ein nachträglicher Vergleich dieser Reihen ein nur sehr unvollständiges Bild darüber, wie in einer konkreten Situation die jeweilige Datensituation war.

3) Nach Rolf Schneider, Dresdner Bank, zeigte der ifo Geschäftsklimaindex den Beginn der konjunkturellen Erholung im Frühjahr 1996 angeblich vier Monate später an als der Auftragseingangsindex. Vgl. „Dresdner Bank wirft EZB Aktivismus vor“, in: Die Welt vom 14. April 1999.

4) Das MCD-Maß gibt den niedrigsten Stützbereich an, für den die Summe der konjunkturellen Änderungen gleich oder größer ist als die der irregulären. Im Falle eines MCD-Wertes von 7, wie er für den Auftragseingangsindex aus der amtlichen Statistik typisch ist, empfiehlt sich deshalb ein gleitender 7-er Durchschnitt, was am aktuellen Rand zu einem Verlust von 4 Monaten führt.

Abbildung 1



Wie wird prognostiziert?⁵⁾

Nach diesem Überblick über die ifo Konjunkturumfragen sollen nun konkrete Einsatzmöglichkeiten von ifo Umfragedaten bei der Prognose aufgezeigt werden.

Die Ergebnisse von Unternehmensbefragungen eignen sich grundsätzlich zum Einbau in den vorherrschenden iterativ-analytischen Prognoseansatz als auch in die Prognose mittels ökonomischer Modelle. Ohne Zweifel offener hierfür ist das iterativ-analytische Verfahren. Die Bausteine für die Prognose können bei diesem Verfahren leichter „eingesetzt“ werden als bei einer streng formalisierten Modellprognose.

Ferner hat sich gezeigt, dass allein mit dem Hinzufügen von Urteils- und Erwartungsdaten in bereits existierende Strukturmodelle in der Regel keine signifikante Verbesserung der Prognosegüte erzielt werden kann. Wenn man schon diesen Weg gehen will, sollte man spezielle Antizipationsmodelle konstruieren (vgl. hierzu Naggl 1989, S. 469 – 490).

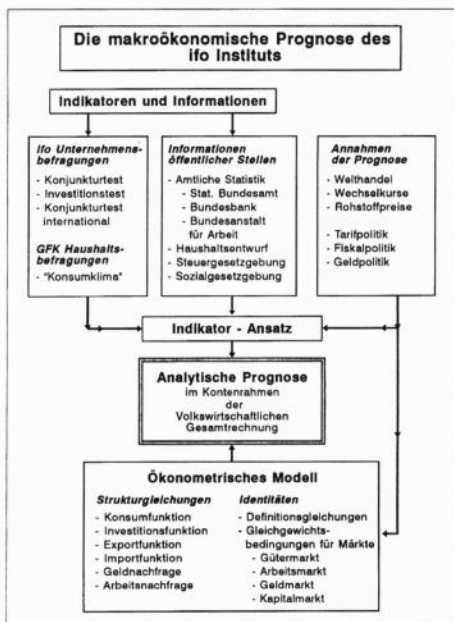
Im Folgenden soll deshalb allein auf das iterativ-analytische Prognoseverfahren abgestellt werden. Der besondere Vorteil dieses Verfahrens besteht darin, dass das gesamte verfügbare qualitative und quantitative Datenmaterial verwendet werden kann. Neue Informationen am aktuellen Rand lassen sich jederzeit mühelos einbauen. Es gibt keine Begrenzung der Variablenzahl. Aufgrund der Mehrstufigkeit des Verfahrens können die Teilprognosen

5) Vgl. hierzu Krumper (1989, S. 443 – 451).

von Bereichsspezialisten erstellt werden, die auf ihrem jeweiligen Arbeitsgebiet über ein großes Detailwissen verfügen. Der Schätzansatz bietet eine besondere Flexibilität, sich auf die jeweils wichtigsten neuralgischen Punkte der Konjunktur am aktuellen Rand und im eigentlichen Prognosezeitraum zu konzentrieren. Für iterativ-analytische Teilprognosen können bei Bedarf auch spezielle ökonomische Strukturmodelle, zeitreihenanalytische Verfahren oder Indikatorenansätze herangezogen werden. In den folgenden zwei Übersichten sind ausgewählte Indikatoren für die ifo Kurzfristprognose zusammengestellt (vgl. Übersicht 1 und Übersicht 2, S. 102; vgl. hierzu Nierhaus 1998, S. 7 – 19).

Übersicht 1

Schematische Darstellung des ifo Verfahrens bei der Konjunkturprognose

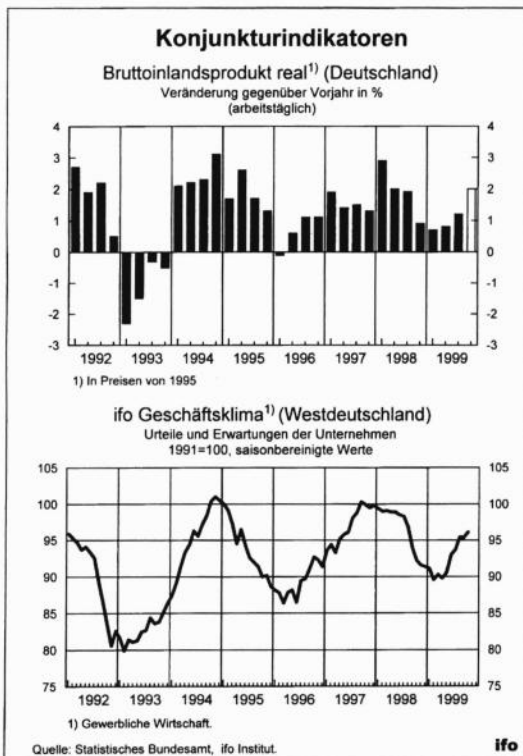


Übersicht 2

Ausgewählte Indikatoren für die ifo Kurzfristprognose

Volkswirtschaftliche Endnachfrage		Volkswirtschaftliches Angebot, Arbeitsmarkt und Preise	
ifo Indikatoren ¹⁾	Andere Indikatoren	ifo Indikatoren ¹⁾	Andere Indikatoren
Privater Verbrauch In der Verbrauchs- und Gebrauchsgüterindustrie - Geschäftslage - Geschäftserwartungen Im Einzelhandel - Geschäftslage - Geschäftserwartungen - Lagerbeurteilung - Umsatzentwicklung Ausrüstungsinvestitionen In der Industrie - Geschäftslage - Geschäftserwartungen - Beurteilung der Auftragsbestände - Kapazitätsauslastung ifo Investionstest ifo Prognose 100 Bauinvestitionen Im Bauhauptgewerbe - Geräteauslastung - Auftragsbestand - Geschäftslage - Geschäftserwartungen ifo Architektenumfrage Vorratsinvestitionen Beurteilung der Fertigwarenbestände Ausfuhr In der Industrie - Exporterwartungen - Wettbewerbsposition auf den Auslandsmärkten ifo Konjunkturtest International (KI)	Einzelhandelsumsätze Reiseausgaben im Ausland Kfz-Zulassungen Indikatorensystem Konsum- und Sparklima (GfK) Auftragsingang aus dem Inland bei den Investitionsgüterherstellern Inlandsumsatz der Investitionsgüterhersteller Auftragsingang im Maschinenbau (VDMA) Einfuhr von Investitionsgütern Auftragsingang im Bauhauptgewerbe Baugenehmigungen Hypothekenzusagen Wohnungsbauberhang Importquote Auftragsingang aus dem Ausland Warenausfuhr (Spezialhandel) Dienstleistungsausfuhr (Zahlungsbilanzstatistik) Auslandsproduktion	Inländische Produktion Auftragsingang in der Industrie Auftragsbestand - in der Industrie - im Bauhauptgewerbe Produktion in der Industrie Bautätigkeit Produktionspläne in der Industrie Erwartete Bautätigkeit Kapazitätsauslastung - in der Industrie - im Bauhauptgewerbe Umsatzentwicklung im Handel ifo Konjunkturtest für DV-Dienstleistungen - Geschäftslage - Geschäftserwartungen Einfuhr - Arbeitsmarkt Produktionsbehinderung - in der Industrie - im Bauhauptgewerbe Beschäftigtererwartungen - in der Industrie - im Bauhauptgewerbe - im Großhandel - im Einzelhandel Preise Preisenerwartungen - in der Industrie - im Bauhauptgewerbe - im Großhandel - im Einzelhandel	Produktion im Produzierenden Gewerbe Produktion in der Landwirtschaft Umsätze im Beherbergungs- und Gastgewerbe Wareneinfuhr (Spezialhandel) Dienstleistungseinfuhr (Zahlungsbilanzstatistik) Beschäftigte - im Produzierenden Gewerbe - in anderen Sektoren Beschäftigte in Arbeitsmarktförderungsmaßnahmen Arbeitslose Offene Stellen Vermittlungen Kurzarbeiter Rohstoffpreise Preise im Außenhandel Erzeugerpreise im Inland Baupreise Lebenshaltungspreise
1) Aus dem monatlichen ifo Konjunkturtest, sofern nicht anders vermerkt.			

Abbildung 2



Beim iterativ-analytischen Prognoseansatz werden neben dem disaggregierten Vorgehen, bei dem qualitative und quantitative Indikatoren zur Prognose bestimmter Variabler dienen, auch Globalindikatoren zur Einschätzung der aktuellen konjunkturellen Situation und der kurzfristigen Prognose eingesetzt. Was die Konstruktion von Globalindikatoren – auch zusammengesetzte Indikatoren oder „composite indicators“ genannt – anbelangt, gibt es eine Vielzahl von Ansätzen. Erinnert sei etwa an die OECD Main Indicators, die für alle OECD Mitgliedsländer, d.h. auch für Deutschland, sogenannte „composite-leading“, „-coincident“ und „-lagging indicators“ ausweisen.

In verschiedenen Untersuchungen hat sich gezeigt, dass das ifo Geschäftsklima, das als geometrisches Mittel aus zwei Reihen gebildet ist, bereits einen sehr brauchbaren globalen Frühindikator für das Bruttoinlandsprodukt ergibt (vgl. Abbildung 2). Wie oben dargestellt, muss im Sinne eines Top-Down-Ansatzes eine solche Globalprognose durch eine detailliertere Schätzung von Teilaggregaten abgesichert werden. Hier sollen aber nur Beispiele für eine Globalschätzung mit Hilfe der ifo Umfragedaten vorgestellt werden (vgl. Langmantel 1999, S. 16 – 21).

Das erste Beispiel basiert auf einer neueren Forschungsarbeit von E. Langmantel. Nach diesen Untersuchungen sind das Geschäftsklima, bzw. seine beiden Komponenten, im verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands gut geeignet, die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den nächsten 2-3 Quartalen vorzuschätzen. Die Tatsache, dass die entsprechenden Konjunkturtestreihen für die Industrie zu diesem Zweck besser geeignet sind als die umfassendere Reihe für die gewerbliche Wirtschaft – d.h. Industrie, Bau und Handel – dürfte daran liegen, dass die Industrie noch immer der „Zyklusmacher“ ist, d.h. der den Konjunkturzyklus bestimmende Faktor.

Wie schon in vorangegangenen Untersuchungen zeigte sich auch in Langmantels Arbeit, dass es für prognostische Zwecke vorteilhaft ist, Geschäftslage und Geschäftserwartungen getrennt zu analysieren. Sein Vorgehen beruht darauf, mit Hilfe der Geschäftserwartungen die Geschäftslage fortzuschreiben. Nachdem der Geschäftslage-Indikator einen engen Zusammenhang mit der Veränderung des Bruttoinlandsprodukts aufweist, gelingt es damit auch, die gesamtwirtschaftliche Aktivität zu prognostizieren. Dies ist in Abbildung 3 und Abbildung 4 (siehe S. 105 und 106) demonstriert. In Abbildung 3 wird der enge Zusammenhang zwischen Geschäftslage und BIP-Veränderung deutlich; in Abbildung 4 ist der Zusammenhang zwischen Geschäftserwartungen und Geschäftslage dargestellt. Dieser optisch klar erkennbare Zusammenhang lässt sich auch ökonometrisch eindeutig nachweisen; der beste Zusammenhang ergibt sich bei einem Vorlauf von 3 Quartalen. Stellt man zusätzlich in Rechnung, dass der ifo Konjunkturtest normalerweise ein Quartal früher publiziert wird als die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, dann erhält man einen Prognosehorizont von bis zu vier Quartalen gegenüber dem letztverfügbaren Stand des amtlichen BIP.

Abbildung 3
Zusammenhang zwischen Bruttoinlandsprodukt
und Geschäftslage

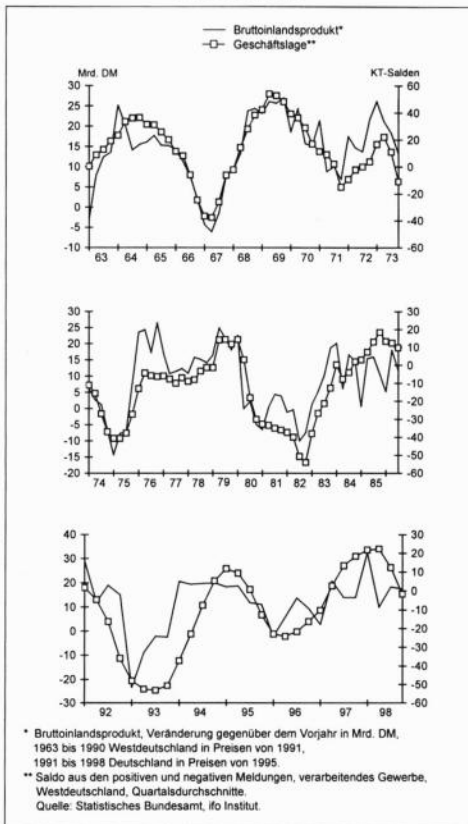
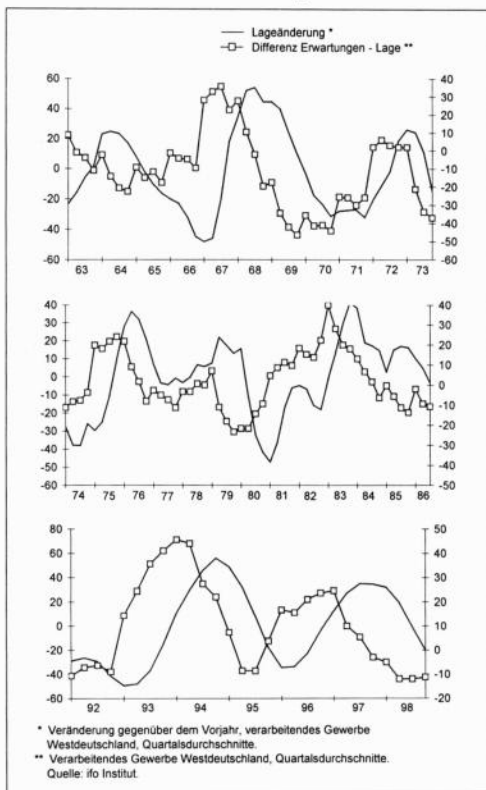


Abbildung 4
Zusammenhang zwischen Geschäftserwartungen
und Geschäftslage



Die Brauchbarkeit dieses relativ einfachen Schätzansatzes für die BIP-Prognose ist anhand der folgenden Tabelle demonstriert (vgl. Tabelle 1, S. 108, und Abbildung 5, S. 109).

Dargestellt ist in Tabelle 1 als erster Wert jeweils die tatsächliche Wachstumsrate für das vorangegangene Quartal. Es folgen dann eine Schätzung für das gerade abgelaufene Quartal, für das bereits Geschäftsdatedaten vorliegen, und eine Prognose für die nächsten 3 Quartale.

Der Gesamteindruck der Prognosen auf Basis der Komponenten des ifo Geschäftsklimas ist, dass die Phasen der konjunkturellen Beschleunigung und Verlangsamung relativ gut getroffen wurden, auch wenn es bei der Abschätzung der Wachstumsintensität z.B. Anfang 1996 und Anfang 1998 zu größeren Fehlern gekommen ist. Hierbei waren allerdings in erheblichem Maße Sonderfaktoren wie der besonders strenge Winter Anfang 1996 und andererseits der überraschend milde Winter Anfang 1998 verantwortlich, was insbesondere Auswirkungen auf die Bauaktivität hatte.

Insgesamt zeigt dieses Beispiel, dass das Geschäftsklima ein guter Konjunkturindikator ist. Möglich ist auch, auf seinen beiden Komponenten Geschäftslage und Geschäftserwartungen, einen quantitativen Prognoseansatz aufzubauen, mit dem sich das reale Brutto sozialprodukt bis zu vier Quartale vorausschätzen lässt.

Es stellt sich die Frage, weshalb gerade das Geschäftsklima mit seinen beiden Komponenten so gute Prognosequalitäten aufweist. Der Hauptgrund liegt wohl darin, dass mit dieser Größe in erster Linie die tatsächliche bzw. die erwartete Gewinnentwicklung gemessen wird. Dies lässt sich z.B. demonstrieren durch einen Vergleich des Geschäftsklimas mit der Gewinnentwicklung wie sie von der Bundesbank auf der Basis von Bilanzanalysen, allerdings mit einem zeitlichen Rückstand von rund zwei Jahren, ausgewiesen wird (vgl. Abbildung 6, S. 110). Diese Erkenntnis deckt sich mit früheren Untersuchungen des ifo Instituts im Hinblick auf die Bestimmungsgründe der Urteile und Erwartungen zur Geschäftslage. Wie der sogenannte „Test des Tests“ ergab, spielt die Gewinneinschätzung neben dem Nachfragetrend eine entscheidende Rolle. Man könnte einwenden: Warum wird nicht direkt nach dem Gewinn gefragt? Hierfür maßgeblich ist die in Deutschland immer noch vorhandene Scheu, sich direkt zum Gewinn zu äußern. Außerdem liegen zum Zeitpunkt der Konjunkturtestbefragungen noch keine detaillierten Gewinnzahlen für den gerade abgelaufenen Monat vor, so dass ein mehr allgemein gehaltener Begriff wie Geschäftslage angemessener erscheint als eine direkte Frage zum Gewinn.

Tabelle 1
BIP-Prognosen mit dem ifo Geschäftsklima
Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts¹⁾ gegenüber dem Vorjahr
in %

	Tatsächliche Werte	Prognosen																	
		Ausgangsquartal																	
		95/II	95/III	95/IV	96/I	96/II	96/III	96/IV	97/I	97/II	97/III	97/IV	98/I	98/II	98/III	98/IV	99/II ²⁾		
1995/I	2,4																		
1995/II	2,2	2,2																	
1995/III	1,3	2,0	1,3																
1995/IV	1,0	2,2	1,9	1,0															
1996/I	-0,3	1,0	0,8	0,8	-0,3														
1996/II	0,6	1,1	1,1	1,0	0,8	0,6													
1996/III	1,4		1,3	1,2	1,1	1,1	1,4												
1996/IV	1,1			1,3	1,3	1,4	1,5	1,1											
1997/I	0,8				1,2	1,4	1,6	1,5	0,8										
1997/II	2,6					2,2	2,4	2,5	2,5	2,6									
1997/III	1,8						2,4	2,5	2,5	2,7	1,8								
1997/IV	1,9							2,5	2,8	2,6	2,7	1,9							
1998/I	3,9								1,8	1,1	2,6	3,1	3,9						
1998/II	1,2									1,5	2,2	1,6	2,6	1,2					
1998/III	2,0										2,3	2,0	1,7	2,0	2,0				
1998/IV	2,0											2,2	2,2	2,2	1,6	2,0	1,9		
1999/I													1,9	1,4	1,9	1,5	0,6		
1999/II														1,7	1,8	1,8	1,0		
1999/III															1,3	1,3	1,7		
1999/IV																1,8	1,7		
2000/I																	2,0		
2000/II																	1,7		

1) In Preisen von 1995

2) Revidierte Werte

Quelle: Statistisches Bundesamt, Schätzungen des ifo Instituts

Abbildung 5
BIP-Prognosen mit dem ifo Geschäftsklima

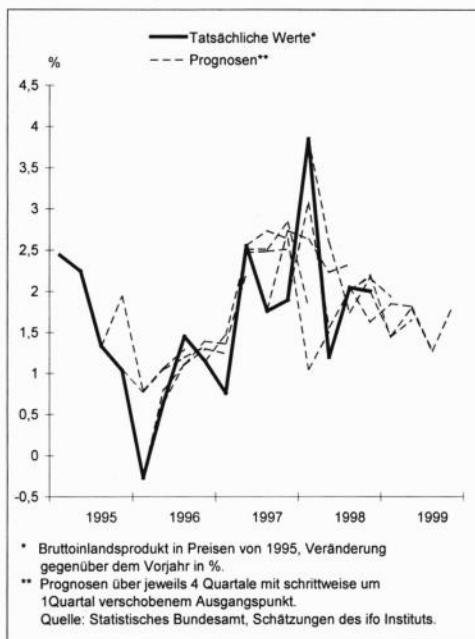
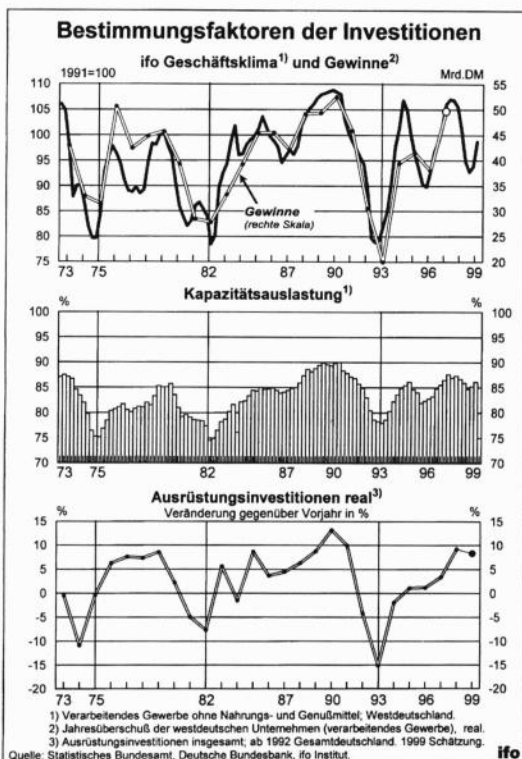


Abbildung 6



1) Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genussmittel; Westdeutschland.

2) Jahresüberschuß der westdeutschen Unternehmen (verarbeitendes Gewerbe), real.

3) Ausrüstungsinvestitionen insgesamt; ab 1992 Gesamtdeutschland. 1999 Schätzung.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

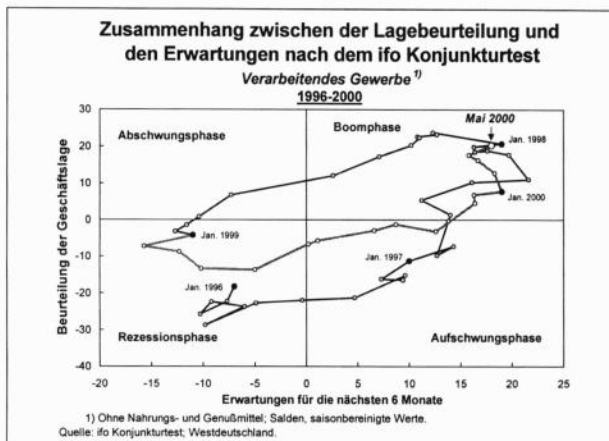
ifo

Die Gewinneinschätzungen und -erwartungen sind nun einmal die treibende Kraft für die konjunkturelle Entwicklung. Dies ist die Quintessenz des für die praktische Konjunkturforschung immer noch sehr ergiebigen Werkes von Wesley Claire Mitchell, dem Gründer des National Bureau of Economic Research (NBER) in den USA. Eine konjunkturelle Expansion basiert auf steigender Nachfrage, die ihren Grund wiederum in höheren Gewinnerwartungen hat. Dies führt früher oder später zu Engpässen und steigenden Inputpreisen, was die Gewinnmarge drückt. Kostensenkungsmaßnahmen wie Kurzarbeit und Entlassungen herrschen in konjunkturellen Abschwüngen vor. Ein zentrales Element von Mitchells Konjunkturvorstellung ist die Erkenntnis, dass im frühen Aufschwung die Kostenentwicklung der Preisentwicklung hinterherhinkt, was die Gewinne und die Gewinnerwartungen steigen lässt. Bereits vor dem oberen konjunkturellen Wendepunkt dreht sich erfahrungsgemäß dieses Verhältnis zwischen Kosten und Preis um, was sich zunächst in schlechteren Gewinnaussichten und anschließend in einer ungünstigeren Einschätzung der aktuellen Gewinnsituation niederschlägt. Diese Beobachtung einer schrumpfenden bzw. wieder steigenden Gewinnmarge ist auch heute noch von zentraler Bedeutung für die Einstufung der aktuellen konjunkturellen Situation und die Einschätzung der kurzfristigen Entwicklungsperspektive. Dies kommt sehr gut in folgender Grafik zum Ausdruck (vgl. Abbildung 7, S. 112).

Die gerade vorgestellte Variante einer zweidimensionalen Analyse – Geschäftslage und Geschäftserwartung – lässt sich noch erweitern. Gedacht ist an eine Segmentierung der Firmen nicht nach ein oder zwei, sondern nach wesentlich mehr Kriterien. Angestoßen wurde dieser multivariate Ansatz von Ungleichgewichtsmodellen.

Der Kerngedanke der Ungleichgewichtsmodelle ist überzeugend und einfach zugleich: Preise und Löhne ändern sich nicht schnell und ausreichend genug, um Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage zu verhindern. Dies gilt für Gütermärkte ebenso wie für den Arbeitsmarkt. Je nachdem welcher Typ von Ungleichgewicht auf der Mikroebene überwiegt, sprechen wir von einer gesamtwirtschaftlichen Angebots- und Nachfragerücke. Die ersten Ungleichgewichtsmodelle wurden Anfang der 80er Jahre von Barro und Grossman entwickelt. Für die empirische Wirtschaftsforschung waren diese Modelle allerdings noch wenig geeignet, da sie zu hoch aggregiert waren und damit nur sehr pauschale Schlussfolgerungen darüber zuließen, in welchem Zustand sich die Gesamtwirtschaft befindet. Dieser Vorwurf gilt auch für Malinvauds Arbeiten, wobei Malinvaud allerdings das große Verdienst gebührt, die wirtschaftspolitische Relevanz dieses Forschungsansatzes herausgearbeitet zu haben. Die Wirkung der herkömmlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen hängt nach seinen Forschungsergebnissen ganz entscheidend davon ab, in welcher Ausgangssituation sich die Wirtschaft befindet, z.B. ob es sich vorrangig um eine nachfragebedingte Arbeitslosigkeit vom Keyneschen Typ handelt oder um eine „klassische“ Arbeitslosigkeit, die ihre Ursache primär in zu hohen Reallöhnen und als Folge davon in zu wenig arbeitsplatzschaffenden Investitionen hat. Im ersteren Fall würde bei einer staatlichen Nachfragestimulierung der Multiplikatoreffekt voll zum Tragen kommen; im Fall der „klassischen“ Arbeitslosigkeit würde sich dagegen keine Multiplikatorwirkung einstellen. Eine Reallohnsenkung hätte im Keyneschen Fall einen negativen, im Fall der „klassischen“ Arbeitslosigkeit dagegen einen positiven Beschäftigungseffekt.

Abbildung 7



Die wirtschaftliche Realität ist jedoch wesentlich differenzierter, als dass sie sich mit pauschalen Etiketten wie „Keynesche, nachfragebedingte Arbeitslosigkeit“ oder „klassische Arbeitslosigkeit“ hinreichend charakterisieren ließe. Die Weiterentwicklung der Ungleichgewichtsmodelle setzte daher folgerichtig an der mikroökonomischen Fundierung dieses Ansatzes an.

Hierbei bieten sich Konjunkturtestdaten geradezu an, da sie schon von der Konzeption her Abweichungen vom – wie auch immer definierten – Normalzustand messen sollen (z.B. Fertigwarenlager höher oder niedriger als normal; technische Kapazitäten im Hinblick auf die erwartete Nachfrage zu groß oder zu klein etc.). Eine Pionierleistung auf diesem Gebiet hat Lambert erbracht (1986). Sein Modell ergibt wesentlich wirklichkeitsnähere und wirtschaftspolitisch relevantere Ergebnisse als die Ungleichgewichtsmodelle der „ersten Generation“, da hier der Übergang von einem vorherrschenden Ungleichgewichtszustand zu einem anderen graduell und nicht mehr abrupt erfolgt. Lambert arbeitet also nicht mehr mit „Schwarz-Weiß-Schablonen“, sondern berücksichtigt die in der Realität dominierenden Schattierungen der verschiedensten Art. Auf das Modell Lamberts soll hier nicht näher eingegangen werden. Vielmehr wurde – angeregt durch Lamberts Arbeit – eine Typologisierung von Industrieunternehmen entsprechend folgender Konjunkturkategorien vorgenommen:

1. „Nachfrageschwäche“

Das Hauptproblem besteht hier für die Unternehmen darin, dass die Nachfrage zu gering ist, um das vorhandene Produktionspotential auszulasten. Angebotsengpässe bestehen nicht; daher wäre bei einer Nachfrage- und Produktionssteigerung auch nicht mit einer (nennenswerten) Beschleunigung des Preisanstiegs zu rechnen.

Praktisch erfolgt die Zuordnung in der Weise, dass alle Unternehmen hierzu gerechnet werden, die bei der vierteljährlich gestellten Frage nach derzeitigen Produktionsbehinderungen die Position „zu geringe Nachfrage“ angegeben haben.

2. „Keine konjunkturellen Störungen“

In dieser Gruppe werden jene Unternehmen zusammengefasst, die nach eigener Einschätzung keinen Produktionsbehinderungen ausgesetzt sind, weder auf der Angebots- noch auf der Nachfrageseite, und die gleichzeitig die Geschäftslage als gut oder zumindest als befriedigend beurteilt haben.

3. „Angebotsengpässe“

Die Unternehmen in dieser Gruppe haben keine Probleme mit der Nachfrage; auf der Angebotsseite machen ihnen jedoch Engpässe zu schaffen. Formal erfolgt die Zuordnung in der Weise, dass jene Unternehmen herausgefiltert werden, die mindestens einen der folgenden Gründe angegeben haben: Arbeitskräftemangel, zu geringe technische Kapazitäten, Mangel an Vormaterialien oder finanzielle Engpässe.

4. „Nachfrageschwäche und Angebotsengpässe“

Dieser Fall wird hier nicht näher untersucht. Eine Volkswirtschaft, die sowohl durch Engpässe auf der Nachfrage- als auch der Angebotsseite gekennzeichnet ist, dürfte vor allem nur in Entwicklungs- und Schwellenländern vorkommen, wo infolge von Devisenbewirtschaftung der Import von Vormaterialien und Investitionsgütern häufig auf Schwierigkeiten stößt und gleichzeitig die inländische Nachfrage – z.B. infolge eines Austeritätskurses wegen hoher externer und interner Verschuldung – relativ schwach ist und der Export mangels zu geringer qualitativer internationaler Wettbewerbsfähigkeit hierfür kaum einen Ausgleich bringen kann.

Die Einteilung in solche Konjunkturkategorien kann noch in vielfacher Hinsicht verfeinert werden. Beispielsweise können die Gruppen 1 und 3 mit Hilfe der Variablen „Technische Kapazität in den nächsten 12 Monaten“ noch tiefer aufgeschlüsselt werden.

1.1 „Ausgeprägte Nachfrageschwäche“

Zusätzlich zum derzeitigen Nachfragemangel rechnen die Unternehmen auch im Hinblick auf die nächsten 12 Monate mit Überkapazitäten.

1.2 „Vorübergehende Nachfrageschwäche“

Hier wird die Produktion im Berichtsmonat zwar durch zu geringe Nachfrage behindert, auf mittlere Sicht (nächste 12 Monate) erwartet man jedoch keine Auslastungsprobleme.

3.1 „Ausgeprägte Angebotsengpässe“

Zusätzlich zur derzeitigen Behinderung der Produktion durch Engpässe auf der Angebotsseite werden auch mit Blick auf die nächsten 12 Monate die technischen Kapazitäten als zu klein eingeschätzt.

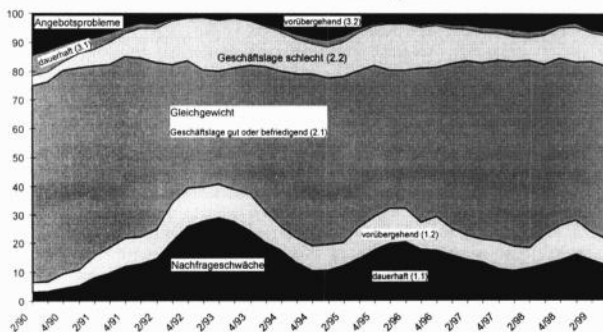
3.2 „Vorübergehende Angebotsengpässe“

Hier wird mittelfristig mit einer ausreichenden technischen Kapazität gerechnet. Aktuell herrscht allerdings Fachkräftemangel vor oder es bestehen Engpässe bei Zulieferungen.

Dieser neue Ansatz zur Darstellung der Konjunkturtestergebnisse – in Ergänzung zur traditionellen Aufgliederung nach Branchen und Größenklassen – scheint zur Untersuchung unternehmerischer Verhaltensweisen besonders gut geeignet. Es ist nämlich zu erwarten, dass je nach konjunkturellem Regime nicht nur unterschiedliche Preis-, Beschäftigungs- und Investitionserwartungen, sondern auch unterschiedliche Reaktionsmuster bei Nachfrageüberraschungen vorherrschen (vgl. Abbildung 8 und Abbildung 9, S. 115).

Die Möglichkeiten der umfragegestützten Wirtschaftsforschung mit dem Ziel, die aktuelle Konjunkturanalyse und -prognose zu verbessern, sind also bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Hierin liegt auch der besondere Reiz, auf diesem Gebiet weiterzuforschen.

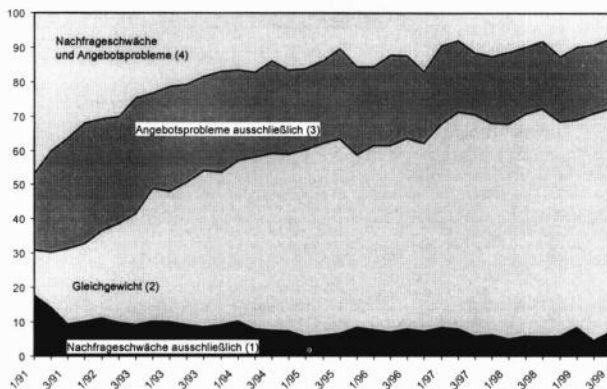
Abbildung 8
Typologisierung von Unternehmen nach Konjunkturkategorien
Westdeutschland / Industrie insgesamt



Anteile in %; Quartale.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 9
Typologisierung von Unternehmen nach Konjunkturkategorien
Neue Bundesländer / Industrie insgesamt



Anteile in %: Quartale.
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Literaturhinweise

Hüberle, L. (1982): Wirtschaftspolitik bei rationalen Erwartungen, Konsequenzen einer kritischen Analyse der Theorie rationaler Erwartungen für die Wahl wirtschaftspolitischer Strategien, Reihe Untersuchungen Nr. 49 des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln.

Katona, G. (1951): Psychological Analysis of Economic Behaviour, New York.

Krumper, A. (1989): Nutzung der Befragungsergebnisse für die Konjunkturanalyse und Konjunkturprognose im ifo Institut, in: Handbuch der ifo Umfragen, hrsg. von K.-H. Oppenländer/G. Poser, München, Berlin, S. 443 - 451.

Langmantel, E. (1999): Das ifo Geschäftsklima als Indikator für die Prognose des Bruttoinlandsprodukts, in: ifo Schnelldienst Nr. 16 - 17, S. 16 - 21.

Naggl, W. (1989): Verwendung der Befragungsergebnisse in ökonometrischen Modellen, in: Handbuch der ifo Umfragen, hrsg. von K.-H. Oppenländer/G. Poser, 1989, S. 469 - 490.

Nerb, G. (1975): Konjunkturprognose mit Hilfe von Urteilen und Erwartungen der Konsumenten und der Unternehmer, Schriftenreihe des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, München.

Nerb, G. (1989): Sind Erwartungen rational, in: Die Entwicklung der ifo Umfragen seit 1949, in: Handbuch der ifo Umfragen, hrsg. von K.-H. Oppenländer/G. Poser, Berlin, München, S. 72 – 73.

Nierhaus, W. (1998): Praktische Methoden der Konjunkturprognose, in: ifo Schnelldienst Nr. 28, Oktober 1998, S. 7 – 19.

Poser, G. (1969): Der Beitrag der Konsumforschung zur Diagnose und Prognose konjunktureller Entwicklungen, in: CIRET-Studie Nr. 15, hrsg. vom ifo Institut.

Strigel, W. H. (1989): Die Entwicklung der ifo Umfragen seit 1949, in: Handbuch der ifo Umfragen, hrsg. von K.-H. Oppenländer/G. Poser, Berlin, München, S. 6 – 14.

Diskriminanzanalyse als Instrument der Konjunkturforschung

1 Einleitung

Die Konjunkturforschung zählt zu den ältesten, am besten ausgebauten und alles in allem wohl auch erfolgreicherem Feldern der empirischen Wirtschaftsforschung. Das Theorieangebot ist reichlich, bereits vor dem Ersten Weltkrieg wurden mehr als 100 Konjunkturtheorien gezählt, und seit *Haberlers* Bestandsaufnahme in den dreißiger Jahren dürften vermutlich noch einmal so viel hinzugekommen sein. Erfreulich breit ist auch das Methodenangebot. Erst recht gilt dies für die Daten: Kein Feld der amtlichen Statistik ist so breit und so dicht wie das der Konjunkturstatistik. Auch was die Ergebnisse angeht, kann sie sich durchaus sehen lassen: Gemessen am mittleren Fehler der BSP-, der Inflations-, der Arbeitslosen- oder der Defizitprognosen steht die Konjunkturforschung kaum hinter der Prognoseleistung anderer angewandter Wissenschaften oder Künste zurück.

Ungeachtet dieser Befunde zeigen sich Ökonomen wie breite Öffentlichkeit gleichermaßen mit der empirischen Konjunkturforschung und ihren Ergebnissen häufig unzufrieden und äußern vielfältige Kritik. Was die Genauigkeit der Prognosen angeht, so seien die genannten Resultate Durchschnittsergebnisse, und in den Phasen großer Unsicherheit sind die Fehler sehr viel größer, bis hin zu deutlichen Verfehlungen der Richtung; dass auch in dieser Hinsicht Zins-, Wechselkurs-, aber auch Erdbeben- oder Klimaprognosen nicht besser abschneiden, ändert an der Unzufriedenheit wenig. Ebenso viel Unbehagen verursacht – jedenfalls im Fach –, dass die Konjunkturprognosen nur selten als in befriedigender Weise theoretisch begründet angesehen werden. Eine Konjunkturtheorie im Sinne des v. *Böhm-Bawerkschen* „Schlußsteins“ der Wirtschaftstheorie ist nicht in Sicht und leider ist nicht allen die Geduld der Positivisten eigen, sich mit den bisherigen Erklärungs- oder Prognoseleistungen zu begnügen, ohne die Suche nach Überwindung der „großen Dichotomie“ (*Tichy*) aufzugeben.

Bis jetzt wären entsprechende Integrationsversuche nur wenig erfolgreich. Eine der Ursachen dürfte sein, dass die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges dominierende Makroökonomie im Unterschied zur bis dahin herrschenden „Symptomatologie“ (Epstein 1933) den „ganzheitlichen“ Charakter des Konjunkturphänomens (und die darüber vorliegenden Informationen) ignoriert. Sie bemüht sich um dessen analytische Rekonstruktion *via* Erklärung des Konsum-, Investitions-, Preis-, Beschäftigungsverhalten usw., dabei findet aber das Konjunkturphänomen wenig explizite Berücksichtigung; in den makroökonomischen Modellen dominieren überwiegend exogene (monetäre) Konjunkturtheorien. Kurz, die ganzheitliche Perspektive verlor, nicht zuletzt wegen des Vorwurfs des „measurement without theory“ (*Koopmans*), zunehmend an Boden, ungeachtet der beachtlichen diagnosti-

*) Prof. Dr. Ulrich Heilemann, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, und Gerhard-Mercator-Universität GH Duisburg.

Die Arbeit ist im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Sonderforschungsbereichs *Komplexitätsreduktion in multivariaten Datenstrukturen* (SFB 475) entstanden.

schen Leistungen etwa des *Burns/Mitchell*-Ansatzes oder seiner Varianten. Ergebnis dieser Trennung oder Dichotomie ist, erstens, dass die Diagnosen und Prognosen zwar einerseits ein sehr detailliertes und damit umfangreiches Bild der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zeichnen, andererseits aber nicht zu einem zusammenfassenden, knappen Urteil über den gegenwärtigen oder künftigen Zustand „der Konjunktur“ finden; umgekehrt leidet der ganzheitliche Ansatz noch immer daran, dass seine analytische Fundierung mangels überprüfbarer, quantifizierter Einbettung in einen gesamtwirtschaftlichen Funktionszusammenhang nach wie vor bescheiden ist. Zu einem Brückenschlag zwischen beiden Forschungsrichtungen ist es selten gekommen (z.B. Diebold/Rudebusch 1999), obwohl die „analytische“ wie die „symptomatologische“ Betrachtungsweise davon profitieren könnten. (Den *information overload* beiseite gelassen, sind mehr Informationen besser als weniger, zumal wenn sie sich ergänzen und wenig kosten, wie hier der Fall.)

Dies ist Anlass, im Folgenden einen neuen Ansatz – genau genommen ist er freilich mehr als 20 Jahre alt – näher vorzustellen, seine analytische und seine diagnostisch-klassifikatorische Leistungsfähigkeit allgemein und anhand von Ergebnissen für Deutschland zu illustrieren. Im Einzelnen wird wie folgt vorgegangen. Abschnitt 2 rekapituliert kurz Ansätze der Konjunkturklassifikation sowie die diagnostischen, aber auch die analytischen Aufgaben, die dabei die Diskriminanzanalyse erfüllen kann. Abschnitt 3 ruft ihre methodischen Grundlagen in Erinnerung, Abschnitt 4 stellt einen entsprechenden Ansatz für die Bundesrepublik vor und präsentiert erste Ergebnisse für den Zeitraum 1955 bis 1994. Eine methodische Einordnung und Bewertung der Diskriminanzanalyse als Instrument der Konjunkturklassifikation beschließt die Ausführungen (Abschnitt 5).

2 Klassifikation als Instrument der Konjunkturanalyse

Allgemein gesehen hat die Klassifikation von Ereignissen, Entwicklungen usw. eine Reihe von Zwecken, die von der „orientierenden Beschreibung“ bis hin zur Vorstufe der Theoriebildung reichen. Historisch gesehen lässt sich in den einzelnen Wissenschaften häufig eine Tendenz der Ablösung klassifikatorischer Begriffe durch komparative und schließlich quantitative feststellen, eine Ausnahme bildet bislang (noch) die Biologie, wo Klassifikationen ihre Bedeutung behalten konnten (Wolters 1984, S. 409). Eine besondere Rolle nahm die Klassifikation in der älteren Konjunkturforschung ein, die den Zyklus primär ganzheitlich und als regelmäßige Abfolge charakteristischer Phasen (z.B. Aufschwung, Abschwung, Krise usw.) verstand, was bis in die siebziger Jahre seinen Ausdruck in z.T. sehr detaillierten Klassifikationsschemata z. B. von *Burns/Mitchell* (1947, S. 35 ff.) bzw. dem *National Bureau of Economic Research* (NBER) (Zarnowitz 1996, S. 83 ff.), *Spiethoff* (1955, S. 78 ff.) oder *Tichy* (1976, S. 76 ff.) fand; inwiefern es sich dabei um „klassische Konjunkturschwankungen“ oder um „Wachstumsschwankungen“ handelt, kann hier offen bleiben (vgl. dazu für Deutschland z.B. Wagner 1972). Für die Theorie bzw. die Theorieentwicklung spielten diese Klassifikationen keine größere Rolle, wenn man von den zeitweiligen Versuchen absieht, phasenspezifische Reaktionen der Akteure etwa bei der Konstruktion makroökonomischer Ungleichgewichtsmodelle zu identifizieren (für Deutschland z.B. Bauer 1985).

Eine nach wie vor große, neuerdings wieder zunehmende Rolle spielt die Phasenbetrachtung dagegen bei der empirischen Konjunkturanalyse, in der komparative Aspekte, also der Vergleich der Phasen in verschiedenen Zyklen, Beachtung finden (z.B. in Council of Economic Advisers 1999, S. 69 ff.; Fuhrer/Schuh (1998)). Die verwendeten Klassifikations-schemata unterscheiden allerdings meist nur zwischen Auf- und Abschwung. Grundlage der Zyklenabgrenzung und -einteilung bilden in der Regel die Abweichungen der beobachteten von der Trend-Entwicklung des BSP oder von der Industriellen Nettoproduktion. Die Sensibilität der gewählten zeitlichen Abgrenzung des Zyklus bzw. der einzelnen Phasen gegenüber alternativen Versuchen (z.B. Smeets 1992; Tichy 1994, S. 42 ff.; Döpke 1998) erweist sich – wiederum – als recht robust. Auf diese Weise ergibt sich ein anschaulicher Maßstab zur konjunkturellen Beurteilung beobachteter oder prognostizierter Entwicklungen wie auch zur Deduktion „stilisierter Fakten“.

Das inhaltliche Grundproblem von Klassifikationen ist die Auswahl geeigneter Klassifikationsgesichtspunkte bzw. Klassifikatoren. Die Unterscheidung zwischen „natürlichen“ und „künstlichen“ Kriterien, „je nachdem die Klassifikationsgesichtspunkte ‘wesentlich’ sind und ‘in der Natur’ des klassifizierten Gegenstandsbereichs liegen oder nicht“ (Wolters 1984, S. 409) ist naturgemäß unscharf. Im Zusammenhang mit dem Konjunkturphänomen gilt dies angesichts der Vielzahl von Erklärungsversuchen auch für die „systematische“ Relevanz. Hinzu kommt aus der Nutzerperspektive der – zumindest verständliche – Wunsch nach Identifikation entsprechender kurz- und mittelfristig stabiler Muster. Meyer/Weinberg (1975a) schlugen z.B. in den siebziger Jahren für die Vereinigten Staaten in Anlehnung an die NBER-Einteilung ein „modernes“ Vier-Phasen-Schema (*recession, recovery, demand pull, stagflation*) vor, mit dessen Hilfe es ihnen gelang, die Entwicklung von 1948 bis 1973 mit Hilfe von 20 Variablen und unter Verwendung der Diskriminanzanalyse „remarkably well“¹⁾ zuzuordnen. Schema und Klassifikatoren erwiesen sich in späteren Untersuchungen (Heilemann 1982) als stabil und auf Deutschland übertragbar (Meyer/Weinberg 1975b). Die Ergebnisse waren jedoch darüber hinaus bedeutsam: Mit den Klassifikatoren liegt ein Variablenansatz vor, der zwar eine große, aber keine vollständige Übereinstimmung mit den „stilisierten Fakten“ aufweist, insbesondere werden der Arbeitsmarkt und die Verteilungsseite nicht so detailliert, wie z.B. in Kromphardt (1989, S. 176) Darstellung abgebildet. Insofern relativieren der Ansatz bzw. seine Ergebnisse die weitverbreitete Vorstellung vom Zyklus als einem primär univariat/BSP-charakterisierten Phänomen, wie sie z.B. den Schemata der Deutschen Bundesbank oder des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVRW) zugrunde liegen.

Im Kern stellt die Vorgehensweise eine Kombination von Phasenbetrachtung, Gesamtindikatoren und „Regressionsanalyse“ dar. Damit ergeben sich über die Klassifikation hinaus eine Reihe analytischer Aussagemöglichkeiten, von denen bislang allerdings wenig Gebrauch gemacht wurde – auch nicht von Meyer/Weinberg. Zunächst ist dabei an die numerische Differenzierung der diskreten Klassifikation selbst zu denken, wie sie sich aus dem Ausweis der *discriminant scores* bzw. den damit zu berechnenden Wahrscheinlichkeiten ergeben. Vor allem aber zählen dazu sowohl der Selektionsprozess der klassifizierenden Variablen (Klassifikatoren) als auch die Hinweise auf die Zyklenbedeutsamkeit ein-

1) Die Trefferquote bei der Klassenzuordnung beträgt 89,5 vH (Vierteljahres- und Monatsdaten) bzw. 81,7 vH (Monatsdaten). (Eigene Berechnungen nach Angaben bei Meyer/Weinberg 1975a, S. 190.)

zelter Variablen. Sie leistet so z.B. einen Beitrag zur Bestimmung „stilisierter Fakten“, Indikatoren oder Indikatorensysteme (s.o.), der über die bisherige Praxis (Gleichgewichtung, Hauptkomponentenanalyse) hinausgeht. Da sich die Parameter der Diskriminanzfunktionen, zumindest im Prinzip, ähnlich wie die Beta-Koeffizienten der Regressionsanalyse interpretieren lassen, ergeben sich über die diskreten Aussagen hinaus auch solche zum Gewicht der Diskriminatoren in den einzelnen Phasen, ihrer Entwicklung im Zeitverlauf usw.

3 Zur Methode der linearen Diskriminanzanalyse²⁾

Ziel der Diskriminanzanalyse ist es, n Objekte mit m beobachteten Merkmalen, $1 \leq i \leq n$, anhand von Merkmalsausprägungen einer Menge von vorgegebenen Gruppen oder Klassen zuzuordnen. Die Anzahl der Gruppen G muss ≥ 2 und $\leq m - 1$ sein. Im Falle der linearen Diskriminanzanalyse (LDA) werden Funktionen:

$$y_g = c_{g1} x_{1n} + \dots + c_{gm} x_{mn}, \quad 1 \leq g \leq G - 1, \quad (1)$$

gebildet, wobei y_g die unabhängige (Gruppen-, Klassen-) Variable der Zugehörigkeit zu Gruppe g , c_{gi} den Koeffizienten des i -ten Merkmals in der g -ten Funktion bezeichnet und x_{in} die Beobachtung des i -ten Merkmals beim n -ten Objekt. Geometrisch bilden die Diskriminanzfunktionen Hyperebenen im m -dimensionalen Merkmalsraum, die diesen nach der Gruppenzugehörigkeit in Unterräume unterteilen.

Zur Schätzung der Parameter werden die Beobachtungen (X) anhand einer vorzugebenden Klassifikation in Teilmatrizen X_1, \dots, X_G gegliedert:

$$X = \begin{bmatrix} X_1 \\ \vdots \\ X_g \\ \vdots \\ X_G \end{bmatrix}, \quad (2)$$

wobei jede Teilmatrix X_g die n_g Beobachtungen enthält, die zu Objekten der Gruppe g gehören:

$$X_g = \begin{bmatrix} x_{11}^{(g)} & \cdot & \cdot & \cdot & x_{1m}^{(g)} \\ \vdots & & & & \\ \cdot & & & & \\ \vdots & & & & \\ x_{n_g 1}^{(g)} & \cdot & \cdot & \cdot & x_{n_g m}^{(g)} \end{bmatrix}, \quad (3)$$

2) Neben der hier vorgestellten linearen Diskriminanzanalyse, die auf R. A. Fisher zurückgeht, gibt es auch solche, die mit nichtlinearen Funktionen diskriminieren, Verteilungsannahmen über die Merkmale machen usw. Ein breiter Literaturüberblick über die Methoden und neuere Entwicklungen findet sich z.B. in Sonderforschungsbereich 475, 1996, S. 230ff. sowie bei Roehl/Weihs 1998.

wobei Index (g) die Gruppenzugehörigkeit bezeichnet. Gesucht wird eine Linearkombination der Spalten von X , so dass das Verhältnis:

$$\frac{\text{Summe der quadrierten Abstände zwischen den Gruppen}}{\text{Summe der quadrierten Abstände innerhalb der Gruppen}} \quad (4)$$

maximiert wird. Es geht also darum, die Streuung *zwischen* den Gruppen möglichst groß und die Streuung *innerhalb* der einzelnen Gruppen möglichst klein werden zu lassen.

Zur Maximierung von (4) ist ein Eigenwertproblem (Green 1978, S. 490 f.) zu lösen. Der Eigenvektor zum größten Eigenwert ist dann die Lösung für den Vektor c_i , und die einzelnen Elemente des Eigenvektors bilden die Koeffizienten der ersten Diskriminanzfunktion. Für die weiteren Diskriminanzfunktionen werden anschließend, nach absteigender Größe, die übrigen Eigenwerte und Eigenvektoren bestimmt.

Wie in den vorangegangenen Abschnitten bereits ausgeführt, gestattet die Diskriminanzanalyse nicht nur sehr detaillierte *diagnostische/prognostische* Aussagen im Sinne der Klassifikation neuer Beobachtungen (y_i), sondern auch eine Reihe von *analytischen* Aussagen z.B. zur Qualität der Diskrimination (F-Werte, Wilks' λ , χ^2 -Test usw.) und damit auch zum Einfluss einzelner Beobachtungen (Campbell 1980) oder dem Einfluss einzelner Diskriminatoren (x_i) auf das Klassifikationsergebnis. Darüber hinaus lassen sich durch Stabilitätsanalysen der Diskriminanzfunktionen Aussagen z.B. zum Wandel des betrachteten Phänomens und seinen Ursachen oder zur Datensensitivität machen. Kritische methodische Anmerkungen zur Diskriminanzanalyse ergeben sich vor allem in zweierlei Hinsicht: Der zeitliche Verlauf und die Varianz der Zeitreihen der Klassifikatoren bleiben gänzlich unbeachtet (wie dies auch z.B. im Falle der Referenzzyklenmethode (s.u.) der Fall ist); zweitens, die Anforderung der Gleichheit der Kovarianzmatrizen der einzelnen Gruppen ist vergleichsweise restriktiv.

Neben der linearen Diskriminanzanalyse existieren noch eine Reihe weiterer Verfahren (nicht-lineare Diskriminanzanalyse, Cart-Verfahren, Neuronale Netze usw.)³⁾, die sich aber, sowohl was z. B. ihre Klassifikationsleistungen, Datenerfordernisse oder ihre analytischen Möglichkeiten betrifft, erheblich voneinander unterscheiden.

Für die LDA sprechen im vorliegenden Zusammenhang, neben ihren *analytischen Möglichkeiten*, ihre *Robustheit*, ungeachtet der relativ restriktiven Annahmen der LDA; die spezifischen *Anwendungsbedingungen*, da die LDA eine Analyse und Erklärung der Gruppendifferenzen gestattet; ihre *Klarheit*, da ihre Ergebnisse leicht zu interpretieren und präsentieren sind und – nicht zuletzt – die leichte *Verfügbarkeit* der LDA, da sie praktisch in allen bekannten Statistik-Programmpaketen wie BMDP, SAS oder SPSS enthalten ist.

3) Vgl. zu den Ergebnissen mit nicht-linearen Ansätzen im vorliegenden Zusammenhang Roehl/Weihs 1998, Heilemann/Münch 1999a.

4 Diskriminanzanalyse der konjunkturellen Entwicklung 1955 bis 1994

Zur Illustration der klassifikatorischen und analytischen Leistungsfähigkeit der Diskriminanzanalyse wird im Folgenden die vierteljährliche gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik 1955 bis 1994 mit Hilfe eines Vier-Phasen-Schemas klassifiziert. Die Vorgehensweise ist an anderer Stelle (Heilemann/Münc 1999b) ausführlich dargestellt, so dass sich die Ausführungen auf das Wesentliche beschränken können.

Klassifikandum ist die konjunkturelle Entwicklung, die als Abweichung der Industriellen Nettoproduktion von ihrem langfristigen Trend identifiziert wird. Die so identifizierte konjunkturelle Entwicklung stimmt weitgehend mit den entsprechenden Abgrenzungen durch die *Deutsche Bundesbank* und durch das *NBER* (Glasner 1997, S. 736 ff.), aber auch mit der von Meyer/Weinberg (1975b, S. 7) [für Deutschland] überein (siehe *Tabelle 1*, S. 123). Inwieweit diese teilweise univariat bestimmten Datierungen mit der folgenden, multivariaten Bestimmung zusammenfallen, wird zu prüfen sein.

Klassifikationsmuster ist ein Vier-Phasen-Schema in Anlehnung an das von Meyer/Weinberg, aber mit den klassischen Unterteilungen in *Aufschwungphase*, *Obere Wendepunktphase*, *Abschwungphase*, *Untere Wendepunktphase*. Als Obere bzw. Untere Wendepunktphasen wurden *a priori* die vier Quartale um die jeweiligen Wendepunkte klassifiziert, wovon im Zuge eines, allerdings kurzen, Iterationsprozesses aber z.T. erheblich abgewichen werden musste, wie *Tabelle 1* (a, b) erkennen lässt.

Die Auswahl der *Klassifikatoren* war sowohl von konjunkturtheoretischen als auch von traditionellen empirischen Überlegungen („Stilisierte Fakten“, Datenangebot, Verwendungszwecken) geleitet. Nach einem längeren, an substanzwissenschaftlichen⁴⁾ wie an formalen Kriterien (Brosius 1989) orientierten Auswahlprozess aus mehr als 120 Variablen blieben folgende 12 Variablen übrig: Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger, reales BSP, Staatsausgaben als Prozent des BSP, Außenbeitrag als Prozent des BSP, Geldmenge M1, Lohnstückkosten, BSP-Deflator, Deflator des Privaten Verbrauchs, Langfristzinssatz (real), Privater Verbrauch (real), Gewerbliche Bauinvestitionen (real) und Kurzfristzinssatz. Aus traditioneller Konjunktursicht hat dieser Katalog eine Reihe von Mängeln, so etwa die Nichtberücksichtigung der Ausrüstungsinvestitionen oder der Vorratsveränderungen, was noch der Klärung bedarf. Eine Ursache könnte in *lags* liegen, die hier bei der Selektion – ähnlich wie beim Referenzzyklenverfahren (Zarnowitz 1996, S. 289 ff.) – insofern unbeachtet bleiben, als überwiegend gleichlaufende Variablen selektiert werden.

Empirische Grundlage bildeten – soweit sinnvoll – die Veränderungsraten der Variablen gegenüber dem Vorjahr auf der Basis unbereinigter Vierteljahresdaten. Dies gestattet zwar die Klassifizierung von (vierteljährlich disaggregierten) Makroprognosen, aber nicht die der aktuelleren Monatsdaten (keine Prognose!). Hinzu kommt, dass der Beobachtungshunger der Diskriminanzanalyse bei vier Klassen auch mit einem Untersuchungszeitraum von 40 Jahren nur wenig gestillt wird. *Untersuchungszeitraum* bilden die Jahre 1955-1 bis 1994-4.

4) Eklektische und leider auch mehrdeutige theoretische Begründungen lassen sich mit Verweis auf den Akzeleratoransatz, monetäre Überinvestitions- bzw. monetaristische Theorien usw. geben, wie dies z.B. Zarnowitz (1996, S. 309) für verschiedene Konjunkturindikatoren gezeigt hat.

Tabelle 1: Ausgewählte Zyklenklassifikationen für Westdeutschland
1951 bis 1995

Zyklus ¹⁾	Beginn ²⁾				
	Aufschwung		Abschwung		
	UWP	AUF	OWP	AB	
1 a) ... bis 1953 I ()	1951 I (2)	1951 III (7)	
b) ... bis 1953 I ()	1951 I (2)	1951 III (7)	
c)				1951-2	
d)					1952 I (9)
2 a) 1953 II bis 1958 II (21)	1953 II (4)	1954 II (4)	1955 II (4)		1956 II (9)
b) 1953 II bis 1958 II (21)	1953 II (4)	1954 II (4)	1955 II (4)		1956-9 (9)
c) 1953-2 bis 1959-3 (25)		1953-2 (11)		1955-10	(14)
d) 1953 II bis 1958 I (20)	1953 II (3)	1954 I (1)	1954 II (9)		1956 II (7)
3 a) 1958 III bis 1962 II (16)	1958 III (4)	1959 III (4)	1960 III (4)		1961 III (4)
b) 1958 III bis 1962 IV (18)	1958 III (4)	1959 III (3)	1960 II (5)		1961 III (6)
c) 1959-4 bis 1963-1 (15)		1959-4 (7)		1961-2	(8)
d) 1958 II bis 1960 I (8)	1958 I (5)	1959 II (3)	-		-
4 a) 1962 III bis 1966 IV (18)	1962 III (4)	1963 III (4)	1964 III (4)		1965 III (6)
b) 1963 I bis 1966 IV (16)	1963 I (1)	1963 II (6)	1964 IV (3)		1965 III (6)
c) 1963-2 bis 1967-7 (18)		1963-2 (9)		1965-5	(9)
d) 1960 II bis 1966 II (25)	1960 II (11)	1963 II (8)	-		1965 I (6)
5 a) 1967 I bis 1971 I (17)	1967 I (4)	1968 I (4)	1969 I (4)		1970 I (5)
b) 1967 I bis 1971 I (17)	1967 I (4)	1968 I (6)	1969 III (2)		1970 I (5)
c) 1967-8 bis 1971-11 (18)		1967-8 (11)		1970-5	(7)
d) 1966 III bis -	1966 III (5)	1967 IV	-		-
6 a) 1971 II bis 1974 II (13)	1971 II (4)	1972 II (2)	1972 IV (4)		1973 II (3)
b) 1971 II bis 1974 I (12)	1971 II (4)	1972 II (2)	1972 IV (2)		1973 II (4)
c) 1971-12 bis 1975-4 (13)		1971-12 (6)		1973-8	(7)
d) -					
7 a) 1974 III bis 1982 II (32)	1974 III (4)	1975 III (14)	1979 I (4)		1980 I (10)
b) 1974 II bis 1982 I (32)	1974 II (7)	1976 I (13)	1979 II (4)		1980 II (8)
c) 1975-5 bis 1983-6 (33)		1975-5 (19)		1980-2	(14)
d) -					
8 a) 1982 III bis 1994 I (47)	1982 III (4)	1983 III (29)	1990 IV (4)		1991 IV (10)
b) 1982 II bis 1994 I (48)	1982 II (6)	1983 IV (27)	1990 III (6)		1992 I (9)
c) 1983-7 bis ...		1983-7		1986-7	
d) -					
9 a) 1994 II bis ...	1994 II (3)	-	-		-
b) 1994 II bis ...	1994 II (1)	1994 III (2)	-		-
c) -					
d) -					
Durchschnittswerte ³⁾					
a) 1953 II bis 1994 I (164)	28	61	28		47
b) 1959 II bis 1994 IV (164)	30	61	26		47
Durchschnittliche					
Zyklendauer (23)	4	9	3		6
Standardabweichung (12)	2	8	1		7

Eigene Berechnungen und nach Angaben bei Glasner (1997, [S. 736 f.] [NBER]). - UWP: Unterer Wendepunkt; AUF: Aufschwung; OWP: Oberer Wendepunkt; AB: Abschwung, Vierteljahres- (röm. Ziffern hinter Jahresangabe) bzw. Monatsdaten (arab. Ziffern). In Klammern: Dauer (Vierteljahre, bei c gerundet). - 1) a: a priori Klassifikation, b: jüngste Klassifikation, c: NBER (nur Auf- und Abschwung), d: Meyer/Weinberg 1975b, S. 7. - 2) Beginn und Ende von Zyklus und Phase (Monate) sowie Dauer (Vierteljahre, bei c gerundet). - 3) Differenzen in den Summen sind rundungsbedingt.

Tabelle 2
Schätzergebnisse der standardisierten kanonischen Diskriminanzfunktionen¹⁾
1955 bis 1994

Variable	Koeffizienten			F-Wert	
	Funktion 1	Funktion 2	Funktion 3		
Abhängig Beschäftigte	a	-.75	-.70	.00	33.2
	b	.89	-.66	.12	32.9
	c	1.17	-.38	.28	34.8
BSP, real	a	-.69	-.50	-.34	20.0
	b	.52	-.52	-.47	20.3
	c	.49	-.57	-.35	25.6
Privater Verbrauch, real	a	.80	-.12	.87	10.8
	b	-.76	-.09	.98	9.6
	c	-.82	-.09	.63	9.3
Gewerbliche Bauinvestitionen, real	a	.16	.23	.04	6.3
	b	-.19	.20	-.08	5.2
	c	-.18	-.02	-.35	11.7
Außenbeitrag in vH des BSP	a	-.36	.02	-.25	1.8
	b	.50	.06	-.15	1.9
	c	.51	.15	-.41	1.2
Staatsdefizit in vH des BSP	a	.73	.46	.15	2.7
	b	-.37	.50	.37	0.8
	c	-.13	.49	.20	0.3
BSP-Deflator	a	-1.36	1.98	1.67	12.6
	b	1.83	2.18	1.41	13.9
	c	1.33	2.46	1.25	16.8
Preisindex des Privaten Verbrauchs	a	.51	-.58	-.26	13.6
	b	-.43	-.60	-.10	16.0
	c	-.25	-.38	-.10	22.9
Lohnstückkosten	a	.50	-.17	-.93	18.6
	b	-.55	-.07	-.73	18.3
	c	-.23	-.37	-1.13	15.4
Kurzfrist-Zinssatz	a	1.49	-1.04	-.07	17.8
	b	-1.87	-1.14	-.03	23.5
	c	-1.85	-1.30	.18	44.8
Langfrist-Zinssatz, real	a	-.77	1.41	1.06	2.4
	b	1.30	1.65	1.09	2.0
	c	1.28	1.58	.58	0.9
M1	a	.53	.12	.47	5.6
	b	-.46	.21	.50	7.0
	c	-.30	.04	.61	10.4

noch: Tabelle 2

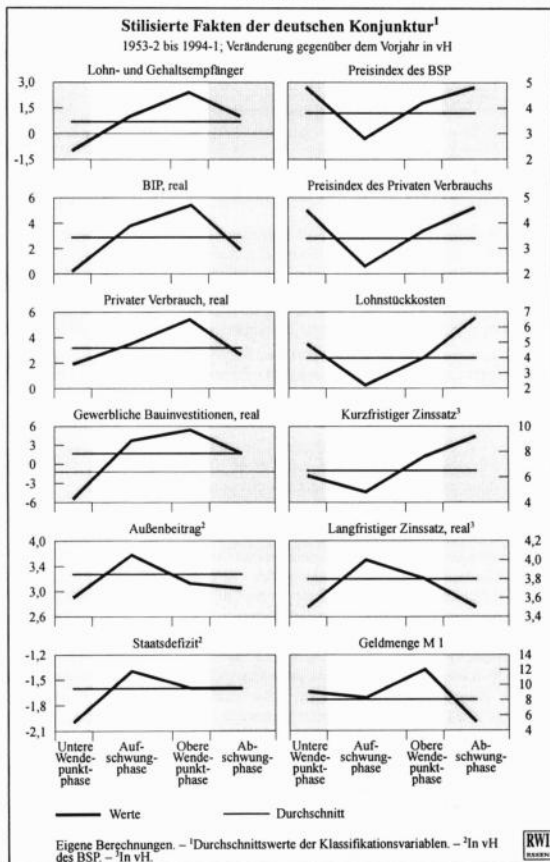
Funktionen	Eigenwert	vH der Varianz	Kum. vH	Eigenwerte						
				Kanonische Korrel.	Nach Funktion	Wilks' λ	χ^2	Freiheitsgrad	Signifikanz	
a	1	1.4	52.0	52.0	.77	0	.2	273.9	36	.00
	2	1.1	38.7	90.6	.72	1	.4	141.9	22	.00
	3	.3	9.4	100.0	.45	2	.8	34.2	10	.00
b	1	1.9	56.3	56.3	.81	0	.1	288.7	36	.00
	2	1.2	35.0	91.2	.74	1	.4	142.6	22	.00
	3	.3	8.8	100.0	.48	2	.8	35.6	10	.00
c	1	3.5	61.5	61.5	.88	0	.1	341.3	36	.00
	2	1.8	31.0	92.5	.80	1	.3	162.8	22	.00
	3	.4	7.5	100.0	.55	2	.7	42.3	10	.00

Nach Angaben bei Heilemann/Münch 1999b, S. 13 f. Eigenwerte: Eigenwerte der Diskriminanzfunktionen in fallender Ordnung; vH der Varianz: vH der Bedeutung der Diskriminanzfunktionen; Kum vH: Kumulierte relative Bedeutung; Zu einer genauen Beschreibung der Prüfmaße vgl. Brosius (1989). - 1) a: Ergebnisse für 1955-4 bis 1994-4, b: 1958-3 bis 1994-4, c: 1963-1 bis 1994-4.

Die *Schätzergebnisse* für die Diskriminanzfunktionen sowie die Prüfmaße und die *Klassifikationsergebnisse* bestätigen das Schema und die gewählten Variablen sehr weitgehend (siehe *Tabellen 1 und 2*), ohne damit zu übersehen, dass es sich um Ergebnisse im Stützbereich handelt, deren Bewährung *ex ante* noch aussteht⁵). Die „endgültige“ (s.o.) Klassifikation wird im Großen und Ganzen gut getroffen, keine Phase wird „übersprungen“. Die zunächst auf vier Quartale fixierte Länge der Wendepunktphasen dauert nun zwischen ein und sieben (Obere Wendepunktphase) bzw. zwei und sechs Vierteljahren (Untere Wendepunktphase). Die relative Dauer variiert damit zwischen 6 und 33 vH des Zyklus (Untere Wendepunktphase) bzw. zwischen 13 und 28 vH (Obere Wendepunktphase). Erwartungsgemäß sind die Wendepunktphasen zwar kurz, aber deutlich länger, als ihnen in der Regel bzw. in den Zwei-Phasen-Schemata zugebilligt wird (Zarnowitz 1996, S. 23 ff.; Körber-Weik 1983). Eine kürzere Dauer der Abschwungphasen in den entwickelten Industrieländern zählt zu den allgemein akzeptierten Befunden, der geringe Zusammenhang zwischen der Dauer des Zyklus insgesamt und den Wendepunktphasen bzw. die relativ geringen Unterschiede zwischen ihnen überraschen dagegen. Auf einen Ausweis der jeweiligen Durchschnittswerte in den einzelnen Zyklen soll hier verzichtet werden (vgl. Heilemann/Münch 1999b, Table 2). Vereinfacht lassen sich die Ergebnisse wie folgt zusammenfassen bzw. die einzelnen Phasen strukturell charakterisieren:

5) Zu den Ergebnissen künstlicher Verkürzungen des Stützbereichs (*leave-one-out*) vgl. Heilemann/Münch 1999b, Table 4.

Abbildung 1



- Die *Untere Wendepunktphase* ist durch schwache gesamtwirtschaftliche Nachfrage bzw. negative Gewerbliche Bauinvestitionen, sinkende Beschäftigung, niedrige Lohnstückkosten (im Vergleich zum Abschwung!), niedrige Kurzfristige Zinsen und leicht zunehmendes Geldangebot gekennzeichnet.
- Die *Aufschwungphase* ist der Zeitraum, in welchem die Nachfrage kräftig expandiert, die Inflationsrate niedrig sowie die Kurzfristigen Zinsen weiter rückläufig sind und die Beschäftigung zunimmt.
- Die *Obere Wendepunktphase* ist durch eine – extern wie intern getragene – Fortsetzung der Nachfrageexpansion charakterisiert, zunehmende Beschäftigung ungeachtet steigender Lohnstückkosten und Preise, sinkende Realzinsen und steigende Kurzfristzinsen sowie eine wachsende Geldmenge.
- Die *Abschwungphase* schließlich weist eine abnehmende Nachfrageexpansion, weiteren Anstieg der Lohnstückkosten und der Preise, abnehmende Beschäftigungsexpansion, sinkende Langfristzinsen, einen scharfen Rückgang des Geldmengenwachstums und einen weiteren Anstieg der Kurzfristzinsen auf.⁶⁾

Auf eine scharfe Unterscheidung der Entwicklung von zyklisch/endogenen und exogenen Faktoren oder Variablen muss hier verzichtet werden. *Abbildung 1* suggeriert zumindest, dass die Politik „Nachzügler“ ist: Die Geldmenge expandiert am raschesten in der Oberen Wendepunktphase, wobei die Langfristigen Zinsen (real) noch abnehmen und das Staatsdefizit bereits wieder steigt.

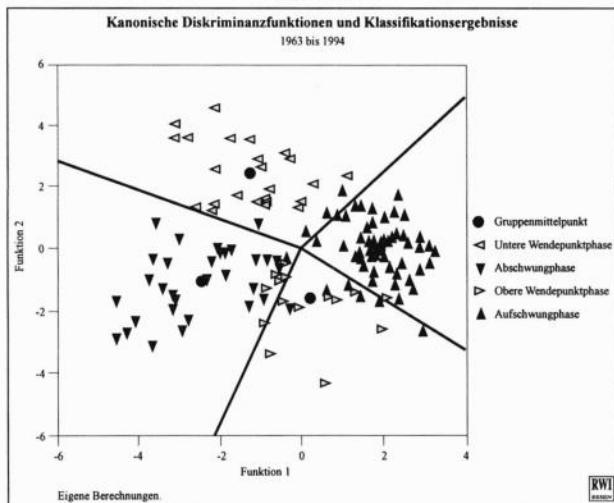
Zwar ergeben die Durchschnittswerte der klassifizierenden Variablen kein über alle Zyklen unverändertes Bild, gleichwohl lassen sich einige Verallgemeinerungen machen:

- Die *Zykluslänge* stimmt mit durchschnittlich 23 Quartalen (Standardabweichung: 12 Quartale) in etwa mit dem herrschenden Bild von 20 Quartalen überein.
- Die *Dauer der Phasen* ist im Untersuchungszeitraum insgesamt recht *konstant*. Die gelegentlich behauptete abnehmende Länge der Aufschwungphase (LTP/UP) in der Abschwungphase des *Kondratieffzyklus* (Zarnowitz/Moore 1988, S. 523) findet keine Bestätigung, aber für definitive Aussagen ist die Stichprobe zu gering. Die kürzere Dauer der *Abschwünge* (*Obere Wendepunkt-/Abschwungphase*) stimmt dagegen mit den allgemeinen Erfahrungen überein, ist aber nicht sehr ausgeprägt. Die Dauer von Oberer und Unterer Wendepunktphase unterscheidet sich kaum.
- Die *relative zyklische Bewegung* der klassifizierenden Variablen ist im Zeitablauf wenig verändert,
- das *Niveau der zyklischen Dynamik* hingegen unterscheidet sich im Zeitablauf durchaus; die stärkste ist im sechsten (1971-II bis 1974-I), dem bislang kürzesten Zyklus zu registrieren.

6) Vgl. dazu auch die Charakterisierung von *recession*, *stagflation*, *recovery* und *demand pull* in Meyer/Weinberg 1975b, S. 8.

Was die *Erklärungskraft* der zwölf Diskriminatoren angeht, so ist diese insgesamt durchaus befriedigend, wie die statistischen Ergebnisse belegen.⁷⁾ Allerdings machen die F-Werte deutlich, dass bei isoliertem Test im Untersuchungszeitraum nur neun der zwölf Variablen einen wesentlichen Erklärungs- bzw. Diskriminanzbeitrag leisten. Die Hypothese des multivariaten Charakters des Zyklus wird aber immer noch insofern eindrucksvoll unterstrichen, als die ausschließliche Verwendung des Klassifikators „Veränderungsrate des realen BSP“ zu deutliche höheren Fehlklassifikatoren führt, bemerkenswerterweise vor allem in den Auf- und Abschwungphasen.

Abbildung 2



7) Für den Zeitraum 1963-I bis 1994-IV ist die Erklärungsgüte mit einer Trefferquote von 94 vH von Heilemann/Münch (1999b, Table 4) deutlich höher als die von Meyer/Weinberg (1975b, Table 6) (86 vH, eigene Berechnung) erzielte. Im Zeitraum 1951-II bis 1967-IV registrieren Meyer/Weinberg allerdings wie Heilemann/Münch eine Reihe von Brüchen, deren Ignorierung die Trefferquote für diesen Zeitraum deutlich erhöht.

Das Klassifizierungsverhalten der Diskriminanzfunktionen lässt sich mit Hilfe der graphischen Darstellung ihrer jeweiligen Funktionswerte und der Gruppenmittelpunkte illustrieren (*Abbildung 2*). Dort sind die Werte der ersten (kanonischen) Funktion auf der horizontalen Achse und die der zweiten auf der vertikalen abgebildet. Dabei bestätigt sich, was die kanonischen Koeffizienten und die Durchschnittswerte der klassifizierenden Variablen vermuten lassen: Das Phasenbild ist nicht ganz so eindeutig, wie man es sich wünscht. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die „dritte Dimension“, d.h. die dritte Diskriminanzfunktion und ihr Erklärungsbeitrag in dieser *Abbildung* fehlen. Die Gruppenmittelpunkte sind sehr gut separiert, und die Abschwung- bzw. Aufschwungphasen sowie die Wendepunktphasen liegen gegenüber, wie das zu erwarten ist. Damit ergibt sich auch die übliche Zyklensabfolge (Unterer Wendepunkt, Aufschwung, Oberer Wendepunkt, Abschwung).

Die Interpretation der (standardisierten) Parameter der Diskriminanzfunktionen ist nicht ohne Probleme, da die geforderte statistische Unabhängigkeit der einzelnen Diskriminatoren nur beschränkt gegeben ist. Begrenzt auf die Ergebnisse für den Zeitraum 1963-1 bis 1994-4 ('c' in Tabelle 2) zeigt sich,

- dass bei der Diskrimination zwischen *Auf- und Abschwung* dem Kurzfristzins, dem BSP-Deflator, den Langfristzinsen, der Zahl der Abhängig Beschäftigten und dem Privaten Verbrauch eine große Bedeutung zukommt;
- bei der Unterscheidung zwischen den *Wendepunktphasen* dem BSP-Deflator, den Langfristzinsen, den Kurzfristzinsen, dem BSP sowie dem Staatsdefizit.

Insgesamt überrascht die große klassifikatorische Bedeutung der Zinsvariablen sowie der Preisvariablen einerseits und die vergleichsweise geringe Bedeutung der realwirtschaftlichen Aggregate wie BSP, Privater Verbrauch, Investitionstätigkeit oder Außenbeitrag andererseits. Die substanzwissenschaftlichen oder statistischen Ursachen dieser Gewichtung bedürfen – wie erwähnt – noch der näheren Klärung, ebenso die Frage der Sensibilität der Ergebnisse im Lichte alternativer Variablenpezifikationen der Diskriminanzfunktionen. Vieles spricht jedoch dafür, dass sich in den bisherigen Ergebnissen die Tatsache widerspiegelt, dass die Ursachen der Konjunkturabschwüchungen vielfach geldpolitisch herbeigeführte Stabilisierungskrisen waren und der Aufschwung wiederum geldpolitisch sowie außenwirtschaftlich initiiert war.

Was die *Erklärungsgüte* des Ansatzes im Zeitraum 1963-1 bis 1994-4 – also im Stützbereich – angeht, so klassifiziert er mehr als 95 vH der Fälle korrekt (Heilemann/Münc 1999b, Table 4). Etwas überraschend sind die geringen Unterschiede zwischen Auf- und Abschwungphasen auf der einen und der Oberen und Unteren Wendepunktphasen auf der anderen Seite. Schwierigkeiten, die vorgegebenen Klassifikationen zu treffen, treten erwartungsgemäß nur selten und überwiegend an den Phasenrändern auf. Drei der sechs Fehlklassifikationen sind im vierten Zyklus, also von 1963-1 bis 1966-4, zu beobachten, die drei übrigen in den drei letzten Zyklen; die Fehler relativieren sich weiter, wenn die Klassifikationen mit der zweithöchsten Wahrscheinlichkeit⁸⁾ ins Bild genommen werden. Die Klassifikationen geben übrigens wenig Hinweise auf ein vorzeitiges Ende des siebten Zyklus im

8) Für die Berechnung der Wahrscheinlichkeiten wird auf die Ergebnisse der linearen Diskriminanzanalyse bei normalverteilten Merkmalen zurückgegriffen.

Zeitraum 1977/78 (lediglich für 1977-3 wird ein Oberer Wendepunkt diagnostiziert) oder im achten Zyklus im Jahre 1987, wie gelegentlich diagnostiziert.

Eine Analyse des in den Klassifikatoren repräsentierten Zyklusbildes unter dem Gesichtspunkt des zyklischen Wandels erfolgte an anderer Stelle (Heilemann/Münch 1999b). Hinweise dazu liefern die in Tabelle 2 wiedergegebenen Ergebnisse für die unterschiedlichen Stützbereiche.

5 Bedeutung und Stellung der Diskriminanzanalyse als Instrument der Konjunkturanalyse

Die Ausführungen illustrierten die beträchtlichen Erweiterungen der diagnostischen/prognostischen sowie der analytischen Möglichkeiten der Konjunkturforschung durch die diskriminanzanalytisch basierte Klassifikation mittels

- Herausarbeitung eines *multivariat* bestimmten, erweiterten Zyklusbildes,
 - empirischer Überprüfung von Zyklus- und Phasenabgrenzung,
 - Identifikation der Klassifikatoren und ihrer Gewichte
- und schließlich die damit gegebene Möglichkeit
- zur Analyse des zyklischen Wandels.

Mit diesen Leistungen konkurriert das vorgestellte Verfahren mit einer Reihe von Methoden, gleichzeitig können seine Ergebnisse aber auch von anderen Verfahren verarbeitet werden oder deren Resultate ergänzen. Wie stellt sich die methodische Einordnung dar, welche Bezüge zu anderen Methoden der empirischen Konjunkturforschung lassen sich finden?

Bezüglich der *klassifikatorischen* Aussagen kann die Diskriminanzanalyse zwar wegen ihrer multivariaten Begründung Originalität beanspruchen, gleichwohl ergeben sich natürlich Berührungspunkte zu *allen* Zyklus orientierten Verfahren. Recht eng sind diese zur Methode der Referenzzyklen von *Burns/Mitchell* (1947). Zwar teilt die diskriminanzanalytisch basierte Klassifikation nicht den von der historischen Schule geprägten Skeptizismus des Referenzzyklenansatzes bezüglich der Generalisierung ihrer Befunde, aber die Konfrontation einzelner Zyklen mit einem oder mehreren „Durchschnittszyklen“ ist auch bei ihr möglich. Das gilt auch für die Praxis des Referenzzyklenansatzes, eine Vielzahl von Einzelreihen mit *einem* Zyklennmuster zu konfrontieren. Die Vorgehensweise der Diskriminanzanalyse ist umgekehrt – zur Bildung des allgemeinen/„Referenzzyklus“ wird eine Vielzahl von Variablen herangezogen. Die Ergebnisse zum zyklischen Wandel dämpfen die Aussicht auf die Ermittlung eines repräsentativen Durchschnittszyklus allerdings beträchtlich – nicht aber die Identifikation eines einzigen Satzes von Diskriminatoren. Ohne Frage könnte aber die bisherige Bestimmung des Referenzzyklus durch eine diskriminanzanalytisch begründete abgelöst oder ergänzt werden. Kurz, diese Methode der Zyklusbestimmung könnte einen großen Teil der Informationen des Referenzzyklenansatzes übernehmen, und umgekehrt könnte die Diskriminanzanalyse bei der Bestimmung des Referenzzyklus zur Rate gezogen werden. Ihre analytischen Möglichkeiten könnten eine wichtige Rolle bei der

Selektion der Kriterien der Zyklen- und Phasenabgrenzung spielen, vor allem sie transparenter machen, als dies bisher der Fall ist.

In ähnlicher Weise wäre auch bei der Arbeit mit *Gesamtindikatoren* an die Verwendung der ermittelten Klassifikatoren zu denken, wobei unter Umständen das bisherige Muster unter Verwendung von „Indikatoren“ zu überprüfen und ggf. künftig bei der Auswahl der Klassifikatoren zu berücksichtigen wäre; insbesondere dann, wenn die Verwendung von Monatswerten ins Auge gefasst wird. Die klassifikatorische Leistungsfähigkeit der den Gesamtindikator bildenden Einzelindikatoren lässt sich in Bezug auf das vorgestellte Schema ebenso testen wie ggf. hinsichtlich der Prognosewerte entsprechender Indikatoren. Die naheliegende Frage der Prognose künftiger Phasen mit Hilfe entsprechender Übergangsmodele und -wahrscheinlichkeiten ist hingegen vor dem Hintergrund der auch hier festgestellten sehr unterschiedlichen Zyklen- und Phasenlängen vorläufig zurückhaltend zu beurteilen – *cycles don't die of old age!*

Im Rahmen der Arbeit mit (*makro*-)ökonomischen Modellen dürfte vor allem die diagnostische/prognostische Leistung, also die Klassifikationsleistung der Diskriminanzanalyse eine bedeutsame Rolle spielen. Die Modellergebnisse – *ex post* wie *ex ante* – lassen sich nicht zuletzt angesichts der bislang verwendeten Klassifikatoren leicht klassifizieren und geben so unter Umständen Hinweise auf die zyklische Konsistenz der Modellaussagen und damit auf Abbildungsschwächen (vgl. für Ergebnisse des RWI-Konjunkturmodells: Heilemann/Münch 1998, für das DRI-Modell der US-Wirtschaft: Heilemann 1982). Die bei den üblichen makroökonomischen Prognosen wenig ausgeprägte zyklische Interpretation könnte durch die Klassifikation der Prognoseperioden verbessert werden (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (1999, S. 144 f.). Darüber hinaus könnte mit Hilfe ökonomischer Modellsimulationen bzw. deren empirischer/historischer Konsistenz die Datensensitivität der Klassifikationsergebnisse („influential data“) näher untersucht werden. Was die Nutzung der Klassifikationsergebnisse für die Schätzung phasenspezifischer Modelle angeht, ist dagegen zunächst Vorsicht geboten, da die Länge der Verzögerungen hier enge Grenzen setzt. Meyer/Weinberg (1975b, S. 13 ff.) müssen aus diesem Grund ihr Experiment auf ein (kleines) Modell (*St. Louis-Modell*) mit Verzögerungen von lediglich fünf Perioden beschränken.

Die Nützlichkeit der angesprochenen Perspektiven steht außer Frage. Die komplementäre Anwendung unterschiedlicher Verfahren spiegelt die in der empirischen Konjunkturforschung seit einigen Jahren zu beobachtende methodische „Entgrenzung“, Methodenvielfalt oder methodischen Eklektizismus. Neu sind die Möglichkeiten der engen Verknüpfung der Methoden anstelle des bislang vorherrschenden unverbundenen Nebeneinanders. Der Hauptertrag diskriminanzanalytischer Zyklenklassifikation dürfte daher bis auf weiteres weniger im prognostischen als im diagnostischen Bereich liegen – an Prognoseverfahren besteht bekanntlich auch kein Mangel.

Weder das hier zugrundegelegte Schema noch die Klassifikatoren oder das Verfahren müssen das letzte Wort sein. Die generelle Nützlichkeit der Methode wird sicherlich durch ihre vergleichsweise niedrigen Kosten verstärkt: Zwar sind seine „Entwicklungskosten“ hoch, die „Betriebskosten“ indessen niedrig. Mit Blick auf die generellen Diagnose- und Prognoseprobleme stellt der Ansatz zwar nur einen kleinen Schritt dar, gemessen am reifen Alter der meisten Instrumente aber einen durchaus vielversprechenden.

Literaturhinweise

Bauer, G. (1985): Schätzung von ökonomischen Ungleichgewichtsmodellen: empirische Analysen am Beispiel von Faktornachfragefunktionen, Volkswirtschaftliche Beiträge, 103, Idstein.

Brosius, G. (1989): SPSS/PC+ Advanced statistics and tables, Hamburg.

Burns, A. F.; Mitchell, W. C. (1947): Measuring business cycles, New York, NY.

Campbell, N. A. (1980): Robust Procedures in multivariate analysis I: robust covariance estimation, in: Applied Statistics, 29, S. 231 – 237.

Council of Economic Advisers (1999): The Annual Report, in: Economic Report of the President, Washington, D.C.

Deutsche Bundesbank (1995): Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen – Statistisches Beiheft zum Monatsbericht, April 1995, Frankfurt am Main.

Diebold, F. X.; Rudebusch, G. D. (1999): Business cycles – durations, dynamics, and forecasting, Princeton.

Döpke, J. (1998): Leading indicators for Euroland's business cycle, Kiel Working Paper, 886, Kiel.

Epstein, P. (1933): Die Symptomatik in der Konjunkturforschung, Veröffentlichungen der Frankfurter Gesellschaft für Konjunkturforschung, Heft 6 N.F., Leipzig.

Fuhrer, J. C.; Schuh, S. (eds., 1998): Beyond shocks: What causes business cycles? Federal Reserve Bank of Boston Conference Series, 42, Boston.

Glasner, D. (ed., 1997): Business cycles and depressions – an encyclopedia, New York, NY.

Green, P. E. (1978): Analyzing multivariate data, Hinsdale, IL.

Heilemann, U. (1982): Cyclical taxonomy and large econometric models, in: R. F. Drenick, F. Kozin (eds.): System Modelling and Optimization, Lecture Notes in Control and Information Sciences, 38, Berlin, S. 721 – 734.

Heilemann, U.; Münch, H. J. (1992): Understanding Macroeconomic Models: Structural Sensitivity Analysis of a Medium-Sized Model, in: Computer Science in Economics and Management, vol. 5, S. 247 – 270.

Heilemann, U.; Münch, H. J. (1996): West German Business Cycles 1963 – 1994: A Multivariate Discriminant Analysis, CIRET-Studien, 50, Munich, S. 220 – 250.

Heilemann, U.; Münch, H. J. (1998): Forecasting the stage of the business cycle. Paper presented at the Project LINK-Meeting in Rio de Janeiro, September 14 – 18, 1998.

Heilemann, U.; Münch, H. J. (1999a): Multivariate analysis of business cycles, Vortrag im Rahmen der 24. CIRET-Konferenz vom 17. bis 20. März 1999 in Wellington, Neuseeland.

Heilemann, U.; Münch, H. J. (1999b): Classification of West German Business Cycles 1955 – 1994, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 219, S. 632 – 656.

Helmstädter, E. (1989): Die M-Form des Wachstumszyklus, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Band 206, S. 383 – 394.

Körber-Weik, M. (1983): Konjunkturdiagnose und Konjunkturmessung, *Forschungsberichte des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen*, A 35, Tübingen.

Kromphardt, J. (1989): Konjunkturtheorie heute: ein Überblick, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 109. Jg., S. 173 – 231.

Lachenbruch, F. A. (1967): An almost unbiased method of obtaining confidence intervals for the probability of misclassification in discriminant analysis, in: *Biometrics*, 23, S. 639 – 645.

Meyer, J. R.; Weinberg, D. H. (1975a): On the classification of economic fluctuations, in: *Explorations in Economic Research*, 2, S. 167 – 202.

Meyer, J. R.; Weinberg, D. H. (1975b): On the usefulness of cyclical taxonomy, Paper presented at the 12th CIRET Conference, 25 – 27th June 1975.

Meyer, J. R.; Weinberg, D. H. (1976): On the classification of economic fluctuations: an update, in: *Explorations in Economic Research*, 3, S. 584 – 585.

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg., 1999): Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland, *RWI-Konjunkturbericht*, Jg. 49, S. 127 – 164.

Roehl, M. C.; Weihs, C. (1998): Optimal vs. classical linear dimension reduction, *Sonderforschungsbereich 475 – Technical report*, 12/1998.

Smeets, H. D. (1992): „Stylized Facts“ zum Konjunkturverlauf in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Band 210, S. 512 – 532.

Sonderforschungsbereich 475 (1996): Komplexitätsreduktion in multivariaten Datenstrukturen – Finanzierungsantrag für die Jahre 1997 – 2000, Dortmund.

Spiethoff, A. (1955): Die wirtschaftlichen Wechsellagen – Aufschwung, Krise, Stockung. Mit einer Einleitung von Edgar Salin. Band I, Erklärende Beschreibung, Tübingen, Zürich.

SPSS (1993): SPSS for Windows – Professional statistics. Release 6.0, Chicago, IL.

Tichy, G. (1976): Konjunkturschwankungen, Berlin.

Tichy, G. (1994): Konjunktur – Stilisierte Fakten, Theorie, Prognose, Berlin.

Wagner, A. (1972): Die Wachstumszyklen in der Bundesrepublik Deutschland – Eine komparativ-dynamische Komponentenanalyse für die Jahre 1951 – 1970, *Schriftenreihe des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen*, 21, Tübingen.

Wolters, G. (1984): Klassifikation, Artikel in: *J. Mittelstraß (Hrsg.): Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie*, 2, Mannheim, S. 409 – 410.

Zarnowitz, V. (1996): *Business Cycles – Theory, History Indicators and Forecasting*, Chicago, London.

Zarnowitz, V.; Moore, G. H. (1988): Major changes in cyclical behavior, in: *R. J. Gordon (ed.): The American business cycle today: Continuity and change*, *NBER-Studies in Business Cycles*, 25, Chicago, IL.

Gespaltene Konjunktur im wiedervereinigten Deutschland

1 Einleitung

Die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland gibt Anlass zur Sorge. Das Wachstum bleibt in jüngster Zeit sogar hinter dem westdeutschen zurück: Statt Angleichung entsteht Rückschritt. Im Folgenden soll erläutert werden, worin die Ursachen für diese unbefriedigende Entwicklung bestehen könnten.

Von besonderer Bedeutung ist angesichts der spezifischen Struktur Ostdeutschlands dabei eine Analyse der Entwicklungen im Baubereich, dessen Boomphase wohl unweigerlich zu Ende geht. Die entscheidende Frage ist, warum fast zehn Jahre nach Beginn der Währungsunion nicht andere Sektoren die Rolle als treibende Kraft der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung übernommen haben. Im Folgenden wird die These vertreten, dass die ostdeutsche Wirtschaft nach wie vor unter gravierenden Angebotsmängeln leidet, die eine nachhaltige Entfaltung der Wirtschaftsentwicklung hemmen. Zudem hat, wie eine einfache Korrelationsanalyse zeigt, auch die schlechte Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland zu der Wachstumsschwäche im Osten beigetragen.

Um wieder an Fahrt aufzunehmen, muss die ostdeutsche Wirtschaft höhere Produktivitätszuwächse aufweisen als der Westen und die Lohnentwicklung muss hinter diesen Zuwächsen zurückbleiben. Gleichzeitig ist eine gute Konjunktur im Westen auch ein belebendes Element für die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung. Gleichwohl ist abzusehen, dass die Angleichung zwischen beiden Wirtschaftsräumen noch viel Zeit erfordern wird.

2 Die wirtschaftliche Entwicklung in Ost- und Westdeutschland

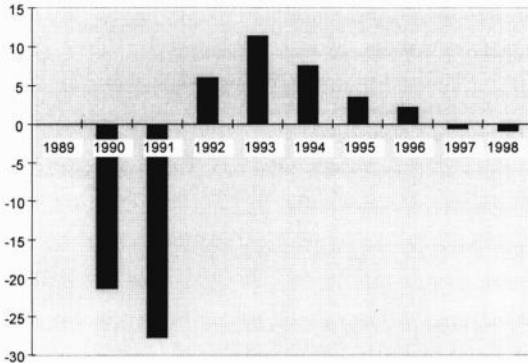
Betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung in Ost- und Westdeutschland seit der Vereinigung, so scheint der Begriff „gespaltene Konjunktur“ auf den ersten Blick als Beschreibung angemessen, ist doch das Wachstum über den gesamten Zeitraum immer wieder sehr unterschiedlich gewesen. Ein genaueres Hinsehen lehrt aber, dass die Beschreibung dieses Phänomens als durchweg gespaltene Konjunktur zwischen Ost- und Westdeutschland nicht adäquat sein kann. Vielmehr sind verschiedene Phasen zu unterscheiden, in denen sich eine unterschiedliche Entwicklung ergab oder aber auch nicht.

Betrachtet man als einen ersten, groben Indikator für die konjunkturelle Entwicklung das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Ost- und Westdeutschland, lassen sich drei Phasen von Wachstumsdifferenzen zwischen beiden Gebieten unterscheiden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass alle hier verwendeten Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) auf dem ESVG 79 (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen) beruhen, da mit der Umstellung auf die nunmehr verwendete Systematik ESVG 95 die Ost-West-Aufspaltung noch nicht ausgewiesen wird.

*) Dr. Gustav A. Horn, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.

In der ersten Phase unmittelbar nach der Währungsunion, die ja als der Beginn der wirtschaftlichen Vereinigung gesehen werden muss, schrumpfte die Produktion in Ostdeutschland auf geradezu dramatische Weise: Das BIP Ostdeutschlands lag im Durchschnitt des Jahres 1991 etwa ein Fünftel unter dem des Vorjahres. Gleichzeitig durchlief Westdeutschland den sogenannten „Vereinigungsboom“, der mit für Westdeutschland außerordentlich hohen Zuwachsraten von gut 5 % im Vergleich zum Vorjahr, die seit den siebziger Jahren nicht mehr erreicht worden waren, verbunden war. Aus östlicher Sicht ergaben beide Entwicklungen zusammengenommen ein negatives Wachstumsdifferential von fast 30 %.

Abbildung 1
Wachstumsdifferenz (Ost-West)
in Prozentpunkten des Bruttoinlandsprodukts nach ESVG 79



Quelle: DIW

Diese Entwicklung kehrte sich Ende 1991 um. Von 1992 bis 1996 wuchs die Wirtschaft in Ostdeutschland, anfänglich sogar erheblich, kräftiger als im Westen. Dabei wurden bis 1994 maximale Wachstumsraten in Ostdeutschland von fast 10 % erreicht. Seit 1997 hat sich diese Entwicklung deutlich abgeschwächt. Seit 1997 ist nun, und das ist die jüngste Phase, die Entwicklung sogar umgekehrt. Der Westen wächst rascher als der Osten: Ostdeutschland fällt im Vergleich zum Westen wieder zurück. Allerdings ist der Abstand nicht sehr groß, so dass man grosso modo eher von einer Tendenz zur Angleichung der Entwicklung reden kann. Dies bedeutet dennoch, dass die wirtschaftliche Angleichung Ostdeutschlands in jüngster Zeit nicht vorangekommen ist.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Begriff gespaltene Konjunktur im Grunde nur für die ersten beiden Phasen, also von 1990 bis 1996, adäquat. Zuletzt ist eher ein konjunktureller

Gleichlauf zwischen Ost- und Westdeutschland zu beobachten. Eine solche Tendenz wirft freilich bedeutsame Fragen im Hinblick auf die weitere Entwicklung auf. Welche Einflussfaktoren haben diese gravierenden Tendenzänderungen herbeigeführt? Ist mit einer Fortdauer des Gleichlaufs zu rechnen? Bedeutet dies, dass es auf absehbare Zeit keine Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland geben wird?

Im Folgenden soll daher ein genauerer Blick auf die die konjunkturelle Dynamik bestimmenden Faktoren geworfen werden. Angesichts der Kürze der Zeitreihen ist allerdings derzeit noch keine methodisch hinreichende empirische Fundierung von Hypothesen möglich. Vielmehr müssen viele Aussagen noch auf einer hypothetischen bzw. deskriptiven Ebene verbleiben.

3 Die Rolle der Baukonjunktur

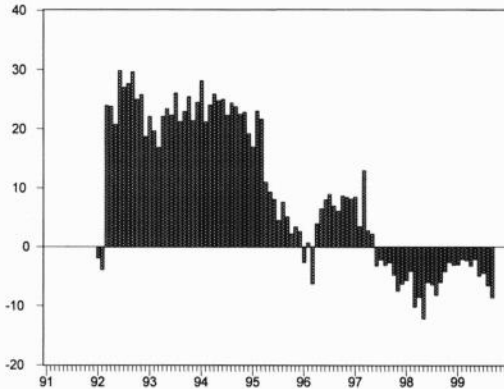
Der dramatische Einbruch der Wirtschaftsaktivität in Ostdeutschland unmittelbar nach dem Beginn der Währungsunion ist im Wesentlichen die Konsequenz aus dem Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie. Mit der Einführung der DM zum Kurs von 1:1 in Relation zur Mark der DDR war die ostdeutsche Industrie schlagartig dem Konkurrenzdruck der westdeutschen und internationalen Anbieter ausgesetzt. Mit dem zum Beginn der Währungsunion bestehenden Produktivitätsrückstand konnten die meisten ostdeutschen Firmen diese Aufgabe nicht bewältigen.¹⁾ Der gewählte Umstellungskurs kam schließlich einer Aufwertung der DDR-Währung von 300 – 400 % gleich. Einen solchen Schock hätte auch jede entwickelte westliche Volkswirtschaft nicht ohne große Schäden überstanden. In Ostdeutschland waren die Folgen dramatisch. So sank die Industrieproduktion binnen weniger Monate, von Juni 1990 bis Januar 1991, um gut 60%²⁾ und ging dann in eine stagnative Entwicklung über. Dieser Schrumpfungsprozess war offenkundig nicht konjunkturell bedingt, sondern Folge struktureller Wettbewerbsmängel der ostdeutschen Wirtschaft im Transformationsprozess.

Die beherrschende Dynamik der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung entstand dann aus den sehr prägnanten Tendenzen im Baugewerbe. Betrachtet man die Produktion im Bauhauptgewerbe (Ost) im Vergleich zum Bauhauptgewerbe (West), zeigt sich die oben beschriebene Wachstumsdynamik in deutlicher Form.

1) Siehe Flassbeck, Heiner/Horn, Gustav A. (Hrsg.): *Unification – An Example for Korea?*, London 1996.

2) Siehe Flassbeck, Heiner/Horn, Gustav A. (Hrsg.): *Unification – An Example for Korea?*, London 1996, S. 148

Abbildung 2
Wachstumsdifferenzen (Ost-West)
Bauhauptgewerbe
in Prozentpunkten



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW

Die hohen Zuwachsraten zu Beginn der neunziger Jahre, ab 1992, sind im Wesentlichen auf den Bauboom zurückzuführen. Vor allem hierin zeigen sich die erheblichen Transfers von West- nach Ostdeutschland, die teilweise direkt über öffentliche Investitionen oder indirekt über Investitionszulagen für Private bzw. steuerliche Vergünstigungen zur Geltung kamen. Der Boom im Bau ist somit das Spiegelbild der erheblichen steuerlichen Belastungen in Westdeutschland und die Umleitung dieser Steuereinnahmen nach Ostdeutschland. Insofern war diese Spaltung der Konjunktur wirtschaftspolitisch erzeugt. Daher liegt auch hier keine übliche konjunkturell disparate Entwicklung vor, die z.B. durch unterschiedliche monetäre Entwicklungen hervorgerufen wurde. Vielmehr hatte die Finanzpolitik in beiden Teilen Deutschlands einen extrem unterschiedlichen Kurs eingeschlagen. War sie im Westen vor allem durch Steuererhöhungen ausgeprägt restriktiv, so war sie für den Osten Deutschlands extrem expansiv.

Die konjunkturelle Entwicklung in Ostdeutschland war somit zunächst im Wesentlichen von der Bautätigkeit getragen. Im Zuge dieses Prozesses hatte dieser Wirtschaftszweig auch eine überragende Bedeutung erlangt. So sind etwa 16% aller Beschäftigten im Baugewerbe tätig; im Westen hingegen lediglich 6%.³⁾ Diese Abhängigkeit machte sich denn auch negativ bemerkbar, als die Aktivitäten im Baubereich keine weiteren Impulse erfuhren. Die

3) Siehe Paqué, Karl-Heinz: Zehn Jahre Aufbau Ost: eine Zwischenbilanz, in: ifo Schnelldienst 34/99, S. 15.

Herausbildung von Überkapazitäten, die allgemein schlechtere Wirtschaftslage und, später, der Abbau von Steuervergünstigungen schlug sich ab 1995 in einer rückläufigen Bautätigkeit nieder. Das große Gewicht dieses Sektors führte nicht nur dazu, dass die Arbeitslosigkeit entsprechend stieg, sondern auch der Aufholprozess des Ostens sich zunächst merklich verlangsamte und ab 1997 gänzlich zum Stillstand kam.

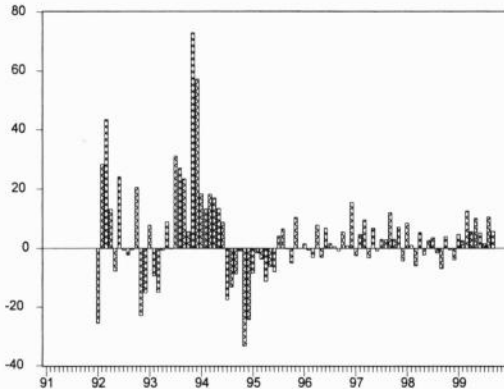
Eine solche Entwicklung war eigentlich vorhersehbar. Selbstverständlich gab es zu Beginn des Transformationsprozesses die drängende Notwendigkeit, Investitionen im Baubereich vorzunehmen. Denn sollte rasch ein sich selbst tragender Aufschwung in Gang kommen und die Wettbewerbsfähigkeit Ostdeutschlands auf den Weltmärkten erreicht werden, bedurfte es einer fundamentalen Modernisierung der Infrastruktur sowohl im Hinblick auf Verkehr als auch Telekommunikation. Gleichfalls war eine gründliche Modernisierung im Wohnungsbau, nicht zuletzt um massivere Migrationstendenzen zu vermeiden, und auch für den Wirtschaftsbau, erforderlich, um die Produktionsbedingungen zu verbessern. Diese Ziele wurden teilweise erreicht, teilweise sogar übererfüllt, was sich in beträchtlichen Überkapazitäten niederschlug.

Vor diesem Hintergrund musste allerdings von Anfang an erkennbar sein, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland nicht auf Dauer allein von der Dynamik im Baubereich getragen werden könne. Gedacht war vielmehr, dass die hohe Expansion im Bau zunehmend von derjenigen anderer Bereiche, insbesondere von Industrie und Dienstleistungen würde abgelöst werden können.

4 Die Krise der Industrie

Das große Problem der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung ist denn auch, dass dieser Übergang von einer zwangsläufig nur temporär hohen Dynamik im Bau zu einem nachhaltigen Aufschwung in der Industrie bisher nicht gelungen ist. Betrachtet man die Entwicklung in einem der wichtigsten Sektoren, dem Investitionsgüter produzierenden Gewerbe, zeigt sich, dass ein solcher Aufschwung bis auf den heutigen Tag nicht zu erkennen ist.

Abbildung 3
Wachstumsdifferenz (Ost-West)
Produktion Investitionsgütergewerbe
in Prozentpunkten



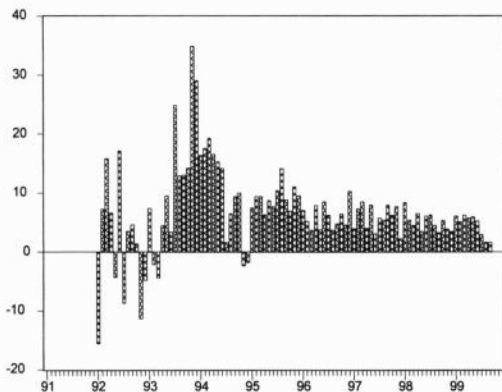
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW

Zwar ist festzustellen, dass von 1992 bis 1994 die Produktion in diesem Bereich fast immer stärker gewachsen ist als in Westdeutschland; dies gilt insbesondere für die Rezessionsphase in Westdeutschland. Dieser Trend kehrte sich aber bereits 1994 um, und seit Ende 1995 ist kein großer Unterschied mehr zu Westdeutschland zu sehen. Auch in diesem Bereich haben die massiven Förderimpulse offenkundig zunächst eine positive Wirkung entfaltet. Letztlich hatten sie aber keinen Bestand und der Aufholprozess kam auch in diesem Bereich frühzeitig zum Stillstand. Diesem konjunkturellen Schlüsselbereich kommt eine wesentliche Bedeutung auch für die langfristigen Entwicklungschancen einer Volkswirtschaft zu, da sich hier ein Know-how-Transfer vollziehen kann, der die Exportchancen einer Volkswirtschaft merklich beeinflussen kann. Insofern ist das Fehlen einer Angleichung in diesem Bereich besonders misslich.

Bezieht man die Industrie⁴⁾ insgesamt in die Betrachtung ein, ergibt sich allerdings ein etwas anderes Bild.

4) Als Industrieproduktion wird im Folgenden die Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ohne Bau verstanden.

Abbildung 4
Wachstumsdifferenzen (Ost-West)
Industrie
in Prozentpunkten



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW

Zwar ergibt sich auch nach dem tiefen Einbruch zu Beginn der Währungsunion ein kräftiger Aufholprozess, bei dem die Industrie in Ostdeutschland Wachstumsraten aufwies, die um gut 10 % höher waren als in Westdeutschland. Diese Angleichung setzt sich im Gegensatz zum Teilbereich der Investitionsgüterproduzenten bis zuletzt fort. Dabei waren die Fortschritte allerdings nicht mehr so hoch wie noch Anfang und Mitte der neunziger Jahre, aber seit 1996 übertraf die Zunahme der Produktion der ostdeutschen Industrie die der westdeutschen immerhin noch zwischen 2 und 5 Prozentpunkten. Im Westen war das Wachstum allerdings eher verhalten. Auch hinterließen die Folgen der außenwirtschaftlichen Turbulenzen Spuren in der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung, war die Industrieproduktion 1999 in Ostdeutschland zeitweilig sogar rückläufig.

Um den Zusammenhang zwischen der Konjunktur in Westdeutschland und in Ostdeutschland herauszuarbeiten, soll im Folgenden eine Korrelationsanalyse erläutert werden. Eine an sich adäquatere ökonomische Analyse ist aufgrund der geringen Zahl der zur Verfügung stehenden Daten derzeit noch nicht möglich. Sie wird auch nur unter großen Schwierigkeiten möglich sein, wenn die Zeitreihen entsprechend ESVG 95 nicht hinreichend weit zurückgerechnet werden.

Im Folgenden werden die einfachen Korrelationskoeffizienten zwischen den Zuwachsraten (im Vergleich zum Vorjahresmonat) der ost- und westdeutschen Industrieproduktion ausgewiesen. Dies geschieht für die verschiedenen Lags und Leads der beiden Variablen.

Tabelle 1
Kreuz-Korrelogramm
Industrieproduktion (Ost) und Industrieproduktion (West)

Periode	Verzögerung	vorausleitend
0	0.5335	0.5335
1	0.4334	0.6083
2	0.3471	0.6800
3	0.2602	0.6850
4	0.1936	0.7096
5	0.0605	0.7406
6	-0.0017	0.7215
7	-0.0913	0.7374
8	-0.1282	0.6626
9	-0.2065	0.6279
10	-0.2673	0.5871
11	-0.2881	0.5621
12	-0.3040	0.4876

Dabei zeigt sich, dass die ostdeutsche Industrie mit der verzögerten westdeutschen Industrieproduktion nur eine geringe Korrelation aufweist; ab 4 Monate Verzögerung ist der Zusammenhang sogar negativ. Ganz anders sieht die Korrelationsstruktur mit den zukünftigen Werten aus. Hier zeigt sich, dass ein relativ hoher gemessener Zusammenhang zwischen den Werten besteht. Am höchsten ist der Korrelationskoeffizient mit 0,74 mit dem um fünf Monate vorauslaufenden Wert der westdeutschen Industrieproduktion. Diese Ergebnisse sprechen dafür, dass die ostdeutsche Konjunktur der westdeutschen in einem Abstand von etwa einem halben Jahr folgt. Das bedeutet, dass konjunkturelle Schwächephasen im Westen nach kurzer Zeit zumindest in einem gewissen Ausmaß auch auf den Osten übergreifen. Mithin haben auch die jüngsten Schwächephasen der westdeutschen Konjunktur 1995/96 und 1998/99 ihre negativen Folgen für Ostdeutschland gehabt.

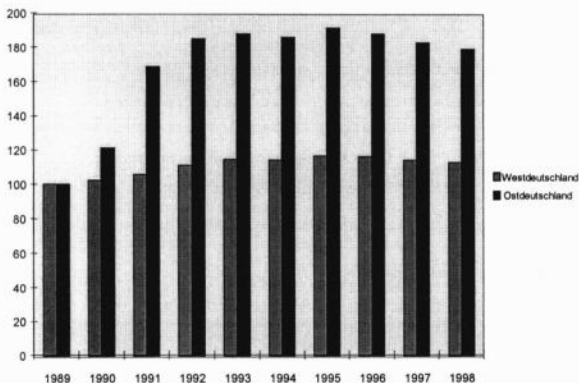
Das Bild, das sich aus diesen Entwicklungen formt, ist das einer Wirtschaft, die den Transformationsprozess noch nicht endgültig bewältigt hat und in starkem Ausmaß von den wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklungen in Westdeutschland abhängig ist. Zu langsam holt die Industrie nach stürmischem Beginn auf. Gleichwohl ist festzuhalten, dass Fortschritte erzielt werden, die allerdings nicht ausreichen, um strukturell belastende Komponenten wie den Rückgang der Bauaktivitäten auszugleichen.

5 Ist Ostdeutschland wettbewerbsfähig?

Eine der offenkundigen Schwachstellen der ostdeutschen Wirtschaft ist ihre bislang unterentwickelte Fähigkeit, Produkte auf dem Weltmarkt abzusetzen. So betrug der Exportanteil der ostdeutschen Wirtschaft nur 9 % im Vergleich zu gut 27 % der westdeutschen Wirtschaft.⁵⁾

Eine Analyse der Auftragseingänge aus dem Ausland zeigt, dass von 1992 bis 1997 die Exportfähigkeit sogar rückläufig war. Seither nimmt sie aber wieder zu. Allerdings ist sie immer wieder starken Schwankungen unterworfen. Im Vergleich dazu entwickelte sich die Auftragslage in Westdeutschland eher stetig. Die jüngsten außenwirtschaftlichen Turbulenzen haben dabei Westdeutschland früher und länger betroffen als die ostdeutsche Wirtschaft, die Ende 1998 lediglich einen kurzen, aber kräftigen Einbruch der Nachfrage hinnehmen musste. Diese Entwicklungen zeigen, dass noch keine stabile Konkurrenzfähigkeit der ostdeutschen Industrie besteht.

Abbildung 5
Lohnstückkosten
Gesamtwirtschaft, in Landeswährung
1989 = 100



Der wesentliche Grund für diese unbefriedigende Lage besteht in immer noch unzureichenden Angebotsbedingungen. Dies zeigt sich zum einen in einer nach wie vor im Vergleich zu Westdeutschland unterentwickelten Infrastruktur. Es zeigt sich auch in den trotz tariflicher Öffnungsklauseln zu hohen Löhnen. Beide Größen zusammen lassen sich durch die Ent-

5) Siehe Paqué, Karl-Heinz: Zehn Jahre Aufbau Ost: Eine Zwischenbilanz, in: ifo Schnelldienst 34/99, S. 15.

wicklung der Lohnstückkosten, also der Relation zwischen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und dem realen Bruttoinlandsprodukt, abbilden. Für die folgende Betrachtung wurden die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten herangezogen, in die die gesamten Lohnkosten einer Volkswirtschaft, einschließlich der Lohnnebenkosten, eingehen. Bei Verwendung von sektoralen Lohnstückkosten würde man den Lohnkostenentwicklungen in Zuliefersektoren nicht adäquat Rechnung tragen.⁶⁾

Setzt man die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in Ost- und Westdeutschland für 1989 auf jeweils 100, so zeigt sich der für die weitere wirtschaftliche Entwicklung fatale Anstieg der Kostenbelastung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der gleiche Ausgangswert für 1989, der sich durch die Indexierung ergibt, keinesfalls eine gleich hohe Wettbewerbsfähigkeit für Ost- und Westdeutschland impliziert.

Vielmehr war die ostdeutsche Wirtschaft schon zu jenem Zeitpunkt wohl kaum in der Lage, auf Exportmärkten erfolgreich zu sein. Um so gravierender ist, dass von 1990 bis 1993 die Lohnstückkosten in Ostdeutschland erheblich stärker stiegen als in Westdeutschland. Damit verschlechterte sich die Wettbewerbsposition Ostdeutschlands fundamental. Ursache hierfür waren die auf der einen Seite noch unzureichende Modernisierung der Infrastruktur und eine allzu rasche Lohnanpassung, die die wesentlich geringeren Produktivitätszuwächse aus den Augen verlor.

Erst nach 1993 trat eine gewisse Stabilisierung ein, und seit 1996 ist sogar eine allmähliche Verminderung der Diskrepanz zwischen den Lohnstückkosten in den beiden Regionen zu beobachten. Dies ist insofern bemerkenswert, als die westdeutschen Lohnstückkosten in jenem Zeitraum auch rückläufig sind. Dabei spielen die beschleunigten Produktivitätszuwächse im Osten und vor allem das Zurückbleiben der Lohnerhöhungen nicht zuletzt durch das Vordringen tariflicher Öffnungsklauseln eine Rolle. Folglich haben sich die Angebotsbedingungen in Ostdeutschland zuletzt gebessert.

Die Entwicklung der Lohnstückkosten erklärt, warum die ostdeutsche Wirtschaft nicht den gewünschten Anpassungspfad eingeschlagen hat. Solange keine preisliche Konkurrenzfähigkeit besteht, kann auch kein selbsttragender Aufschwung entstehen. Gerade die Produktion und Nachfrage nach Investitionsgütern lohnt dann nicht. Eine solche Wirtschaft bleibt auf staatliche Förderung, wie sie in Ostdeutschland insbesondere im Baubereich wirksam wurde, angewiesen. Mit deren Rückführung erlosch jener Impuls, der die ostdeutsche Wirtschaft bis Mitte der neunziger Jahre bei der Anpassung besonders vorangebracht hatte. Es ist daher nicht verwunderlich, dass in jüngster Zeit trotz aller Fortschritte der Anpassungsprozeß ins Stocken geraten ist. Verschärft wurde die Situation noch durch die auch für Westdeutschland unbefriedigende Wirtschaftsentwicklung.

6) Siehe Deutsche Bundesbank: Zur Indikatorqualität unterschiedlicher Konzepte des realen Außenwertes der D-Mark, Monatsbericht November 1998, Nr. 11, S. 41 – 55, und Reinhard Pohl: Löhne, Wechselkurse und Wettbewerbsfähigkeit, DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Wochenbericht 30/97, S. 517 – 524.

6 Ein Blick in die Zukunft

Die Chancen Ostdeutschlands, den Aufholprozess wieder aufzunehmen, stehen insgesamt nicht schlecht. Voraussetzung hierfür ist aber zum einen, dass die zum großen Teil öffentlichen Investitionen in eine Verbesserung der Infrastruktur nicht abgebaut werden. In diesem Bereich bedarf es weiterer Fortschritte. Notwendig ist, dass die gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwächse in Ostdeutschland die in Westdeutschland übertreffen. Nur dann sind die Chancen, auf Dauer konkurrenzfähiger zu werden, gegeben. Ob diese Chancen realisiert werden können, hängt allerdings von der weiteren Lohnentwicklung ab. Nur wenn die Lohnzuwächse hinter der Produktivitätszunahme zurückbleiben, lassen sich die Angebotsprobleme, unter denen Ostdeutschland im Gegensatz zu Westdeutschland leidet, mildern.

Eine solche Entwicklung könnte bei höheren Produktivitätszuwächsen im Osten schon dadurch erreicht werden, dass die Löhne in Ostdeutschland nicht stärker steigen als im Westen. Mit anderen Worten, es gilt, sich von dem Gedanken zu verabschieden, dass eine schnelle Lohnangleichung ohne die entsprechenden Produktivitätszuwächse möglich ist. Es sei denn, man ist bereit, sich mit der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland abzufinden. Insbesondere der öffentliche Dienst, der gleichsam naturgemäß nur eine geringe Steigerung seiner Produktivität aufweisen kann, darf nicht Vorreiter bei der Lohnanpassung sein, sondern er muss der allgemeinen Entwicklung eher folgen. Denn die höheren Aufwendungen für Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst müssen letztlich über erhöhte Steuereinnahmen, die auf den Produktivitätssteigerungen der übrigen Sektoren beruhen, erwirtschaftet werden. Die Alternative besteht darin, entweder höhere öffentliche Haushaltsdefizite in Kauf zu nehmen oder Mittel für Investitionen zu kürzen. Beides kann nicht erwünscht sein.

Von großer Bedeutung ist wohl auch, wie die Korrelationsanalysen zeigen, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland stärker in Gang kommt. Dies würde auch auf Ostdeutschland übergreifen und die Wachstumsperspektiven verbessern. Eine gute Wirtschaftspolitik zahlt sich also für Gesamtdeutschland aus. Wenn all diese Voraussetzungen erfüllt werden, und dies erscheint a priori nicht unrealistisch, dann kann Ostdeutschland wieder aufholen. Schnell wird es jedoch nicht gehen und Geduld bleibt eine notwendige Tugend.

Konjunktur in einer globalisierten Welt¹⁾

1 Einleitung

Das Thema „Konjunktur in einer globalisierten Welt“ verbindet zwei Sachverhalte:

- 1.) Mit dem Begriff der „Konjunktur“ geht es um die eher kürzer- und mittelfristigen Abweichungen der wirtschaftlichen Entwicklung von einem langfristigen Wachstumspfad. Gemessen, diagnostiziert und prognostiziert werden zyklische Periodizität und Amplitude von Auf- und Abschwüngen. Dabei ist natürlich entscheidend, wie und in welcher Form die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Wachstumstrend und Konjunkturzyklus zerlegt wird. Beispielsweise hält es Wagner (2000) für bedenklich, Konjunktur als Abweichung vom Trend der Sozialproduktzeitreihe oder von einer transformierten Zeitreihe des Trends (Produktionspotential) messen zu wollen (Schwankungen im Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials).
- 2.) Das Modewort „Globalisierung“ meint zunächst einmal einen technologisch induzierten Prozess, der Transport- und Transaktionskosten der Raumüberwindung senkt. Die Folgen sind eine verringerte Marktsegmentierung und eine engere räumliche Interdependenz der Güter- und Faktormärkte. Nationale Volkswirtschaften werden geöffnet. Dieses Aufbrechen geschieht teils freiwillig durch bilaterale oder multilaterale Abkommen zur gegenseitigen Markterschließung. Teils erfolgt es durch den Druck einer sich internationalisierenden Wirtschaft. Es entstehen zunehmend grenzüberschreitende – eben globalisierte – Güter- und Faktormärkte, auf denen multinational tätige Firmen und international mobile Arbeitskräfte (teilweise auf firmeninternen Arbeitsmärkten multinationaler Unternehmen) ihre Produkte und Dienstleistungen für Käufer aus aller Welt anbieten.

Zusammengenommen stellen sich eine Reihe von wirtschaftspolitisch relevanten Fragen:

- 1.) Wie sehr hat die Globalisierung Periode und Amplitude zyklischer Abweichungen der wirtschaftlichen Entwicklung von einem langfristigen Wachstumspfad verändert? Nach der Intuition wäre zu erwarten, dass offene Märkte weniger starken konjunkturellen Schwankungen unterliegen als abgeschottete Volkswirtschaften. Allerdings ließe sich auch das Gegenteil vorstellen: Nämlich, dass offene Märkte bei synchronem Konjunkturverlauf besonders empfindlich auf Konjunkturschwankungen oder gar Strukturbrüche in einem wichtigen Handelspartnerland reagieren. Ein Beispiel hierfür liefert Finnland Anfang der 90er Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion.
- 2.) Wie weit sind Periode und Amplitude konjunktureller Schwankungen ein nationales Phänomen, wieweit folgen sie europa- oder gar weltweit einem identischen Verlauf? Gefühlsmäßig wäre zu vermuten, dass hoch vernetzte und damit entsprechend wechsel-

*) Prof. Dr. Thomas Straubhaar, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg.

1) Der Artikel ist ein Ergebnis des HWWA-Forschungsschwerpunkts „Wachstum und Konjunktur in Europa“. Der Verfasser dankt Wolfgang Henne, Marc Suhrcke und Eckhardt Wohlers für die wertvolle Unterstützung.

seitig abhängige Güter- und Faktormärkte einem sehr ähnlichen Konjunkturmuster folgen müssten. Auch hier ließe sich als Gegenbeispiel anführen, dass sich bei noch stark unterschiedlicher nationaler Wirtschaftsstruktur und -politik exogene Schocks auch sehr unterschiedlich auswirken können und eben gerade nicht zu einem synchronen Konjunkturverlauf führten.

Mit diesen zwei Fragen und der Suche nach Antworten sind Absicht und Gliederung meines Beitrages umrissen. Abschnitt 2 untersucht in einem historischen Längsschnittvergleich, wieweit sich nationale Konjunkturverläufe in den letzten Dekaden verändert haben und ob tatsächlich eine statistisch signifikante Änderung empirisch festgestellt werden kann. Abschnitt 3 analysiert mit einem Querschnittvergleich, wieweit Konjunkturverläufe international synchron verlaufen. Ein paar zusammenfassende Folgerungen schließen meinen Beitrag ab.

Mein Beitrag verzichtet – insbesondere mit Blick auf die kompetente Darstellung bei Wagner (2000) und Schips (2000) – auf eine vertiefte Diskussion des aktuellen Stands der Konjunkturtheorie und ihrer empirischen Umsetzungsprobleme. Vielmehr beschränke ich mich auf die Längs- und Querschnittanalyse nationaler Konjunkturverläufe. Mich interessiert primär, ob und nicht weshalb oder wie sich „Globalisierung“ auf nationale Konjunkturverläufe empirisch auswirkt. Wie aktuell und relevant das Thema ist, lässt sich aus den Beiträgen zu einem „Symposium on Business Cycles“ erkennen, dessen wichtigste Ergebnisse im *Journal of Economic Perspectives* (No. 2, Vol. 13, 1999) wiedergegeben werden (vgl. De Long 1999).

2 Verändert die Globalisierung nationale Konjunkturverläufe?

„Globalisierung“ und die damit einhergehende Öffnung nationaler Märkte müssten eigentlich dämpfend auf den volkswirtschaftlichen Konjunkturzyklus wirken. Offene Märkte verringern die Abhängigkeit der Wirtschaft von inländischen Produktions- und Nachfrageschwankungen. Im Inland herrschende Ungleichgewichte können durch Im- oder Exporte ausgeglichen werden, ohne zu übermäßigen Preis- und Lohnreaktionen zu führen. Gleiches gilt für die Öffnung der Kapitalmärkte. Internationale Kapitalmärkte verringern Liquiditätsengpässe und mildern die Folgen spekulationsbedingter Bubbles. Desgleichen können Beschäftigungslücken – vor allem im Bereich qualifizierterer Fach- und Führungsfunktionen – durch eine kurzfristige Auslagerung der Produktion oder eine ebenso kurzfristige projektbezogene Einbeziehung ausländischer Arbeitskräfte überbrückt werden.

Der plausiblen Intuition, wonach die Globalisierung eine Konjunkturglättung zur Folge habe, sprechen ein paar offensichtliche Ereignisse entgegen. Es gibt ebenso gute Gründe für die Gegenhypothese, dass gerade die Globalisierung eine stärkere Volatilität nationaler Konjunkturschwankungen verursache.

- 1.) Wenn Märkte hoch interdependent sind und wirtschaftliche Entwicklungen im wesentlichen synchron verlaufen, dann entfällt der dämpfende Effekt, dass einer Aufschwungphase hier eine Rezession dort gegenübersteht. Ein Einbruch der Binnennachfrage in der Abschwungregion wird dann nicht durch eine Zunahme der Importe der Aufschwungregion kompensiert. Bei hoch synchron laufenden Konjunkturmustern wer-

den gerade in offenen Volkswirtschaften die Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklungen ausgeprägter werden.

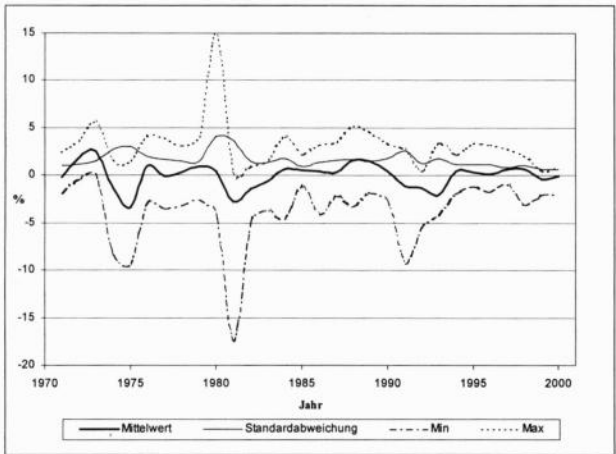
- 2.) Nicht ganz offensichtlich sind die konjunkturellen Rückwirkungen, die sich aus dem Verhalten multinationaler Unternehmungen (MNU) ergeben.²⁾ Auf der einen Seite darf von MNUs eine nahezu perfekte Antizipation und Adaption konjunktureller Entwicklungen erwartet werden. Andererseits ist durchaus vorstellbar, dass MNUs zur internationalen Heterogenität nationaler Zyklen beitragen. MNUs, die in verschiedenen Ländern für den Weltmarkt produzieren, tragen das Risiko angebots- und nachfrage-seitiger Schocks. Treten in einem Land exogene *Angebotsstörungen* auf, so können die MNUs die Produktivitätsschwankungen mit Entlassungen bzw. Neueinstellungen auffangen. Sie werden versuchen, vorwiegend dort zu produzieren, wo die Produktivität der eingesetzten Ressourcen gerade hoch ist. Das verstärkt natürlich die lokalen Konjunkturschwankungen, da die Arbeitslosen als lokale Nachfrage ausfallen, was wiederum nachfrageseitige Störungen für die Produzenten nichthandelbarer Güter hat. Treten hingegen lokale *Nachfrageschwankungen* auf, kann die Existenz von MNUs einen entgegengesetzten Effekt haben. MNUs mit Produktionsstätten in mehreren Ländern werden nur unwesentlich die Produktion in der Region mit der Nachfrageschwäche reduzieren, da diese Produktionsstätte für den Weltmarkt produziert. Gäbe es nur isolierte Ökonomien, d.h. produzierte jedes Unternehmen nur für den lokalen Markt, würde die Produktion bei einer lokalen Nachfrageschwankung erheblich mehr eingeschränkt werden und eine lokale Rezession fiel stärker aus.
- 3.) Im Weiteren ist auf den konjunkturellen Transmissionsmechanismus der internationalen Kreditmärkte hinzuweisen. Die Finanzkrisen der jüngeren Vergangenheit in den Emerging Markets haben gezeigt, wie sehr gerade die Öffnung und Interdependenz der Märkte zu einer größeren Verwundbarkeit der Volkswirtschaften beigetragen haben (Zarnowitz 1999). Die hohe internationale Kreditverflochtenheit multinationaler Firmen trägt zu einer verstärkten Anfälligkeit gegenüber „exogenen“ Schocks bei (vgl. Gröbl et al. 1999).
- 4.) Schließlich dürften innerhalb der neu geschaffenen Eurozone der Wegfall flexibler Wechselkurse und eine auf spezifische Bedürfnisse ausgerichtete nationale Geldpolitik zu einer größeren Volatilität der nationalen Konjunkturmuster führen, weil neben den nationalen Schocks nun auch die Störungen aus anderen Euroländern unmittelbar realwirtschaftlich „durchschlagen“. Dieses Argument würde dann entkräftet, wenn der Euro eine bessere Wirkungsweise der realen Anpassungsvorgänge zur Folge hätte (Güterhandel, räumliche oder sektorale Faktormobilität).

Aus den bisherigen Ausführungen wird deutlich, dass sich die Rückwirkungen der Globalisierung auf nationale Konjunkturmuster nur sehr eingeschränkt theoretisch festmachen las-

2) Der Einfluss der multinationalen Firmen auf nationale Konjunkturverläufe ist alleine schon aus statistischen Gründen empirisch nicht einfach feststellbar. Multinationale Unternehmen verbuchen interne Geschäftsvorgänge oft nicht explizit in öffentlich zugänglichen Buchhaltungen oder wenn, dann zu firmenspezifischen Verrechnungspreisen. Wenn im Weiteren die mikroökonomische Fundierung der Multinationalisierung mit berücksichtigt wird (vgl. hierzu Markusen 1995), die vermuten lässt, daß auf firmeninternen Arbeitsmärkten vor allem Wissenskapital international ausgetauscht wird, dann sinkt die Messbarkeit der makroökonomischen Effekte multinationaler Firmen weiter!

sen. Es mag deshalb interessieren, ob sich empirisch feststellen lässt, wieweit in der Realität dem dämpfenden oder dem stimulierenden Transmissionsmechanismus ein stärkeres Gewicht in Bezug auf den nationalen Konjunkturverlauf zukommt. Im Folgenden wird dieser Frage zunächst anhand einiger deskriptiver Statistiken nachgegangen. Die Darstellung bezieht sich auf die Mitgliedsländer der Europäischen Union und die nichteuropäischen Länder USA und Japan für die Jahre 1970 – 2000³⁾. Die Konjunkturzyklen wurden gemessen als Abweichungen vom Hodrick-Prescott-Trend auf der Basis jährlicher Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP).⁴⁾

Abbildung 1
Trendabweichung der Wachstumsrate des realen BIP, alle OECD-Länder



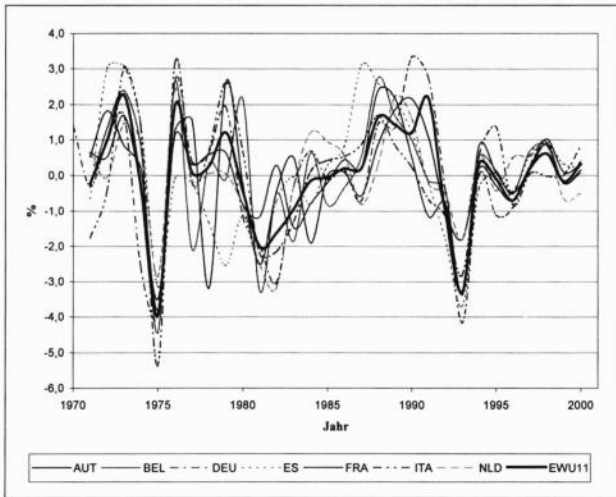
Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von OECD-Daten (OECD Economic Outlook, verschiedene Ausgaben; OECD National Accounts, verschiedene Ausgaben).

3) Alle Rohdaten sowie die Prognosen für den Zeitraum 1998 – 2000 stammen aus verschiedenen Ausgaben von Economic Outlook und National Account der OECD (1999).

4) Das Hodrick-Prescott (1997)-Verfahren ist eine gängige Methode, um konjunkturelle Abweichungen vom längerfristigen Wachstumstrend zu isolieren (vgl. hierzu auch Baxter/King 1995 oder Stock/Watson 1998). Die Europäische Zentralbank (1999, S. 39 – 40) liefert eine kompetent zusammengefasste Beschreibung des Hodrick-Prescott (1997)-Verfahrens.

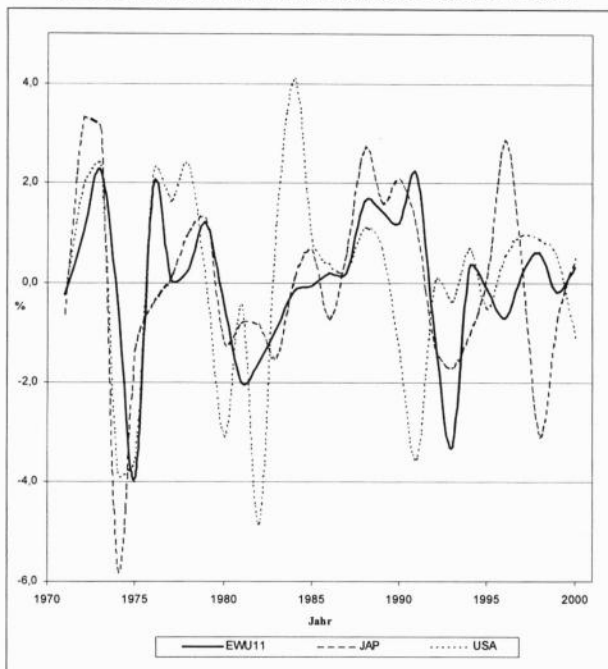
Abbildung 1 zeigt die Konjunkturverläufe aller untersuchten Länder in einer Durchschnittsbetrachtung (ungewichteter Durchschnitt). Deutlich wird, dass über den gesamten Zeitverlauf keine wesentliche Veränderung des durchschnittlichen Konjunkturverlaufs festgestellt werden kann. Sowohl die durchschnittliche Amplitude als auch die jeweiligen Standardabweichungen der einzelnen nationalen Abweichungen vom ungewichteten Mittelwert erlauben höchstens, eine marginale Tendenz eines verflachten Konjunkturverlaufs zu erkennen. Ähnlich schwach scheinen die Veränderungen der Längen der verschiedenen Zyklen zu sein. Dieser erste Eindruck wird nicht wesentlich korrigiert, wenn anstatt einer durchschnittlichen Betrachtung eine länderspezifische Analyse vorgenommen wird. Abbildungen 2 und 3 (siehe S. 150) zeigen die Konjunkturentwicklungen für einzelne Länder im Betrachtungszeitraum.

Abbildung 2
Konjunkturverlauf in ausgewählten EWU-Ländern
 – gemessen als Abweichung der Wachstumsrate des realen BIP vom Trend



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von OECD-Daten (OECD Economic Outlook, verschiedene Ausgaben; OECD National Accounts, verschiedene Ausgaben).

Abbildung 3
Konjunkturverlauf EWU11, Japan und USA
 – gemessen als Abweichung der Wachstumsrate des realen BIP vom Trend



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von OECD-Daten (OECD Economic Outlook, verschiedene Ausgaben; OECD National Accounts, verschiedene Ausgaben).

Wiederum zeigt sich eine höchstens marginale Verflachung der nationalen Konjunkturverläufe für die neunziger Jahre. In der letzten Dekade sind die nationalen Amplituden der trendbereinigten Konjunkturverläufe etwas flacher geworden. Auffällig ist darüber hinaus die über die Zeit hinweg uneinheitliche Periodizität der Konjunkturverläufe. Insgesamt be-

trachtet erscheint jedoch der Untersuchungszeitraum als eher (zu) kurz, um wirklich zuverlässige Trendaussagen treffen zu können.

Wieweit werden die eben vorgestellten empirischen Ergebnisse durch andere Studien bestätigt und ergänzt?

- 1.) Vor allem die empirischen Tests der Hypothesen aus der Business-Cycle-Literatur haben in jüngerer Vergangenheit nach robusten Konjunkturmustern gesucht – kommen aber immer wieder zum Ergebnis, dass „business cycle: It’s still a puzzle“ (Christiano/Fitzgerald 1998). Oder wie es De Long (1999, S. 19) in seiner Einführung zu einem Symposium über Business-Cycles formulierte: „Nearly every long economic expansion in the United States generates intellectual currents claiming that the boom-bust business cycle is over, that there is a 'new economy'“. In einem Verfahren, das ähnlich zum oben vorgestellten Vorgehen ist, vergleicht De Long (1999) dann den Verlauf der Business-Cycles zwischen 1960 und 1998. Sein Ergebnis bestätigt meine Vermutung, dass zwar die strukturellen Veränderungen des 20. Jahrhunderts gewaltig waren, sich die Konjunkturmuster aber kaum verändert haben!: „The phenomenon of the business cycle persists, with at least qualitative continuity in its mechanisms and effects“ (De Long 1999, S. 20).
- 2.) Auch Christina Romer (1999) bestätigt in ihrer Analyse der Entwicklung des Konjunkturverlaufs in den USA seit Ende des 19. Jahrhunderts, dass sich das US-Konjunkturmuster durch eine bemerkenswerte Beständigkeit ausgezeichnet habe. Ihrer Ansicht nach kann keinesfalls von „the end of the Business cycle“ gesprochen werden. Die Volatilität der monatlichen Makrodaten sei in der Periode 1886 – 1997 nicht wesentlich zurückgegangen. Alles in allem gilt: „that economic fluctuations have changed somewhat over time, but neither as much nor in the way (expected) ... Major real macroeconomic indicators have not become dramatically more stable between the pre-World War I and post-World War II eras“ (Romer 1999, S. 23). Allerdings findet auch Romer (1999, S. 28) die von mir vermutete Stabilisierung in der letzten Dekade. Für die Periode 1985 – 1997 zeigt sich eine nur etwa halb so ausgeprägte Volatilität des US-Konjunkturverlaufs wie für die Periode 1948 – 1984. Aber zu Recht mahnt Romer (1999, S. 28) angesichts der kurzen Zeitreihe für besondere Vorsicht bei der Interpretation: „It would be foolhardy to deduce a trend from just 13 years of data – especially considering the current precarious state of the world economy“.
- 3.) Basu/Taylor (1999) untersuchen in einer umfassenden Studie die Entwicklung der (jährlichen) Konjunkturmuster in 16 Industrieländern für den Zeitraum von 1870 bis zur Gegenwart. Sie bestätigen die Beständigkeit der Konjunkturmuster in diesem Jahrhundert, und ebenso stellen sie eine schwächer werdende Volatilität des aggregierten 16-Länder-Durchschnitts für die Periode 1972 – 1998 fest. Im Weiteren unterscheiden sie vier Perioden je nach vorherrschendem monetären Regime: a) 1870 – 1914: Klassischer Goldstandard; stabile Wechselkurse und gut integrierte globale Kapitalmärkte, b) 1919 – 1939: Zusammenbruch der Weltwirtschaft; starke Verbreitung von Kapitalverkehrskontrollen; „Desintegration“, c) 1945 – 1971: Bretton-Woods-Ära und d) 1972 – Gegenwart: Flexible Wechselkurse. Damit gelingt es ihnen, insbesondere den bedeutenden Einfluss des Wechselkursregimes auf den Konjunkturverlauf aufzu-

decken – ein Sachverhalt, der in den Business-Cycle-Modellen nur unzureichend abgebildet bleibt.⁵⁾

Zusammengefasst zeigt sich ein relativ einheitliches Ergebnis: Die nationalen Konjunkturmuster des 20. Jahrhunderts weisen eine verblüffende Beständigkeit auf. Eine leichte Tendenz zu einer schwächer werdenden Volatilität der nationalen Konjunkturverläufe ist seit Mitte der 80er Jahre feststellbar, wobei es für (zu) weitgehende Folgerungen (noch) zu früh wäre. Insbesondere verweist Romer (1999, S. 43) darauf, dass die geringere Volatilität weit weniger das Ergebnis „of structural changes, globalization or the information revolution“ sei, als vielmehr „it has emerged because we have had a steadier hand on the macroeconomic tiller in recent years than in the years before“. Da auch Basu/Taylor (1999) ihr Ergebnis vor allem der (letztlich politischen) Wahl des Wechselkursmodells zuschreiben, ergibt sich eine relativ „harte“ Konsequenz: Nationale Konjunkturmuster werden weniger durch so schwer fassbare Phänomene wie die „Globalisierung“ bestimmt. „Talk that globalization will put an end to business cycles has understandably dwindled“, Zarnovitz (1999). Weit wichtiger sind die „ruhigen Hände“ der (nationalen) politischen Akteure. Konjunkturmuster bleiben „man made“. „Unruhige Hände“, eine unetstetige Geldpolitik oder ein falscher staatsbudgetfinanzierter Aktionismus bergen immer noch das Potenzial einer rasch aufflammenden konjunkturellen Instabilität in sich.

3 Wieweit verlaufen Konjunkturzyklen international synchron?

Auf globalisierten Märkten ist – einem neoklassischen Verständnis folgend – ein konjunktureller Gleichlauf zwischen verschiedenen Volkswirtschaften zu erwarten. Mit sinkenden Transport- und Transaktionskosten müssten Güterhandel, grenzüberschreitende Migration und internationale Kapitaltransfers Überschüsse hier mit Mängeln dort in Einklang bringen. In einer komparativ-statischen Sicht erhält die in der Heckscher-Ohlin-Samuelson-Welt prognostizierte Tendenz zu einem Ausgleich der Faktor- und Güterpreise ihre Gültigkeit. In einer dynamischen Sicht sollten sich die Wachstumsraten in allen Weltregionen annähern.⁶⁾

Die Standardmodelle der Konjunkturtheorie (Real-Business-Cycle-Modelle [RBC]⁷⁾ oder die Neue Keynesianische Makroökonomik [NKM]⁸⁾ eignen sich nur sehr bedingt zur Vorhersage der zu erwartenden Auswirkungen der Globalisierung auf den (a)synchronen Verlauf nationaler Konjunkturmuster:

- 5) Basu/Taylor (1999) folgern insbesondere, dass Geld (in der kurzen Frist) nicht neutral sei und dass diese Eigenschaft in Business-Cycle-Modellen integriert werden müsste.
- 6) Unzählige Studien zur empirischen *Wachstumsforschung* gehen dieser Frage nach; vgl. für einen Überblick beispielsweise de la Fuente (1997). Abgesehen von der u.a. durch Quah (1996, 1997) formulierten Fundamentalkritik zeigt sich durchaus eine Konvergenz, wenn auch nur „bedingt“ und nur sehr langsam. Mein Interesse gilt in diesem Artikel den kurzfristigen Schwankungen um den *Wachstumstrend* herum.
- 7) Die grundlegenden Arbeiten sind Kydland/Prescott (1982), De Long/Plosser (1983), Prescott (1986) and Black (1982).
- 8) Vgl. Mankiw (1985), Akerlof/Yellen (1985), Parkin (1986), Rotemberg (1982, 1987) and Blanchard/Kiyotaki (1987).

- 1.) Folgen wir dem RBC-Ansatz, so wäre die Quelle zunehmender Synchronisierung die Angleichung technologischer Schocks, oder allgemeiner: „realer“ Angebotsschocks⁹⁾. Je niedriger die technologischen „Wellen“, desto geringer auch die Amplitude des „Zyklus“. Wenn Globalisierung zu einer Angleichung der realen Strukturen der Länder beiträgt, kann – bei Gültigkeit der RBC-Modelle und sofern unterschiedliche reale Strukturen zuvor verantwortlich für konjunkturelle Divergenzen waren – eine größere Synchronisierung erwartet werden. Anders formuliert, lautet die entscheidende Frage, ob durch die Globalisierung das Auftreten realer Schocks symmetrischer geworden ist. Das Vorhandensein symmetrischer Schocks wurde in zahlreichen empirischen Studien zur Überprüfung der Existenz einer „optimal currency area“ (OCA) beispielsweise im europäischen Kontext untersucht. Als Ergebnis – zumindest in Bezug auf die EU – konnte festgehalten werden, dass Angebotsschocks eher regional oder industriespezifisch sind (vgl. hierzu Funke/Ruhwedel 1997). Die Abgrenzung nach Nationen scheint vor diesem Hintergrund ungeeignet (Belke 1999). Sofern Schocks vorwiegend regional und industriespezifisch sind, und sich dies durch ein engeres Zusammenwachsen der grenzüberschreitenden Regionen und Industrien im Zuge der Globalisierung (bzw. der Europäischen Integration) sehr wahrscheinlich noch verstärkt hat, wäre demzufolge nicht notwendigerweise eine inter-nationale Synchronisierung des Konjunkturzyklus zu erwarten. Stattdessen käme es zu einer regionalen oder industriellen Synchronisierung mit nicht vorhersagbaren Entwicklungen für die nationalen Konjunkturmuster.
- 2.) Der neu-keynesianische Ansatz liefert schon eher Anhaltspunkte für eine zunehmende Synchronisierung des Zyklus auf niedrigerem absoluten Niveau in der Folge der Globalisierung. Da ihm zufolge nominale Rigiditäten verantwortlich für die Volatilitäten sind, müsste Globalisierung zu einer Verringerung der länderspezifischen Rigiditäten führen, damit die Konjunkturverläufe der Länder konvergieren. Nach herrschender Meinung ist es gerade die unzureichende Lohnflexibilität auf dem Arbeitsmarkt, welche für Europas Beschäftigungsprobleme ursächlich ist. Es sollte erwartet werden, dass durch den mit der Globalisierung einhergehenden verstärkten Wettbewerb diese festgefahrenen nominellen Strukturen gelockert werden. Sofern darin die wesentliche Ursache für bisherige konjunkturelle Divergenzen lag, würden derartige institutionelle Reformen zu einer Besänftigung der Zyklen beitragen.

Das Problem der Verwendung der zitierten Standardmodelle für die hier interessierende Fragestellung liegt in der Vernachlässigung der internationalen Dimension. Um diesen Mangel zu beseitigen, gab es verschiedene Ansätze:

- 1.) Backus/Kehoe/Kydland (1995) und Baxter (1995) fassen die Literatur zusammen, die versucht hat, den internationalen Konjunkturzusammenhang mit Modellen der realen Außenwirtschaftstheorie zu analysieren.¹⁰⁾ Nationale Konjunkturmuster werden dabei ausschließlich über Handel und Faktorwanderungen international übertragen. Der Versuch, den RBC-Rahmen auf den Mehr-Länder-Fall zu erweitern und internationale
-
- 9) Beispiele realer Angebotsschocks sind u.a. Änderungen der Steuersätze, Störungen des Kreditmarktes, veränderte Erwartungen der Wirtschaftssubjekte gegenüber der zukünftigen Wirtschaftspolitik u. dgl.
 - 10) Die Beschränkung auf die reale Außenwirtschaftstheorie ist deshalb relevant, weil damit die Bedingung der RBC-Modelle respektiert wurde, daß keine monetäre Störungen auftauchen dürfen! Entsprechend wird vollständig von monetären Rückwirkungen auf den internationalen Konjunkturzusammenhang abstrahiert.

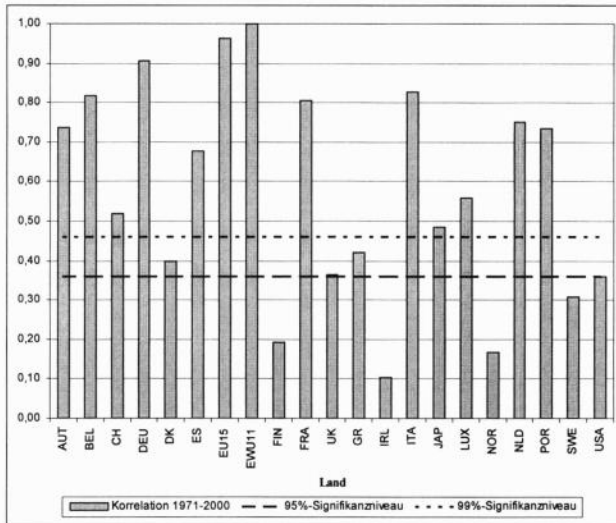
Konjunkturzusammenhänge erklären zu wollen, scheiterte zunächst an dem sogenannten „*quantity puzzle*“ (Backus/Kehoe/Kydland 1995 und Baxter 1995): Eine – kontrafaktische – Implikation der Modelle ergibt sich nämlich in der negativen Korrelation internationaler BIP-Wachstumsraten. Sie folgte aus der Annahme, dass – bei international unvollkommen korrelierten Angebotsschocks – Ressourcen dorthin wandern, wo das Kapital die höchste Rendite erzielen kann.¹¹⁾

- 2.) Ein anderer Ansatz, internationale Konjunkturzusammenhänge zu analysieren, folgte den strukturellen ökonomischen Modellen (vgl. bspw. Bayoumi/Eichengreen 1994 oder Kouparitsas 1998). Hierbei interessierte insbesondere die Frage, inwieweit der internationale Konjunkturzusammenhang vom jeweiligen Wechselkursregime abhängt (in dem Sinne in der Frage, nicht aber der gewählten Methode ähnlich zu Basu/Taylor 1999).

Im Folgenden will ich zunächst – wenn auch wesentlich einfacher – dem ersten Ansatz folgen (vgl. hierzu insbesondere Europäische Zentralbank 1999). Wenn sich „Globalisierung“ – hier operationalisiert durch den Grad der Handelsverflechtung – auf das internationale Konjunkturmuster auswirkt, so kann erwartet werden, dass im Querschnittsvergleich diejenigen Länder einen stärker synchronisierten Konjunkturzyklus aufweisen, deren bilateraler Handel größer ist. Abbildung 4 (siehe S. 155) zeigt den Korrelationskoeffizienten von nationaler Konjunktur und EWU11-Durchschnittskonjunktur für eine Reihe von OECD-Ländern für die Periode 1971 bis 2000. Deutlich wird, dass innerhalb der EWU11 die nationalen Konjunkturmuster in hohem Masse synchron verlaufen. Mit Ausnahme von Finnland (das vom „Schock“ des Zusammenbruchs der Sowjetunion wohl besonders hart getroffen wurde) und von Irland (wohl aufgrund seiner speziellen Abhängigkeit vom britischen Konjunkturverlauf) sind für die neun übrigen Länder der Eurozone die Korrelationskoeffizienten auf dem 99%-Niveau signifikant und ist damit eine Synchronität gegeben.

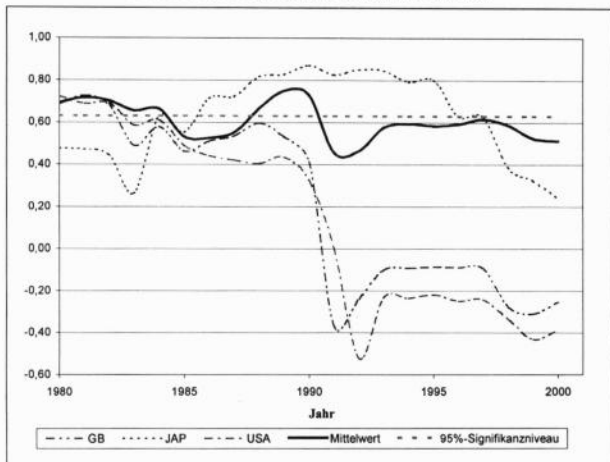
11) In der Folge sind einige Versuche unternommen worden, in den Modellen die empirisch beobachtete Regelmäßigkeit international korrelierter Zyklen zu generieren. Eine für die hier interessierende Fragestellung besonders relevante Richtung hebt den internationalen Handel als denjenigen Kanal hervor, welcher für die internationale Synchronisierung massgeblich sein soll. Kollmann (1998) beispielsweise entwickelt ein (neuklassisches) Zwei-Länder-Modell, in dem Änderungen der aggregierten Nachfrage (als Geldangebotschocks) sich aufgrund von Preis- und Lohnrigiditäten auf das reale BIP auswirken. In diesem Modellrahmen wird der von einem positiven Nachfrageschock ausgelöste keynesianische Abwertungseffekt – der die Wirtschaftssubjekte dazu veranlasst, ausländische Güter durch inländische zu substituieren, wodurch die aggregierte Nachfrage nach ausländischen Gütern sinkt – durch einen Mengen- und einen Preiseffekt überkompensiert. Ersterer erhöht die ausländische Nachfrage tendenziell, da ein Teil des Anstiegs der inländischen Nachfrage auch den ausländischen Produkten zugute kommt. Der Preiseffekt hat die gleiche Wirkung, allerdings durch ein Sinken des ausländischen Preisindex, welcher die Preise – nun relativ günstiger – inländischer Güter einschließt. Folglich ist die aggregierte Nachfrage in beiden Ländern positiv korreliert (vgl. ähnlich Betts/Devereux 1997).

Abbildung 4
Korrelation der Konjunktur einzelner Länder mit der EWU11-Konjunktur, BIP real, 1971 bis 2000



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von OECD-Daten (OECD Economic Outlook, verschiedene Ausgaben; OECD National Accounts, verschiedene Ausgaben).

Abbildung 5
Gleitende Korrelationen der Konjunktur in GB, USA und Japan mit der EWU11-Konjunktur sowie die durchschnittliche Korrelation der einzelnen EWU11-Länder mit der EWU11-Konjunktur
 – Basis: reales BIP (Stützzeitraum jeweils 10 Jahre) –



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von OECD-Daten (OECD Economic Outlook, verschiedene Ausgaben; OECD National Accounts, verschiedene Ausgaben).

Ein Vergleich der EWU-Teilnehmerländer mit den USA und Japan weist für letztere – nicht ganz überraschend – einen niedrigeren Konjunkturgleichlauf auf. Dies bestätigt zunächst auf sehr vorläufige Weise die Hypothese, dass die bilateralen Handelsbeziehungen ein Faktor bei der Bestimmung des Synchronisationsgrades sein könnten. Nur schwer mit dieser These in Einklang zu bringen ist die Tatsache, dass einige europäische Nicht-EWU-Länder, die mehr Handel mit den EWU-Ländern treiben als die USA und Japan, dennoch eine niedrigere bzw. nur unwesentlich höhere Korrelation aufweisen (Dänemark, Großbritannien, Norwegen und Schweden). Beispielsweise läuft bei Großbritannien der Zyklus dem EWU11-Durchschnitt etwa ein Jahr voraus; im Falle Dänemarks hat sich der vorher relativ enge Zusammenhang in den 90er Jahren gelockert.

Interessanter als die absolute Höhe der Korrelationskoeffizienten ist der Verlauf derselben im Zeitablauf. Abbildung 5 korreliert jeweils den nationalen Konjunkturverlauf der einzelnen EWU11-Länder, Großbritanniens, Japans und der USA mit dem durchschnittlichen

Verlauf der EWU11-Länder. Die Korrelationen (mit dem EWU11-Durchschnitt) sind dabei als gleitende 10-Jahres-Korrelationen berechnet, so dass die Zeitreihe erst ab 1980 beginnt. Während die Intra-EWU11-Korrelation im Zeitverlauf nicht signifikant abnimmt (BIP), zeigt sich ein stark abfallender Trend für Großbritannien und die USA. Die Korrelation Japans mit der EWU11 ist demgegenüber vergleichsweise eng.¹²⁾ Die relative Konstanz der Intra-EWU11-Konjunktursynchronisation bietet somit kaum ein Argument für eine globalisierungsbedingte Änderung. Die EWU-Länder waren schon vor der „Globalisierung“ der 90er Jahre hoch vernetzt und wiesen entsprechend hoch synchrone nationale Konjunkturmuster auf.

Wiederum mag interessieren, wieweit mein Ergebnis einer hohen Synchronität der nationalen Konjunkturverläufe in Europa durch andere empirische Arbeiten gestützt wird.

- 1.) Zunächst bieten wiederum Basu/Taylor (1999) mit einem ähnlichen Vorgehen für die Periode 1870 – 1998 für insgesamt 15 OECD-Länder (darunter die großen EU-Länder) das Resultat einer nur schwach positiven Korrelation mit dem Konjunkturverlauf in den USA. Dabei ist die Korrelation in den letzten 25 Jahren mit flexiblen Wechselkursen deutlich höher als in der Zeit des Bretton-Woods-Systems. Dieses Ergebnis widerspricht der Intuition, dass fixe Wechselkurse das nationale Konjunkturmuster einzelner Länder anfälliger macht für den Import von Konjunkturschwankungen aus den wichtigsten Handelspartnern („mitgegangen, mitgefangen“ bei geldpolitischen Fehlern anderer!). Flexible Wechselkurse würden somit keinen besseren Schutz gegenüber Störungen von außen bieten.
- 2.) Aufbauend auf den Arbeiten von Bayoumi/Eichengreen (1994) bestätigt Kouparitsas (1998) das Ergebnis, dass gerade im Zeitalter der flexiblen Wechselkurse der internationale Konjunkturzusammenhang enger geworden ist.
- 3.) Die Europäische Zentralbank (1999, S. 58) untersucht die Konjunkturentwicklung der Euroländer von 1970 bis 1998. Insgesamt bestätigen die Ergebnisse „einen beachtlichen Grad der Synchronisation ihrer konjunkturellen Bewegungen“. Dabei wird der Konjunkturzyklus anhand der Variablen reales BIP, Gesamtbeschäftigung, Industrieproduktion und Verbraucherpreise beschrieben. Ein Ergebnis ist, dass ein zunehmender Grad der Synchronisation bei der Preisentwicklung auf sehr niedrigem (Preis-) Niveau einhergeht mit durchaus noch unterschiedlicher Produktions- und Beschäftigungsentwicklung¹³⁾. Während die größeren Euroteilnehmer (Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Niederlande) in erster Linie innerhalb des letzten Jahrzehnts auf einen hohen Synchronisationsgrad konvergieren sind, ist der Konjunkturverlauf insbesondere bei den kleineren Ländern von Heterogenität geprägt. „Insgesamt scheint die Korrelation der konjunkturbedingten BIP-Entwicklung einer großen Gruppe von Ländern mit der im gesamten Eurogebiet recht hoch zu sein, besonders in jüngerer Zeit.“

12) Die Abkoppelung Großbritanniens vom EWU-Durchschnitt ist sehr wahrscheinlich auf den Austritt aus dem EWS und den außerordentlich positiven und raschen Konjunkturaufschwung anfangs der 90er Jahre zurückzuführen. Sie unterstreicht – anekdotisch – die Bedeutung des Wechselkurssystems für den Synchronisationsgrad (vgl. dazu Basu/Taylor 1999).

13) Der Synchronisationsgrad wird von der EZB gemessen durch die Korrelation der konjunkturellen Komponente des jeweiligen Landes mit der durchschnittlichen Konjunktur des Gesamten Eurowährungsgebietes. Mein Verfahren folgt im Wesentlichen diesem Vorgehen.

- (Europäische Zentralbank 1999, S. 45) Irland, Luxemburg und Finnland scheinen eine Ausnahme darzustellen. Damit werden im Wesentlichen meine hier präsentierten Ergebnisse bestätigt.
- 4.) Frankel/Rose (1996, 1997) haben insbesondere den durch bilateralen Handel vermittelten Konjunkturgleichlauf untermauert. Auch Angeloni/Dedola (1999) finden einen positiven (partiellen) Einfluss der Handelsintensität. Der Rolle des Handels als vermeintlich wesentlicher Faktor steht jedoch nicht zuletzt die Tatsache entgegen, dass insbesondere für große Länder der Anteil des Handels am BIP zu klein ist, um einen besonderen Einfluss geltend machen zu können (Imbs 1999). Im Übrigen finden einige Studien nur schwache Evidenz für diesen Mechanismus (Canova/Dellas 1993) oder annähernd überhaupt keine (Schmitt-Grohe 1998 für Kanada/USA).
 - 5.) Lumsdaine/Prasad (1997) oder Forni/Reichlin (1997) finden empirische Unterstützung für die These, dass ein weltweit zugrundeliegender Zyklus existiert, dem die Länder in unterschiedlichem Masse ausgesetzt sind (bspw. in Abhängigkeit vom Grad der Offenheit, vgl. Rodrik 1996). Ein ähnliches Argument bringt die Europäische Zentralbank (1999, S. 56) in ihrer Interpretation der Analyseergebnisse: „Die Unterschiede bei den konjunkturellen Entwicklungen hingegen können mit unterschiedlichen Schockkonstellationen, mit den Wirtschaftsmechanismen, die diese Schocks fortpflanzen, und mit den wirtschaftspolitischen Maßnahmen als Reaktion auf die Schocks zusammenhängen.“
 - 6.) Artis/Zhang (1996) finden für ein Sample von EU-Ländern, dass ein festes Wechselkurssystem disziplinierend wirkt und über diesen Kanal zur Konformität des Konjunkturzyklus beiträgt. Außerdem könnten internationale Arrangements zur Stärkung der Glaubwürdigkeit führen und in der Folge über vermehrte Handelsströme und Investitionen zu Synchronisierung führen. Oder im Falle multipler Gleichgewichte kann die Koordination über ein solches institutionelles Gefüge zum Erreichen desselben Gleichgewichts führen.
 - 7.) Nach Kraay/Ventura (1998) zeigen reichere Länder einen größeren Konjunkturgleichlauf miteinander als ärmere mit ärmeren und als reichere mit ärmeren. Imbs (1999) führt dies auf die zwischen reichen Ländern eher bestehenden ähnlichen Wirtschaftsstrukturen zurück. Wenn dann, wie von einigen Autoren argumentiert wird, die stochastischen Veränderungen, welche die Quelle aggregierter Fluktuationen darstellen, sich tatsächlich auf dem sektorellen Niveau ereignen, dann werden Volkswirtschaften mit ähnlichen Sektoren stärker korrelierte Zyklen aufweisen. Imbs zeigt in seiner multivariaten Regressionsanalyse, dass der Einfluss der Ähnlichkeit in der Produktionsstruktur den Einfluss anderer Faktoren (Handel, Geographie, Institutionen etc.) eindeutig dominiert.

Zusammengefasst zeigen die vorliegenden empirischen Studien eine steigende Synchronisation der internationalen Konjunkturverläufe. Sie zeichnen aber auch ein insgesamt recht komplexes Bild der Bestimmungsfaktoren des internationalen Konjunkturgleichlaufs. *Der* hauptverantwortliche Faktor scheint noch nicht gefunden zu sein. Auch erklären die angeführten Faktoren nur einen kleinen Teil der Variation der Konjunkturgleichläufe, so dass noch Raum für andere Faktoren bleibt. Mit Blick auf die Frage nach dem Einfluss der

„Globalisierung“ zeigen die bisherigen Studien, dass dieser nur sehr bedingt erkennbar wird. Wichtiger sind – und bleiben – auch hier Faktoren, die politisch determiniert sind. Beispielsweise dürfte innerhalb der Eurozone der Kurswechsel der nationalen Geldpolitiken hin zu einer strikten Preisstabilität ein entscheidender Faktor gewesen sein.

4 Zusammenfassende Folgerungen

Die Volatilität der nationalen Konjunkturverläufe hat in der letzten Dekade wohl leicht abgenommen, und der Grad der internationalen Synchronisation nationaler Konjunkturmuster war schon hoch und hat weiter zugenommen. Weil die Stützperioden für diese empirischen Erkenntnisse noch relativ kurz sind, müssen diese Tendenzen entsprechend vorsichtig interpretiert werden.

Der Einfluss der „Globalisierung“ auf die sinkende Volatilität und steigende Synchronisation ist nur schwer feststellbar. Er dürfte aber kaum entscheidend gewesen sein. Weit wichtiger für die Konjunkturmuster war und bleibt die Bedeutung der nationalen Wirtschaftspolitik. Konjunktur ist „man-made“. Eine hohe Stabilität des wirtschaftlichen Wachstums und eine geringe Volatilität der nationalen Schwankungen oder Störungen ist zuallererst der Erfolg einer „guten“ Makropolitik. „Fehler“ in der Geld- oder Fiskalpolitik wirken sich noch immer zunächst in Form heimischer Konjunkturschwankungen aus. Somit ist das Thema der Business-Cycles oder einer stark schwankenden Wirtschaftsentwicklung keinesfalls vom Tisch. Im Gegenteil nützen alle Erfolge der Vergangenheit wenig, wenn durch politische Fehlentscheidungen der ruhige Verlauf gestört wird.

Für Europa werden die Folgen der EWU und insbesondere die Effekte der gemeinsamen Währung wichtiger sein als die Auswirkungen der Globalisierung. Die Euroländer unterscheiden sich vom Rest der Welt durch ihr festes Wechselkurssystem und ihre einheitliche Geldpolitik. Gleichzeitig ist der Grad der Harmonisierung der Fiskalpolitik nicht zuletzt durch Konvergenzkriterien und Stabilitätspakt innerhalb des Teilnehmerkreises größer als außerhalb. Daher ist zu erwarten, dass die EWS- bzw. EWU-Teilnehmer einen noch einmal stärker synchronen Konjunkturverlauf mit niedrigerer Volatilität aufweisen werden als dies in der Vergangenheit sowieso bereits der Fall war. Wieweit diese an sich erfreuliche Erwartung auch tatsächlich eintreffen wird, hängt insbesondere von der Umsetzung von Reformen auf den Güter- und Arbeitsmärkten ab, die darauf abzielen, die wirtschaftliche Flexibilität insgesamt und damit auch den Flexibilitätsgrad der jeweiligen nationalen Wirtschaftspolitik zu erhöhen, so dass diese besser auf länderspezifische Ereignisse reagieren kann. Sollten diese Reformen gelingen, könnte am Anfang eines neuen Jahrhunderts für Euroland doch noch wahr werden, was Arthur Burns (1960, S. 17) 1959 in seiner Präsidentsprache vor der American Economic Association prophezeite: „The business cycle is unlikely to be as disturbing or troublesome to our children as it once was to our fathers.“

Literaturhinweise

Akerlof, G.A.; Yellen, J.L. (1985): A near-rational model of the business cycle, with wage and price inertia, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 100 (Supplement), S. 823 – 838.

Angeloni, I.; Dedola, L. (1999): From the ERM to the Euro: new evidence on economic and policy convergence among EU countries. EZB working paper No 4.

Artis, M.; Zhang, W. (1996): Business cycles, exchange rate regimes and the ERM: Is there a European business cycle? European University Institute Working Paper No. 96/55.

Backus, D.; Kehoe, P.; Kydland, F. (1995): International business cycles: theory and evidence, in: T. F. Cooley (ed.): *Frontiers of business cycle research*, Princeton, S. 331 – 356.

Basu, S.; Taylor, A.M. (1999): Business cycles in historical perspectives, in: *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 13, No. 2, S. 45 – 68.

Baxter, M. (1995): International Trade and Business Cycles, in: *Handbook of International Economics*, Vol. III, Amsterdam, S. 312 – 366.

Baxter, M.; King, R.G. (1995): Measuring Business Cycles: Approximate Band-Pass Filters for Economic Time Series. NBER Working Paper Series No. 5022.

Bayoumi, T.; Eichengreen, B.J. (1994): Macroeconomic Adjustment under Bretton Woods and the Post-Bretton-Woods Float: An Impulse Response Analysis, in: *The Economic Journal*, Vol. 104, S. 813 – 827.

Belke, A. (1999): Asymmetrische Schocks in der EWU: Zum Bedarf an finanzpolitischen Anpassungsmechanismen. *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 44. Jahr, S. 201 – 234.

Betts, C.; Devereux, M. (1997): The international transmission of monetary policy: a model of real exchange rate adjustment under pricing to market, mimeo.

Black, F. (1982): General equilibrium and business cycles. NBER Working paper no. 950.

Blanchard, O.; Kiyotaki, (1987): Monopolistic competition and the effects of aggregate demand, in: *American Economic Review*, Vol. 77, S. 647 – 666.

Burns, A.F. (1960): Progress Towards Economic Stability, in: *American Economic Review* 50, S. 1 – 19.

Canova, F.; Dellas, H. (1993): Trade interdependence and the international business cycle, in: *Journal of International Economics*, Vol. 34, S. 23 – 47.

Christiano, L.J.; Fitzgerald, T.J. (1998): The Business Cycle: It's Still a Puzzle. *Economic Perspectives* (Federal Reserve Bank of Chicago), Vol. 22, Issue 4, S. 56 – 83.

De la Fuente, A. (1997): The empirics of growth and convergence: a selective review, in: *Journal of Economic Dynamics and Control*, Vol. 21, S. 23 – 73.

De Long, J.B.; Plosser, C.I. (1983): Real business cycles, in: Journal of Political Economy, Vol. 91, S. 39 – 69.

De Long, J.B. (1999): Introduction to the Symposium on Business Cycles, in: Journal of Economic Perspectives, Vol. 13, No. 2, S. 19 – 22.

Europäische Zentralbank (1999): Monatsbericht Juli. Frankfurt am Main.

Forni, M.; Reichlin, L. (1997): National policies and local economies: Europe and the US, mimeo.

Frankel, J.A., Rose, A.K. (1996): Economic structure and the decision to adopt a common currency. University of California at Berkeley, CIDER Working paper no. C96-073.

Frankel, J.A., Rose, A.K. (1997): The endogeneity of the optimum currency area, mimeo.

Funke, M.; Ruhwedel, R. (1997): Asymmetrische Schocks und die Zukunft der Europäischen Währungsunion, in: Mayer, O.G.; Scharrer, H.-E.: Schocks und Schockverarbeitung in der Europäischen Währungsunion. Veröffentlichungen des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg, Bd. 38, Baden-Baden, S. 55 – 71.

Größl, I.; Stahlecker, P.; Wohlers, E. (1999): Finanzierungsverhalten im Unternehmensbereich als gesamtwirtschaftlicher Risikofaktor, in: Wirtschaftsdienst 79, S. 252 – 258.

Hodrick, R.J.; Prescott, E.C. (1997): Post-war U.S. Business Cycles: An Empirical Investigation, in: Journal of Money, Credit, and Banking, Vol. 29, S. 1 – 16.

Imbs, J. (1999): Co-Fluctuations, London Business School, mimeo.

Kollmann, R. (1998): Explaining international comovements of output and asset returns: the role of money and nominal rigidities. University Paris XII, August, mimeo.

Kouparitsas, M.A. (1998): Are International Business Cycles Different under Fixed and Flexible Exchange Rate Regimes? Economic Perspectives (Federal Reserve Bank of Chicago), Vol. 22, Issue 1, S. 46 – 64.

Kraay, A.; Ventura, J. (1998): Comparative advantage and the cross section of business cycles, mimeo.

Kydland, F.E.; Prescott, E.C. (1982): Time to build and aggregate fluctuations, in: Econometrica, Vol. 50, S. 1345 – 1370.

Lumsdaine, R.; Prasad, E. (1997): Identifying the common component in international economic fluctuations: a new approach. NBER Working Paper Nr. 5984.

Mankiw, N.G. (1985): Small menu costs and large business cycles: a macroeconomic model of monopoly, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 100, S. 529 – 539.

Markusen, J.R. (1995): The Boundaries of Multinational Enterprises and the Theory of International Trade, in: Journal of Economic Perspectives, Vol.9, No.2, S. 169 – 189.

Parkin, M. (1986): The output-inflation trade-off when prices are costly to change, in: Journal of Political Economy, Vol. 94, S. 200 – 224.

- Prescott, E.C. (1986):* Theory ahead of business-cycle measurement. Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy, Vol. 25, S. 11 – 44.
- OECD (1999):* Economic Outlook, Paris, verschiedene Ausgaben.
- OECD (1999):* National Accounts, Paris, verschiedene Ausgaben.
- Quah, D. (1996):* Convergence empirics across economies with (some) capital mobility, in: Journal of Economic Growth, Vol. 1, S. 95 – 124.
- Quah, D. (1997):* Empirics for growth and distribution: stratification, polarization, and convergence clubs, in: Journal of Economic Growth, Vol. 2, S. 27 – 59.
- Rodrik, D. (1996):* Why do more open economies have bigger governments? NBER Working Paper Nr. 5537.
- Romer, C.D. (1999):* Changes in business cycles: evidence and explanations, in: Journal of Economic Perspectives, Vol. 3, No. 2, S. 23 – 44.
- Rotemberg, J.J. (1982):* Sticky prices in the United States, in: Journal of Political Economy, Vol. 90, S. 1187 – 1211.
- Rotemberg, J.J. (1987):* The New Keynesian Microfoundations. NBER Macroeconomics Annual, Vol. 2, S. 69 – 104.
- Schips, B. (2000):* Konjunkturforschung heute – Theorie und Empirie: Einige Probleme der empirischen Wirtschaftsforschung – dargestellt am Beispiel der Konjunkturanalyse und -prognose, in: Konjunkturforschung heute – Theorie, Messung, Empirie, Band 35 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart, S. 62 – 71.
- Schmitt-Grohe, S. (1998):* The international transmission of economic fluctuations: effects of U.S. business cycles on the Canadian economy, in: Journal of International Economics, Vol. 44, S. 257 – 87.
- Stock, J.H.; Watson, M.W. (1998):* Business Cycle Fluctuations in U.S. Macroeconomic Time Series. NBER Working Paper Series No. 6528.
- Wagner, A. (2000):* Konjunkturtheorie – zum Wandel der Begriffe und Modelle, in: Konjunkturforschung heute – Theorie, Messung, Empirie, Band 35 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart, S. 46 – 61.
- Zarnowitz, V. (1999):* Theory and history behind business cycles: are the 1990s the onset of a golden age?, in: Journal of Economic Perspectives, Vol. 13, No. 2, S. 69 – 90.

Teilnehmerverzeichnis

A

Abele, Franz; *Statistisches Amt der Landeshauptstadt Stuttgart*

Allgaier, Dr. Reiner; *Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., Berlin*

Angermann, Oswald; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

Apel, Margot; *Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Halle/Saale*

B

Bald-Herbel, Dr. Christiane; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

Barth, Dr. Hans J.; *Prognos AG, Basel*

Bauer, Dr. Peter; *Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München*

Bechtold, Dr. Sabine; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

Behrens, Prof. Dr. Johann; *Universität Halle-Wittenberg, Halle/Saale*

Bender, Ralf; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

Bick, Dr. Wolfgang; *Statistisches Landesamt Hamburg*

Bierau, Dieter; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

Blohm, Dieter; *Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden*

Böselt, Prof. Dr. Martin; *Technische Universität Ilmenau*

Brachinger, Prof. Dr. Hans Wolfgang, *Universität Fribourg/Schweiz*

Brautzsch, Hans-Ulrich; *Institut für Wirtschaftsforschung Halle*

Buchwald, Wolfgang; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

Bührer, Wilhelm; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

Burkard, Reinhard; *Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart*

Bußmann, Prof. Dr. Ludwig; *Universität Dortmund*

C

Caspers, Dr. Albert; *Bundesministerium der Finanzen, Bonn*

Chlumsky, Jürgen; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

E

Eickmeier, Sandra; *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*, Wiesbaden

Emmel, Wolfgang; *Hessisches Statistisches Landesamt*, Wiesbaden

Endres, Dr. Werner; Oberursel

F

Fecht, Dr. Robert; *Deutsche Bundesbank*, Frankfurt/Main

Feng, Dr. Yuanhua; *Universität Konstanz*

Förster, Prof. Dr. Wolfgang; *Universität Marburg*

Fügel-Waverijn, Dr. Ingrid; *Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg*, Stuttgart

G

Gayer, Christian; *Universität Bochum*

Glöckler, Wolfgang; *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*, Wiesbaden

Gnoss, Dr. Roland; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden

Gottwald, Dr. Rainer; *Lechrain Telezentrum Landsberg*

Grohmann, Prof. Dr. Heinz; *Universität Frankfurt*

Grömling, Dr. Michael; *Institut der deutschen Wirtschaft*, Köln

Grün, Günter; *Hessisches Statistisches Landesamt*, Wiesbaden

Grütz, Jens; *Verband Deutscher Rentenversicherungsträger*, Frankfurt/Main

H

Hahlen, Johann; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden

Hammer, Dr. Udo; Bad Soden/Taunus

Hartmann, Norbert; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden

Haßel, Dr. Gerd; *BHF-Bank AG*, Frankfurt/Main

Hauf, Stefan; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden

Hausen, Dr. Christoph; *Commerzbank AG*, Frankfurt/Main

Heidenreich, Hans-Joachim; *Statistisches Bundesamt*, Bonn

Heilemann, Prof. Dr. Ullrich; *Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung*, Essen

Heiler, Prof. Dr. Siegfried; *Universität Konstanz*

Hellmund, Dr. Uwe; *Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen*, Kamenz

- Herbel, Dr. Norbert; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden
 Heß, Jürgen; *Thüringer Landesamt für Statistik*, Erfurt
 Heynert, Erika; *Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg*, Potsdam
 Hinze, Jörg; *HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg*
 Hoffmann, Holger-Jens; *Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg*,
 Potsdam
 Hohmann, Eckart; *Hessisches Statistisches Landesamt*, Wiesbaden
 Homann, Jochen; *Bundeskanzleramt*, Bonn
 Hüther, Dr. Michael; *Deutsche Girozentrale • DekaBank*, Frankfurt/Main
 Hüttebräuker, Klaus; *Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern*, Schwerin

J

- Jörg, Harald; *Dresdner Bank AG*, Frankfurt/Main

K

- Kaiser, Dr. Monika; *Statistisches Landesamt Baden-Württemberg*, Stuttgart
 Keck, Karin; *Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen*, Kamenz
 Kirschey, Thomas; *Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz*, Bad Ems
 Klotten, Prof. Dr. Dres. h.c. Norbert; *Universität Tübingen*
 Knoche, Peter; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden
 Koch, Dr. Susanne; *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt
 für Arbeit*, Nürnberg
 Kolfenbach, Dr. Fred; Bad Honnef
 König, Christian; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden
 Kotter, Jürgen; *Statistisches Landesamt Baden-Württemberg*, Stuttgart
 Krug, Prof. Dr. Walter; *Universität Trier*
 Kühn, Dr. Monika; *Statistisches Landesamt Berlin*
 Kuntz, Dr. Peter; *Bundesministerium der Finanzen*, Bonn

L

- Lankes, Prof. Dr. Fidelis; *Berufsakademie Berlin*
 Leesen-Wilms, Uta von; *Bundesanstalt für Arbeit*, Nürnberg
 Linkert, Karin; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden
 Ludwig, Dr. Udo; *Institut für Wirtschaftsforschung Halle*

M

- Maneval, Prof. Dr. Helmut; *Universität der Bundeswehr, München*
Matthias, Günther; *Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München*
Maurer, Ulrich; *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden*
Meyer, Dr. Norbert; *Deutsche Bundesbank, Frankfurt/Main*
Möller, Dr. Rudolf; *Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg*
Müller, Prof. Dr. Walter; *Universität Mannheim*

N

- Nerb, Dr. Gernot; *ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München*
Nierhaus, Dr. Wolfgang; *ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München*
Nitschke, Axel; *Deutscher Industrie- und Handelstag, Berlin*
Nowak, Dr. Werner; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

O

- Oppeln, Sibylle von; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*
Oppenländer, Prof. Dr. Karl Heinrich; *ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München*

P

- Pinnekamp, Prof. Dr. Heinz-Jürgen; *Fachhochschule Gelsenkirchen*
Pückler, Botho Graf; *Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Köln*

Q

- Quaiser, Sabine; *Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Potsdam*

R

- Radowski, Daniel; *Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim*
Räth, Dr. Norbert; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*
Reeh, Dr. Klaus; *Eurostat, Luxembourg*
Reich, Prof. Dr. Utz-Peter; *Fachhochschule Mainz*
Reichelt, Andrea; *Universität Hohenheim, Stuttgart*
Reimann, Wolfgang; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*
Rengers, Martina; *Universität Gesamthochschule Kassel*
Richter, Dr. Gerhard; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

Rinne, Prof. Dr. Horst; *Universität Gießen*

S

Schäfer, Dr. Gunter; *Eurostat, Luxembourg*

Scharmer, Dr. Marco; *Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf*

Scheinost, Ulrich; *Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie, Frankfurt/Main*

Scheuerle, Dr. Andreas; *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden*

Schips, Prof. Dr. Bernd; *Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Hochschule Zürich*

Schlüter, Dr. Stefan; *Siemens AG, Nürnberg*

Schmerbach, Dr. Sibylle; *Universität zu Berlin*

Schmid, Dr. Oscar; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

Schmidt, Hans; *Thüringer Landesamt für Statistik, Suhl*

Schmidt, Jürgen; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

Schrödter, Dietmar; *Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel*

Schrüfer, Dr. Klaus; *BfG Bank AG, Frankfurt/Main*

Schüler, Dr. Klaus; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

Schulz, Gerd; *Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München*

Schulze, Prof. Dr. Peter M.; *Universität Mainz*

Schwickerath, Marco; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

Siegmann, Prof. Dr. Frank; *Fachhochschule Bochum*

Specht, Katja; *Universität Gießen*

Speich, Dr.occ. Wolf-Dietmar; *Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz*

Sperling, Ingeborg; *HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg*

Speth, Hans-Theo; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

Stefani, Kai; *HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg*

Steinmetz, Dr. Dieter; *Universität Mannheim*

Straubhaar, Prof. Dr. Thomas; *HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg*

Strecker, Prof. Dr. Heinrich; *Universitäten Tübingen und München*

Strohm, Wolfgang; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

Struck, Bernd; *Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel*

Szenzenstein, Johann; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

T

Treack, Hans-Jürgen; *Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf*

V

Viereck, Herbert; *Aschaffenburg*

Voy, Klaus; *Statistisches Landesamt Berlin*

W

Wagner, Prof. Dr. Adolf; *Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Leipzig*

Waldeck, Hans-Peter; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

Walter, Carola; *Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz*

Walter, Jens; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

Wiegert, Dr. Rolf; *Universität Tübingen*

Wirth, Dr. Heike; *Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim*

Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik

herausgegeben vom Statistischen Bundesamt

Band 1

Bundesstatistik in Kontinuität und Wandel

Festschrift für Hildegard Bartels zu ihrem 70. Geburtstag

122 Seiten · DM 11,80 · Bestellnummer: 1030401-84900 · ISBN 3-8246-0013-7

In dieser, der ehemaligen Präsidentin des Statistischen Bundesamtes gewidmeten Festschrift stellen Amtsleitung und Abteilungsleiter den Aufbau und die Weiterentwicklung der verschiedenen Erhebungs- und Aufbereitungssysteme der amtlichen Statistik dar und zeigen künftige Anforderungen auf.

Band 2 (vergriffen)

Utz-Peter Reich, Carsten Stahmer u. a.

Darstellungskonzepte der amtlichen Statistik

185 Seiten · DM 15,20 · Bestellnummer: 1030402-84900 · ISBN 3-17-003301-8

Beiträge zum 4. Starnberger Kolloquium vom 16. bis 18. Dezember 1982 zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Band 3

Datennotstand und Datenschutz

– Die amtliche Statistik nach dem Volkszählungsurteil –

98 Seiten · DM 10,90 · Bestellnummer: 1030403-85900 · ISBN 3-8246-0014-5

Ergebnisse des 1. Wiesbadener Gesprächs am 30. / 31. Oktober 1984.

Band 4 (vergriffen)

Utz-Peter Reich, Carsten Stahmer u. a.

Internationale Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

– Revision und Erweiterungen –

162 Seiten · DM 13,40 · Bestellnummer: 1030404-86900 · ISBN 3-8246-0015-3

Beiträge zum 5. Starnberger Kolloquium vom 10. bis 12. Dezember 1984 zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Band 5

Nutzung von anonymisierten Einzelangaben aus Daten der amtlichen Statistik

– Bedingungen und Möglichkeiten –

200 Seiten · DM 16,50 · Bestellnummer: 1030405-87900 · ISBN 3-8246-0016-1

Beiträge zu einem wissenschaftlichen Kolloquium der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute (ASI) und des Statistischen Bundesamtes vom 3. bis 5. März 1986 in Wiesbaden.

Band 6

Utz-Peter Reich, Carsten Stahmer u. a.

Satellitensysteme zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

199 Seiten · DM 16,90 · Bestellnummer: 1030406-88900 · ISBN 3-8246-0017-X

Beiträge zum 6. Starnberger Kolloquium vom 2. bis 4. Dezember 1985 zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Band 7 (vergriffen)

Statistische Umweltberichterstattung

165 Seiten · DM 14,80 · Bestellnummer: 11030407-87900 · ISBN 3-8246-0018-8

Ergebnisse des 2. Wiesbadener Gesprächs am 12. / 13. November 1986.

Zu beziehen durch
den Buchhandel oder
den Verlag Metzler – Poeschel
70182 Stuttgart

Verlagsauslieferung:
SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen

Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik

herausgegeben vom Statistischen Bundesamt

Band 8

Klaus-Peter Kistner, Erwin Südfeld u.a.

Statistische Erfassung von Unternehmensgründungen

– Umfang, Ursachen, Wirkungen –

142 Seiten · DM 14,50 · Bestellnummer: 1030408–88900 · ISBN 3–8246–0019–6

Beiträge zu einem wissenschaftlichen Kolloquium des Statistischen Bundesamtes am 9./10. März 1987 in Wiesbaden.

Band 9

Zum Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke

218 Seiten · DM 16,90 · Bestellnummer: 1030409–88900 · ISBN 3–8246–0020–X

Ausgewählte Dokumente zum Gesetzgebungsverfahren und Stellungnahmen zur Novellierung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke.

Band 10

Reiner Stäglin, Erwin Südfeld u. a.

Informations- und Kommunikationstechnologien in Wirtschaft und Gesellschaft

– Konzepte ihrer statistischen Erfassung –

205 Seiten · DM 16,90 · Bestellnummer: 1030410–88900 · ISBN 3–8246–0021–8

Beiträge zu einem wissenschaftlichen Kolloquium des Statistischen Bundesamtes am 7./8. März 1988 in Wiesbaden.

Band 11

Hartmut Esser, Heinz Grohmann, Walter Müller und Karl-August Schäffer

Mikrozensus im Wandel

– Untersuchungen und Empfehlungen zur inhaltlichen und methodischen Gestaltung –

450 Seiten · DM 22,80 · Bestellnummer: 1030411–89900 · ISBN 3–8246–0037–4

Bericht des Wissenschaftlichen Beirats für Mikrozensus und Volkszählung.

Band 12

Erwin K. Scheuch, Lorenz Gräf und Steffen Kühnel

Volkszählung, Volkszählungsprotest und Bürgerverhalten

– Ergebnisse der Begleituntersuchung zur Volkszählung 1987 –

152 Seiten · DM 14,90 · Bestellnummer: 1030412–89900 · ISBN 3–8246–0039–0

Im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehen die Bestimmungsgründe für das Verhalten der Bürger zur Volkszählung 1987.

Band 13

Rosemarie von Schweitzer, Manfred Ehling, Dieter Schäfer u.a.

Zeitbudgeterhebungen

– Ziele, Methoden und neue Konzepte –

208 Seiten · DM 17,30 · Bestellnummer: 1030413–90900 · ISBN 3–8246–0036–6

Beiträge zu einem wissenschaftlichen Kolloquium des Statistischen Bundesamtes am 27./28. Februar 1989 in Wiesbaden.

Band 14

Leben und Arbeiten 2000

– Herausforderungen an den Mikrozensus –

228 Seiten · DM 17,60 · Bestellnummer: 1030414–90900 · ISBN 3–8246–0051–X

Ergebnisse des 3. Wiesbadener Gesprächs am 6./7. November 1989.

Zu beziehen durch
den Buchhandel oder
den Verlag Metzler – Poeschel
70182 Stuttgart

Verlagsauslieferung:
SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen

Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik

herausgegeben vom Statistischen Bundesamt

Band 15 (vergriffen)

Nils Diederich, Egon Hölzer, Andreas Kunz u. a.

Historische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland

183 Seiten · DM 17,60 · Bestellnummer: 1030415-90900 · ISBN 3-8246-0064-1

Beiträge zu einem wissenschaftlichen Kolloquium des Statistischen Bundesamtes am 28. / 29. November 1989 in Wiesbaden.

Band 16

Egon Hölzer und Mitarbeiter

Wege zu einer Umweltökonomischen Berichterstattung

159 Seiten · DM 15,80 · Bestellnummer: 1030416-90900 · ISBN 3-8246-0067-6

Ein Diskussionsbeitrag des Statistischen Bundesamtes zur Konzeption einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung.

Band 17 (vergriffen)

Tourismus in der Gesamtwirtschaft

157 Seiten · DM 15,80 · Bestellnummer: 1030417-91900 · ISBN 3-8246-0065-X

Ergebnisse des 4. Wiesbadener Gesprächs am 28. / 29. März 1990.

Band 18

Statistik im Übergang zur Marktwirtschaft – Probleme und Lösungsansätze

346 Seiten · DM 20,70 · Bestellnummer: 1030418-91900 · ISBN 3-8246-0076-5

Bericht über den Workshop „Major Fields on Transition Problems“ vom 15. bis 19. Oktober 1990 in Budapest.

Band 19

Walter Müller, Uwe Blien, Peter Knoche, Heike Wirth u. a.

Die faktische Anonymität von Mikrodaten

482 Seiten · DM 23,20 · Bestellnummer: 1030419-91900 · ISBN 3-8246-0231-8

Ergebnisse eines gemeinsamen Forschungsprojektes der Universität Mannheim, des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim und des Statistischen Bundesamtes.

Band 20

Walter Radermacher u. a.

Neue Wege raumbezogener Statistik

200 Seiten · DM 18,80 · Bestellnummer: 1030420-92900 · ISBN 3-8246-0081-1

Beiträge zu einem wissenschaftlichen Kolloquium des Statistischen Bundesamtes am 25. / 26. September 1990 in Wiesbaden.

Band 21

Volkszählung 2000 – oder was sonst?

286 Seiten · DM 24,80 · Bestellnummer: 1030421-92900 · ISBN 3-8246-0331-4

Ergebnisse des 5. Wiesbadener Gesprächs am 14. / 15. November 1991.

Band 22

Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern

271 Seiten · DM 18,80 · Bestellnummer: 1030422-93900 · ISBN 3-8246-0235-0

In einer Reihe von Beiträgen werden in diesem Band die organisatorischen und fachlichen Probleme im Zusammenhang mit der Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern und die dabei eingeschlagenen Wege zu ihrer Lösung aus der Sicht der beteiligten Fachstatistiker dokumentiert.

Zu beziehen durch
den Buchhandel oder
den Verlag Metzler – Poeschel
70182 Stuttgart

Verlagsauslieferung:
SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen

Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik

herausgegeben vom Statistischen Bundesamt

Band 23

Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern

– Russische Übersetzung vom Band 22 –

275 Seiten · DM 18,80 · Bestellnummer: 1030423–93900 · ISBN 3–8246–0340–3

Band 24

Rückrechnung gesamtwirtschaftlicher Daten für die ehemalige DDR

136 Seiten · DM 18,80 · Bestellnummer: 1030424–93900 · ISBN 3–8246–0345–4

Band 25

Qualität statistischer Daten

182 Seiten · DM 18,80 · Bestellnummer: 1030425–93900 · ISBN 3–8246–0355–1

Beiträge zu einem wissenschaftlichen Kolloquium am 12. / 13. November 1992 in Wiesbaden.

Band 26

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Bewährte Praxis – Neue Perspektiven

116 Seiten · DM 18,80 · Bestellnummer: 1030426–94900 · ISBN 3–8246–0389–6

Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 11. / 12. November 1993 in Wiesbaden.

Band 27

Hans Günther Merk, Gerhard Bürgin und Mitarbeiter

Statistik 2000 – Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik

246 Seiten · DM 24,80 · Bestellnummer: 1030427–94900 · ISBN 3–8246–0454–X

Festschrift für Hildegard Bartels zu ihrem 80. Geburtstag

Band 28

Indizes – Status quo und europäische Zukunft

179 Seiten · DM 22,80 · Bestellnummer: 1030428–95900 · ISBN 3–8246–0467–1

Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 10. / 11. November 1994 in Wiesbaden.

Band 29

Wohlfahrtsmessung – Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel

221 Seiten · DM 25,80 · Bestellnummer: 1030429–96900 · ISBN 3–8246–0449–3

Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 16. / 17. November 1995 in Wiesbaden.

Band 30

Statistische Informationen zum Arbeitsmarkt – Konzepte und Kritik, Anwendung und Auslegung

163 Seiten · DM 23,80 · Bestellnummer: 1030430–97900 · ISBN 3–8246–0524–4

Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 14. / 15. November 1996 in Wiesbaden.

Band 31

Methoden zur Sicherung der statistischen Geheimhaltung

157 Seiten DM 23,80 · Bestellnummer: 1030431–99900 · ISBN 3–8246–0555–4

Ergebnisse einer Sitzung des Arbeitskreises für Fragen der mathematischen Methodik am 14./15.10.1997 in Wiesbaden.

Zu beziehen durch
den Buchhandel oder
den Verlag Metzler – Poeschel
70182 Stuttgart

Verlagsauslieferung:
SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen

Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik

herausgegeben vom Statistischen Bundesamt

Band 32

Einkommen und Vermögen in Deutschland – Messung und Analyse

269 Seiten · DM 28,50 · Bestellnummer: 1030432-98900 · ISBN 3-8246-0571-6

Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 13./14. November 1997 in Wiesbaden.

Band 33

Hermann Glaub, Werner Griepenkerl u. a.

Agrarstatistik auf neuen Wegen

123 Seiten · DM 24,80 / EUR 12,68 · Bestellnummer: 1030433-99900 · ISBN 3-8246-0586-4

Beiträge zum Forum der Agrarstatistik am 23. Juni 1998 in Berlin anlässlich der 50. Sitzung des Fachausschusses Landwirtschaftsstatistik des Statistischen Beirats.

Band 34

Kooperation zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik – Praxis und Perspektiven

247 Seiten · DM 32,80 / EUR 16,77 · Bestellnummer: 1030434-99900 · ISBN 3-8246-0608-9

Beiträge zum Symposium am 31. Mai/1. Juni 1999 in Wiesbaden.

Band 35

Konjunkturforschung heute – Theorie, Messung, Empirie

168 Seiten · DM 28,80 / EUR 14,73 · Bestellnummer: 1030435-00900 · ISBN 3-8246-0631-3

Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 18./19. November 1999 in Wiesbaden.

Band 36

Politik und Statistik in der Europäischen Union – Herausforderung und Antwort –

Beiträge auf der internationalen Statistik-Konferenz vom 18. – 20. Oktober 1999 in Berlin.

132 Seiten · DM 28,80 / EUR 14,73 · Bestellnummer: 1030436-00900 · ISBN 3-8246-0629-1

Band 37 (In Vorbereitung)

Conference on Policies and Statistics in the European Union – Challenges and Responses –

Englische Übersetzung vom Band 36

Ca. 130 Seiten · DM 28,80 / EUR 14,73 · Bestellnummer: 1030437-00900 · ISBN 3-8246-0630-5

Zu beziehen durch
den Buchhandel oder
den Verlag Metzler-Poeschel
70182 Stuttgart

Verlagsauslieferung:
SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
